

**Jahresbericht 2005**  
**Operationelles Programm**  
**Brandenburg 2000 - 2006**



Billigung durch den Begleitausschuss gemäß Art. 35 e) der VO (EG) Nr. 1260/1999 ist am 14.06.2006 erfolgt.

---

**Inhaltsverzeichnis**

**Seitenzahlen**

O	Einleitung .....	6
A1	Beschreibung der signifikanten sozioökonomischen Entwicklungen, insbes. evtl. Veränderungen bei den nationalen, regionalen und sektoralen Entwicklungen .....	7
A2	Beschreibung/Angabe der Kohärenz der einzelnen Fonds untereinander sowie mit den Interventionen der sonstigen Finanzinstrumente .....	28
B	Stand der finanziellen Abwicklung – OP nach Schwerpunkten und Maßnahmen.....	30
C.	Stand der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen jeden einzelnen Fonds bezogen auf die jeweils spezifischen Ziele .....	33
D1	Angaben zur Tätigkeit des Begleitausschusses sowie zur Partnerschaft, Funktionsweise des Begleitsystems, der Bewertung und Finanzkontrolle einschließlich der Vorkehrungen für die Datenerfassung .....	76
D 2	Darstellung etwaiger Probleme und Lösungen bei der Begleitung und Verwaltung der Intervention	90
D3	Kurze Schilderung der angetroffenen Unregelmäßigkeiten und Schritte, die unternommen wurden, diese zu beseitigen .....	91
D4	Programmanpassungen, insbesondere der EzP .....	93
D 5	Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Information und Publizität.....	99
E	Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der anderen Gemeinschaftspolitiken; Angaben zum integrierten Einsatz der Fonds .....	105
F	Stand der Durchführung und der finanziellen Abwicklung von Großprojekten, soweit relevant...	126

## Tabellenverzeichnis

- Tabelle 1: Gesamtzahl der Auszubildenden in den einzelnen Bereichen
- Tabelle 2: Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen 2001 - 2005
- Tabelle 3: Umweltschutzinvestitionen von Betrieben im Land Brandenburg 2001 bis 2003
- Tabelle 4: Übersicht Soll-Ist-Vergleich des ESF-Mitteleinsatzes 2000- 2005
- Tabelle 5: Übersicht zum finanziellen Umsetzungsfortschritt nach Maßnahmebereichen 2000 - 2005
- Tabelle 6: Übersicht zum finanziellen Umsetzungsfortschritt nach einzelnen Maßnahmen 2000 - 2005
- Tabelle 7: Anzahl der Begünstigten in Maßnahmen des Schwerpunktes 5

## **Abbildungsverzeichnis**

- Abbildung 1 Prognose der Bevölkerungsentwicklung 2003 bis 2020
- Abbildung 2 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1995 - 2005
- Abbildung 3 Entwicklung der Exportquote
- Abbildung 4 Arbeitsmarkt
- Abbildung 5 Arbeitslosenquote 2005 in Prozent
- Abbildung 6 Unzerschnittene Freiräume in Deutschland 2001
- Abbildung 7 Fortschritt bei der finanziellen Umsetzung des ESF in den Maßnahmebereichen

## Anlagenverzeichnis

- Anlage 1      Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht
- Anlage 2      Kumulierte Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht, aufgeschlüsselt nach Schwerpunkten und Maßnahmen
- Anlage 3      Auszahlungsstand 2005
- Anlage 4      Kumulierter Auszahlungsstand 2000 - 2005
- Anlage 5      Übersicht zur Auswertung der Monitoring-Daten n+2
- Anlage 6      Übersicht über die quantifizierten Ziele des EFRE (SP I bis III)
- Anlage 7      Quantifizierte Indikatoren ESF (geförderte Teilnehmerinnen und Teilnehmer 2000 - 2005)
- Anlage 8      Quantifizierte Indikatoren ESF (geförderte Teilnehmerinnen und Teilnehmer) 2005
- Anlage 9      Übersicht Technische Hilfe, geordnet nach Fonds
- Anlage 10a     Übersicht über beihilferrelevante Richtlinien EFRE
- Anlage 10b    Übersicht über beihilferrelevante Richtlinien ESF
- Anlage 11     Der Beitrag der Landesarbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg zur Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) im Jahr 2005 sowie Tabelle
  - a) Zuordnung EBS/ LAPRO
  - b) Quantifizierung des Beitrages des ESF in Brandenburg zur Umsetzung der EBS im Jahr 2005
- Anlage 12     Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung
- Anlage 13     Maßnahmen im Schwerpunkt 4 – Förderung des Arbeitskräftepotenzials und der Chancengleichheit – ESF
- Anlage 14     Nachhaltigkeit - EFRE

## **O Einleitung**

Nach Art. 37 (1) der VO (EG) Nr. 1260/1999 ist für mehrjährige Interventionen innerhalb von sechs Monaten nach Ende jedes vollen Kalenderjahres ein jährlicher Durchführungsbericht vorzulegen. Dieser Bericht wurde vor der Übermittlung an die Kommission vom Begleitausschuss am 14. Juni 2006 geprüft und gebilligt [siehe auch Art. 35 e) der VO (EG) Nr. 1260/1999].

Der nachstehende Durchführungsbericht für das Operationelle Programm Brandenburg 2000 - 2006 wurde von der Verwaltungsbehörde und den Fondsverwaltungen sowie der institutionellen Vertretungen für die Querschnittsthemen erstellt. Sein Inhalt entspricht den Anforderungen gemäß Art. 37 (2) der VO (EG) Nr. 1260/1999. Bei seiner Erstellung wurden die diesbezüglichen Beschlüsse des GFK-Begleitausschusses vom 15. November 2001 sowie das Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen berücksichtigt.

## **A1 Beschreibung der signifikanten sozioökonomischen Entwicklungen, insbes. evtl. Veränderungen bei den nationalen, regionalen und sektoralen Entwicklungen**

Die quantitative Beschreibung der sozioökonomischen Entwicklung basiert auf der Tabelle in der beige-fügten Anlage 12

### **Allgemeine Entwicklung**

Gemeinsam mit Berlin bildet Brandenburg die Hauptstadtregion Deutschlands. Der gemeinsame Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg ist ein europäischer Agglomerationsraum mit annähernd 6 Mio. Einwohnern und vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen nach Mittel- und Osteuropa.

Ziel beider Landesregierungen sowie der gemeinsamen Landesplanung ist daher die stärkere Koordination der Wirtschaftsförderung und eine Neuausrichtung und Fokussierung der Förderpolitik. Die Erarbeitung einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie erfordert ein neues landesplanerisches Leitbild zur Darstellung der Stärken, Potenziale und Chancen im Wettbewerb europäischer Metropolregionen. Das neue Leitbild soll die Stärken beider Länder bündeln und das bisherige Förderprinzip der dezentralen Konzentration durch eine polyzentrale Entwicklung des Gesamttraumes („Stärken stärken“) ersetzen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den Synergieeffekten von Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Hauptstadtfunktionen. Die Entwicklung eines Leitbildes dient ferner dem Aufzeigen der Zukunftsperspektiven der Region für die nächsten 15 Jahre im Kontext der angestrebten Fusion beider Länder und des demografischen Wandels. Fachkonferenzen begleiten den Aufstellungsprozess gegenwärtig aktiv.

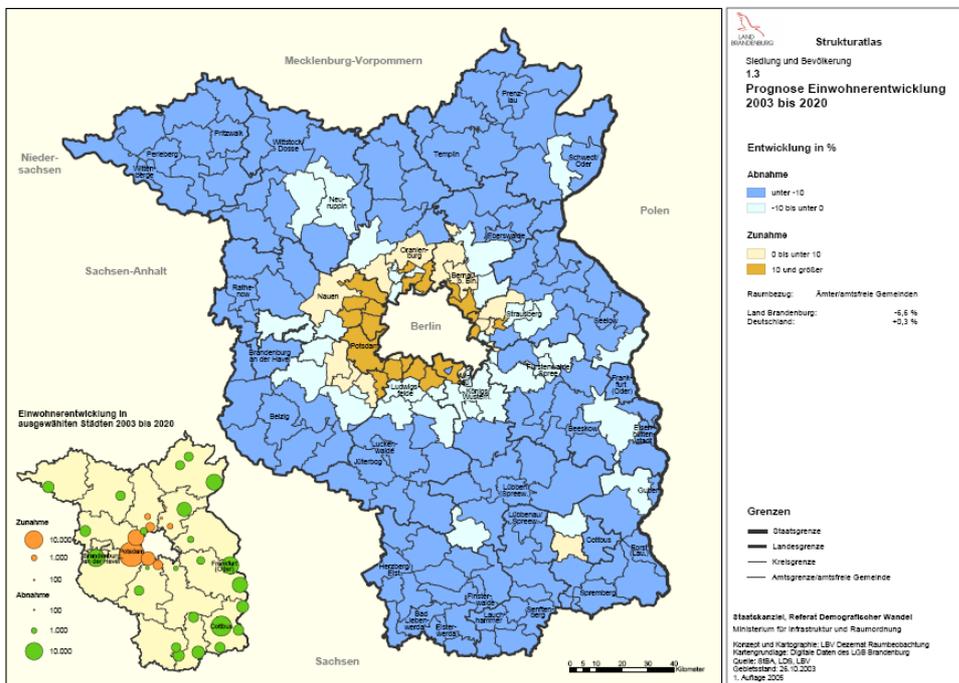
### **Demografie**

Brandenburg ist nach wie vor das einzige der neuen Bundesländer, dessen Bevölkerungszahl höher liegt als zu Beginn der neunziger Jahre. Mit 2,561 Mio. Einwohnern zum September 2005 liegt die Bevölkerungszahl um rund 1% über der des Jahres 1991. Für den weitaus größten Teil dieses Zeitraums war eine Zuwanderung kennzeichnend. Wesentlichen Anteil am positiven Gesamttrend hatte hierbei der Zuzug aus der Bundeshauptstadt Berlin nach Brandenburg (Suburbanisierung) und hier insbesondere in die angrenzenden Umlandgemeinden (sog. engerer Verflechtungsraum/eVr). Seit dem Jahr 2001 können die Zuwanderungen jedoch die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung nicht mehr ausgleichen und die Bevölkerungszahl nimmt auch in Brandenburg ab. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Bevölkerung in 2005 wiederum mit - 0,3% leicht ab (2004+2003: ebenfalls -0,3%). Die Rückgänge der

vergangenen drei Jahre fallen jedoch im überregionalen Vergleich der neuen Länder bislang dank der Berliner Zuzüge moderat aus.

Der demografische Wandel im Land Brandenburg zeigt sich insbesondere durch eine Abwanderung von jungen Menschen und hier insbesondere von jungen Frauen im Alter von 18-30 Jahren. Der Altersaufbau der Gesellschaft verändert sich zunehmend und führt sukzessive zu einem höheren Anteil älterer Menschen und steigendem Durchschnittsalter der Bevölkerung. Die Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2020 geht trotz steigender Lebenserwartung und etwas höheren Geburtenraten von weiter rückläufigen Einwohnerzahlen aus (-7% oder 180 Tausend Personen). Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerung auf 1,8 Mio. Einwohner prognostiziert. Die Alterung der Gesellschaft nimmt weiter zu. Bis zum Jahr 2020 wird bereits jeder vierte Brandenburger älter als 65 Jahre sein.

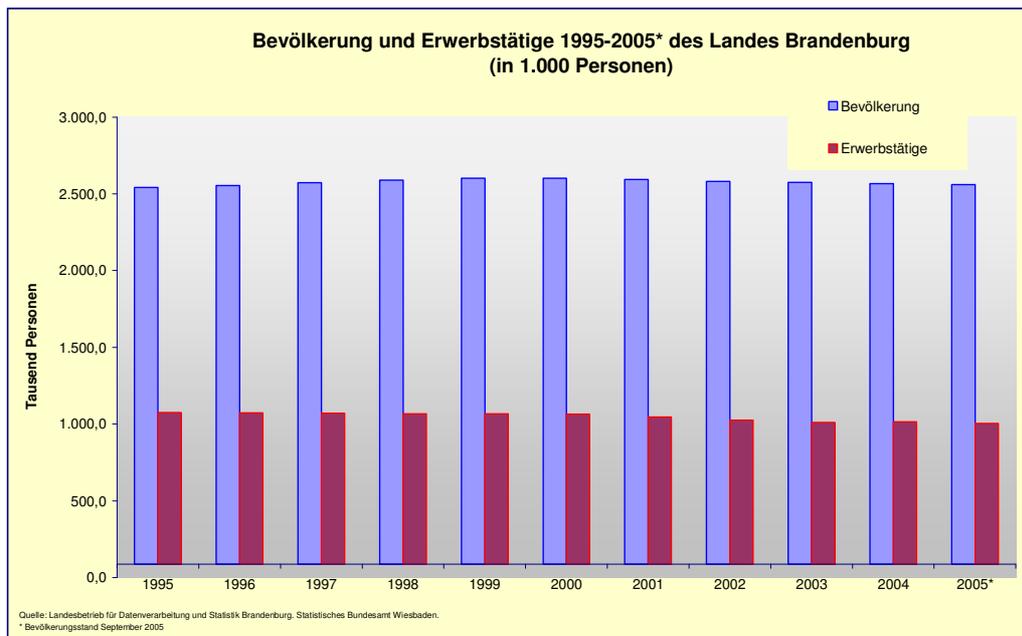
Abbildung 1: Prognose der Bevölkerungsentwicklung 2003 bis 2020



Gleichzeitig zeigt sich eine divergierende teilträumliche Entwicklung im Land Brandenburg: Zunehmende Bevölkerungszahlen im sog. „Speckgürtel“ um Berlin stehen deutliche Bevölkerungsrückgänge in peripheren Regionen des Landes gegenüber. 2004 lebten bereits rd. 40% der Bevölkerung im eVr. Geburtendefizite und Wanderungsverluste werden sich entsprechend der Bevölkerungsprognosen insbesondere im äußeren Entwicklungsraum/äEr des Landes verstärken. Die Bevölkerungsproportionen innerhalb des Landes verschieben sich somit weiter. In Folge der demografischen Entwicklung wird auch die Einwohnerdichte gerade in den peripheren Regionen des Landes weiter abnehmen.

Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Jahr 2005 weiter abgefallen. Nach einem leichten Anstieg im Jahr 2004, welcher jedoch im Wesentlichen auf die Reformen auf dem Arbeitsmarkt und die Einführung von Ich-AG's und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse zurückgeführt werden kann, ist für 2005 mit rd. 1 Mio. Erwerbstätigen die Gesamtzahl um 1% gesunken.

Abbildung 2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1995-2005



### Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur

Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) belief sich nach neuen Berechnungen der VGR (Rechenstand 30.03.2006) im Jahr 2005 auf über 48 Mrd. € (+2,7%). Brandenburg erreicht damit nach wie vor die zweithöchste gesamtwirtschaftliche Leistung unter den neuen Ländern nach Sachsen. Seit dem Jahr 1995 entspricht dies einem Zuwachs von mehr als einem Viertel (+27%), seit 1991 einem Plus des 1,5-fachen. Der Brandenburger Anteil am bundesweiten Inlandsprodukt belief sich 2005 auf 2,2%. Auf Grund der neuen Berechnungsmethode (Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung/VGR 2005) fällt die nominale Wirtschaftsleistung etwa im Jahre 2004 um etwa 8% höher aus als bislang angenommen (insb. Einbezug neuer Daten und Verrechnung der Bankgebühren).

Die Ergebnisse sind dabei wesentlich beeinflusst von der großen Revision der VGR in 2005. Diese bedingt neben methodischen Änderungen auch den Einbezug neuer Datenquellen. Die Preisbereinigung findet nun auf Vorjahresbasis statt und wird über eine Verkettung (sog. Kettenindizes) abgebildet. Wei-

ter wird die unterstellte Bankgebühr (sog. FISIM, Finanzserviceleistung, indirekte Messung) direkt den Sektoren zugeordnet und erhöht damit das BIP bzw. die BWS. Weiter wurden zusätzliche Daten der Dienstleistungsstatistik einbezogen.

Preisbereinigt (Kettenindex) setzte sich die konjunkturelle Erholung des Jahres 2005 in ganz Ostdeutschland nicht fort und es kam zu einem sog. „Nullwachstum“. Die westdeutsche Wirtschaft generierte einen Zuwachs des BIP von 1,0%. Wachstumsstärkstes neues Bundesland war 2005 Sachsen-Anhalt mit einem Plus von 1,1%. In Sachsen, Berlin und Brandenburg war die Wirtschaftsleistung hingegen rückläufig.

Das Brandenburger Wirtschaftswachstum lag real bei -1,5% (nominal -1,0%) und nahm damit den letzten Platz unter den Bundesländern ein. Eine gute Entwicklung in der Industrie konnte die starken Einbrüche in der Bauwirtschaft des Landes sowie die rückläufige Entwicklung im Bereich der öffentlichen Haushalte nicht ausgleichen. Hauptimpulsgeber der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Brandenburgs waren auch im Jahre 2005 wiederum die Industriebetriebe des Verarbeitenden Gewerbes.

Pro-Kopf ist die Wirtschaftsleistung Brandenburgs in Bezug auf die Einwohner weiter hinter dem ostdeutschen Durchschnitt zurückgeblieben. Das Pro-Kopf-Einkommen (BIP je Einwohner) betrug im Jahre 2005 nominal 18.755 € und lag damit unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 19.267 € (neue Länder ohne Berlin). Dies entsprach 69% des bundesweiten pro-Kopf Einkommens. Berlin erreichte ein Pro-Kopf-Einkommen von 23.470 €.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität lag mit rd. 47.772 € je Erwerbstätiger zwar nach wie vor mit an der Spitze unter den neuen Ländern und erreichte bereits 83% des gesamtdeutschen Durchschnitts, war jedoch gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig.

Der Strukturwandel der Brandenburger Wirtschaft hält demnach unvermindert an. Mit einer Wertschöpfung von rd. 6,5 Mrd. € trug die Brandenburger Industrie 2005 zu 15% zur der landesweiten Wirtschaftsleistung bei. Gegenüber dem Vorjahr war die Industrie mit einem Plus von 3,8% stärkste Wachstumsbranche noch vor den Unternehmensdienstleistungen (+3,2%). Gegenüber dem Bundestrend (+4,9%) und den neuen Ländern (+7,3%) jedoch ein unterdurchschnittlicher Zuwachs.

Die Brandenburger Bauwirtschaft befand sich auch im Jahr 2005 weiterhin im Anpassungsprozess. Angebot und Nachfrage sind nach wie vor unausgewogen und der Abbau bestehender Überkapazitäten führte zu einem weiteren massiven Rückgang der Wertschöpfungsleistung von 13,2%. Umsatz und Beschäftigung fielen im zweistelligen Bereich ab. Und nach wie vor ist das Umsatzvolumen je Einwoh-

ner im Vergleich mit den neuen Ländern als auch mit Deutschland insgesamt überdurchschnittlich hoch. Mit einem Volumen der Bauleistungen in Höhe von rd. 2,26 Mrd. € im Jahr 2005 ist der Anteil an der landesweiten BWS auf 5,2% weiter zurückgegangen.

Das Verarbeitende Gewerbe Brandenburgs ist und bleibt einer der wichtigsten Wachstumspfeiler neben den Unternehmensdienstleistungen. Mit einem Umsatzvolumen von annähernd 19 Mrd. € 2005 erhöhten sich die Umsätze im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe um 4,7% zum Vorjahresergebnis. Damit konnten rd. 36% der Umsätze als Wertschöpfung für Brandenburg verbucht werden (D=32%). Dies spricht für eine wertschöpfungsintensive Produktion der Brandenburger Industrie.

Die Industrie beschäftigt landesweit annähernd 80 Tausend Arbeitnehmer und hat damit auch eine hohe beschäftigungspolitische Bedeutung, wenn auch die Industriebeschäftigung in den vergangenen Jahren stetig rückläufig war. Wachstumsträger in der Industrie Brandenburgs waren im Jahr 2005 wichtige Branchenkompetenzfelder wie etwa das Holz- und Papiergewerbe, die chemische Industrie, die Stahl- und Metallerzeugung oder etwa die Optik. Eine ungünstige Entwicklung nahmen hingegen die Teilbranchen des Brandenburger Fahrzeugbaus, die Kfz-Industrie sowie der sonstige Fahrzeugbau (Luftfahrt- und Bahnindustrie) mit z. Tl. deutlichen Umsatzrückgängen.

Nach Hauptgruppen der Industrie betrachtet fiel die Geschäftsentwicklung 2005 insb. für die Vorleistungs- und Verbrauchsgüterproduzenten positiv aus, während Investitions- und Gebrauchsgüterproduzenten einbußen hinnehmen mussten. Auch die Mehrheit der Beschäftigten lässt sich den beiden erst genannten Hauptgruppen zuordnen.

Im Jahr 2005 ist die Arbeitsproduktivität der Industriebeschäftigten weiter gestiegen. Mit einer Produktivität von rd. 223 Tausend € je Beschäftigten erreicht die Brandenburger Industrie annähernd 90% (87,1%) der Produktivität der westdeutschen Betriebe und liegt im ostdeutschen Vergleich überdurchschnittlich. Die Brandenburger Industrie konnte ihre gute Position in den letzten Jahren behaupten, auch wenn sie bereits im Jahr 2000 den ersten Platz an die Industrie Sachsen-Anhalts abgegeben hat und mittlerweile ein deutlicher Niveauvorsprung für Sachsen-Anhalt besteht. Bei einer Betrachtung nach der Brandenburger Wirtschaft im Jahre 2005 zeigt sich, dass die Vorleistungsgüterproduzenten eine überdurchschnittliche Produktivität aufweisen und bereits 9% über dem vergleichbaren westdeutschen Niveau liegen. Bei den Investitionsgüterproduzenten liegt die Angleichung hingegen mit rd. 60% am niedrigsten.

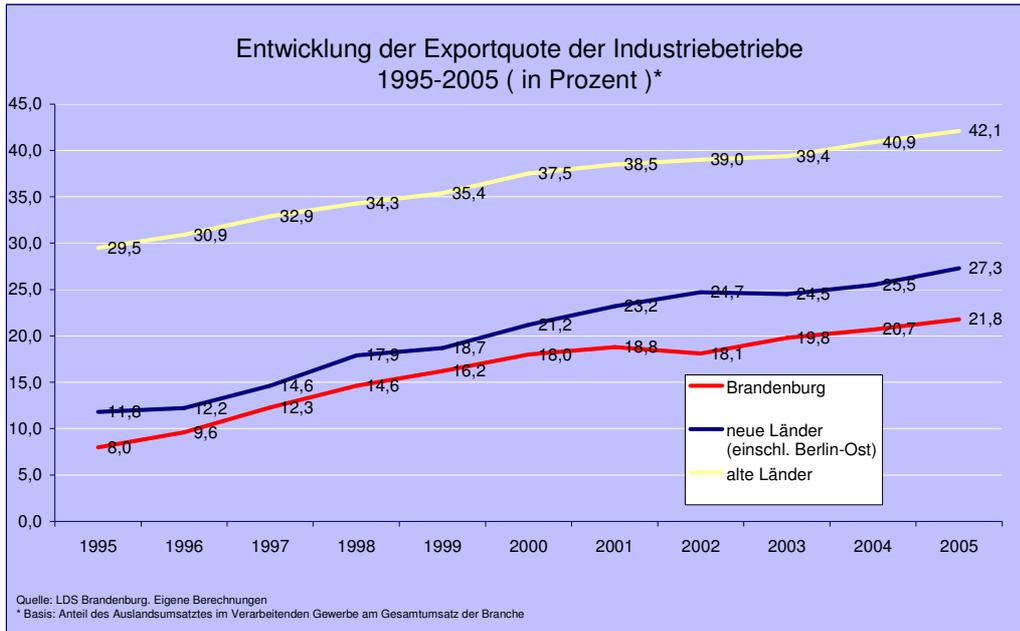
Die Brandenburger Industrieerzeugung hat ihre Exportquote (d.h. den Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) seit Mitte der Neunziger Jahre deutlich erhöhen können (von rd. 8% in 1995 auf rd. 21,7% in 2005). Im ostdeutschen Vergleich liegt Brandenburg jedoch hinter dem ostdeutschen Durchschnitt von rd. 27% (einschl. Berlin). Die sächsische und die thüringische Industrie verfügen mit Exportquoten von 31% und 29% mittlerweile über die höchsten Anteile in Ostdeutschland und liegen in etwa gleich auf mit dem entsprechenden Wert für die Berliner Industrie (30,4%).

Dass die anderen neuen Bundesländer mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern über eine höhere Exportquote verfügen, ist jedoch kein neues Phänomen. Bereits Mitte der Neunziger Jahre war deren Exportorientierung etwas höher als in Brandenburg und die brandenburgische Wirtschaft hat durch ihre Starke Stellung der Vorleistungsgüterproduzenten (2005: 48% des Umsatzes) eine stärkere Stellung der Binnenwirtschaft.

Der Wachstumspfad der Brandenburger Industrie im Auslandsgeschäft ist jedoch seit dem Jahr 1995 ungebrochen. 2005 erreicht der Auslandsabsatz etwa das Niveau Berlins der Jahre 1999/2000. Die Exportquote der westdeutschen Industrie liegt mit rd. 42,1% wesentlich höher als in Ostdeutschland. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Industrieerzeugung der ostdeutschen und der Brandenburgischen Betriebe eine höhere Inlandsbasis besitzt.

Im Jahr 2005 erreichte die Brandenburgische Wirtschaft erneut einen Ausfuhrrekord. Mit Waren im Gesamtwert von 6,6 Mrd. € wurde das Vorjahresergebnis um 1,2Mrd. € oder annähernd 22% übertroffen. Sowohl die Ernährungswirtschaft (+9,3%) als auch die gewerbliche Wirtschaft (+17,3%) trugen zu dieser Entwicklung bei. Mit einem Anteil von 8% standen pharmazeutische Erzeugnisse an der Spitze der Exportgüter, gefolgt von Luftfahrzeugen, Mineralölerzeugnissen, Sperrholz-, Span und Faserplatten sowie Blech und Draht aus Eisen und Stahl.

Abbildung 3: Entwicklung der Exportquote



Der Außenhandel Brandenburgs ist ein wichtiger Stützweiler der wirtschaftlichen Entwicklung im Lande. Im vergangenen Jahr war der Anteil der wertschöpfungsintensiven Enderzeugnisse rückläufig und belief sich auf 43% (2004: 52%). Rund drei Viertel der Ausfuhren (74%) waren Fertigwaren. Starke Zuwächse verzeichnete der Bereich der Halbwaren (+114%) und hier insb. der Mineralölzeugnisse (+283%). Im Bereich der Enderzeugnisse wiesen insb. die Kompetenzfelder Druckerzeugnisse, Eisen, Blech und Metallwaren, MSR-Technik und Optik, Luftfahrzeuge sowie Fahrgestelle, Karosserien und Motoren Zuwächse im Auslandsansatz auf.

Wichtigstes Bestimmungsland war im Jahr 2005 Polen mit einem Anteil von rund 13%. Danach folgen die Niederlande, die Vereinigten Staaten, Italien, das Vereinigte Königreich und Österreich. Die Ausfuhren in die EU-Länder stiegen um 30,2% und entsprechen einem Anteil von 70% der Ausfuhren.

Die Arbeitslosigkeit in Brandenburg hat sich in Folge der eingeleiteten Arbeitsmarktreformen im Jahre 2005 nun das zweite Jahr in Folge verringert. Bislang sind jedoch nach wie vor keine konjunkturell bedingten Effekte zum Aufbau neuer Beschäftigungsverhältnisse im Land zu erkennen. Nach wie vor besteht jedoch eine hohe Sockelarbeitslosigkeit.

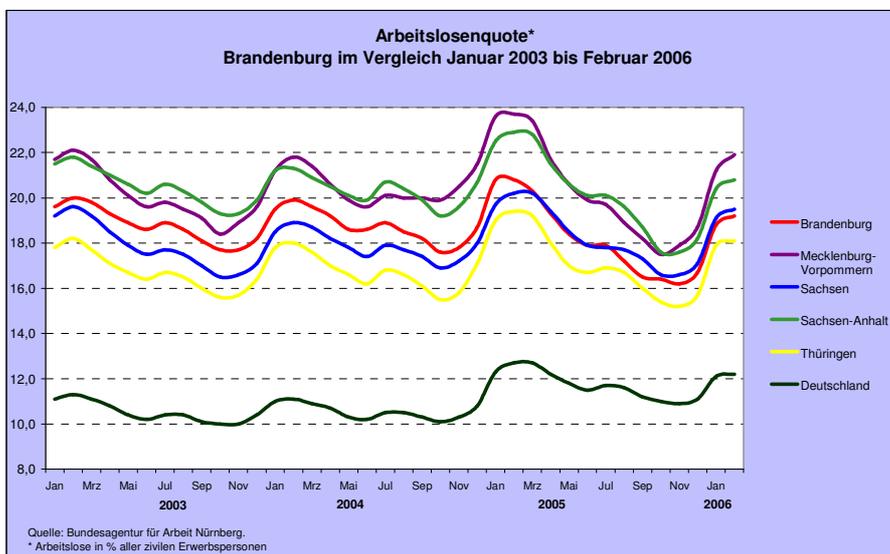
In Bezug auf alle zivilen Erwerbspersonen lag die Quote bei 18,3% (2004: 18,7%) und damit unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 18,8%. Im Bundesdurchschnitt lag die Quote bei 11,7%. Damit verbleibt die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland annähernd doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Betrachtet man die absoluten Zahlen des Brandenburger Arbeitsmarktes 2005 so zeigt sich der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr auf ein Niveau von rd. 244 Tausend Menschen (-2,7%). Die Arbeitslosenzahl entspricht damit einem Anteil von nahezu einem Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung im Lande.

Gleichzeitig zur leichten Reduzierung der Arbeitslosenzahlen sind im vergangenen alle aktiven arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Vergleich zum Vorjahr stark rückläufig gewesen. Dies betrifft sowohl die Bereiche SAM (-47 %) und Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen (-39 %) als auch Kurzarbeit (-26,3 %) und ABM (-61 %). Insgesamt waren im Schnitt des Jahres 2005 rd. 260 Tausend Menschen arbeitslos gemeldet oder in aktiven Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik eingebunden. Das war ein Minus von 7,1 % zum Vorjahr (2004: -3,6 %).

Trotz des sog. „statistischen Effektes“ in Folge der Reformen auf dem Arbeitsmarkt (Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zur neuen Grundsicherung ALG II) und dem Einbezug bislang nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasster erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger ist die Brandenburger Arbeitslosenquote weiterhin unterdurchschnittlich im Vergleich mit den neuen Ländern. Im regionalen Vergleich weist Brandenburg seit Beginn des Jahres 2005 die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit unter den neuen Ländern in Bezug auf die Erwerbspersonen aus und verfügt damit über eine vergleichsweise noch günstigste Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland.

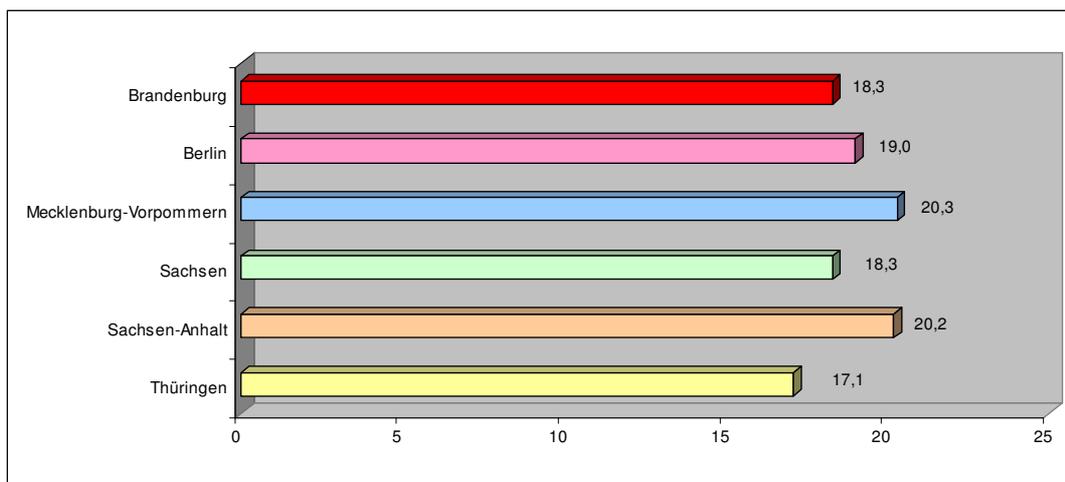
Abbildung 4: Arbeitsmarkt



## Arbeitsmarkt

Das Gesamtbild am Brandenburger Arbeitsmarkt hat sich auch in 2005 nicht grundlegend verändert. Nach wie vor ist der Arbeitsmarkt im Land Brandenburg - wie auch in den anderen neuen Bundesländern - durch ein anhaltendes Arbeitsplatzdefizit gekennzeichnet. Die Arbeitslosigkeit befindet sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau, auch wenn eine leichte Besserung zu konstatieren ist: Bei einer längerfristigen Betrachtung der Arbeitsmarktentwicklung zeigt sich, dass seit dem Jahr 2000 mit 226.451 gemeldeten arbeitslosen Personen die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2003 mit 253.028 gemeldeten arbeitslosen Personen anstieg und seit 2004 der Bestand an Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt (251.154) wieder leicht abnimmt. Dieser Trend schreibt sich auch für das Jahr 2005 fort, so waren im Jahresdurchschnitt 244.660 Personen arbeitslos gemeldet, das sind über 6.000 Personen weniger als im Vorjahresdurchschnitt. Insgesamt entspricht dies im Berichtszeitraum 2005 einer Arbeitslosenquote von 18,3 % bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen und 19,9 % bezogen auf die abhängig Beschäftigten.

Abbildung 5: Arbeitslosenquote 2005 in Prozent



Gleichzeitig ist auch die Zahl der Erwerbstätigen im Land Brandenburg im Jahresdurchschnitt 2005 um ca. 9.100 Personen auf 1.005.900 Personen zurückgegangen. Damit zeigen sich zwar für 2005 insgesamt keine deutlichen Beschäftigungseinbußen, allerdings wird die Gesamtentwicklung der Erwerbstätigkeit durch erhebliche Strukturveränderungen beeinflusst. So nimmt die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Brandenburg seit dem Jahr 2000 kontinuierlich ab, während die Zahl der

geringfügig Beschäftigten und der Selbständigen - begünstigt durch die Reformprozesse am Arbeitsmarkt im Rahmen der Hartz-Gesetzgebung - stetig zunimmt.

Die Arbeitsmarktsituation im Land Brandenburg ist weiterhin durch gravierende regionale Disparitäten gekennzeichnet. Während die Arbeitslosenquoten (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) im Dezember 2005 im Agenturbezirk Potsdam bei 13,3 %, in den Agenturbezirken Frankfurt (Oder) bei 12,6 % und Neuruppin bei 17,0 % lagen, mussten in den Agenturen für Arbeit Cottbus 19,6 % und Eberswalde 18,7 % registriert werden.

Die Struktur der Arbeitslosigkeit weist nach wie vor signifikante Ungleichverteilungen auf, die sich neben den regionalen Disparitäten in den unterschiedlichen Arbeitsmarktrisiken für die arbeitsmarktlichen Zielgruppen zeigen: Im Jahr 2005 waren 113.782 Frauen arbeitslos gemeldet. Das sind 4.679 Frauen weniger als im Vorjahr. Bei den Arbeitslosen sank der Frauenanteil von 47,3 % im Vorjahr auf 46,5 % im Jahr 2005. Die Arbeitslosenquote bei den Frauen betrug 18,9 % und lag unter der Männerarbeitslosenquote von 21,0 %. Die prekäre Situation der Frauen am Arbeitsmarkt hält jedoch weiter an. Sie sind nach wie vor stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Männer. Im Berichtszeitraum 2005 waren insgesamt 111.898 Personen ein Jahr oder länger arbeitslos. Ein Blick auf die Entwicklung im Zeitverlauf zeigt, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen seit 2000 stetig zugenommen hat und nunmehr bei 45,7 Prozent liegt. Somit wächst das Risiko des längerfristigen Verbleibs in der Erwerbslosigkeit dramatisch.

Lag die Zahl der Arbeitslosen zwischen 50 und 55 Jahren im Jahresdurchschnitt 2004 bei 37.865 Personen stieg dieser Wert im Jahr 2005 auf 38.140 an. Auch die Zahl der arbeitslosen älteren Personen ab 55 Jahren hat sich von 23.420 im Jahr 2004 auf 26.682 Personen im Berichtszeitraum erhöht.

Die Zahl der registrierten arbeitslosen Jugendlichen bewegt sich seit 2000 auf hohem Niveau. Im Jahresdurchschnitt 2005 waren in Brandenburg insgesamt 31.685 arbeitslose Brandenburgerinnen und Brandenburger jünger als 25 Jahre. Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 18,8 %. Gegenüber dem Vorjahreswert von 29.997 stieg die Zahl der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen unter 25 Jahren um 1.688 an.

Der Ausbildungsmarkt in Ostdeutschland weist weiterhin Besonderheiten gegenüber Westdeutschland auf, die eine Versorgung der jungen Menschen mit ausreichenden Ausbildungsplätzen erheblich erschweren. Insbesondere eine steigende Anzahl von „Altnachfragern“. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der

Bewerberinnen stieg in den letzten Jahren und beträgt in Brandenburg im Jahr 2005 nunmehr 51 % (Ostdeutschland: 50 %, Westdeutschland: 45,1 %).

Diesen problematischen Entwicklungen steht in Brandenburg eine ausgesprochen kleinteilige Wirtschaftsstruktur gegenüber. In über 80 % der Betriebe sind nur bis zu 9 Beschäftigte tätig. Gleichwohl verzeichnet Brandenburg bezogen auf den Anteil der Auszubildenden eine relativ hohe Ausbildungsquote bei den ausbildenden Betrieben von 6 %. Die vergleichbare Quote liegt in Westdeutschland bei 4 % und in Ostdeutschland bei 6 %.

Trotz der Ausbildungsbereitschaft der hiesigen Betriebe ist die Ausbildungsstellenbilanz weder in Brandenburg noch in den anderen neuen Ländern ohne ausreichende staatliche Förderung insgesamt ausgeglichen. Auch in 2005 stellte der Bund im Rahmen des „Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftesicherung in Deutschland“ die Fortführung des Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramms Ost mit ebenfalls bis zu 14.000 Plätzen sicher. Für Brandenburg wurden aus dem APRO im Jahre 2005 Fördermittel für 2.770 zusätzliche Ausbildungsplätze bereitgestellt. Im Rahmen eines landeseigenen Ergänzungsprogramms erfolgte eine Aufstockung auf insgesamt 5.000 Ausbildungsplätze. Dadurch konnte ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung der nach wie vor schwierigen Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt geleistet werden.

Ende des Jahres 2005 befanden sich im Land Brandenburg insgesamt 51.317 Jugendliche, darunter 19.285 junge Frauen in einem betrieblichen, betriebsnahen bzw. außerbetrieblichen Auszubildendenverhältnis. Insgesamt waren das 570 Auszubildende bzw. 1,1 % weniger als im Jahr 2004. Dieser Rückgang vollzog sich vor allem im Ausbildungsbereich des Handwerks (- 855). Auch bei den Freien Berufen waren Rückgänge zu verzeichnen. Im Ausbildungsbereich Industrie und Handel stieg dagegen die Anzahl der Auszubildenden insgesamt um 299 gegenüber dem Vorjahr und im öffentlichen Dienst um 9 und im Bereich Landwirtschaft/Hauswirtschaft um 100. Die Gesamtzahl der Auszubildenden verteilt sich auf die einzelnen Ausbildungsbereiche wie folgt:

Tabelle 1: Gesamtzahl der Auszubildenden in den einzelnen Bereichen

<b>Ausbildungsbereich</b>	<b>Zahl der Auszubildenden per 31.12.2005</b>	<b>Veränderung gegenüber Vorjahr</b>
Landwirtschaft	2.743	+63
Industrie und Handel	29.861	+299
Handwerk	14.155	-855
Hauswirtschaft	661	+37
Öffentlicher Dienst	1.599	+9
Freie Berufe	2.298	-123
Insgesamt	51.317	-570
Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie		

Die Anzahl der Auszubildenden, die sich Ende 2005 im 1. Ausbildungsjahr befanden, war - wie die Gesamtzahl - rückläufig; gegenüber 2004 um 420 gegenüber 2000 um 1.788. Im Ausbildungsbereich Industrie und Handel begannen im 1. Ausbildungsjahr 78 (-0,8 %) weniger junge Menschen ihre Berufsausbildung. Im Handwerk verringerte sich die Zahl der Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr um 330 (-7,5 %).

Brandenburg gab im Kalenderjahr 2005 für die berufliche Erstausbildung insg. 64,1 Mio Euro aus. Darunter im Rahmen der Verbundausbildung 2,0 Mio Euro für 2.714 geförderte Teilnehmer und 2,6 Mio. Euro für 22.127 Teilnehmer an den überbetrieblichen Lehrlingsunterweisungen.

Damit gelingt es der Landesregierung, das im Dezember 2004 bestätigte Ziel des „Brandenburger Ausbildungskonsens“ zu erreichen, dass jedem Jugendlichen der es will, ein Angebot für Ausbildung oder Qualifizierung zur Ausbildungsreife unterbreitet werden kann.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Brandenburgische Arbeitsmarkt nach wie vor durch ein anhaltendes Arbeitsplatzdefizit gekennzeichnet ist. Das Arbeitsplatzdefizit ist auch ein wesentlicher Grund für die Struktur der Arbeitslosigkeit. Hier ist insbesondere auf den steigenden Anteil Langzeitarbeitsloser, die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 50 - bis 55-jährigen sowie auf die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen am Übergang von der Erstausbildung in den Beruf zu verweisen.

## **Veränderungen in der Bundesarbeitsmarktpolitik und Auswirkungen auf den ESF in Brandenburg**

Mit dem vierten Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt wurden zum 1. Januar 2005 Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ zusammengeführt. Für die Umsetzung wurden Arbeitsgemeinschaften zwischen den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten und den Arbeitsagenturen gebildet. Fünf Landkreise entschieden sich für die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit, die Arbeitsmarktreform in eigener Verantwortung umzusetzen.

In einem Beschluss des Landtages vom 24. November 2004 wurde die Landesregierung aufgefordert, das Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ (LAPRO) unter Berücksichtigung veränderter Rahmenbedingungen und entsprechend des Sozialgesetzbuches II weiterzuentwickeln bzw. neu zu fassen. Die Schwerpunkte Ausbildung, Integration, Prävention und Innovation wurden auch vor dem Hintergrund der Reformen grundsätzlich beibehalten.

Die Arbeitsmarktreformen wurden zu einer erheblichen Straffung des LAPRO genutzt. Beispiel dafür ist die Zusammenführung von vier ABM/SAM-Richtlinien zu einer einzigen gemeinsamen ABM-Richtlinie, die nun auch für ALG-II-Bezieherinnen und Bezieher zur Verfügung steht. Die Förderung von Arbeitslosenserviceeinrichtungen (ASE) und das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ (AsS) endeten Ende 2004 ersatzlos. Das „Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit“ lief im Jahr 2005 geordnet aus.

Im Gegenzug gab es folgende neuen Angebote:

Im Zuge der Umsetzung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) spielen die persönlichen Ansprechpartner bzw. bei Langzeitarbeitslosen mit mehreren die Vermittlung hemmenden Merkmalen die Fallmanager und Fallmanagerinnen eine zentrale Rolle. Sie entscheiden letztendlich nach dem Grundprinzip des Förderns und Forderns im Rahmen der mit den Hilfebedürftigen abzuschließenden Eingliederungsvereinbarungen, welche Unterstützungen bzw. welche Integrationsangebote ihnen – zugeschnitten auf ihre persönliche Problemlage – gewährt werden. Das Land bot für diese Fallmanager/-innen in 2004 und in 2005 die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen an. Ziel war es, die Schaffung der Voraussetzungen für eine angemessene Qualität der Fallmanager/-innen landesweit zu unterstützen.

Zur Begleitung der Arbeitsmarktreformen erhielten drei Landkreise und die kreisfreie Stadt Potsdam nach wettbewerblichem Verfahren ein Regionalbudget, welches neue Beschäftigungsinstrumente aus dem ESF zusätzlich unterstützt. Das Land verfolgt dabei im Wesentlichen folgende Ziele: Das Regio-

nalbudget soll einen substantziellen Mehrwert über den Rahmen des SGB II hinaus ermöglichen, indem Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld II (ALG II) an der Gestaltung von Struktureffekten beteiligt werden, die für die Regionalentwicklung von Bedeutung sind. Dafür sollen neue und innovative Instrumente entwickelt und eingesetzt werden, die die Arbeitsmarktintegration oder die Beschäftigungsfähigkeit von ALG II Bezieher/-innen deutlich erhöhen. Außerdem sollen Lernprozesse hinsichtlich künftiger Regionalisierungsprozesse durch die Nutzung des weitgehend flexiblen Regionalbudgets ermöglicht werden. Das betrifft insbesondere auch im Kontext der Verwaltungsmodernisierung das neue Steuerungsmodell: Zielvereinbarungen zwischen Land und Kommunen. Im Erfolgsfall ist die flächendeckende Einführung eines Regionalbudgets in der neuen EU-Strukturfondsperiode vorgesehen. (siehe auch unter C Berücksichtigung der horizontalen Prioritäten des ESF: Regionalisierung)

Der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit ist ein wichtiges Ziel im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie. Als Beitrag zur Erreichung dieses Ziels startete das Land Brandenburg im Jahr 2005 unterstützt aus Mitteln des ESF das neue Förderprogramm „Aktiv für Arbeit“. Es richtet sich in erster Linie an Nichtleistungsbeziehende, darunter insbesondere Frauen, ist aber auch offen für ALG II-Empfangende. Beschäftigungsfähigkeit der genannten Zielgruppen soll erhalten bzw. verbessert werden durch Maßnahmen zur Verbesserung der psychischen, physischen, sozialen und qualifikatorischen Situation der Betroffenen. Gerade angesichts des herrschenden Arbeitsplatzdefizits können so die Chancen auf Integration gesichert bzw. positiv beeinflusst werden. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten – an insgesamt 39 Standorten – steht das Förderangebot zur Verfügung. An dem Programm können rund 6.400 Personen teilnehmen und es werden ca. 8,25 Mio Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes eingesetzt. Mit diesem Angebot wird einer Empfehlung aus der OP-Halbzeitbewertung gefolgt

Die Umsetzung der Arbeitsmarktreformen des Bundes führte mit der Einführung des SGB II zu allgemeinen Unsicherheiten und zum Teil auch zu Reibungsverlusten bei der Neuausrichtung der Arbeitsförderung. Für den ESF-Einsatz in neuen Angeboten des Landesprogramms „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ waren Änderungen der Ergänzung zur Programmplanung zum OP vorzunehmen und Abstimmungen mit der EU-Kommission zu treffen. Zusätzlich waren Rechtsunsicherheiten bezüglich nationaler Zuständigkeiten zu klären. Dies wirkte teilweise verzögernd auf die Einführung der neuen Angebote und die Ausschöpfung der Mittel im Jahresverlauf.

## Ländlicher Raum

Die Erwerbstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei bezogen auf je 1.000 Einwohner hat sich in Brandenburg seit 1991 von 46 auf 17 in 2004 verringert. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft ist seit 2001 relativ konstant. Die Arbeitnehmeranzahl hat sich von 1999 bis 2004 um 6.532 auf 24.289 verringert.

Ausdruck der überproportional gestiegenen Arbeitsproduktivität in der Branche ist der Rückgang des Anteils am Bruttoinlandsprodukt von 1991 – 2002 nur um 1,7 %.

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Unternehmen von insgesamt 6.668, hat im Jahr 2005 gegenüber 2003 um 41 Betriebe (0,6%), geringfügig abgenommen.

In Brandenburg wirtschaften 944 juristische Personen (2,2%) und 5.724 natürliche Personen (-1%).

Der Anteil der von den juristischen Personen bewirtschafteten landwirtschaftlich genutzten Fläche ist um 6.000 ha gesunken und beträgt 58,6 %.

Die durchschnittliche Flächenausstattung der natürlichen Personen ist auf 97 ha (+4 ha) gestiegen. Juristische Personen verfügen im Durchschnitt über 830 ha (-25 ha).

In 2005 waren 39.683 Personen in der Landwirtschaft tätig. Rund 46 % der familienfremden Lohnarbeitskräfte aller Rechtsformen sind vollbeschäftigt.

Im Wirtschaftsjahr 2004/05 sind die Preise landwirtschaftlicher Produkte insgesamt um 3,6 % gesunken. Im Wirtschaftsjahr 2004 wurde eine gute Ernte bei Getreide und Raps eingefahren, was für eine Überversorgung in allen Bereichen und damit für starke Preissenkungen bis weit in das Jahr 2005 hinein sorgte. Auch die Obst- und Gemüsepreise entwickelten sich in hohem Maße nachteilig.

Einzelunternehmen im Haupterwerb erzielten ein durchschnittliches ordentliches Ergebnis von 28.620 Euro bzw. 36 Euro je ha LF. Gemessen an der Flächen- und Arbeitsproduktivität schnitten die spezialisierten Ackerbaubetriebe am besten ab.

Der Gesamtumsatz der brandenburgischen Ernährungswirtschaft liegt mit 2,4 Mrd. Euro auf Vorjahresniveau, wobei sowohl die Anzahl der Betriebe als auch die Beschäftigtenzahl leicht rückläufig waren.

Kennzeichnend für die Branchenstruktur der Ernährungswirtschaft Brandenburgs ist die Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe aus der Region und die Umsatzdominanz der Branchen Schlachtung/ Fleischverarbeitung und Molkereien/ Käsereien.

Die Obst – und Gemüseverarbeitung erzielte mit 6,6 % die höchste Umsatzsteigerung, während die Brauereien wiederum Umsatzeinbußen in Höhe von 16,5 % hinnehmen mussten.

## Umweltbelastung, Umweltzustand, Umweltschutzmaßnahmen

### Zusätzliche Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke

Im Vergleich mit anderen deutschen und westeuropäischen Millionenstädten zeigt der Raum Berlin/Brandenburg eine einzigartige Freiraumstruktur. Einer kompakten Stadt mit dichter Besiedlung steht ein weites Umland mit großen, unzerschnittenen Freiräumen gegenüber. Mit den veränderten politischen Rahmenbedingungen seit 1989/90 hat sich der Siedlungsdruck auf den engeren Verflechtungsraum zur Metropole Berlin, insbesondere bis Ende der 90er Jahre erheblich vergrößert. Aber auch seit 2000 erhöhte sich der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen stetig (vergl. Tab. 2). Von 2001 bis 2005 stieg der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche von 8,3 % auf 8,6 %.

Tabelle 2: Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen 2001 – 2005

		2001	2002	2003	2004	2005
<b>Siedlungs- und Verkehrsfläche</b>	ha	245.027	247.964	251.006	253.564	253.569
	% der Gesamtfl.	8,31	8,41	8,52	8,60	8,60

Quelle: Landesbetrieb für Daten und Statistik Land Brandenburg: Jährliche Erhebung Siedlungs- und Verkehrsflächen

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesrepublik verfolgt u.a. durch planungspolitische Maßnahmen das Ziel, die tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche von heute 129 ha/d auf einen Wert von 30 ha/d bis zum Jahr 2020 zu verringern. Bis zum Jahr 2050 soll eine zusätzliche Flächeninanspruchnahme komplett vermieden werden. Dies bedeutet auch für Brandenburg eine anspruchsvolle Zielstellung.

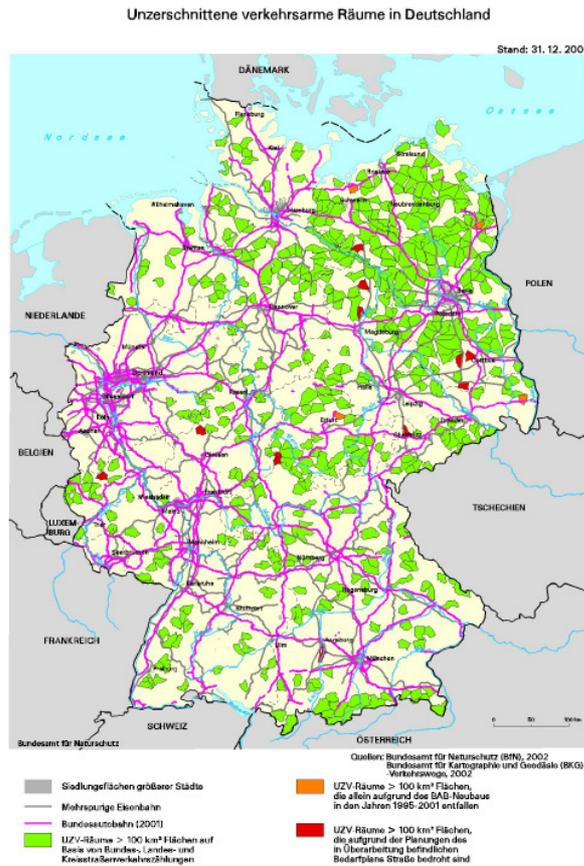
Der Landesentwicklungsplan für den Gesamttraum Brandenburg-Berlin ist seit 2004 rechtsgültig und zeigt in Verbindung mit dem Landesentwicklungsplan für den engeren Verflechtungsraum eine gute

Steuerungswirkung. Das Ziel „Innen- vor Außenentwicklung“ greift: Mehr als drei Viertel der Wohnbauflächen wurden im Siedlungsbereich geplant. Zwei Drittel aller genehmigten Wohnbauflächen konzentrieren sich auf jene 30 Gemeinden mit potenziellen Siedlungsbereichen und weitere 20 Siedlungsschwerpunkte, deren Entwicklung aus Sicht einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung besonders erwünscht ist, weil ihre Bevölkerung auf Schienenverkehrsangebote zurückgreifen kann. Auf diese Weise konnte der ungeordneten und wegen der Erschließung viel teureren Flächeninanspruchnahme entgegengewirkt und Freiraum bewahrt werden.

#### Freiraumzerschneidung

Neben dem quantitativen Verlust an Freiräumen besteht in der Zerschneidung durch Verkehrsinfrastruktur sowie der Überformung gewachsener Kulturlandschaften, beispielsweise durch Windenergieanlagen, ein Problem. Beeinträchtigt werden dadurch die ökologische Wirksamkeit, Austauschbeziehungen im Biotopverbund sowie kulturelle, funktionale und ästhetische landschaftliche Zusammenhänge, die beispielsweise für das Landschaftserlebnis und die Eignung für die landschaftsbezogene Erholungsnutzung von herausragender Bedeutung sind. Vor allem im äußeren Entwicklungsraum verfügt Brandenburg noch über große unzerschnittene Freiräume (über 100 km<sup>2</sup>), die in der Bundesrepublik in dieser Ausprägung nur noch selten vorhanden sind (vergl. Abb. 6). Diese Gebiete werden über ein differenziertes Schutzgebietssystem (Großschutzgebiete, Regionalparks und FFH-Gebiete) geschützt und entwickelt.

Abbildung 6: Unzerschnittene Freiräume in Deutschland 2001



(Quelle: Bundesamt für Naturschutz)

## Umweltschutzinvestitionen

Nach starkem jährlichen Anstieg erreichte das Volumen der Investitionen für Umweltschutzmaßnahmen in den Betrieben des produzierenden Gewerbes im Jahr 1994 in Brandenburg mit 727 Mio. € seinen Spitzenwert. Danach war das Investitionsvolumen für Umweltschutzmaßnahmen stetig rückläufig und sank bis 1999 auf 55 Mio. €. In 2000 war ein leichter Anstieg auf 63,2 Mio. Euro zu verzeichnen, der 2001 und 2002 auf ein sehr viel niedrigeres Niveau zurückging. Insgesamt wurden durch die Betriebe im produzierenden Gewerbe in Maßnahmen des Umweltschutzes 2003 37,4 Mio. € investiert (vergl. Tab. 3). Dieses Investitionsvolumen wurde maßgeblich durch das verarbeitende Gewerbe getragen.

Tabelle 3: Umweltschutzinvestitionen von Betrieben im Land Brandenburg 2001 bis 2003

Wirtschaftsgliederung	Investitionen insgesamt			darunter Investitionen für den Umweltschutz		
	2001	2002	2003	2001	2002	2003
	in 1.000 EUR					
Land Brandenburg	1 138 233	872 027	686 588	26 835	36 273	37 418
davon						
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	77 030	90 520	111 430	1 717	701	7 768
verarbeitendes Gewerbe	1 061 203	781 507	575 158	25 118	35 572	29 650
Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg. Statistische Berichte „Umweltökonomische Gesamtrechnung“ PV –j/04						

### Waldschäden

In Brandenburg ist von 2000 bis 2005 ein Anstieg der deutlichen Schäden (Schadstufe 2-4) um 6,5 % Punkte auf 14,5 % festzustellen. Der Anteil der Waldfläche ohne sichtbare Schäden ist 2005 mit 41 % etwas niedriger als 2004, aber noch auf relativ hohem Niveau. Die mittlere Kronenverlichtung ist mit 17 % relativ gering, in der Tendenz aber steigend. Trotz günstiger Witterungsbedingungen in den Jahren 2004 und 2005 konnte sich der Wald noch nicht von dem Trockenjahr 2003 erholen. Die Laubbäume – Eichen mit 40% und Buchen mit 28% deutlichen Schäden - zeigten eine nur geringe Regeneration der Belaubungsdichte. Die Eiche bleibt die seit Jahren am stärksten geschädigte Baumart der Wälder in Brandenburg. Bei der Kiefer, die erwartungsgemäß erst deutlich verzögert auf das Trockenjahr reagierte, kam es zu einem leichten Anstieg der deutlichen Schäden um 3% auf 13%. Bei ähnlich trockenen Vegetationsperioden (1982 und 1988) hatte die Kiefer auf Grund der hohen Schwefeldioxid Immissionsbelastung noch mit starken Nadelverlusten reagiert.

### Gewässerschutz

Brandenburg gehört zu den gewässerreichsten Bundesländern. 2,3 % der Landesfläche sind Gewässer. Über 10.000 Seen, davon ca. 3.000 größer als 1 ha, und rund 32.000 km Fließgewässer prägen die abwechslungsreichen und reizvollen Landschaften.

Da es zugleich niederschlagsarm ist, ist der Schutz der Brandenburger Fließ- und Standgewässer zentrale Aufgabe von Wasserwirtschaft und Gewässerschutz. Die Gewässervielfalt hat auch eine wichtige Bedeutung für den Tourismus.

Die sich kontinuierlich verbessernde Qualität der Fließ- und Standgewässer ist zum einen auf verringerte Schadstoffeinträge aus Industrie- und Gewerbebetrieben, zum anderen sowohl auf den Bau neuer Kläranlagen als auch auf die Ertüchtigung bestehender Abwasserbehandlungsanlagen zurückzuführen. Ca. 80 % der brandenburgischen Bevölkerung – dies entspricht rund 2,05 Mio. Einwohnern – sind über eine öffentliche Kanalisation an öffentliche Kläranlagen angeschlossen. Demgegenüber lag der Anschlussgrad im Jahr 1990 lediglich bei etwa 53 %.

Der Anschlussgrad an die öffentliche Trinkwasserversorgung beträgt heute 98,4 %. Die Wasserversorgung wurde vor allem in ländlichen Gebieten verbessert, in denen Trinkwasser aus Hausbrunnen teilweise belastet war (z. B. durch Nitrat). Rund 620 Wasserschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 1.963 km<sup>2</sup> sind ausgewiesen. Das Trinkwasser wird fast ausschließlich aus Grundwasser gewonnen. Die Qualität des Trinkwassers ist gut; Grenzwertüberschreitungen sind inzwischen selten.

### **Klimagasemissionen und Energieverbrauch des Landes Brandenburg**

Das Land Brandenburg hat 1990 114 Mio. t an Treibhausgasen emittiert. Bis 1996 sanken die Emissionen auf rund 64 Mio. t/a. Ursache dafür waren vor allem Stilllegungen und Sanierungen im Kraftwerkssektor sowie Brennstoffumstellungen und wärmetechnische Sanierungen im Gebäudesektor. Die Verkehrsemissionen stiegen seit 1990 durch höhere Laufleistungen und stärkere und mehr Fahrzeuge bis zum Jahr 2000 kontinuierlich auf 6 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalent an. Parallel zur Inbetriebnahme des Neubaukraftwerkes Schwarze Pumpe erhöhten sich bis zum Jahr 1998 auch die Gesamtemissionen in CO<sub>2</sub>-Äquivalent wieder deutlich auf ca. 72 Mio. t/a. Der Anteil energieverbrauchsbezogener Emissionen beträgt mehr als 75 %. Hauptursache für diesen hohen Anteil ist die Stromerzeugung mit Braunkohle, weit mehr als die Hälfte des Stromes werden exportiert. Zur Zeit sind die Kraftwerke wegen ihrer günstigen Kostenstruktur gut ausgelastet.

#### **Entwicklung von 1996– 2004**

Die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen stiegen von ihrem bisher niedrigsten Wert von 50 Mio. t im Jahr 1996 auf 62 Mio. t im Jahr 2002. Dies entspricht einem Anstieg um ca. 20 %. Im Jahr 2003 sanken diese Emissionen auf 58 Mio. t. Im betrachteten Zeitraum erhöhte sich der Primärenergieverbrauch von 578 tsd. auf 625 tsd. Terajoule um weniger als 10 %.

Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Primärenergieverbrauch konnte von weniger als 1 % im Jahr 1996 auf mehr als 5 % im Jahr 2003 gesteigert werden.

Mit seiner Energiestrategie will das Land eine sichere, preiswerte und nachhaltige Energieversorgung erreichen und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ziel dieser Strategie ist es, die jährlichen energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Land Brandenburg auf maximal 53 Mio. t zu reduzieren. Brandenburg unterstützt Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und -einsparung. Bausteine sind u. a. die Energie Technologie Initiative, die landesweit Aktivitäten zur Forschung, Entwicklung und Demonstration koordiniert, das Energie Ressourcen Institut an der BTU Cottbus, die Förderung von Verbrauchsminderung durch Zuwendungen und Information, der Bau von Anlagen zur Biomassenutzung und die Ausweisung von Windeignungsgebieten.

Das integrierte Klimaschutzmanagement wird übergreifend die Vorbeugung vor den Klimafolgen einbeziehen.

### **Finanzielle Situation des Landes Brandenburg**

Die Finanzlage Brandenburgs, die sich mit Ausnahme von Sachsen, nicht grundsätzlich von den anderen ostdeutschen Ländern insbesondere bezüglich der pro-Kopf-Verschuldung unterscheidet, hat sich auch in 2005 nicht deutlich entspannt. Immer noch sind die Folgen der Einnahmeneinbrüche aus den Jahren 2001 bis 2003 zu spüren. So liegen die in Brandenburg vereinnahmten Gemeinschafts- und Landessteuern trotz eines Anstieges um 2,6% gegenüber dem Vorjahr 2004 noch 134 Mio. € (-2,7%) unter denen im Jahr 2000. Dies führte nicht zuletzt zu einem beständig steigenden Schuldenstand von inzwischen 17,6 Mrd. € in 2005, das entspricht 6.889 € je Einwohner. In der Folge führten die sich daraus ergebenden Zinslasten zu erheblichen Einschränkungen des wirtschafts- und finanzpolitischen Handlungsrahmens.

Nach wie vor ist daher die schrittweise Senkung der jährlichen Nettokreditaufnahme das vordringlichste Ziel der Brandenburger Haushaltspolitik. Erste Schritte wurden dazu im Haushaltsjahr 2005 gemacht, wo es gelangt, z. B. durch Einsparungen bei den Personalkosten im Rahmen des Sozialtarifvertrags und die Konzentration von Ausgaben auf prioritäre Bereiche, die Nettoneuverschuldung auf 554 Mio. € und damit 150 Mio. € weniger als in 2004 zu senken. Vor dem Hintergrund der immer noch stagnierenden Einnahmenentwicklung, der sinkenden Finanzierungsmittel des Bundes und der demografischen

Herausforderung kann es nur über eine konsequente Fortführung des Konsolidierungskurses gelingen, den Haushalt im Land Brandenburg wieder auf gesunde Füße zu stellen.

Vordergründig sind die Einsparungen bei den Ausgaben weiterhin auf den konsumtiven Bereich zu konzentrieren. Die ohnehin schwache Eigenfinanzierungskraft aus Steuern und Verwaltungseinnahmen darf dagegen nicht noch weiter belastet werden. Auch wenn eine Investitionsquote aufgrund der genannten sich verändernden Rahmenbedingungen von 18,2% in 2005 schwer zu erhalten sein wird, sind stetige Investitionsausgaben mit dem Ziel, Brandenburg als Wirtschaftsstandort weiter aufzubauen, dringend erforderlich. Derzeit hat Brandenburg mit einem Bevölkerungsanteil von 3,1% lediglich einen Anteil am bundesweiten BIP von 2,2%. Zusätzliche Investitionsausgaben u. a. aus Strukturfondsmitteln, zielgerichtet und effizient eingesetzt, sollen helfen, die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen um nachhaltige Finanzpolitik betreiben zu können.

## **A2 Beschreibung/Angabe der Kohärenz der einzelnen Fonds untereinander sowie mit den Interventionen der sonstigen Finanzinstrumente**

Die im Jahresbericht 2004 dargestellten Aktivitäten zur Verzahnung der Fonds wurden auch im Jahr 2005 fortgesetzt.

Der Einsatz der Strukturfondsmittel fußt im Grundsatz auf der Entwicklungsstrategie, wie sie im GFK für die deutschen Ziel-1-Gebiete ausführlich beschrieben wurde. Somit wird auch im Land Brandenburg eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung verfolgt, die Wirtschaftswachstum, sozialen Zusammenhalt und Schutz der Umwelt gleichermaßen gewährleisten soll.

Bei der Untersetzung der Entwicklungsschwerpunkte und Maßnahmebereiche erfolgt der Einsatz der Strukturfondsmittel aus dem EFRE, ESF und EAGFL-A in enger Abstimmung mit den Fondsverwaltungen, der Verwaltungsbehörde, den Partnern auf der Bundesebene und der EU-Kommission, um somit die Kohärenz zu sichern.

Die Kohärenz des Einsatzes der Strukturfonds untereinander wird durch die strukturfondsübergreifende gemeinsame Orientierung an den Querschnittsthemen, wie z. B. Nachhaltigkeit, Umwelt, Regionalisierung, Gender Mainstreaming, gewährleistet. Darüber hinaus sind im Land Brandenburg Verfahren für einen abgestimmten Einsatz der Strukturfonds etabliert worden, wie:

- abgestimmter Fördermitteleinsatz entsprechend der Entwicklungsprioritäten der (Regional-) Entwicklungskonzepte in räumlich abgegrenzten Gebieten;
- ressortübergreifende Konzepte zur Umsetzung landespolitischer Zielstellungen, wie z. B. die Brandenburger Informations-Strategie 2006 (BIS 2006);
- die Einbindung verschiedener Ressorts in gemeinsame Förderprogramme, wie z. B. die neue ABM-Richtlinie "Ergänzungsförderung des Landes für ABM (neu) zur Verbesserung der Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung von Zielgruppen und älteren Arbeitslosen", mit der der regional- und strukturpolitische Ansatz der "Gemeinsamen Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Strukturanpassungsmaßnahmen nach §§ 272 ff. in Verbindung mit § 415 des SGB III" weiterentwickelt wurde. Damit ist auch die Umsetzung von ESF-Mitteln außerhalb des fondsverwaltenden Ressorts verbunden;

## **EAGFL-A**

Der Einsatz der EAGFL-Mittel basiert auf den im Ziel-1-OP beschriebenen Maßnahmen, die zur Förderung durch den EAGFL vorgesehen sind.

Maßnahmen, die im Rahmen des EFRE und ESF sowie der Gemeinschaftsinitiative LEADER + gefördert werden, kommen für eine Förderung im Rahmen des Schwerpunktes 5 nicht in Betracht.

Die investiven Maßnahmen im Rahmen des Schwerpunktes 5 flankieren und ergänzen die flächenbezogene Förderung im Rahmen des EAGFL, Abteilung Garantie.

Eine Koordinierung der Förderung der ländlichen Entwicklung erfolgt zum einen durch Abstimmung mit den Ressorts auf Landesebene zum anderen im Rahmen der Koordinierungsgruppen, für die die Federführung bei dem LVLF (ehemalige Ämter für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung) liegt.

Ziel ist es, die Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume Brandenburgs mit den drei Strukturfonds zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dazu zählt u. a., die ländliche Wirtschaft zu stärken und Arbeit und Beschäftigung für die ländliche Bevölkerung zu schaffen, um der Abwanderung entgegenzuwirken. Für dieses Ziel leisten die drei Strukturfonds einen Beitrag.

## **B Stand der finanziellen Abwicklung – OP nach Schwerpunkten und Maßnahmen**

Bezüglich des zahlenmäßigen Standes der finanziellen Abwicklung wird auf die detaillierten Übersichten in den Anlagen 1 bis 4 verwiesen, zum Monitoring n+ 2 zusätzlich auf Anlage 5

### **EFRE**

#### Zur Situation in den einzelnen Schwerpunkten

##### **Schwerpunkt 1**

Im Berichtsjahr wurden Mittel in erheblichem Umfang in die Maßnahme 1.3.4 (Risikokapitalfonds) umgeschichtet. Der Mittelabfluss für den Schwerpunkt insgesamt lag im Trend der Vorjahre und erhöhte sich noch einmal leicht, jedoch nicht im erwarteten Maße. Ursachen hierfür sind z.B. in der allgemein schwachen konjunkturellen Lage zu finden. Trotzdem wird nicht mit Verzögerungen zum Programmende gerechnet.

##### **Schwerpunkt 2**

Auch im Schwerpunkt 2 wurde der bisher höchste Mittelabfluss im Vergleich zu den Vorjahren verzeichnet. Immer wieder auftretende Verzögerungen insbesondere bei komplexen Baumaßnahmen konnten bisher gut ausgeglichen werden.

##### **Schwerpunkt 3**

Der Mittelabfluss war im Berichtsjahr im Vergleich zu den Vorjahren geringer. Aufgrund der reduzierten Mittelausstattung ergeben sich hierdurch jedoch keine Probleme, da bereits insgesamt 69% der insgesamt geplanten Mittel für diesen Schwerpunkt verausgabt wurden. Die Mittelbindung liegt bei 92% des Plans.

Fazit: Mittelabfluss in den Schwerpunkten 1, 2 und 3 Für alle drei Schwerpunkte wurde das Ziel 90% der Bewilligung der Gesamtmittel im Berichtsjahr sogar übertroffen (Mittelbindungen SP 1: 91%, SP 2: 94%; 92%). Deshalb ist davon auszugehen, dass zum Ende des Jahres 2006 eine 100%ige Bewilligung erfolgen wird.

### Monitoring der n+2 Regelung

Die für die Jahresscheiben 2000 bis 2003 laut indikativem Finanzplan vorgesehenen Mittel wurden vollständig verausgabt, so dass ein automatischer Mittelverfall nicht zu verzeichnen ist. Aufgrund der bis zum Jahresanfang 2006 ausstehenden Genehmigung der letzten OP-/EzP-Änderungen konnte ein Teil der Ausgaben in den bisherigen Zahlungsanträgen nicht geltend gemacht werden (s. Anlage 5, n+2 Tabelle).

### Zahlungsanträge

Im Jahr 2005 wurden drei Zwischenzahlungsanträge gestellt. Für die EFRE-Einnahmen im Programmzeitraum 2000 - 2006 wurden somit in Zwischenzahlungsanträgen seit Beginn der Förderperiode bis zum Berichtsjahr insgesamt 975,639 Mio. Euro als getätigte Ausgaben bescheinigt (Ausgabenerklärung zum Zahlungsantrag per 31.08.2005).

## **ESF**

### **Schwerpunkt 4**

Bei der Umsetzung der im Schwerpunkt 4 geplanten Maßnahmen zur Förderung des Arbeitskräftepotenzials und der Chancengleichheit wurden 2005 Fortschritte erzielt. Bezogen auf den Sollwert für die bisherige OP-Laufzeit 2000 bis 2005 in Höhe von 617.543.600 Euro wurden mit insgesamt 504.433.901,91 Euro ESF Anteil an den tatsächlich getätigten Ausgaben 81,68 % erreicht. Im Verhältnis zum Gesamtsoll des OP sind das 69,04 %. Im Vorjahr wurden 58,41 % festgestellt, somit konnte in 2005 ein Wachstum um 10,63 % erreicht werden.

Von den insgesamt für das Jahr 2005 lt. der OP-Genehmigung geplanten ESF-Mitteln in Höhe von 109.280.000 Euro wurden 77.634.654,18 Euro eingesetzt. Das entspricht 71,04 % der Jahresscheibe. Die Gründe der abweichenden Mittelverausgabung liegen in den mit den Arbeitsmarktreformen des Bundes entstandenen erheblichen Änderungsbedarfen und in der vorläufigen Haushaltsführung bis Ende Mai. Dadurch kam es zu Verzögerungen in der Programmumsetzung, die zukünftig kompensiert werden können.

### Monitoring der n+2 Regelung

Die Jahresscheibe 2004 wurde vollständig verausgabt.

### Zahlungsanträge

Im Jahr 2005 wurden 3 Zwischenzahlungsanträge an die EU-Kommission gestellt. Erstattungen an das Land erfolgten am 13.06.2005 in Höhe von 52.968.680,85 Euro, am 19.09.2005 in Höhe von 20.269.673,27 Euro und am 7.12.2005 in Höhe von 23.935.993,88 Euro.

## **EAGFL-A**

### **Schwerpunkt 5**

Die Umsetzung im Rahmen des Schwerpunktes 5 wurde im Jahr 2005 erfolgreich fortgesetzt.

Insgesamt wurden 152.541.895,93 Euro, darunter 111.485.568,89 Euro EAGFL, Abt. Ausrichtung, ausgezahlt. Die in der Jahresscheibe 2005 geplanten EAGFL-Mittel wurden zu 106,7 % ausgegeben.

### Monitoring der n+ 2 Regelung

Die Jahresscheibe 2004 wurde vollständig (108,9%) verausgabt.

### Zwischenzahlungen und Zahlungsanträge

Im Jahr 2005 wurden zwei Zahlungsanträge gestellt, die beide durch die KOM erstattet wurden. Der neunte Zahlungsantrag in Höhe von 62.406.394,74 Euro wurde von der KOM in Höhe von 58.364.461,00 Euro am 06.06.2005 erstattet. Abzüge wurden bei den Maßnahmen 5.11., 5.12., 5.21., 5.23., 5.26., 5.27. und der technischen Hilfe vorgenommen. Diese ergeben sich noch aus vorhergehenden Zahlungsanträgen und wegen der fehlenden akzeptierten aktualisierten EZP.

Der zehnte Zahlungsantrag wurde im Umfang von 33.379.550,53 Euro gestellt, in Höhe von 21.960.204,00 Euro am 30.11.2005 erstattet. Dieser geringer erstattete Betrag ist darin begründet, dass die aktualisierte EZP von der KOM noch nicht akzeptiert wurde

Ein elfter Zahlungsantrag wurde im April 2006 gestellt.

Auch im Jahre 2005 ist es noch nicht gelungen, den Rückstand in der Umsetzung des Schwerpunktes 5 durch die verspätete Genehmigung des OP und Haushaltssperren im vollen Umfang aufzuholen. Es wurden haushaltsmäßige Vorkehrungen in den Jahren 2006/07 getroffen, um diesen Ausgleich, wenn keine Haushaltssperren kommen, vornehmen zu können.

## **C. Stand der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen jeden einzelnen Fonds bezogen auf die jeweils spezifischen Ziele**

### **EFRE**

#### **Stand der Durchführung in den Schwerpunkten 1 bis 3**

Basis der nachfolgenden Darstellungen auf der Maßnahmeebene ist der Datensatz zu den Begleitindikatoren des eFREporters. Zusätzlich wurden für nicht projektscharf zu erfassenden Indikatoren und für die sog. Satellitenprogramme<sup>1</sup> Angaben anderer Quellen hinzugezogen. Der Stand der Maßnahmenumsetzung (Zielerreichungsgrad) zum 31.12.2005 mit den entsprechenden Angaben zu einzelnen Indikatoren kann der Anlage 6 entnommen werden.

Der Einsatz des EFRE wurde auf Investitionen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere für KMU (Schwerpunkt I), Infrastrukturmaßnahmen (Schwerpunkt II) sowie Maßnahmen zum Schutz und der Verbesserung der Umweltsituation (Schwerpunkt III) gerichtet. Mit Mittelbindungsstand 31.12.2005 wurden bislang insgesamt 8.062 Projekte in den drei Schwerpunkten des EFRE bewilligt (ohne SP 6, Technische Hilfe). Ein deutlicher Schwerpunkt der Bewilligungen liegt mit 1.454 Vorhaben (rd. 20% der Fälle) im Bereich der produktiven Investitionen. Der Gesamtbeitrag der förderfähigen Kosten des EFRE (ohne die Mittel der Technischen Hilfe i. H. v. 13,5 Mio. €) belief sich zum Stand 31.12. 2005 auf 5,486 Mrd. €. Für die Gemeinschaftsmittel kann zum Stichtag mit 1,608 Mrd. EUR ein Bewilligungsstand von 93% bezogen auf den indikativen Finanzplan konstatiert werden, der Auszahlungsstand im Verhältnis zum indikativen Finanzplan erreicht einen Wert von 64%.

Nachfolgend aufgeführte Umsetzungsstände der Maßnahme- bzw. Aktionsebene beziehen sich alle einheitlich auf den Stand zum 31.12.2005.

#### **Schwerpunkt 1: Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere der KMU**

---

<sup>1</sup> Ressorts, die als „Satelliten“ bezeichnet werden, sind:

MIR = Ministerium für Infrastruktur- und Raumordnung, verwaltet das Landesstraßenbauprogramm,

MLUV = Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, verwaltet das Programm „Wasserstraßen“

MWFK = Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, verwaltet das Programm „Maßnahmen an Hochschulen“, alle anderen Richtlinien werden durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) verwaltet.

### Maßnahme 1.1.1. Produktive Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA)

Von den in der Maßnahme umgesetzten 1.454 Vorhaben waren 1155 den KMU (79,4 %) zuzuordnen. Die Gruppe der Kleinstunternehmen, mit weniger als zehn Beschäftigten, stellte mit rd. 41,4 % der Unternehmen den größten Anteil. Kleine Unternehmen (zehn bis kleiner 50 Beschäftigte) machten einen Anteil von rd. 30,5 % – mittlere Unternehmen einen Anteil von etwa 9,9 % aus. Auf Großunternehmen (mit mehr als 250 Beschäftigten) entfiel damit ein Anteil von 18,2%.

Die Förderung induzierte ein Investitionsvolumen von insgesamt 3,452 Mrd. €, etwa 40,7 % der Investitionen wurden von KMU getätigt. Rund 24,4% der Projekte entfielen auf Neuerrichtungen (ca. 42,3 % der Investitionen), 47,9% der Projekte auf Erweiterungen (ca. 43,1 % der Investitionen) und rd. 24,8 % auf Projekte zur grundlegenden Umstellung mit ca. 14 % der Investitionen. Auf sonstige Projekte (z.B. Beratungs- Betreuungsmaßnahmen/Schulungen) entfielen die restlichen prozentualen Anteile der Investitionssumme.

Hinsichtlich der förderfähigen Kosten (bezogen auf die Bewilligungen) in Höhe von 3,206 Mrd. € konnte der OP-Ansatz mit 173% bereits deutlich überschritten werden. Bezogen auf die öffentlichen Mittel (insgesamt) erreicht der Bewilligungsstand einen Wert von 92,2% (809 Mio. €) des Planansatzes und der Auszahlungsstand einen Wert von rd. 65% (573 Mio. €).

Bei der Branchenverteilung zeichneten sich insbesondere in den Bereichen Metallerzeugnisse (203 Projekte) und dem Gastgewerbe (156 Projekte) die deutlichsten Häufungen ab. Mit einigem Abstand folgen die Branchen Maschinenbau (95), Gummi- und Kunststoffindustrie (85), unternehmerische Dienstleistungen (83), Ernährungsgewerbe (81), Holzgewerbe (63), sowie der Bereich Datenverarbeitung (55). Durchgängig handelt es sich bei den geförderten Projekten um Unternehmen mit einem hohen Anteil überregional handelbarer Güter oder Dienstleistungen (Primäreffekt).

Die größten Beschäftigungseffekte (Summe der geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze) entfielen auf die Branchen Fahrzeugbau\* (10,0 %), Metallerzeugung/-bearbeitung (9,1 %), Maschinenbau (9,0 %), Ernährungsgewerbe (8,6 %) und die Gummi- und Kunststoffindustrie (7,7 %) (\*Fahrzeugbau zusammen mit sonstigen Fahrzeugbau NACE-Code Zweisteller 34+35). Betrachtet man nur die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, dann erreichen die Unternehmensdienstleistungen (NACE-Code; Zweisteller 74) mit 2.364 neuen Arbeitsplätzen (16,2 % der geschaffenen APL insgesamt) den höchsten Wert vor

den Bereichen Ernährungsgewerbe (1048 APL), Gastgewerbe (1027 APL), sowie die Herstellung von Metallerzeugnissen (903 APL).

Die Arbeitsplatzsicherung findet im Wesentlichen im verarbeitenden Gewerbe statt. Insgesamt konnte, nach Bereinigung der Mehrfachzählungen, mit der Förderung die Schaffung von 14.362 neuen und die Sicherung von 29.757 Arbeitsplätzen unterstützt werden (kumulativ 2000 bis 2005). Die KMU leisteten mit 49 % bei der Schaffung und 44% bei der Sicherung von Arbeitsplätzen einen hohen Beitrag. Der Anteil der Frauen insgesamt erreichte mit 38,5 % bei den geschaffenen Arbeitsplätzen bereits einen annehmbaren Stand, wobei eine weitere Steigerung des Anteils anzustreben ist. Bei der Sicherung von Arbeitsplätzen fiel das Verhältnis wesentlich schlechter aus: 26,9 % der gesicherten Arbeitsplätze waren Frauenarbeitsplätze. Im Vergleich zum vorherigen Berichtsjahr ergibt sich eine Verbesserung des Status von 2 %-Punkten.

In Bezug auf die Qualität der Dateninformation ist festzustellen, dass bei Erreichen des Endstatus eines Vorhabens eine deutliche Verbesserung eintritt. Erst nach Beendigung eines Projektes können meist differenzierende Angaben nach dem Geschlecht über die mit der Förderung verbundenen Beschäftigungseffekte gemacht werden. Dies betrifft sowohl die neu geschaffenen als auch die gesicherten Arbeitsplätze.

#### Maßnahme 1.1.2. Produktive Investitionen außerhalb der GA

In Bezug zum Jahresbericht 2004 ist in dieser Fördermaßnahme kein neues Projekt hinzugekommen. Die vier Projekte führten zu einem induzierten Investitionsvolumen von 831.153,64 €. Es handelt sich bei allen Projekten um Förderung der KMU. Der Auszahlungsstand (Gesamtkosten) erreichte zum Jahresende 2005 einen Wert von 37% bezogen auf den Mittelansatz der gesamten Förderperiode, für die öffentlichen Mittel liegt er bei 29,4 %. Die vier Projekte entfallen auf die Branchen Maschinenbau, Bauwesen und Handel und wurden in den Landkreisen Dahme-Spreewald, Ostprignitz-Ruppin und Teltow-Fläming durchgeführt. Mit den vier Neuerrichtungen waren sieben neue und 43 gesicherte Arbeitsplätze, darunter zwei neue und 14 gesicherte Frauenarbeitsplätze, realisiert worden.

Die Maßnahme ist abgeschlossen, die VN-Prüfung wird noch erfolgen.

#### Maßnahme 1.2.1. Technologie- und Innovationsförderung

Im Rahmen der bisherigen Förderung von Produkt- und Verfahrensentwicklungen - PuV (Aktion 1.2.1.1. bis 2004) wurden 253 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 62,2 Mio. EUR durchgeführt. Die Beschäftigungseffekte belaufen sich auf 475 neue und 2.897 gesicherte Arbeitsplätze.

Im Bereich der Förderung von Innovationsassistenten, Hochschulabsolventen und des Wissenstransfers wurden 376 Projekte mit einem Gesamtumfang von rund 19,4 Mio. EURO bewilligt. In 165 Projek-

ten konnte über die Einstellung von Innovationsassistenten zur Erhöhung der Innovationstätigkeit in Brandenburger KMU beigetragen werden. Mittels der Beschäftigung von InnovationsassistentInnen wurden insgesamt 23 Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen geschaffen.

In der Richtlinie Technologieförderung für KMU wurden in 2005 (seit 2004 neu zusammengefasste Richtlinie) insg. 189 Projekte bewilligt und führten zu einem induzierten Investitionsvolumen von rund 51,7 Mio. EUR. Für die Unternehmen ergeben sich vorrangig neue Entwicklungen bei Patenten, innovativen Produkten, Maßnahmen, Verfahren und Umwelttechnologien.

Die Maßnahme 1.2.1. weist mit Stand 31.12.2005 bezogen auf die EFRE-Mittel mit rd. 42,8 Mio. € einen Bewilligungsgrad von 84% auf und mit rd. 29 Mio. € einen Auszahlungsstand von knapp unter 57% auf.

#### Maßnahme 1.2.2. Förderung des Technologietransfers

In dieser Maßnahme konnten zum Stand 31.12.2005 58 Projekte umgesetzt werden. Das induzierte Investitionsvolumen belief sich auf 15,8 Mio. €, die förderfähigen Gesamtkosten lagen mit 15,3 Mio. € geringfügig darunter. Im Bereich der geplanten öffentlichen Ausgaben lag die finanzielle Programmumsetzung hinsichtlich der Bewilligungen bei einem Volumen von 7,7 Mio. € (81% des Mittelansatzes) und hinsichtlich der Auszahlungen bei 6,1 Mio. € (64,2%) .

Bei den Projekten handelte es sich in 34 Fällen um Beratungs- und Serviceleistungen im Bereich des Technologietransfers. Zudem förderten 12 Projekte den Ausbau des Angebotes intermediärer Einrichtungen des Technologie- und Wissenstransfers, dabei handelte es sich in den konkreten Fällen um die Errichtung von Technologie und Gründerzentren bzw. Innovationsberatungsstellen. Im Land Brandenburg erfolgten durch die Maßnahmewirkung positive Effekte für sieben Hoch- und Fachhochschulen, sowie vier Technologie- und Gründerzentren bzw. Technologieparks. Zu Aussagen über die Überlebensrate technologieorientierter Unternehmen liegen nur Schätzungen vor. Laut Angaben der TIB's bestehen Schwankungen über die prozentuale Überlebensrate von 10-100% und lassen diesbezüglich keine konkreten Aussagen zu, (ein eventuell ermittelter Durchschnittswert lag nicht vor). Bei der Verringerung des Ressourcenverbrauchs in den beratenden Unternehmen wurden seitens Schätzungen Werte von 1-10% angegeben.

#### Maßnahme 1.2.3. Förderung der Informationsgesellschaft

Aufgrund der Fortführung der IuK-Fördertatbestände unter der Aktion 1.2.1.3. konnten die Richtlinien der Maßnahme abgeschlossen werden. Insgesamt wurden folgende Ergebnisse erreicht:

Von insgesamt 116 Projekten, die eine Förderung der IuK-Technologien (Aktion 1.2.3.1.) in Anspruch genommen haben, konnten 103 Verfahren/Produkte mit überdurchschnittlichem Technologiegehalt durchgeführt werden. Die Platzierung auf elektronischen Marktplätzen (Aktion 1.2.3.2.) führte zu 101 neu eingerichteten und 29 optimierten Internetpräsenzen. Der Anteil des Umsatzes mit Internetpräsenz lag

im Durchschnitt bei 18,1%. Insgesamt wurden in der Maßnahme 1.2.3. im Bereich der Gesamtkosten 34,9 Mio.€ bewilligt bei einem Planansatzanteil von 96,9%.

#### Maßnahme 1.2.4. Technologieförderung allgemein

In 2004 wurde die Förderung von Innovationsprojekten in Unternehmen, die nicht unter die KMU-Definition fallen, aufgenommen. Bis zum 31.12. 2005 wurden insgesamt 13 Projekte innerhalb dieser Maßnahme bewilligt. Dabei beträgt das gemeinsame Investitionsvolumen aller Projekte rd. 27 Mio. EUR. Vorrangig handelt es sich bei den Vorhaben um Entwicklungen neuer Produkte bzw. neuer Verfahren. Unter anderen richteten sich die Interventionen an Unternehmen aus den Branchenzweigen des Luft- und Raumfahrzeugbaus, der Herstellung von nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen sowie FuE im Bereich der Naturwissenschaften, Ingenieur- Agrarwissenschaften und Medizin.

Die Maßnahme 1.2.4. hat mit den Gesamtkosten in Höhe von 23,7 Mio. € eine Bewilligungsquote von 98 % des Planansatzes vorzuweisen. Der Auszahlungsstand beträgt dagegen bisher 6,8 Mio. €, (28 % des Planansatzes).

#### Maßnahme 1.3.1. Stärkung unternehmerischer Potentiale in KMU

Der breitgefächerte Instrumentenmix der Maßnahme zielt auf die Behebung von Defiziten ab, denen die Brandenburger KMU zum Großteil unterlegen sind. Die Förderung von Auditierungen und Zertifizierungen, die Unterstützung bei Markterschließungsaktivitäten sowie die Stärkung unternehmerischer Kompetenzen durch die Förderung von Beratungsleistungen (insbesondere bei Gründungsvorhaben) dient der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit brandenburgischer KMU.

Die Markterschließungsrichtlinie (Aktion 1.3.1.1.) konnte bis Ende 2005 mit 524 Projekten über 400 Unternehmen des Landes Brandenburg erfolgreich unterstützen. 94 Projekte dienten der Erschließung ausländischer Märkte. Dabei erfolgte diese neue Marktintegration bei Einzel-KMUs sowie bei organisierten Gruppen von Unternehmen. Die Beschäftigungseffekte wurden mit rund 8.200 Arbeitsplätzen (davon rd. 2.000 Arbeitsplätze für Frauen) sehr hoch beziffert<sup>2</sup>

In den Aktionen 1.3.1.2. (Meistergründung), 1.3.1.4. (Umweltmanagementsysteme/ Qualitätsmanagementsysteme) haben sich im Jahr 2005 gegenüber den Angaben im Jahresbericht 2004 keine Änderungen ergeben. Generell wird aufgrund der Förderaktivität seitens Bewilligungen/Auszahlungen dieser

---

<sup>2</sup> Hierbei ist zu vermuten, dass eine gewisse Überschätzung vorliegt. Es ist eher davon auszugehen, dass die geförderten Markterschließungsmaßnahmen Initialeffekte auf Investitionsentscheidungen haben. Erst diese Investitionen führen im Wesentlichen zu Beschäftigungseffekten beim jeweiligen Unternehmen r ausgewiesenen Höhe.

Maßnahmen bis zum Zeitpunkt 2002 bei weiteren Informationen auf den Jahresbericht 2003 zurückverwiesen.

In der Aktion 1.3.1.5. wurde bis 2003 das sog. Aktionsprogramm gefördert. Seit 2004 wird in dieser Aktion ein Folgeprogramm durchgeführt: das Impulsprogramm. Im Berichtsjahr 005 ist für das Impulsprogramm darüber zu berichten, dass zwei konkrete Konzeptentwicklungen (Energiewassernutzungsmodell für Biogasanlagen, Netzwerk für Maschinenbau und Armaturen) und die Gründung eines regionalen Netzwerks aus der Aktion vorgenommen wurden. Das Investitionsvolumen beträgt insgesamt 3,14 Mio. EURO.

Von insgesamt 279 geförderten Projekten der Aktion 1.3.1.6. entfielen 236 auf die Existenzgründung (Coaching der Existenzgründung) und der Rest auf die Förderung von Lotsendiensten. Die daraus resultierenden Beschäftigungseffekte wurden mit 694 gesicherten Arbeitsplätzen beziffert, wovon 248 auf Frauen entfielen. Insgesamt 31 Projekte im Bereich des Coachings von Existenzgründungen waren technologisch ausgerichtet.

Innerhalb der Maßnahme „Beratungen im Rahmen der GA-B“ wurden 31 Vorhaben durchgeführt. Darunter fielen 28 Beratungen und drei Schulungen. Alle in Anspruch genommenen Vorhaben wurden von seitens KMU beantragt. Insgesamt konnte ein Investitionsvolumen von 1,79 Mio. € induziert sowie 801 Arbeitsplätze (davon 210 Arbeitsplätze für Frauen) gesichert werden.

Mit der OP-Revision wurde der Empfehlung der Halbzeitevaluierung gefolgt und es wurden verschiedene Fördertatbestände unterschiedlicher Richtlinien zusammengefasst. Unter der Aktionsnummer 1.3.1.8. wurden 259 Projekte mit verschiedenen Beratungs-/Unterstützungsansätzen (Messe, Markterschließung, Schulungsleistungen) gefördert. Die Aktion 1.3.1.9. weist 268 Projekte auf, deren Zielrichtung ebenfalls Beratungselemente umfasst.

Die Maßnahme 1.3.1. hat mit den Gesamtkosten in Höhe von 60,5 Mio. € eine Bewilligungsquote von 87,5 % des Planansatzes vorzuweisen. Der Auszahlungsstand beträgt 46,1 Mio. €, (66,6% des Planansatzes). Der Risikokapitalfonds ist bislang in dieser Maßnahme mit eingeordnet worden. Bis zum Stand 31.12.2005 erfolgte bisher keine Auszahlungen von Fondsmitteln (lt. Fachreferat MW). Zum ersten Jahresquartal 2006 werden jedoch voraussichtlich Auszahlungen bezüglich des Risikokapitalfonds erfolgen und sich bei dessen weiterer Realisierung der Bewilligungs- und Auszahlungsstand der Maßnahme 1.3.1. entsprechend verbessern.

### Maßnahme 1.3.2. Sicherheitsgerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen und Technologien

Die Richtlinie ist bereits 2003 ausgelaufen, daher wurden im Jahr 2005 keine neuen Projekte bewilligt. Insgesamt konnten acht Vorhaben (sieben Unternehmen), bei fast ausschließlich kleinen und mittelständischen Unternehmen gefördert werden. Die Umverteilung der Mittel in den Schwerpunktbereich 1 ist erfolgt.

## **Schwerpunkt 2: Infrastrukturmaßnahmen**

### Maßnahme 2.1.1. Wirtschaftsnahe Infrastruktur (ohne touristische Infrastruktur)

In dieser Maßnahme wurden insgesamt 50 Projekte durchgeführt, die ein Investitionsvolumen von rd. 242 Mio. € ergaben. Hinsichtlich der Bewilligungen überschreiten die förderfähigen Gesamtkosten mit 229,8 Mio. € mit 107% bereits den Ansatz der geplanten Gesamtkosten der gesamten Förderperiode, der Auszahlungsstand lag bei 135,8 Mio. € (rd. 63%). Der Bewilligungs- bzw. Auszahlungsstand bei den Gesamtkosten entspricht dem der öffentlichen Ausgaben, da keine privaten Mittel eingesetzt werden.

Mit rd. 228,5 Mio. € liegt der Schwerpunkt der Intervention innerhalb der Aktion 2.1.1.1. Die Mehrzahl der geförderten Projekte konzentrierte sich auf die qualitative Aufwertung bestehender Industrie- und Gewerbegebiete. Des Weiteren erfolgte der Ausbau von Verkehrsanbindungen an bestehende Industrie- und Gewerbegebiete und der Ausbau von vier Gewerbe- und Technologiezentren. Zudem wurden drei Projekte zur „Erweiterung bzw. Neuerschließung von Gewerbe- oder Industriegebieten (GE/GI)“ gefördert.

Es wurden 333,3 ha GE/GI-Flächen qualitativ verbessert, rd. 242,3 ha entfielen dabei auf revitalisierte Gewerbeflächen. Die erweiterten Gewerbeflächen summierten sich zu einer Gesamtfläche von ca. 73 ha. Die neu versiegelte Bodenfläche umfasst ein Gebiet von 110,2 ha, die verkaufte Nettofläche betrug insgesamt 85,3 ha. Die durch die Förderung hervorgerufenen indirekten Beschäftigungseffekte wurden mit 1287 neuen und gesicherten Arbeitsplätzen in den geförderten Gewerbestandorten beziffert, 399 entfielen dabei auf Arbeitsplätze für Frauen.

Im Bereich der Konversionsmaßnahmen wurden 15 Projekte mit einem Investitionsvolumen von ca. 13,4 Mio. € durchgeführt, darunter sechs Projekte zur Gebäudesanierung, und acht Vorhaben bei Konversionsmaßnahmen im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

Folgt man dem Berechnungsansatz der Halbzeitevaluierung (nach KMC) ergeben die Projekte beider Aktionen temporäre Beschäftigungseffekte in einer Höhe von rund 3.100 Personenjahren.

### Maßnahme 2.1.2. Touristische Infrastruktur

In den drei Richtlinien GA touristische Infrastruktur, Kommunales Kulturinvestitionsprogramm (KKIP) und Bäderförderung wurden insgesamt 77 Projekte gefördert (50 GA-Infra; 20 KKIP; 7 Bäder). Das Investitionsvolumen belief sich auf 194,4 Mio. €.

Die Programmumsetzung wies zum Ende des Jahres 2005 einen Bewilligungsstand von 186 Mio. € (bereits 105% des Planansatzes erreicht) und einen Auszahlungsstand von 118,6 Mio. € (67,2%) auf, dabei entspricht der Stand der Gesamtkosten dem der öffentlichen Mittel.

Die 50 Projekte der GA-Förderung verteilen sich wie folgt: 11 Projekte im Bereich der Geländeerschließung für den Fremdenverkehr, 16 Projekte zur Errichtung von touristischen Basiseinrichtungen, 22 Projekte zum Bau von Radwegen (einschließlich Reit- und Wanderwege) sowie einer Verkehrsanbindung an ein bestehendes Industrie- und Gewerbegebiet. Die Geländeerschließung zur touristischen Nutzung belief sich auf 140,1 ha. Das geschaffene Radwegenetz ergab einen Umfang von rund 436 km Länge. Die geförderten Basiseinrichtungen des Fremdenverkehrs verzeichneten ein Besucheraufkommen\* von rd. 532.000 Personen (\* die Besucherzahlen stellen Planzahlen dar (kumulativ), welche seitens der einzelnen Projekte angegeben werden, konkrete empirische Zählungen liegen den Werten nicht zugrunde). Die Ausgleichsmaßnahmen für Flächenneuersiegelung (75,6 ha) beliefen sich auf einen Wertumfang von 3,24 Mio. €. Durch die touristischen Ausbaumaßnahmen ergaben sich regionale Beschäftigungseffekte in Höhe von 41 gesicherten und geschaffenen Arbeitsplätzen (darunter 23 Arbeitsplätze für Frauen).

Im Rahmen des kommunalen Kulturinvestitionsprogramms vereinten die gesamten Projekte rd. 700.000 Besucher auf sich und trugen zur Schaffung/Sicherung von 223 Arbeitsplätzen (davon 112 für Frauen) bei. Insgesamt wurden 15 Kultureinrichtungen des Landes gefördert, innerhalb von vier Projekten konkret der Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen umgesetzt sowie Investitionen in eine Neuerrichtung getätigt.

Im Rahmen der Bäderrichtlinie erfolgten drei Modernisierungen bzw. Instandsetzung eines Bades, zwei Modernisierungen eines Freizeitbades und eines Hallenbades sowie ein kompletter Neubau eines Hallenbades. Dabei erzielten die geförderten Bäder ein Besucheraufkommen von knapp über 650.000 Nutzern pro Jahr (2005). Die geschaffenen/gesicherten Arbeitsplätze beliefen sich auf 58 (darunter 36 für Frauen). Der durchschnittliche Energieverbrauch je Wasserfläche ergab 888,53 kWh/m<sup>2</sup> und der Energieverbrauch je m<sup>3</sup> umbauter Raum ein Mittel von 57,07 kWh/m<sup>3</sup>.

Die Beschäftigungseffekte der Maßnahme insgesamt belaufen sich auf 322 geschaffene/gesicherte Arbeitsplätze und mit einem Verhältnis von 53,1 % Arbeitsplätzen für Frauen (absolut 171 Arbeitsplätze für Frauen). Legt man das Investitionsvolumen als Basis an und folgt der Methode der Halbzeitbewer-

tung so ergeben sich aus den investiven Projekten für die Maßnahme temporäre Beschäftigungseffekte von ca. 2.500 Personenjahren.

#### Maßnahme 2.2.1. Infrastruktur im Bereich Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

Innerhalb dieser Maßnahme stehen einerseits Vorhaben an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sowie die Förderung von Einrichtungen der Agrarforschung. Die Gesamtkosten beliefen sich mit Stichtag 31.12.2005 auf 318,0 Mio. € (Bewilligungsstand), die Bewilligungsquote lag bezogen auf den Planansatz der Maßnahme damit bei 96,2%. Der Auszahlungsstand lag jedoch mit knapp 213,9 Mio. € (64,7%) etwas geringer. Ausgehend vom Jahresbericht 2004 wurde bereits darauf hingewiesen, dass ein Großteil der Investitionen in Hochbaumaßnahmen gebunden ist, die einen längeren Projektzeitraum in Anspruch nehmen. Im Vergleich zum Vorjahresstand ist jedoch eine Verbesserung zu verzeichnen, die weitere Entwicklung des Mittelabflusses ist abzuwarten.

An acht Hoch- und Fachhochschulen des Landes Brandenburg konnten im Rahmen der Aktion 2.2.1.1. 33 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 176,1 Mio. € durchgeführt werden.

Mit 44.499 m<sup>2</sup> geförderter Nutzfläche im Rahmen der bewilligten Projekte ist das EzP-Ziel von 39.000 m<sup>2</sup>, welches bis zum Ende der Förderperiode erreicht werden sollte, bereits überschritten. Die Anzahl der geförderten Studienplätze belief sich auf rd. 8.000, dabei sind 1.767 neue Studienplätze geschaffen worden. Die Angaben über gesicherte Arbeitsplätze wurden mit 705 beziffert, darunter 264 für Frauen. Die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze betragen in der Hochschulmaßnahme 102, davon 56 neue Arbeitsplätze für Frauen. Im Rahmen der durchgeführten Vorhaben an den Hochschulen ergaben sich insgesamt 399 Kooperationen mit weiteren universitären und außeruniversitären Unternehmen. Mittels der Interventionsmaßnahmen erfolgten zwei Ausgleichsmaßnahmen für notwendige Flächenneuversiegelungen im Rahmen der Förderung. Bei den Nennungen bezüglich der Maßnahme ist zu berücksichtigen, dass Mehrfachnennungen bei einem gleichem Projektträger möglich waren.

Es wurden insgesamt 12 Projekte an außeruniversitären Einrichtungen gefördert und dadurch ein Investitionsvolumen von 110,6 Mio. € induziert. Zu der Gesamtzahl der außeruniversitären Einrichtungen wird auch die Förderung der Errichtung des Hasso-Plattner-Instituts für Softwaresystemtechnik gezählt (Aktion 2.2.1.6.). Neben der Förderung von Forschungseinrichtungen werden auch der Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen in dieser Aktion durchgeführt. Die Projekte führten zu einer Flächenneuversiegelung von 0,42 ha (Ausgleichsmaßnahmen von 85.400 EURO) und einer sanierten Gebäudefläche von 10.461 m<sup>2</sup>. Darüber hinaus erfolgte mittels der Interventionsmaßnahmen eine Sicherung/Schaffung von insgesamt 2.367 Arbeitsplätzen, 887 Arbeitsplätze für Frauen (diese Zahlen lagen

zum Jahresbericht '04 mit Stand vom 31.12.2004 noch nicht vor, daher ergibt sich diese hohe Nennung im vgl. zum Vorjahresbericht).

Laut den seitens des MWFK vorliegenden Planzahlen beträgt die Anzahl der gemeinsamen Forschungsprojekte mit anderen Forschungseinrichtungen insgesamt 572. Bei der Steigerung des FuE-Potenzials gemessen an der Drittmittelinwerbung sind zum jetzigen Zeitpunkt zu den laufenden Projekten keine Angaben möglich. Erst nach Abschluss der Projekte kann bezogen auf die Drittmittelinwerbung die tatsächliche Wirkung verbal eingeschätzt werden.

Im Bereich „Wissenstransfer als Wachstumsmotor“ konnten in zehn Einrichtungen des Landes 61 Projekte gefördert werden, die ein Investitionsvolumen von 11,1 Mio. € ergaben. Mit den Projekten wurde ein wichtiger Beitrag zur Steigerung des Innovationspotenzials geleistet. Vorrangig erfolgte im Rahmen der Maßnahme der Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen für die einzelnen Einrichtungen. Des Weiteren wurde die Befähigung von Hochschulabsolventen als Unternehmensgründer realisiert und Leitprojekte sowie ein Kompetenzzentrum umgesetzt. Gerade im Bereich der Beschäftigungseffekte liegt der Schwerpunkt im FuE-Bereich. Von den insgesamt 1.229 (547 für Frauen) gesicherten/zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen entfielen 906 (447 für Frauen) auf den Bereich des FuE-Personals. Ausgehend von den Planzahlen sollen mit der Maßnahme 283 Kooperationsvorhaben zwischen Wissenschafts- bzw. Forschungseinrichtungen und Unternehmen erzielt werden (Ist-Stand: 39). Die bisher eingeworbenen Drittmittel belaufen sich auf rd. 3,6 Mio. € (Ist-Stand).

Die Agrarforschung (Aktion 2.2.1.4.) wurde mit 11 Vorhaben gefördert und einem Investitionsvolumen von 17,4 Mio. € unterstützt. Unter anderem erfolgen bisher innerhalb dieser Maßnahme sechs Förderungen von Forschungseinrichtungen bzw. Instituten mit einem Investitionsvolumen von rd. 9,3 Mio. €. Innerhalb der geförderten Forschungseinrichtungen wurden insgesamt 136 Forschungsbeiträge umgesetzt. Darunter fielen 105 Forschungsbeiträge, die die Bereiche umweltschonender Wirtschaft und Produkterzeugung zum Gegenstand haben. Insgesamt sind 89 der Vorhaben als in der Praxis umgesetzte Forschungsvorhaben aufzuzählen.

In der Maßnahme 2.2.1.5 wurden bis zum Zeitpunkt Ende 2005 zwei Pilotprojekte gefördert. Bei der Maßnahme handelt es sich um Modellvorhaben bzw. Pilotanlagen im Bereich der Produktions- und Einkommensalternativen im ländlichen Raum des Landes Brandenburg. Beide Vorhaben betreffen den Bereich nachwachsende Rohstoffe. Das induzierte Investitionsvolumen der beiden Fälle beträgt 4.580.488 €, dies entspricht bereits 78% des geplanten Mittelansatzes. Zu weiteren Indikatoren (Anzahl der in der Praxis implementierten Modellvorhaben, Anzahl der Vorhaben die den Bereich nachwach-

sende Rohstoffe betreffen) können derzeit keine Angaben übermittelt werden, da die beiden Modellvorhaben aus dem Institut für Agrartechnik (Milchsäuregewinnung und Hanf) noch nicht abgeschlossen sind.

#### Maßnahme 2.2.2. Infrastruktur im Bereich der Informationsgesellschaft

Innerhalb dieser Maßnahmen werden Projekte zur Einrichtung der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) und Maßnahmen im Bereich Multimedia an Hochschulen gefördert.

Der Bewilligungsstand hinsichtlich der förderfähigen Gesamtkosten lag zum Stichtag 31.12.2005 bei 58,5 Mio. € (88,9%), der Auszahlungsstand bei 50,7 Mio. € (77,1%).

Insbesondere die Umsetzung zur Einrichtung der ALK verläuft sehr zügig. Bis Ende des Jahres 2005 waren 879 Vorhaben realisiert und eine Geländefläche von 9.690 km<sup>2</sup> eingerichtet worden (Förderfläche für die aufgrund der Förderung die ALK eingerichtet wurde). Der Umfang der abgeforderten ALK-Daten belief sich im Jahr 2005 auf 434.405 km<sup>2</sup> (insgesamt) und die Anzahl der elektronischen Zustellungen auf 2.584 (seit 2004 erfasst). Erstmals zum 31.12.2005 wurde seitens des MI ein neuer Indikator erfasst, die Anzahl der eingerichteten Fluren mit Bodenschätzung. Für 2005 liegt eine Anzahl von 4.426 Fluren vor. Den Anforderungen von Nutzern folgend sollen die Ergebnisse der Bodenschätzung in die automatisierte Liegenschaftskarte eingearbeitet werden. Die Ergebnisse der Bodenschätzung sind bei Planungs- und Zulassungsverfahren im ländlichen Raum zu berücksichtigen. Sie haben als bodenkundliche Informationsgrundlage hohe Bedeutung für umweltrelevante Fragestellungen, insbesondere für den Bodenschutz. Sie spiegeln die Ertragsleistung des Bodens wieder und sind nicht nur für die Steuerverwaltung, sondern auch für den landwirtschaftlichen Bodenmarkt von Bedeutung. Im Zusammenhang mit der Halbzeitrevision des OP wurde der EFRE-Mittelseinsatz für diese Aktion erhöht.

Im Bereich Multimedia im Hochschulbereich wurden 162 Projekte in zehn Einrichtungen durchgeführt. Mit Investitionen in Höhe von 17,8 Mio. € konnten 63.845 m<sup>2</sup> Gebäudefläche ausgestaltet und 10.249 multimediafähige Nutzerplätze geschaffen werden.

Laut den Planzahlen der Förderprojekte werden 4.264 Hochschullehrer (darunter 1.292 Hochschullehrerinnen) an den Projekten beteiligt. Statistisch betrachtet muss allerdings berücksichtigt werden, dass aus der Vielzahl der Projekte sich Mehrfachzählungen einzelner Hochschullehrer ergeben. Die jeweilige Anzahl der an einem Projekt beteiligten Hochschullehrerinnen geht von einer Person bis über 100 Beteiligungen hinaus.

### Maßnahme 2.3.1. Infrastruktur im Bereich der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung: Informations- und Kommunikationstechnik an Schulen

Die Maßnahme 2.3.1. deckt über die Förderung von Oberstufenzentren (OSZ) und die Richtlinie zur Förderung der Medienausstattung an allgemein bildenden Schulen die Infrastrukturförderung im Bereich der beruflichen und schulischen Aus- und Weiterbildung ab. Der Bewilligungsstand hinsichtlich der eingesetzten EFRE-Mittel hat mit knapp 100% den Planansatz erreicht, der Auszahlungsstand innerhalb der Maßnahme beträgt rd. 72 %.

Im Rahmen der GA-Förderung für OSZ wurden 25 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 122,4 Mio. € durchgeführt. Mit diesen Investitionen wurden 12.626 Ausbildungsplätze (rechnerische Vollzeitplätze) für 17.397 Auszubildende mit einer Hauptnutzfläche von 93.770 m<sup>2</sup> modernisiert bzw. geschaffen. Von diesen Vollzeit - Ausbildungsplätzen wurden zusätzlich für das Jahr 2005 2.316 für weibliche Auszubildende bereitgestellt, die insgesamt zur Ausbildung von 9.035 Frauen genutzt werden. Ausgleichsmaßnahmen für neu versiegelte Flächen mussten in 2005 nicht vorgenommen werden, da es sich ausnahmslos um die Sanierung bestehender Gebäude ohne Eingriffe in bisher nicht bebaute Flächen handelt.

Teilzeit/Vollzeit für 2005		<i>rechnerische Vollzeitplätze</i>
Anzahl der Auszubildenden	8.952	4.181
davon: Teilzeit	7.952	3.181
Vollzeit	1.000	1.000
Anzahl der weiblichen Auszubildenden	4.778	2.316
davon: Teilzeit	4.103	1.641
Vollzeit	675	675

Die Medienausstattung an allgemein bildenden Schulen wies 611 bewilligte Projekte aus, die ein induziertes Investitionsvolumen von zusammen 17,6 Mio. € erreichen. Die Anzahl der Schulen mit sachgerechter Ausstattung an IuK-Technik belief sich auf 1057 (davon 611 Projekte EFRE gefördert) – der Anschlussgrad der Schulen ans Internet beträgt 100 % (bereits 2003 100%-Marke erreicht). Die Zielwerte beziehen sich auf das Gesamtprogramm M.A.U.S. wobei die EFRE geförderten Projekte in diese Gesamtmaßnahme integriert waren.

### Maßnahme 2.4.1. Städtische und lokale Infrastruktur

Projekte zur Förderung der städtischen und lokalen Infrastruktur werden in zwei Richtlinien realisiert: Zum einen die Wiedernutzbarmachung innerstädtischer Brachen und zum anderen die integrierte Förderung der Richtlinie „Zukunft im Stadtteil – ZiS 2000“. Die Maßnahme wies bezogen auf die öffentlichen Mittel insgesamt einen Bewilligungsstand von 113,3 Mio. € (94,9% des Planansatzes) und einen Auszahlungsstand von 80,0 Mio. € (67,0%) auf.

Mit insgesamt 83 Vorhaben und einem Investitionsvolumen von 53,6 Mio. € wurden innerhalb der Aktion 2.4.1.1. Wiedernutzbarmachung innerstädtischer Brachen 47 Standorte gefördert. Für das Jahr mit Datenstand 31.12.2005 sind als Ergebnis rd. 33,2 ha Mischgebietsfläche und eine Flächenneuersiegelung von etwa 32 ha anzugeben.

Bei insgesamt 48 Vorhaben erfolgte die Wiedernutzbarmachung von Brachflächen. Beschäftigungseffekte wurden in einer Höhe von 313 gesicherten/geschaffenen Arbeitsplätzen erzielt (darunter 65 für Frauen). Auf Basis baulich relevanter Investitionen können als weiterer Indikator die temporären Beschäftigungseffekte mit rd. 690 Personenjahren angegeben werden.

Im Rahmen von ZiS wurden 222 Vorhaben in 16 Stadtgebieten gefördert. Etwa 782.000 m<sup>2</sup> Freiflächen wurden saniert, weitere rd. 243.294 m<sup>2</sup> wurden begrünt.

59 Projekte wurden im Bereich nicht investiver oder auf den Bereich City-/Quartiersmanagement ausgerichtete Projekte gefördert, machen aber bezogen auf das Investitionsvolumen einen Anteil von knapp 11 % der gesamten Aktion aus. Projekte zur „Steigerung der Attraktivität öffentlicher Räume und zur Verbesserung der Umweltsituation“ wurden 81 Vorhaben durchgeführt. Des Weiteren erfolgten insgesamt 70 Projekte zur „Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur“, sowie die Erarbeitung von 12 integrierten Handlungskonzepten.

Die Bürgerbeteiligung im Rahmen der ZiS-Förderung zeigt sich in der hohen Anzahl örtlicher Initiativen, selbst tragender Bewohnerorganisationen und Vereine. Insgesamt sind seitens der 16 ZiS-Gebiete 438 Vereine aktiv. In der Summe ergab sich für alle ZiS-Gebiete ein (gegenüber den vorherigen Jahresständen) positiver Wanderungssaldo in Höhe von +1573. Hierbei ist jedoch festzuhalten, dass seitens der Indikatorenerfassung zum Stand 31.12.2005 für die ZiS-Gebiete Potsdam, Oranienburg, Wittenberge, und Neuruppin keine Angaben vorlagen.

### Maßnahme 2.5.1. Verkehrsinfrastruktur, Straßen und Flugplätze

Für die Förderung des Landesstraßenbaus wurden von den geplanten Gesamtkosten in Höhe von 305,8 Mio. € nahezu 95 % bewilligt (290 Mio. €) und 77,8 % ausgezahlt (238 Mio. €).

Die Förderung innerhalb der Aktion 2.5.1.1. führte zu folgenden Ergebnissen: bei 400 Vorhaben waren 347 Straßensanierungen und 3 Straßenneubauten, 72 Projekte im Bereich Radwege, 50 Zustandsverbesserungen an Brücken, Beseitigungen von 65 potentiellen Verkehrsengeplätzen und 3 Ortsumgehungen realisiert worden. Bei 43 Projekten wurde eine Fahrzeitverringerung von 12 bis 10 Minuten erreicht. Die verbesserte Anbindung an das überregionale Straßennetz erfolgte mit 153 Vorhaben, dies entspricht einem Anteil von 38,25 % der geförderten Fälle. 81,44 ha Fläche wurden neu versiegelt. Diesbezüglich wurden für rd. 6,1 Mio. EUR Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchgeführt. Das Volumen wieder verwendeten Materials umfasste insgesamt eine Menge von 250.848,46 m<sup>3</sup>. Eine positive Veränderung der Luftverschmutzung (CO<sub>2</sub>, Nox-Stoffe) wurde bei drei Projekten, aufgrund entsprechender durchgeführter Messungen festgestellt. Hier lag die Reduzierung bei einem Projekt bis zu 20%, bei einem Projekt bis zu 30 % und bei einem Projekt bis zu 90 %.

Die Förderung von Erschließungsmaßnahmen von Flugplätzen wurde in 2005 nicht fortgeführt. Mit Datenstand 31.12.2005 war die Anzahl der Flugbewegungen mit 195.107 zu beziffern. Ansonsten waren, wie bereits bei den vorherigen Jahresberichten keine Veränderungen der Begleitindikatoren zu verzeichnen.

#### Maßnahme 2.5.2. Verkehrsinfrastruktur, Schiene und Wasserstraße

Die Infrastrukturförderung im Bereich Schiene und Wasserstraßen ist im Rahmen der EFRE-Förderung mit 33,9 Mio. € (Gemeinschaftsanteil) angesetzt. Mit Stand 31.12.2005 konnte ein diesbezüglicher Bewilligungsstand von 30,6 Mio. € (90,3%) und ein Auszahlungsstand von 20,2 Mio. € (59,6%) erreicht werden.

Im Bereich Wasserstraßen gab bis 31.12.2005 12 geförderte Projekte: Diese brachten es auf ein Investitionsvolumen von 5,7 Mio. €. Es konnten damit temporäre Beschäftigungseffekte von rund 75 Personjahren erzielt werden. Zudem betrug die Anzahl um-, aus-, und neu gebauter Schleusen und Wehre insgesamt 12 Anlagen. Bezüglich des Verkehrsaufkommens auf den betroffenen Wasserstraßen liegen z. Z. keine Erhebungen vor, da hauptsächlich bei den Wasserstraßen Selbstbedienungsschleusen vorzufinden sind. Jedoch wird durch Sanierung und den Neubau von Schleusen die Durchgängigkeit und Attraktivität der Wasserstraßen verbessert, wovon nach Schätzungen ca. 2 Mio. Touristen profitieren können.

### **Schwerpunkt 3: Schutz und Verbesserung der Umwelt**

#### Maßnahme 3.1.1. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Bei dieser Maßnahme wurden bis Ende des Jahres 509 Vorhaben bewilligt. Darunter 18 Projekte im Bereich des Neubaus/Erweiterungen und 12 Projekte zur Sanierung von Kläranlagen. Die Sanierung von Kanalisation betrug eine Länge von rd. 41,3 km, der Neubau umfasste 1.112 km. Die Projekte ergaben in Summe ein induziertes Investitionsvolumen von 328,6 Mio. €. Mit den Projekten konnten im Bereich des Neubaus und Erweiterung von Anlagen Klärwerk-Kapazitäten im Umfang von 83.108 Einwohnern und bei den Schmutzwasserkanalisationen Kapazitäten von 206.494 Einwohnern geschaffen werden. 106.299 Einwohner waren an die geförderten Kläranlagen (Neubau/Erweiterungen) und 159.449 Einwohner an die Schmutzwasserkanalisation angeschlossen. Der Anschlussgrad an öffentliche Abwasserentsorgungsanlagen (laut aktuellen Lagebericht 2005) erreichte zum Jahresende 2005 einen Wert von 80%.

Laut Lagebericht 2005 hat sich die Entlastung der Gewässer mit Schadstoffen aus kommunalen Kläranlagen auf einem hohen Niveau stabilisiert. Bei der Reduzierung der Schmutzwasserfracht in (kg BSB 5, P und N) als Ergebnis der Sanierung von Kläranlagen bzw. deren Erweiterungen lassen sich folgende Ergebnisse festhalten. Es erfolgte eine weitere Reduzierung bei BSB 5 um 264.000 kg, bei CSB um 11.000 kg, bei N ges. 278.000 kg (gleich bleibend) und bei P ges um 67.000 kg in Bezug auf die Belastung der Gewässer (Lagebericht 2005). Der Anteil der Abwässer, die aufgrund der Förderung biologisch/nährstoffelimierend behandelt werden, ist laut MLUV 100% da dies als Grundvoraussetzung bzw. Standard betrachtet wird.

Im Bereich Trinkwasserversorgung (Aktion 3.1.1.2.) wurden insgesamt 13 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 27,5 Mio. EUR gefördert. Unter anderem erfolgte der Neubau von zwei Trinkwassernetzen und fünf Erweiterungen von Trinkwasserversorgungsanlagen.

Der Bewilligungsstand hinsichtlich der Gemeinschaftsmittel in der Maßnahme entspricht einem Wert von 143,8 Mio. € (92,6% des geplanten Mittelansatzes). Der Auszahlungsstand beträgt für das Jahr 2005 124,9 Mio. EUR (86,8%).

#### Maßnahme 3.2.1. Luftreinhaltung und Immissionsminderung

Projekte zur Förderung der Luftreinhaltung und des Immissionsschutzes werden über die Richtlinie zur Förderung von Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelas-

tungen sowie über das Programm „Rationelle Energieverwendung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen“ (REN) durchgeführt.

Der Bewilligungsstand (Gesamtkosten) vom 31.12.2005 liegt bei 34,1 Mio. € (58,3%). Der Auszahlungsstand lag bei 27,9 Mio. € (47,7%).

Die Förderung des Immissionsschutzes umfasste 63 Projekte, die Mehrzahl entfiel auf die Erarbeitung kommunaler Energiekonzepte und auf Maßnahmen zur Emissionsminderung. Unter anderem war ein Schwerpunkt der Maßnahme die Errichtung von Erdgastankstellen. Die Anzahl der Einwohner, die durch geringe Luftschadstoffkonzentration entlastet werden, belief sich auf 2.250\* Einwohner (Überschreitung des PM 10 Kurzzeitgrenzwertes) Mittels Maßnahmen in 2005 konnten ca. 4.000\* Einwohner durch geringeren Lärm entlastet werden (\*Hinweis: die Angaben beziehen sich jeweils auf das Jahr der Bewilligungserteilung). Schätzungen gehen davon aus, dass mit der Förderung ca. 100 Arbeitsplätze erhalten werden können.

Das REN Programm (Betreuung Fachreferat im MW) führte mit 330 Projekte zu einem induzierten Investitionsvolumen von 18,7 Mio. EURO. Die Mehrzahl (insgesamt 164) der Projekte waren Vorhaben im Bereich der Umsetzung und Implementierung von erneuerbaren Energien (z.B. Errichtung eines Holzvergaserkessels), weitere 141 Vorhaben dienten der rationellen Energieanwendung (z.B. Errichtung einer Wärmepumpe). Zudem wurden 23 Energiesparkkonzepte umgesetzt und zwei Verfahren im Bereich der Umwelttechnologien realisiert.

Die kritische Anmerkung über den hohen Anteil privater Haushalte an der Förderung wurde im Zuge der OP-Revision berücksichtigt: Private Haushalte können über die neue REN-Richtlinie keine Förderung mehr erhalten, allerdings wurden vorliegende Altanträge noch beschieden.

#### Maßnahme 3.3.1. Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallbeseitigung/Recycling

Bei der Maßnahmen der öffentlichen Abfallentsorgung (Aktion 3.3.1.1.) erfolgte die Durchführung von insgesamt 21 Vorhaben. Dabei wurden 17 Deponien rekultiviert bzw. saniert und bedurften eines Investitionsvolumens in Höhe von 87,7 Mio. €. Die sanierte/rekultivierte Deponiefläche umfasst einen Wert von 113,2 ha. Zudem wurden zwei Abfallbeseitigungsanlagen und eine Restabfallbehandlungsanlage gefördert. Bei der Betrachtung des Indikators zu dem Verhältnis der offenen/genutzten zu den nicht mehr genutzten /stillgelegten Deponien ergibt sich ein Wert von 1 : 4,4. Daraus lässt sich für Brandenburg ableiten, dass von 54 Deponien, die von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern betrieben wur-

den, Ende 2005 44 Deponien nicht mehr zur Ablagerung genutzt werden. Damit sind nur noch 10 kommunale Deponien in Betrieb, von denen nur noch 3 Deponien langfristig weiterbetrieben werden.

Bei der Herstellung von Sekundärrohstoffen aus bisher deponierten Abfällen wurden in 2005 erstmals Ersatzbrennstoffe zur Energieerzeugung in kommunalen Abfallbehandlungsanlagen produziert. Hierbei ergab sich eine Gesamtproduktionssumme von ca. 110.000 Megagramm (Mg). Durch die ab 1. Juni 2005 flächendeckend durchgeführte Restabfallbehandlung ist zudem die abgelagerte Siedlungsabfallmenge deutlich zurückgegangen. 2005 wurden ca. 750.000 Mg (geschätzt, da Abfallbilanz für 2005 erst zum HJ/05 vorlag) deponiert. Gegenüber den Vorjahren ist das ein Rückgang um ca. 38%. Seit 1992 ist die deponierte Abfallmenge damit um ca. 81% zurückgegangen.

Die in der Maßnahme geförderten privaten Unternehmen der Abfallwirtschaft (Aktion 3.3.1.2.) führten zu einem Investitionsvolumen von 118,0 Mio. €. Bei den 27 Vorhaben handelte es sich vorrangig um Neuausrichtungs- und Erweiterungsinvestitionen.

Einem geplanten Mittelansatz von 60,4 Mio. € (Gemeinschaftsanteil) standen zum Stichtag bewilligte Gesamtkosten in Höhe von 52,9 Mio. € gegenüber. Der Bewilligungsstand liegt bei 87,6%.

#### Maßnahme 3.4.1. Altlasten und Konversionsmaßnahmen

In den Aktionen dieser Maßnahme wurden 76 Projekte im Bereich der Konversion und 25 Projekte zur Braunkohlesanierung durchgeführt. Die gesamte Maßnahme wies zum Stichtag 31.12.2005 mit einem Bewilligungsstand von 73,6 Mio. € bereits 102% des geplanten Mittelansatzes und einen Auszahlungsstand von 51,1 Mio. € (71%) auf.

Die Mehrzahl der Konversionsprojekte entfiel auf Vorhaben zum Abriss, zur Beräumung, Entsiegelung oder der Beseitigung von Altlasten. In der Aktion konnten Investitionen in Höhe von rund 52,8 Mio. € induziert werden. Bezüglich der Flächenindikatoren konnten folgende Wirkungen gemessen werden:

Größe der Gesamtliegenschaften	22.094,5 ha
Objektfläche der geförderten Projekte:	1057,4 ha
davon	
renaturierte Fläche	340,8 ha
Reservefläche	274,0 ha
sonstige Fläche	442,6 ha
Objektvolumen rückgebauter Gebäude	3.823.280 m <sup>3</sup>

Länge zugänglich gemachter Wege 17,37 km

Die Braunkohlesanierung führte mit den insgesamt 25 Projekten zu Investitionen in einer Höhe von 35,4 Mio. € und bezog sich auf eine Gesamtfläche von 64,5 ha. Davon entfielen rd. 6,7 ha auf renaturierte Fläche, 6,3 ha auf neu geschaffene Nutzfläche und 28,8 ha auf Reserveflächen. Zudem erfolgte auf den sanierten Flächen eine Unternehmensansiedlung.

### **Angaben zur Verwendung der Mittel der Technischen Hilfe**

Eine Auflistung der Vorhaben der Technischen Hilfe findet sich in der Anlage. Es sind alle Projekte aufgeführt bei denen eine Beteiligung des EFRE vorliegt. Dabei wurde eine weit reichende Palette abgedeckt, die von Personalkosten innerhalb der Strukturfondsverwaltung über Studien, Workshops und Fortbildungen bis hin zu Veranstaltungen und Broschüren zu Zwecken der Information und Publizität reichen. Die im Rahmen der Technischen Hilfe unter 6.1.1. und 6.1.2. zusammengefassten Maßnahmen erreichen bei den Gesamtkosten einen Bewilligungsstand von 13,4 Mio. € und einen Auszahlungsstand von rd. 8,3 Mio. €.

### **Hinweis zur Übersicht der Indikatoren für die Schwerpunkte 1 bis 3**

Die in der Anlage 6 beigefügte Übersicht zeigt ausgewählte maßnahmenspezifische Indikatoren der Begleitung und Bewertung sowie quantifizierte Ziele, wie sie im Rahmen des OP und der EzP festgelegt wurden. Im Zuge der Richtliniengespräche wurden die quantifizierten Ziele zum Teil angepasst und entsprechend in der Tabelle überarbeitet. Der Erfassungsstand des Indikatorensystems nach Maßnahmen und Aktionen bezieht sich dabei grundsätzlich auf den Stand der Bewilligungen von Fördervorhaben zum 31.12.2005.

## **ESF**

### **Stand der Durchführung im Schwerpunkt 4: Förderung des Arbeitskräftepotenzials und der Chancengleichheit**

Der ESF beteiligte sich bis zum 31.12.2005 im Rahmen des Schwerpunktes 4 des Operationellen Programms des Landes Brandenburg mit insgesamt 504,433 Mio. Euro an den Gesamtkosten. Die für 2005 geplanten ESF-Mittel in Höhe von 109,280 Mio. Euro wurden mit 77,635 Mio. Euro verausgabt (vgl. auch hierzu die Anlage 3).

Im Jahr 2005 konnten mit diesen Mitteln insgesamt 51.742 neu in Projekte eingetretene Personen gefördert werden. Einen Überblick über die Struktur der geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie ihre Verteilung auf die einzelnen Maßnahmen geben zwei Tabellen in der Anlage. Die Daten werden dabei für den Zeitraum 2000 - 2005 (Anlage 7) und für das Jahr 2005 (Anlage 8) ausgewiesen.

Auf der Basis des Stammblattverfahrens können auch die geförderten Personen eindeutig identifiziert werden, die die Maßnahmen mit einem Zertifikat, einer Prüfung oder einem Praktikum als Erfolgskriterien abschlossen. Dies waren im Berichtsjahr 2005 insgesamt 46,41% aller geförderten Personen.

Der förderpolitische Schwerpunkt des Landes, die steigende Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, spiegelt sich auch in dem überproportional hohen Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wider. Mit bisher insgesamt 247.114 (2005: 38.110) Teilnehmerinnen und Teilnehmern stellte die Altersgruppe der unter 25-jährigen über 63 % der geförderten Personen. Trotz des mit 45,7% nach wie vor hohen Anteils der Langzeitarbeitslosen im Land Brandenburg lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den geförderten Personen nur bei insgesamt 18,5 % (2005: 5,5 %). Dies ist sowohl auf die Veränderung der Förderprogramme im Zuge der Hartz-Reformen zurückzuführen (siehe unter A 1) als auch ein Resultat der förderpolitischen Schwerpunktsetzung, ein weiteres Ansteigen der Langzeitarbeitslosigkeit eher durch präventive denn durch kurative Förderansätze zu verhindern. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Programm zur Förderung der beruflichen Erstausbildung.

Der Frauenanteil lag mit 33,7% für den Zeitraum 2000 - 2005 bzw. mit 28,1 im Jahr 2005 unter dem Anteil an den Arbeitslosen insgesamt. Dieser Befund relativiert sich aber, wenn die in der Maßnahme 4.3.6. geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht berücksichtigt werden. Dann lag der Frauenanteil bei 45,8 % für den Zeitraum 2000 - 2005 (2005: 39,1 %) und entspricht damit annähernd dem Anteil von Frauen an den Arbeitslosen in Höhe von 46,5 %.

Die Maßnahme 4.3.6. bei der Berechnung des Frauenanteils nicht zu berücksichtigen, liegt in der Systematik der Datenerhebung bei der Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung begründet. Durch die Auszubildenden sind während der gesamten Ausbildungszeit und in den einzelnen Lehrjahren mehrere Lehrgänge an unterschiedlichen Bildungseinrichtungen zu besuchen. Der einzelne Auszubildende wird bei z. T. verschiedenen Bildungseinrichtungen jeweils zur Beantragung der Fördermittel und zur Abrechnung des einzelnen Lehrganges als Teilnehmerin und Teilnehmer gezählt. Somit kommt es automatisch dazu, dass ein Auszubildender mehrmals in der (Gesamt)Teilnehmerzahl enthalten ist.

Die Abbrecherquote lag für den Zeitraum 2000 - 2005 bei 2,6 % (2005: 2,1%). Die Abbrecherzahlen konzentrierten sich dabei auf einige wenige Maßnahmen. Insbesondere in den Maßnahmen, bei denen

die Förderung der beruflichen Erstausbildung einen Schwerpunkt bildete. Ebenfalls höhere Abbrecherquoten weisen die Maßnahmen auf, in denen überwiegend Langzeitarbeitslose gefördert werden, wie z. B. die Maßnahme 4.1.2.

Einen Überblick über die Fortschritte bei der finanziellen Umsetzung im Schwerpunkt 4 des Operationellen Programms gibt die folgende Tabelle. Sie stellt die Planzahlen des Indikativen Finanzplans im Operationellen Programm den tatsächlich von der Zahlstelle getätigten und bescheinigten ESF-Ausgaben gegenüber.

Tabelle 4: Übersicht Soll-Ist-Vergleich des ESF-Mitteinsatzes 2000 bis 2005

<b>Jahr</b>	<b>Soll ESF lt. OP</b>	<b>IST - bewilligte ESF-Mittel</b>	<b>Soll-Ist-Vergleich</b>	<b>IST - Von Zahlstelle getätigte und bescheinigte Ausgaben ESF</b>	<b>Soll-Ist-Vergleich</b>
	in EURO	in EURO	in %	in EURO	in %
2000	85.267.200,00	84.553.806,00	99,16	44.837.878,63	52,59
2001	99.379.200,00	89.482.045,76	90,04	63.233.171,56	63,63
2002	109.228.800,00	123.924.318,84	113,45	84.397.628,46	77,27
2003	108.278.400,00	187.623.510,20	173,28	114.803.310,26	106,03
2004	106.110.000,00	58.491.698,39	55,12	119.527.258,82 <sup>3</sup>	112,64
<b>2005</b>	<b>109.280.000,00</b>	<b>124.542.694,09</b>	<b>113,97</b>	<b>77.634.654,18</b>	<b>71,04</b>
<b>2000 bis 2005</b>	<b>617.543.600,00</b>	<b>668.618.073,29</b>	<b>108,27</b>	<b>504.433.901,91</b>	<b>81,68</b>
<b>2000 bis 2006</b>	<b>730.633.600,00</b>	<b>668.618.073,29</b>	<b>91,51</b>	<b>504.433.901,91</b>	<b>69,04</b>

<sup>3</sup> Mit dem Zahlungsantrag per 30.09.2005 erfolgte eine Korrektur gegenüber der Kommission.

In den Jahren 2000 - 2004 wurde von Jahr zu Jahr eine Steigerung des Anteils der von der Zahlstelle tatsächlich getätigten und bescheinigten ESF-Mittel in Relation zum geplanten ESF-Mitteinsatz erreicht. Diese Tendenz konnte in 2005 nicht fortgesetzt werden. Bezogen auf die ESF-Jahresscheibe wurden nur 71,04 % erzielt. Für die bisherige Laufzeit ergibt sich damit ein Umsetzungsstand von 81,68 %. Bezieht man die Zahlen auf die OP-Gesamtlaufzeit, so sind bis Ende 2005 insgesamt 69,04 % aller verfügbaren ESF-Mittel verausgabt worden.

Differenziert man den finanziellen Umsetzungsfortschritt im OP-Schwerpunkt 4 nach den einzelnen Maßnahmebereichen, so ergibt sich das folgende Bild:

Tabelle 5: Übersicht zum finanziellen Umsetzungsfortschritt nach Maßnahmebereichen 2000 - 2005

Maßnahmebereich	Soll ESF 2000-2006	Strukturgewichtsanteile	Bewilligte ESF-Mittel 2000-2005	Beitrag zum Soll-Gesamt SP 4	Von Zahlstelle getätigte und bescheinigte Ausgaben ESF 2000-2005	Beitrag zum Soll Gesamt SP 4
	in EURO	in %	in EURO	in %	in EURO	in %
4.1.	278.405.804,00	38,10	264.798.807,82	36,24	198.579.970,31	27,18
4.2.	130.571.654,00	17,87	107.881.916,45	14,77	89.579.284,24	12,26
4.3.	61.547.540,00	8,42	54.270.401,43	7,43	39.650.665,60	5,43
4.4.	199.220.593,00	27,27	185.788.485,35	25,43	124.772.513,42	17,08
4.5.	54.701.377,00	7,49	49.712.050,92	6,80	47.342.974,51	6,48
4.6.	6.186.632,00	0,85	6.166.411,33	0,84	4.508.493,83	0,62
<b>SP 4</b>	<b>730.633.600,00</b>	<b>100,00</b>	<b>668.618.073,29</b>	<b>91,51</b>	<b>504.433.901,91</b>	<b>69,04</b>

Diesen Zusammenhang veranschaulicht die folgende Abbildung:

Abbildung 7: Fortschritt bei der finanziellen Umsetzung des ESF in den Maßnahmebereichen

Graphikdatei fehlerhaft (lässt sich nicht ins PDF-Format umwandeln). Bitte verwenden Sie die mit e-mail vom 06.06.2006 durch Herrn Ruschmeyer gesondert übersandte Seite. Der Fehler wird nachträglich bereinigt.

Es wird deutlich, dass sich die Ist-Werte für den ESF an die Vorgaben des Indikativen Finanzplans annähern. Der fortgeschrittene Bewilligungsstand der ESF-Mittel unterstützt diese Aussage. Eine differenzierte Betrachtung und Analyse erfolgt auf der Ebene der Maßnahmen.

Die folgende Tabelle differenziert den Fortschritt bei der finanziellen Umsetzung des ESF nach den einzelnen Maßnahmen. Sie stellt jeweils die Strukturgewichtsanteile der geplanten und eingesetzten ESF-Mittel in den einzelnen Maßnahmen dar. Dabei wird unterschieden zwischen den Zielgrößen, die im Indikativen Finanzplan vorgegeben sind sowie der Zielerreichung in den Durchführungsjahren 2000-2004, und dem gesamten Durchführungszeitraum 2000-2005 seit Beginn der Förderperiode.

Tabelle 6: Übersicht zum finanziellen Umsetzungsfortschritt nach einzelnen Maßnahmen 2000 bis 2005

Maßnahme	Soll ESF 2000-2006	Strukturgewichtsanteile	Von Zahlstelle getätigte und bescheinigte Ausgaben ESF 2000-2005	Strukturgewichtsanteile	Abweichung zum OP-Soll	Von Zahlstelle getätigte und bescheinigte Ausgaben ESF 2000-2004	Strukturgewichtsanteile	Abweichung zum OP-Soll
	in EURO	in %	in EURO	in %	Differenz	in EURO	in %	Differenz
4.1.1.	171.335.819,00	23,45	110.231.182,70	21,85	1,60	84.966.868,03	19,91	3,54
4.1.2.	15.775.294,00	2,16	14.221.377,29	2,82	-0,66	13.176.870,58	3,09	-0,93
4.1.3.	91.294.691,00	12,50	74.127.410,32	14,70	-2,20	73.641.670,67	17,25	-4,76
4.2.4.	50.875.968,00	6,96	35.924.606,99	7,12	-0,16	29.896.801,08	7,00	-0,04
4.2.5.	79.695.686,00	10,91	53.654.677,25	10,64	0,27	50.491.136,04	11,83	-0,92
4.3.6.	61.547.540,00	8,42	39.650.665,60	7,86	0,56	28.707.711,65	6,73	1,70
4.4.7.	174.609.285,00	23,90	113.593.142,88	22,52	1,38	86.794.111,67	20,34	3,56
4.4.8.	24.611.308,00	3,37	11.179.370,54	2,22	1,15	8.929.176,07	2,09	1,28
4.5.9.	54.701.377,00	7,49	47.342.974,51	9,39	-1,90	47.306.030,82	11,08	-3,60
4.6.10.	6.186.632,00	0,85	4.508.493,83	0,89	-0,05	2.888.871,13	0,68	0,17
<b>SP 4</b>	<b>730.633.600,00</b>	<b>100,00</b>	<b>504.433.901,91</b>	<b>100</b>		<b>426.799.247,73</b>	<b>100,00</b>	

Aus der Spalte Abweichungen zum OP-Soll geht hervor, dass die Werte der einzelnen Maßnahmen gegen die Soll-Werte laufen. Gegenüber dem Zeitraum 2000-2004 gibt es 2000-2005 keine Differenz größer + / - 2 Prozentpunkte, während zuvor 4 Maßnahmen deutlich darüber lagen. Die mit der Änderung des Indikativen Finanzplans des Operationellen Programms verfolgten Ziele zur Gewichtung des Mitteleinsatz werden somit im Jahr 2005 weitgehend erreicht.

Im Folgenden wird die Durchführung in den einzelnen Maßnahmen entlang materieller und finanzieller Indikatoren detaillierter beschrieben.

#### **Maßnahmebereich 4.1. Aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik**

##### Maßnahme 4.1.1. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit (LZA) bei Jugendlichen

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen wurden 110,231 Mio. Euro ESF-Mittel bis 2005 (davon 25,264 Mio. Euro für 2005) eingesetzt. Die Maßnahme bildet mit 21,85 % der 200-2005 verausgabten ESF-Mittel einen Schwerpunkt des ESF-Mitteleinsatzes. An den im Jahr 2005 getätigten Ausgaben betrug der Anteil 32,54% und lag damit am Höchsten. Es wurden 5.383 neue Teilnehmer gefördert und insgesamt erhöhte sich die Teilnehmerzahl auf 44.348, davon 45,87 % weibliche Teilnehmerinnen. Der Mitteleinsatz konzentrierte sich auf die Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Rahmen des Ausbildungsplatzprogramms Ost sowie der Berufsorientierung und Berufsausbildungsvorbereitung von Jugendlichen.

#### Maßnahme 4.1.2. Vorhaben zur Verhinderung von LZA von Erwachsenen: Qualifizierung, Information und Beratung

Die Maßnahme zielte auf die präventive Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit durch Qualifizierung, Information und Beratung. Aufgrund der Hartz-Reformen (siehe auch unter A 1) und der EzP-Änderungen im Zuge der OP-Halbzeitbewertung ist diese Maßnahme mit keiner Förderaktion mehr besetzt. Der Anteil an den im Jahr verausgabten Mitteln betrug 2005 nur noch 1,35% und entsteht durch den Abschluss von Projekten. Bis Ende 2005 wurden insgesamt 14,221 Mio. Euro an ESF-Mitteln eingesetzt und insgesamt 25.356 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefördert. Von ihnen waren 46,9% weiblich sowie 69% langzeitarbeitslos.

#### Maßnahme 4.1.3. Einstellungsbeihilfen für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen

Die Maßnahme ist noch mit einer Aktion belegt. Im Jahr 2005 wurde dafür ein Mittelvolumen von 0,485 Mio. Euro verausgabt. Betrug der Anteil an der Förderung im Jahr 2004 noch 9,2%, so sank er 2005 auf 0,63 %. Es wurden 1.501 Teilnehmer gefördert, davon 16,2% Frauen. Der niedrige Frauenanteil ergibt sich aus der Spezifik der Aktion (Braunkohlesanierung).

Der Mittelbedarf wird nicht mehr steigen, da mit der Reform des Bundesarbeitsmarktpolitik im Land ein neues Instrument (ABM neu) geschaffen wurde und aufgrund seiner zielgruppenspezifischen inhaltlichen Ausrichtung der Maßnahme 4.2.5 neu zugeordnet wurde.

### **Maßnahmebereich 4.2. Gesellschaft ohne Ausgrenzung**

#### Maßnahme 4.2.4. Förderung von Zielgruppen mit besonderen Integrationsproblemen

In der Maßnahme zur Förderung von Zielgruppen mit besonderen Integrationsproblemen wurden während der Programmlaufzeit 35,925 Mio. Euro ESF-Mittel eingesetzt. Mit 6,028 Mio. Euro wurden im Berichtsjahr knapp 7,8% der Mittel hier verwendet. Der Anteil stieg damit gegenüber 2004 um 1,9 Prozentpunkte. Die Förderung zum Erhalt und zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit für die Zielgruppen konzentrierte sich in der Maßnahme 4.2.4. insbesondere auf die folgenden Zielgruppen:

- Langzeitarbeitslose,
- Jugendliche,
- Straffällige.

Insgesamt wurden im Zeitraum 2000-2005 über 49.500 Personen qualifiziert, davon waren 24.755 Männer und 24.801 Frauen. Von ihnen waren 47,2% langzeitarbeitslos und 27,9% Jugendliche unter 25 Jahren. Im Jahr 2005 wurden 3.456 Männer und 2.541 Frauen erfasst.

Quantitativ lag der Schwerpunkt der Förderung 2005 in der neuen Aktion 4.2.4.3 „Aktiv für Arbeit“ mit 2.276 Neueintritten, davon 61,42% Frauen und 43,6% Langzeitarbeitslose.

Es folgten Angebote für Straffällige, die über die Aktionen 4.2.4.4 im Jahr 1.439 vorwiegend männliche Teilnehmer annahmen, von denen ca. 27% Jugendliche unter 25 Jahren sind.

Die Aktion 4.2.4.2 „Jugend und Arbeit“ zählt 673 Teilnehmer, davon 41,5% weiblich und 69% Jugendliche unter 25 Jahren. Die „Akademie 50+ - Arbeit für Ältere“ der Aktion 4.2.4.8 erreichte 497 Teilnehmer von denen 67,81% Frauen sind und 43,5% langzeitarbeitslos.

Im Programm Aktiv für Arbeit wurde nur eine Mittelbindung in Höhe von 34% der Plangröße erreicht. Ursachen dafür liegen im späten Start des Programms auf Grund der bereits benannten Probleme im Zusammenhang mit der vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung und nötigen Änderungen der Ergänzung zur Programmplanung zum OP in Abstimmung mit EU-Kommission. Hinzu kommt, dass die Angebote der Träger nach Ausschreibung des Programms deutlich unter den kalkulierten Mittelansätzen lagen. Nach dem verspäteten Anlauf wird die Aktion gut angenommen.

Für das bereits unter A 1 benannte neue Angebot zur Förderung von Fallmanagern erfüllten sich die Erwartungen nicht, es wurden nur 52 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfasst. Das Fallmanagement ist eine seit dem 1.1.2005 bestehende völlig neue Anforderung an die Träger der Grundsicherung. Die Landkreise und kreisfreien Städte sollten deshalb dabei unterstützt werden, ein qualitativ hochwertiges Fallmanagement im Wirkungskreis SGB II zu sichern. Allerdings wurden nur 8 % der geplanten Mittel kassenwirksam. Das Angebot wurde von den Kommunen kaum genutzt, weil die notwendige Qualifizierung von Fallmanagerinnen und Fallmanagern - leider - von vielen Landkreisen als nachrangig eingestuft wurde. Vorrang hatte zunächst die Auszahlung von ALG-II.

In der Aktion 4.2.4.5 Berufspädagogische Maßnahmen in der Jugendhilfe führten Rechtsunsicherheiten im Zusammenhang mit den Arbeitsmarktreformen zu Verzögerungen. Da Maßnahmen der Jugendhilfe des MBS nach SGB VIII nachrangig sind, und das SGB II einen stärkeren Anspruch von Berufspädagogischen Maßnahmen im SGB II bzw. SGB III vorsieht, bestand bei den Trägern der Jugendhilfe durch Einführung des SGB II Rechtsunsicherheit in der Frage der Zuständigkeit und damit verbunden eine geringere Inanspruchnahme der Förderung des MBS aus dem ESF, insbesondere in der ersten Jahreshälfte. Ein Umsteuern der geplanten Kassenmittel in andere Programme des MBS oder des MASGF war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Im Ergebnis konnten deutlich weniger Mittel als

geplant gebunden werden. Es wurden 431 Teilnehmer gezählt, davon 29,2 % Frauen und 96,1% Jugendliche unter 25 Jahren.

#### Maßnahme 4.2.5. Beschäftigungshilfen für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger und andere von Ausgrenzung bedrohte Gruppen

In der Maßnahme 4.2.5. wurden von 2000-2005 die ESF-Mittel in Höhe von 53,655 Mio. Euro verausgabt, das sind 10,64% bezogen auf das Gesamtvolumen. Der Beitrag des Jahres 2005 dazu liegt bei nur 3,164 Mio. Euro und bezogen auf die im Jahr 2005 eingesetzten ESF Mittel bei nur 4,1% der Gesamtmittel. Im Jahr 2004 waren es noch 18,541 Mio. Euro und 15,51% Diese erhebliche Veränderung ist Folge der Einstellung des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ im Zuge der Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Im Gegenzug wird die Erprobung von Modellen zur Integration von Langzeitarbeitslosen in Regionalentwicklungskonzepte eingebettet. Die Umsetzung wird über Regionalbudgets unterstützt. Im Verfahren zur Einführung der Regionalbudgets wurde bei der im Vorfeld geplanten gründlichen Vorbereitung der Förderung durch einen Expertenworkshop, an dem auch Vertreter der Kommunen teilnahmen, deutlich, dass es erforderlich ist, die Regionalbudgets in einem zweistufigen Verfahren einzuführen. Drei Monate vor dem eigentlichen Start am 1. Oktober waren für die ausgewählten Landkreise bzw. kreisfreien Städte nötig ein fundiertes Projektplanungskonzept zu entwickeln und Zielvereinbarungen mit ihnen abzuschließen. Da es sich um eine völlig neue Förderkonzeption mit flexiblen Einsatzmöglichkeiten verschiedener Arbeitsmarktinstrumente handelte, war dazu auch eine enge Abstimmung mit der EuKom wegen der ESF-Förderfähigkeit und der Implementierung der Umsetzung der ESF-Vorschriften in den Kommunen erforderlich. Insbesondere waren Kofinanzierungsfragen (z. B. Anerkennung von ALG II als ESF-Kofinanzierung durch EuKom) zu klären. Nach Projektstart am 1. Oktober war zur Umsetzung der einzelnen Fördermaßnahmen in den Kommunen wiederum ein Planungsvorlauf nötig (Teilnehmerauswahl, Abstimmung mit Trägern und Kreistagen usw.), so dass nur wenige Projekte noch in 2005 kassenwirksam wurden. Der Bindungsstand beträgt gemessen am Planansatz nur 28 Prozent. Es wird durch die Kommunen, die beteiligten Träger und die begleitende Evaluation eingeschätzt, dass der durch das zweistufige Verfahren entstandene Zeitverzug im Sinne einer besseren Wirksamkeit der Förderung voll gerechtfertigt war. (Siehe auch unter C Regionalisierung)

### **Maßnahmebereich 4.3. Berufliche und allgemeine Bildung, lebensbegleitendes Lernen**

#### Maßnahme 4.3.6. Verbesserung der Systeme der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Förderung des lebenslangen Lernens

Die Maßnahme zielt auf die Förderung des lebenslangen Lernens sowie die Verbesserung der Systeme beruflicher Aus- und Weiterbildung. Hierfür wurden im Land Brandenburg bisher insgesamt 39,651 Mio. Euro an ESF-Mitteln eingesetzt (2005: 10,943 Mio. Euro). Der inhaltliche Schwerpunkt der Förderung lag auf der Verbundausbildung und der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU). Beides sind wichtige Instrumente, um sowohl qualitativ anspruchsvolle Ausbildungen auch in kleinteiligen handwerklichen Wirtschaftsstrukturen zu vermitteln als auch quantitativ das Ausbildungsplatzpotenzial zu erschließen.

Die Zahl der geförderten Ausbildungsplätze im Verbund lag bei über 2.500. Diese Ausbildungsplätze ständen ohne Verbundausbildung nicht zur Verfügung. Damit erhöhte sich zugleich die Quantität und Qualität der betrieblichen Ausbildung.

Im Zeitraum 2000 - 2005 wurden insgesamt 129.756 Teilnehmer und 23.021 Teilnehmerinnen in der Maßnahme gezählt (in 2005: 23.199 Teilnehmer und 5.574 Teilnehmerinnen). Aufgrund des Schwerpunktes in der beruflichen Erstausbildung waren fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter 25 Jahre alt. Der Frauenanteil lag bei 15,1 %.

Im Rahmen der ÜLU ist vor dem Hintergrund der Gesamtsituation in der Handwerksausbildung ein geringer Frauenanteil charakteristisch. Dieser ist maßgeblich von den Ausbildungswünschen der Schulabgängerinnen und Schulabgänger und dem Einstellungsverhalten der Betriebe bestimmt. Weibliche Auszubildende entscheiden sich in der Regel für die kaufmännischen Berufe im Handwerk. In diesen Berufen werden während der Ausbildungszeit drei bis vier Lehrgänge besucht. Dagegen haben die Auszubildenden in den ausgesprochenen Handwerksberufen sechs bis neun Lehrgänge während der Ausbildung zu absolvieren. Dadurch kommt es dazu, dass der Anteil der weiblichen Teilnehmer bei der ÜLU geringer ist als der Anteil der weiblichen Auszubildenden im Handwerk.

Einer Handlungsempfehlung aus der OP-Halbzeitbewertung folgend, wurden verstärkt Anstrengungen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Handwerksberufen unternommen. Hierzu unterstützt die Landesregierung insbesondere das Vorstellen der Berufsbilder bei Beratungsgesprächen durch die Agenturen für Arbeit und die Kammern sowie die Präsentation von Handwerksberufen bei Ausbildungsplatzbörsen der Kammern bzw. auf Ausbildungsplatzmessen. Im Jahr 2005 erhöhte sich der Anteil der weiblichen Teilnehmer leicht auf 16,7%.

Mit den 2005 begonnenen drei INNOPUNKT-Kampagnen zur Gewinnung neuer Ausbildungsbetriebe, zur gezielten und nachhaltigen beruflichen Entwicklung von qualifizierten jungen Frauen in Brandenburger Unternehmen und Allianzen zwischen Kultur und Wirtschaft für Wirtschaft und Beschäftigung werden weitere innovative Ansätze zur Kompetenzentwicklung für bessere Ausbildung und lebenslanges

Lernen entwickelt. Mit zwei INNOPUNKT-Kampagnen speziell für Frauen wird einer Empfehlung aus der Aktualisierung der Halbzeitbewertung entsprochen.

Um übergreifende Netzwerkaktivitäten im Bereich der geschlechterbewussten Berufsorientierung zu fördern, wird im Jahr 2006 beginnend die INNOPUNKT – Kampagne 18 „Berufswahlverhalten – Berufsorientierung“ durchgeführt.

#### **Maßnahmebereich 4.4. Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist**

##### Maßnahme 4.4.7. Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und Beschäftigten

Mit insgesamt 113,593 Mio. Euro (2005: 26,799 Mio. Euro) lag in der Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und Beschäftigten mit 34,52 % der im Jahr 2005 eingesetzten ESF-Mittel der Hauptschwerpunkt des ESF-Einsatzes im Land Brandenburg. Insgesamt konnten bisher 20.197 Teilnehmerinnen und 30.427 Teilnehmer qualifiziert werden und sich an die neuen Herausforderungen des Arbeitsmarktes anpassen (2005: 2.946 Teilnehmerinnen und 5.367 Teilnehmer). Dies entspricht einem Frauenanteil von 39,9 % (2005: 35,4 %).

Die Förderung in der Maßnahme konzentrierte sich auf zwei Förderschwerpunkte:

- Bei der Förderung im Rahmen der Richtlinie Kompetenzentwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen erfolgte die Qualifizierung von Beschäftigten und Geschäftsführern und Geschäftsführerinnen, prozessbegleitende Beratung des Managements kleiner und mittlerer Unternehmen und Projekt- und Netzwerkmanagement bei Kooperationen von Unternehmen und Beschäftigungsvertretungen.
- Die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Jugendliche durch eine Berufsausbildung in schulischer Form, die in Kooperation zwischen Oberstufenzentren und Kammern („Kooperatives Modell“) durchgeführt wird.

Entsprechend hoch lag auch mit 62,7 % (2004: 36,4 %) der Anteil der geförderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in dieser Maßnahme, davon im Kooperativen Modell 100% Jugendliche.

##### Maßnahme 4.4.8. Förderung des Unternehmergeistes

In der Maßnahme zur Förderung des Unternehmergeistes wurden insgesamt 11,179 Mio. Euro ESF-Mittel eingesetzt (2005: 2,250 Mio. Euro). Der Schwerpunkt der Förderung in dieser Maßnahme lag bei der Existenzgründungsförderung. Mit 2.480 Frauen (2005: 574) lag der Frauenanteil im gesamten Berichtszeitraum von 2000 - 2005 bei 41,8 % (2005: 46,8 %). Im Berichtsjahr ist es gelungen, den Frauenanteil noch deutlicher als im Vorjahr zu erhöhen, um 6,6 Prozentpunkte. Die erweiterten Lotsendienste mit speziellen Angeboten für Frauen tragen dazu wesentlich bei. Der Frauenanteil wuchs hier von 40,2% im Jahr 2004 auf 48,5% im Jahr 2005 und liegt damit deutlich über dem Frauenanteil an den Selbstständigen im Land Brandenburg, der bei ca. 32 % liegt.

#### **Maßnahmebereich 4.5. Chancengleichheit von Frauen und Männern**

##### Maßnahme 4.5.9. Spezifische Vorhaben zur Verbesserung der beruflichen Chancengleichheit von Frauen

Mit insgesamt 47,343 Mio. Euro an ESF-Mitteln (2005: 0,037 Mio. Euro) spezifische Vorhaben zur Verbesserung der beruflichen Chancengleichheit von Frauen gefördert. Insgesamt konnten damit von 2000 - 2005 6.967 Teilnehmer und 12.395 Teilnehmerinnen erreicht werden. Dies entspricht einem Frauenanteil von 64 %. Im Jahr 2005 wurden 280 Personen, davon 218 Frauen (77,9 %) gefördert. Der Anteil der im Jahr 2005 in der Maßnahme getätigten ESF Ausgaben sank auf 0,05% von im Vorjahr 14,15%.

Mit den Reformen der Bundesarbeitsmarktpolitik wurden die Förderinstrumente „Fachliche Anleitung in ABM für Frauen“ (Aktion 4.5.9.5) und „Arbeit statt Sozialhilfe für spezifische Maßnahmen für Frauen (Aktion 4.5.9.2)“ eingestellt. Damit verringert sich der Mittelbedarf in dieser Maßnahme für die OP Restlaufzeit erheblich. Den Empfehlungen der Halbzeitbewertung folgend, wird in diesem Maßnahmebereich verstärkt der Einsatz innovativer Förderansätze erprobt, mit denen Modelle gefördert werden, um die berufliche Chancengleichheit und den Zugang von Frauen in Beschäftigung zu verbessern. Dazu gehört „Frauen in Führungsverantwortung – Mit Mentoring zu mehr Chancengleichheit im Beruf“. Im Jahr 2005 waren von 106 Teilnehmern 90 weiblich (85%) und zudem 42,5% unter 25 Jahren.

#### **Maßnahmebereich 4.6. Lokales Kapital für soziale Zwecke**

##### Maßnahme 4.6.10. Kleinprojekte zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der lokalen-sozialen Entwicklung

Das Land Brandenburg fördert seit 2002 lokale Initiativen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der lokalen-sozialen Entwicklung. Bis Ende 2005 wurden insgesamt 4,509 Mio. Euro an ESF-

Mitteln zur Unterstützung dieser Initiativen eingesetzt. Davon allein 1,620 Mio Euro im Berichtsjahr 2005, Das Angebot hat sich somit positiv etabliert.

Die Förderung dient der Erschließung neuer Beschäftigungspotenziale für Frauen und Angehörigen von Zielgruppen des Arbeitsmarktes, die vom gesellschaftlichen Ausschluss bedroht oder betroffen sind. Von den insgesamt geförderten 625 Personen waren 298 Frauen, was einem Anteil von 47,7 % entspricht. Erreicht wurden 31,8% Langzeitarbeitslose.

### **Technische Hilfe - ESF**

Für die Technische Hilfe wurden im Jahr 2005 insgesamt 2,191 Mio. Euro verausgabt. Eine Auflistung der Vorhaben der Technischen Hilfe findet sich in Anlage 9b.

Im Rahmen der Regel 11.2 der VO (EG) 1685/00 sind 1,007 Mio. Euro eingesetzt worden, insbesondere für Ausgaben für Gehälter, einschließlich Sozialversicherungsbeiträge für sonstiges Personal, das zur Ausführung der unter Ziffer 2.1 dieser Verordnung genannten Aufgaben beschäftigt wird.

Im Rahmen der Regel 11.3 wurden 1,184 Mio. Euro verausgabt für die Aktivitäten im Rahmen der Erfüllung der Informations- und Publizitätspflichten, für die Erstellung von Studien und Programmbewertungen, die Anpassung des Monitoringsystems an die neuen Anforderungen der Begleitung sowie die Qualitätssicherung von einzelnen ESF-finanzierten Programmen.

### **Berücksichtigung der horizontalen Prioritäten des ESF**

#### **Aktivitäten und Initiativen zur Gleichstellung von Männern und Frauen im Sinne der gemeinsamen Politik der Chancengleichheit (Mainstreaming-Politik)**

Die Aktivitäten im Jahr 2005 wurden darauf konzentriert durch geeignete Maßnahmen die kommende Förderperiode 2007-2013 so vorbereiten zu helfen, dass weitere Fortschritte zur Verbesserung der Gleichstellung erreicht werden können.

Zur konsequenten Umsetzung von Gender Mainstreaming in Vorbereitung der neuen ESF-Förderperiode wurde der Partnerschaftliche Abstimmungsprozess gezielt so konzipiert, dass mit dem Querschnittsthema Chancengleichheit begonnen wird, um die gewonnenen Erkenntnisse in alle weiteren Gespräche mit den Partnern zu integrieren und das Thema Chancengleichheit jeweils mit auf die Tagesordnung zu setzen. So soll die partnerschaftliche Abstimmung zum Querschnittsziel erreicht werden.

Siehe zu den Initiativen und Aktivitäten im Rahmen der AG „Chancengleichheit in den Strukturfonds“ unter Querschnittsziel Chancengleichheit

### **Anwendung von Gender-Mainstreaming in der Umsetzung des LAPRO**

Das Thema Chancengleichheit in der regionalen Beschäftigungs- und Strukturpolitik bildete den Schwerpunkt im Durchführungszeitraum. Gemeinsam mit den Partnern und auch unter Beteiligung der EFRE-Fondsverwaltung wurde die Frage erörtert, wie es gelingen kann, durch gezielte regionale Beschäftigungs- und Strukturentwicklungspolitik Verbesserungen auf dem Gebiet der Chancengleichheit zu erreichen. Deutlich wurde, dass Gender Mainstreaming ein Lernprozess ist. Es bedarf der Entwicklung von Genderwissen und -kompetenz als Erfolgsfaktor für die Regionalentwicklung. Gute Beispiele sollten an den regionalspezifischen Chancen und Risiken ansetzen. Antrieb zur Umsetzung gelingt über die Herstellung von Problembewusstsein. Gender Mainstreaming wird erfolgreich umgesetzt, wenn der Nutzen erkennbar ist und Erfahrungsaustausche gestaltet werden. Aus Sicht der Partner ist von erheblicher Bedeutung, dass die Landespolitik eine abgestimmte Gender-Strategie verfolgt und der Aufwand verhältnismäßig und angemessen bleibt.

In Anlage 11 unter Leitlinie 18 wird das „Mentoring für Frauen in Führungsverantwortung“ als erfolgreiche Initiative zur Entwicklung der Humanressourcen auf diesem Feld dargestellt.

### **Informationsgesellschaft**

Wissen ist die zentrale gesellschaftliche Ressource in diesem Jahrhundert. Der Übergang zur Informations- und Wissensgesellschaft führt zu einem andauernden Strukturwandel in Gesellschaft und Wirtschaft, der sich auf alle persönlichen Lebensbereiche und die Arbeitswelt erstreckt. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt eine Folge der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.

Gerade in der Informations- und Wissensgesellschaft muss berufliche Weiterbildung in immer stärkerem Maße die Entwicklung von Kompetenzen im Blick haben. Konkret heißt dies: Neue Lernformen wie informelles Lernen und das Lernen mit neuen Medien (e Learning) treten in immer stärkerem Maße neben das traditionelle formalisierte Lernen in Kursen, Lehrgängen und Seminaren. Lernen im Arbeitsprozess und der Erwerb von Schlüsselqualifikation haben deutlich an Bedeutung gewonnen. Im Vordergrund stehen nunmehr verstärkt auch soziale und personale Fähigkeiten wie Kommunikation, Kooperation oder Konfliktbewältigung. Eine immer größere Rolle für den Bildungserfolg haben mittlerweile Qualifizierungsformen, die nicht mehr vom Prinzip Schulbank ausgehen, sondern an der Eigenverantwortung und Selbstorganisation des Lernenden ansetzen. Beruflichen Erfahrungen müssen in Lernprozesse einbezogen werden.

Die INNOPUNKT-Kampagne „Neues Lernen made in Brandenburg“ und der Modellversuch e-KOM@Brandenburg waren ab 2001 als gemeinsames Programmbündel angelegt und zeigen erste Erfolge. Neues Lernen made in Brandenburg schafft und sichert nachweislich Beschäftigung. Zu den Beispielen für Erfolge und weiteren Perspektiven der Entwicklung neuer Lernformen gehört die Virtuelle Akademie Brandenburg, kurz *ViABrandenburg*. Sie bietet Weiterbildung und Qualifizierung für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) an. Sie erlaubt denjenigen, die Bildungsangebote suchen, sich auf einem virtuellen Markt zu informieren, Kurse zu wählen und im Internet gemeinsam mit anderen Menschen interaktiv zu lernen. Bildungsdienstleistern ermöglicht die *ViABrandenburg*, ihre Angebote zentral zu präsentieren und so ein breites Publikum zu erreichen.

Realistisches Ziel öffentlicher Förderung moderner Formen des lebenslangen Lernens ist nicht die flächendeckende Förderung einzelner Maßnahmen, sondern der Aufbau einer geeigneten Lerninfrastruktur, durchaus im Sinne einer sektoralen Förderung des e-learning und der e-competence. Zu einer effektiven Lerninfrastruktur in Brandenburg gehören Bildungsanbieter mit Erfahrung in der Anwendung neuer Lernformen, ein ausreichendes Angebot an geeigneten Lerninhalten, gute Beispiele beim Aufschluss von Unternehmen, Autoren- und Torentools im Bereich neuer Lernformen, funktionierende Akteursnetzwerke, Markttransparenz über die bestehenden Angebote und Portale und Plattformen zum Transport der Lerninhalte. Ziel von *eKom@Brandenburg* ist es, grundlegende Probleme und Fragen der Einrichtung und Herstellung der Betriebsbereitschaft einer eLearning-Plattform für Brandenburg zu untersuchen sowie den Aufbau einer virtuellen Akademie für Brandenburg vorzubereiten.

Die 2005 eröffnete virtuelle Akademie macht nicht nur die erprobte und ausgewählte Lernplattform allgemein nutzbar und erprobbar. Sie stellt einen weiteren Schritt im Aufbau einer effektiven Lerninfrastruktur in Brandenburg dar. Lernberater in Bildungsunternehmen können geschult werden. Ein Qualifizierungsangebot für Autoren und Tutoren steht bereit. Die Fraunhofergesellschaft entwickelte das Bild des VIA - Lernberaters und der virtuellen VIA - Agenturen. Die virtuelle Akademie ergänzt die Weiterbildungsdatenbank Brandenburg, die die Transparenz der Bildungsangebote sicherstellt.

## **Regionalisierung**

Die Förderung „Verzahnung und Chancengleichheit“ als wichtiges Instrument der Landesarbeitsmarktpolitik wurde auch im Jahre 2005 erfolgreich fortgesetzt.

Die Förderung trägt auf regionaler Ebene zu folgenden Zielstellungen bei:

- dem strukturwirksamen Einsatz und der integrierten Nutzung der Mittel der Arbeitsförderung durch die Verzahnung der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit strukturbildenden Vorhaben,

- der Umsetzung der Gender-Mainstreaming-Doppelstrategie: Entwicklung, Begleitung, Beratung von spezifischen Projekten zur Stärkung der Frauenerwerbstätigkeit und systematische Integration des Aspektes der Chancengleichheit von Frauen und Männern in integrierte Projekte und regionale Beschäftigungsprogramme sowie der Entwicklung und Umsetzung regionaler Chancengleichheitsziele und Netzwerke der Landkreise/kreisfreien Städte,
- der Förderung der Kapazitäten zur Entwicklung und Begleitung integrierter Projekte und regionaler Beschäftigungsprogramme,
- der Kooperation der regionalen Akteure auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Strukturpolitik

Träger der Förderung sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Ausgehend von den Zielstellungen der Förderung wurden unter Moderation der LASA Brandenburg GmbH regionale Ziele erarbeitet, die ein Indikatorensystem enthalten. 2005 wurden folgende Ergebnisse durch die Arbeit der regionalen Teams erzielt:

Im Land Brandenburg wurden 562 Projekte erfasst, die unter Einbindung der Arbeitsförderung realisiert wurden. 4.866 Personen wurden in diesen Projekten durch die Arbeitsagenturen bzw. die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende gefördert. Die Gesamtprojektkosten beliefen sich auf 115 Mio. €. Davon waren etwa 18 % Arbeitsfördermittel.

Zur Umsetzung der Gender Mainstreaming-Doppelstrategie war auf der Basis einer geschlechtsspezifischen Analyse der regionalen Arbeitsmarktsituation mindestens ein Modellprojekt zur Stärkung der Frauenerwerbstätigkeit zu entwickeln und durchzuführen sowie ein weiteres zur Stärkung der Chancengleichheit von Männern und Frauen zu konzipieren und umzusetzen.

In Fortführung der bisherigen Aktivitäten zur Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik und im Zusammenhang mit der Einführung des Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) wurde im Jahre 2005 das neue Förderprogramm „Regionalentwicklung stärken – Langzeitarbeitslose schneller integrieren (Regionalbudget)“ konzipiert. Mit der Förderung sollen modellhaft neue Formen regionalisierter Arbeitsmarktpolitik erprobt werden. Ausgewählte Landkreise bzw. kreisfreie Städte erhalten ein Budget, welches sie ohne Vorgabe der Instrumente unter Berücksichtigung der Zielstellungen der Maßnahmen 4.2.4. und 4.2.5. einsetzen können. Folgende Ziele werden darüber hinaus verfolgt:

- Langzeitarbeitslose schaffen Struktureffekte, die für die Regionalentwicklung von Bedeutung sind.
- Das Regionalbudget ermöglicht zusätzliche über den gesetzlichen Rahmen hinausgehende qualitative und quantitative Effekte bei der Förderung von Langzeitarbeitslosen.
- Es werden neue und innovative Instrumente entwickelt und umgesetzt, die die Arbeitsmarktintegration oder die Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen deutlich erhöhen.

Am 15. März 2005 wurde ein erster Entwurf für einen Wettbewerbsaufruf mit Arbeitsmarktakteuren aus Brandenburg und anderen Bundesländern sowie Experten der EU und der Wissenschaft beraten. Die

eingangs beschriebene Grundkonzeption fand dabei allgemeine Zustimmung. Wichtige Hinweise gab es jedoch zu einzelnen Elementen des Verfahrens und der Förderung. Es wurde hervorgehoben, dass der Erfolg der Förderung wesentlich auf stabilen Kooperationsbeziehungen vor Ort beruhe. Diese wiederum hängen aber auch davon ab, inwieweit es gelingt, gemeinsam geteilte Zielvorstellungen untereinander, aber auch bezüglich des vorgesehenen Zielvereinbarungsprozesses zwischen Land und Kommune zu entwickeln. Am 15. April 2005 wurde der Wettbewerbsaufruf an die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg versandt. 16 Bewerbungen gingen im MASGF ein, von denen eine Jury die Landkreise Prignitz, Barnim, Spree-Neiße sowie die kreisfreie Stadt Potsdam für das Modellprojekt auswählte. Bis zum 30. September 2005 erhielten die Wettbewerbssieger die Möglichkeit, ihre Konzepte regional zu implementieren. Dabei ging es insbesondere um die Mobilisierung eines regionalen Konsenses, die Schaffung von Koordinationsstrukturen sowie die Konkretisierung der in den Konzepten benannten Zielstellungen. Im Ergebnis dieses Prozesses wurde zwischen dem MASGF und den ausgewählten Gebietskörperschaften eine Zielvereinbarung abgeschlossen, die Ziele und Teilziele zu den drei Zielstellungen enthält und diese mit qualitativen und quantitativen Indikatoren untersetzt. Das Modellvorhaben läuft bis zum 30. Juni 2007. Die Förderung wird formativ evaluiert. Im Erfolgsfall ist die flächendeckende Einführung eines Regionalbudgets in der neuen EU-Strukturfondsperiode vorgesehen.

## **EAGFL- A**

### **Stand der Durchführung im Schwerpunkt 5**

Die Politik zur ländlichen Entwicklung hat auch im Jahr 2005 die anderen Instrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik flankiert und ergänzt.

Die Förder- und Strukturpolitik der EU, des Bundes und des Landes hat damit maßgeblich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft beigetragen. Die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume durch umweltgerechte Produktion, umweltschonende Bewirtschaftungsweisen sowie Schaffung und Erhaltung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung konnte im Jahr 2005 weiter befördert werden.

Die Entwicklung der ländlichen Räume wurde im Jahr 2005 durch den Einsatz von EAGFL – Mitteln , Bundes- und Landesmitteln auf der Grundlage von neun Förderrichtlinien bzw. Verträgen unterstützt.

2026 Begünstigte wurden durch den EAGFL, Abt. Ausrichtung, insgesamt im Jahr 2005 unterstützt. Ausgezahlt wurden insgesamt 152.541.895,93 Euro, dar. 111.485.568,89 Euro EAGFL, Abt. Ausrichtung. Damit wurde die Jahrestanche zu 106,7 % ausgezahlt.

Tabelle 7: Anzahl der Begünstigten in den Maßnahmen des Schwerpunktes 5

Maßnahmen	Anzahl der Begünstigten	Interventions-Bereich
	405	111
5.1.2. Niederlassung von Junglandwirten	0	112
5.1.3. Berufsbildung	153	113
5.1.4. Verbesserung der Verarbeitung und Verwaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	13	114
5.1.5. Forstwirtschaftliche Maßnahmen	177	121 122 125
5.2.1. Flurbereinigung	83	1302
5.2.2. Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen	0	1304
5.2.3. Dorferneuerung und Dorfentwicklung sowie Schutz und Erhaltung des ländlichen Kulturerbes	997	1306
5.2.4. Diversifizierung der Tätigkeiten in landwirtschaftlichen landwirtschaftsnahen Bereich	0	1307
5.2.5. Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Wasserressourcen	5	1308
5.2.6. Entwicklung und Verbesserung der mit der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur	89	1309
5.2.7. Förderung des Fremdenverkehrs und Handwerkstätigkeit	0	1310
5.2.8. Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft, der Landschaftspflege und der Verbesserung des Tierschutzes	88	1312
6. Technische Hilfe	16	41

Im Vergleich der erreichten Ergebnisse mit der Ex-Ante-Evaluierung im operationellen Programm ergaben sich 2005 keine Veränderungen.

#### Maßnahme 5.1.1. Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben

Im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung sind Investitionen, die durch Schaffung von baulichen und technischen Voraussetzungen einem oder mehreren der nachfolgenden Ziele dienen, getätigt worden:

- der Verbesserung der betrieblichen Produktionsbedingungen (Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen, Rationalisierung und Senkung der Produktionskosten)
- der Erfüllung besonderer Anforderungen an die Landwirtschaft hinsichtlich Umweltschutz, Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umweltbedingungen, umweltgerechter Produktionsverfahren, tiergerechter Haltung, Verbesserung des Tierschutzes und der Hygiene, Verbraucher-

schutz und qualitätsschonender und gesundheitsfördernder Verarbeitungsmaßnahmen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen und

- der Diversifizierung landwirtschaftlicher Einkommensquellen in den Bereichen Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Urlaub auf dem Bauernhof sowie hinsichtlich der landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Tätigkeiten oder Dienstleistungen.

Im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung von landwirtschaftlichen Unternehmen wurden an 405 Zuwendungsempfänger für die Realisierung von betrieblichen Investitionen Zuwendungen in Form von Zuschüssen in Höhe von insgesamt 14.406.418,60 Euro, darunter 10.804.461,37 Euro aus dem E-AGFL, Abteilung Ausrichtung ausgezahlt. Für die Landesrichtlinie wurden Ausgaben zur Stabilisierung leistungs- und wettbewerbsfähiger Unternehmen in umweltschonende und tiergerechte Verfahren der Tierproduktion getätigt. Dafür wurden insgesamt 1.844.950,20 Euro, darunter 1.383.712,65 Euro aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung ausgegeben.

Mit diesen Mitteln für die zwei Richtlinien wurden 3679 Stallplätze für Rinder, 4140 Stallplätze für Schweine neu bzw. umgebaut. An Arbeitsplätzen wurden 1.265 erhalten und 23 neu geschaffen, davon 471 für Frauen.

Die Direktvermarktung bietet den landwirtschaftlichen Unternehmen die Möglichkeit, innerhalb eines begrenzten Marktsegmentes die Wertschöpfung durch Ausschaltung der Verarbeitungs- und Handelsstufen zu erhöhen. Als arbeitsplatzintensive Veredlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse leistet sie darüber im Rahmen der Diversifizierung landwirtschaftlicher Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Das Förderprogramm wird flächendeckend ohne regionale Differenzierung für konventionell und ökologisch wirtschaftende Unternehmen angeboten.

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 63.167,56 Euro, darunter 47.375,67 Euro aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung ausgegeben.

Im Rahmen der investiven Förderung der Bewässerung erfolgte die finanzielle Abwicklung von in Vorjahren bewilligten Maßnahmen. Es konnten damit die Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen Anbau landwirtschaftlicher und gärtnerischer Kulturen bei geringen Niederschlagsmengen und ungünstiger Niederschlagsverteilung geschaffen bzw. verbessert werden.

Für den Bereich der Bewässerung wurden im Jahr 2005 insgesamt 288.717,64 Euro, darunter aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung 216.538,23 Euro ausgezahlt.

Im Rahmen des Gartenbauprogramms wurden in 2005 finanzielle Abwicklungen aus in Vorjahren bewilligten Vorhaben zur Anwendung umweltverträglicher und standortgerechter Produktionsverfahren gefördert, um die die strukturelle Weiterentwicklung bestehender Betriebe und die Anpassung des Gartenbaus an die Erfordernisse des Marktes sowie Schutz und Verbesserung der Umwelt gewährleisten.

Im Jahr 2005 wurden Fördermittel in Höhe von 263.453,30 Euro, darunter 197.657,47 Euro aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung ausgezahlt.

Insgesamt wurden im Rahmen der Landesrichtlinie 463 Arbeitsplätze erhalten und 5 neu geschaffen, darunter 2 für Frauen. 228 Arbeitsplätze wurden für Frauen erhalten.

#### Maßnahme 5.1.2. Niederlassung von Junglandwirten

#### Maßnahme 5.1.3. Berufsbildung im ländlichen Raum

Im Bereich der beruflichen Bildung wird der Zugang zu Bildungsangeboten durch zentrale Angebote für Führungskräfte in der brandenburgischen Landwirtschaftsakademie, durch Landeseinrichtungen und durch Einrichtungen der außeruniversitären Agrarforschung sowie durch zentrale Angebote der Regionalstellen für Bildung im Agrarbereich und andere Bildungsanbieter gewährleistet.

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 1.002.331,67 Euro, darunter 751.748,76 Euro aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung ausgezahlt. Damit wurden 162 Bildungsmaßnahmen mit 2377 Teilnehmern, darunter 458 Frauen gefördert.

#### Maßnahme 5.1.4. Marktstrukturverbesserung

Unter den Bedingungen der weiteren Liberalisierung des Weltmarktes und der Osterweiterung der EU gilt es die Wettbewerbsfähigkeit der Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu verbessern, um somit Voraussetzungen für Erlösvorteile der Erzeuger zu schaffen.

Insgesamt wurden 8.087.168,96 Euro, darunter 6.065.376,66 Euro aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung zur Schaffung von Absatzeinrichtungen sowie zur Rationalisierung bzw. Erweiterung von Unternehmen der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den Sektoren eingesetzt.

Es wurden 13 Vorhaben vorrangig in den Sektoren Fleisch, Obst und Gemüse sowie Eier und Geflügel durchgeführt. Damit konnten 1.278 Arbeitsplätze erhalten werden, darunter 616 für Frauen. 17 Arbeitsplätze konnten geschaffen werden, davon 10 für Frauen.

#### Maßnahme 5.1.5. Sonstige forstliche Maßnahmen

Schwerpunkt der Förderung im Rahmen des EAGFL, Abteilung Ausrichtung waren im Jahr 2005 die Maßnahmen des vorbeugenden Waldbrandschutzes und Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensraumes für Pflanzen und Tiere sowie die Harmonisierung des Landschaftsbildes im Wald, vorrangig zur Pflege von Biotopen.

Insgesamt wurden im Jahr 2005 8.734.070,91 Euro, darunter 6.550.553,20 Euro aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung ausgezahlt. Damit wurden 540,7 ha Waldbestände umgebaut, 150,09 km Wege geschaffen sowie 28 Moore mit 439,33 ha renaturiert.

#### Maßnahme 5.2.1. Flurbereinigung

Die Neuregelung der Rechtsverhältnisse am ländlichen Grundbesitz und die Veränderungen der Produktionsbedingungen fördern die regionale und gemeindliche Entwicklung und tragen zum nachhaltigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen bei.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Flurbereinigung geeignete Maßnahmen gebündelt, wirtschaftlich umgesetzt und Folgeinvestitionen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ausgelöst.

Im Jahr 2005 wurden 83 Flurneuordnungs-/Flurbereinigungsverfahren mit einer Fläche von 68.089 ha bearbeitet. Für diesen Bereich wurden 10.499.044,47 Euro insgesamt, darunter 7.874.136,30 Euro aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung ausgezahlt. Für die Verfahrenskosten wurden im Jahr 2005 7.980.064,43 Euro, darunter 5.985.048,39 Euro EAGFL, Abteilung Ausrichtung ausgezahlt.

#### Maßnahme 5.2.2. Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen

Im Jahr 2005 wurden Qualitätsprogramme weiter qualifiziert und an die Anforderungen der Verbraucher hinsichtlich Produktsicherheit und Transparenz sowie neuer technologischer und rechtlicher Parameter angepasst.

Die Unterstützung der Vermarktung von Produkten der Agrar- und Ernährungswirtschaft ist für die Wertschöpfung im ländlichen Raum Brandenburgs von großer Bedeutung. Gefördert wurde die Qualitätsarbeit des Verbandes zur Förderung des ländlichen Raumes im Land Brandenburg e. V. (pro agro) sowohl zur Unterstützung des Verbraucherschutzes als auch zur Unterstützung der Unternehmen bei der Produktion von Qualitätserzeugnissen mit 137.177,21 Euro gesamt, darunter 102.882,90 Euro aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung.

#### Maßnahme 5.2.3. Dorferneuerung und –entwicklung sowie Schutz und Erhaltung des ländlichen Kulturerbes –integrierte ländliche Entwicklung

Innerhalb dieser Maßnahmen wurde auch im Jahr 2005 vorrangig in abgestimmten Schwerpunkorten des Landes gefördert.

Insgesamt wurden für 997 geförderte Vorhaben 63.747.297,70 Euro, darunter 47.706.099,63 Euro aus dem EAGFL, Abteilung Ausrichtung ausgezahlt.

Vorrangig wurden diese Mittel für Vorhaben zur Verbesserung der Ortsgestaltung, Vorhaben zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse und Erhaltung der ländlichen Bausubstanz sowie Vorhaben zur Umnutzung ehemals landwirtschaftlich genutzter Bausubstanz und kommunaler Einrichtungen für Freizeit und Erholung zur Verfügung gestellt.

Von den insgesamt geförderten Vorhaben entfallen 228 auf den öffentlichen Bereich und 395 auf den privaten Bereich. Damit konnten 148,5 Arbeitsplätze neu geschaffen werden, darunter 77 für Frauen.

#### Maßnahme 5.2.4. Diversifizierung der Tätigkeiten im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich

Diese Maßnahme ist ab 2004 in die Maßnahme 5.2.3 integriert.

#### Maßnahme 5.2.5. Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Wasserressourcen

Zur nachhaltigen Entwicklung und Verbesserung der für die Land- und Forstwirtschaft erforderlichen Infrastruktur sowie für die Sicherung des Hochwasserschutzes wurden insgesamt 10.452.309,56 Euro, darunter 5.226.154,78 Euro aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung ausgezahlt.

Damit wurden 12,8 km Deiche gebaut, 4 km bepflanzt, 1.500 m Ufer saniert und 3.378 m<sup>2</sup> Fläche begrünt. Insgesamt wurden 73 Einzelmaßnahmen durchgeführt, für eine Fläche von 0,323 ha.

#### Maßnahme 5.2.6. Entwicklung und Verbesserung der mit der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur

Im Rahmen des landwirtschaftlichen Wegebaus wurden zur nachhaltigen Entwicklung und Verbesserung der Erreichbarkeit der landwirtschaftlichen Flächen im Jahr 2005 insgesamt 8.744.967,35 Euro, darunter 6.558.405,15 Euro, aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung für 43 Vorhaben ausgezahlt.

Es konnten damit 57,5 km landwirtschaftliche Wege, 13 km Ortsverbindungswege, 10 Brücken und Durchlässe geschaffen sowie 1.005 Bäume gepflanzt werden.

#### Maßnahme 5.2.7. Förderung von Fremdenverkehrs- und Handwerkstätigkeiten

Angebote zu Urlaub und Freizeit auf dem Lande werden zunehmend zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor in den ländlichen Regionen Brandenburgs. Diese Angebote umfassen Urlaub auf dem Bauernhof, auf Pferde- und Reiterhöfen, in Landgasthöfen, Landpensionen und -hotels, in Ferienwohnungen und Privatzimmern.

2005 wurden insgesamt für diese Maßnahme 1.693.554,00 Euro, darunter 1.270.165,50 Euro aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung ausgezahlt.

Im Jahr 2005 wurden damit durch den Verband 146 Aktionen zur Vernetzung und Vermarktung realisiert.

#### Maßnahme 5.2.8. Schutz der Umwelt in Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft

Für diese Maßnahme wurden 2005 an 88 Vorhaben insgesamt 16.150.971,33 Euro, darunter 11.910.677,17 Euro aus dem EAGFL, Abt. Ausrichtung ausgezahlt.

Im Rahmen der Förderung wurden Maßnahmen an den Gewässern II. Ordnung sowie Maßnahmen an wasserwirtschaftlichen Anlagen in Gewässern II. Ordnung gefördert. Dazu gehören u. a. die Rekonstruktion und der Umbau von Stauanlagen, die Projekte zur Verbesserung der ökologischen Durchgängigkeit, die Renaturierung von Gewässern, Gewässerbepflanzungen und Gewässerrandstreifen,

Schöpfwerksanierung und –umbau, die Sanierung von Seen und Teichen sowie der Rückbau von Rohrleitungen und künstlichen Grabensystemen und Schöpfwerken. Mit 72 km Lauflänge wurden Renaturierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Gewässerstruktur oder begleitende Maßnahmen zur Bepflanzung der Gewässerrandbereiche bzw. zur Einrichtung von Gewässerrandstreifen vorgenommen.

Diese Maßnahmen tragen dazu bei, diffuse Einträge in Gewässer zu verringern und damit die Gewässerqualität zu verbessern.

Darüber hinaus wurden 4.320 Stück Bäume und 12.715 Stück Sträucher gepflanzt.

#### Maßnahmen 6.1.5. und 6.1.6. Technische Hilfe EAGFL, Abt. Ausrichtung

Im Rahmen der Technischen Hilfe wurden insgesamt 906.519,74 Euro, darunter 679.859,08 Euro EAGFL, Abt. Ausrichtung für 16 Vorhaben ausgezahlt. Einzelheiten sind Tabelle 9c zu entnehmen.

## **D1 Angaben zur Tätigkeit des Begleitausschusses sowie zur Partnerschaft, Funktionsweise des Begleitsystems, der Bewertung und Finanzkontrolle einschließlich der Vorkehrungen für die Datenerfassung**

### **a) Begleitausschuss und Partnerschaft**

Im Jahr 2005 fanden drei BGLA- Sitzungen statt.

Die 13.Sitzung am 23.03.2005 wurde zum Anlass genommen, dem BGLA u. a. schon in Vorbereitung auf die nächste EU- Förderperiode 2007-2013 Informationen zum Thema: „Der demografische Wandel in Brandenburg – Fakten, Konsequenzen und politische Herausforderungen“ zu geben. Im Ergebnis der Diskussion wurde festgestellt, dass dieses Thema wegen seiner Bedeutung von der Landesregierung als das „Zukunftsthema“ behandelt wird. Die Erarbeitung von geeigneten Handlungsstrategien als Reaktion auf die demografische Entwicklung wird sich als schwierig erweisen, da bisher keine geeigneten wissenschaftlichen Grundlagen für die Betrachtung von „schrumpfenden Räumen“ vorliegen. Darüber hinaus wurden die überarbeiteten Maßnahmebögen besprochen und der Hinweis gegeben, dass die EzP – Änderungen zukünftig auf der Grundlage von Austauschseiten vorgenommen werden. Weiterhin wurden Informationen zum Umsetzungsstand der EU-Strukturförderung gegeben und die weitere Verbesserung der Einbeziehung der WISO-Partner in den Prozess der EU-Strukturfondsförderung auf der Grundlage eines konkreten Beschlussantrages der WISO-Partner erörtert.

Im Vordergrund der 14.Sitzung am 10.06.2005 stand die Billigung des Jahresberichtes 2004 zum OP Brandenburg und die Änderungen der EzP. Darüber hinaus wurden vom Ministerium für Wirtschaft Informationen zur „sozioökonomischen Analyse zur Vorbereitung der Programmplanung 2007-2013“ und zur Aktualisierung der Halbzeitbewertung gegeben.

Die Verwaltungsbehörde nutzte diese Sitzung ferner, um die Mitglieder u.a. über den eingereichten formlosen Antrag der WISO-Partner (Qualifizierungskonzept) und ihrer Stellungnahme zu unterrichten. Weiterhin wurde zu einem eventuell bevorstehenden Änderungsantrages zum OP aufgrund von Mittelumshiftungen in den Schwerpunkten unterrichtet.

Die 15. Sitzung fand am 04.11.2005 statt. Schwerpunkt der Sitzung war die Präsentation der Ergebnisse des Berichtes zur Aktualisierung der Halbzeitbewertung durch den Evaluator. Aufgrund der positiven Gesamteinschätzung fand der Bericht Zuspruch und wurde von den Mitgliedern einstimmig gebilligt. Einen weiteren Punkt auf der Tagesordnung bildete die EzP - Änderung. Beschlussvorlagen wie Maß-

nahnebögen wurden eingehend erläutert und die Anpassung des indikativen Finanzplanes vorgestellt. Der BGLA stimmte den Beschlussvorlagen aufgrund der Plausibilität einstimmig zu.

## **b) Begleitsystem, Datenerfassung und -austausch**

### **Weiterentwicklung des Begleit- und Bewertungssystems**

#### **Verwaltungsbehörde**

Im Begleitsystem hat sich im Vergleich zu der im Vorjahresbericht beschriebenen Verfahrensweise nichts Wesentliches verändert. Zur Erstellung des jährlichen Berichts werden die von den 3 Fondsverwaltungen (FV'n) gelieferten Daten nach wie vor in der Verwaltungsbehörde (VB) zu einer Excel-Datei zusammengefasst und per e-Mail sowie auf dem Postweg als Hardcopy an den Bund versandt.

Darüber hinaus erstellt die VB im Hinblick auf ein standardisiertes Monitoring der Vollzugsdaten eine Übersicht zur Umsetzung des Operationellen Programms Brandenburg und zur Einhaltung der n+2 Regel. Hierzu erfolgt quartalsweise eine Zuarbeit seitens der FV'n und Gemeinschaftsinitiativen.

#### **EFRE**

### **Technische Weiterentwicklung des efREporters in Jahr 2005**

Im Berichtszeitraum wurde das System „efREporter“ kontinuierlich weiterentwickelt. Es wurden zwei Softwareergänzungen installiert:

1.) Im März 2005:

Das Programm PLAREP (Plausibilitäten auf den Datenbestand des efREporter) gestattet es, vordefinierte Auswertungen auf die im efREporter gehaltenen Daten anzusetzen. Im Auslieferungszustand enthielt das Programm bereits 56 Abfragen, die auf den Erkenntnissen der Clearingstelle des Landesförderinstituts des Landes Sachsen-Anhalt beruhen. Mit PLAREP sind aber auch eigene Abfragen programmierbar, die Untersuchungen nach eigenen Prüfschemata standardisieren. Diese Möglichkeit wurde von der EFRE-Fondsverwaltung intensiv in Anspruch genommen. Die Abfrageergebnisse werden den jeweiligen Datenzulieferern zum efReporter in Form von Excel-Tabellen zur Verfügung gestellt mit der Auffassung, die in den Listen enthaltenen Fehlerfälle in deren Originaldatenbestand zu bereinigen.

Mit diesem Optimierungsverfahren wird eine kontinuierliche Reduzierung der fehlerbehafteten Fälle im Datenbestand erreicht. Nach erneuter Synchronisation der Daten werden die verbesserten PLAREP-Abfrageergebnisse wiederum den Datenlieferanten zur Verfügung gestellt.

2.) Im August 2005:

Bei dem Programm PLAMOSYS: (Planung und Monitoring System) handelt es sich um eine auf die SQL-Strukturen des efREporter aufgesetzte Spezialsoftware (EXCEL-Templates), die detaillierte Auswertungen nur auf das Mittelbewilligungs- und das Mittelabflussgeschehen zulässt. Die Auswertungen haben die Genauigkeit der efReporter-Daten.

Durch die Nutzung der oben beschriebenen Software PLAMOSYS wird sichergestellt, dass redundante Tabellenerstellungen aus anderen Datenzulieferungen entfallen. Von Vorteil ist die leichte Weiterverarbeitung der Daten, da im EXCEL-Format generiert. Standardisierte Einbindungen und Verknüpfungen der erstellten PLAMOSYS-Auswertungen in andere Datenlagen sind möglich.

## **ESF**

Im Rahmen der Aktualisierung der Halbzeitbewertung des OP Brandenburg 2000 – 2006 wurde durch die Evaluatoren festgestellt, dass das bestehende Monitoringsystem insgesamt ein praktikables und aussagefähiges System darstellt. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der mittlerweile angewachsenen Komplexität der EDV-gestützten Systeme auch die Gefahr besteht, dass die Störanfälligkeit und damit die Betriebssicherheit beeinträchtigt werden könnte. Die Revision, d.h. die Gesamtüberarbeitung unter aktuellen datenbank- und programmiertechnischen Gesichtspunkten sollte möglichst in einem überschaubaren Zeitrahmen erörtert und geplant werden, ohne jedoch die Anforderungen der kommenden Fondsperiode zu vernachlässigen. Die LASA Brandenburg GmbH hat daher in Abstimmung mit dem MASGF (ESF-Fondsverwaltung) beschlossen, mit Unterstützung eines renommierten IT-Consulting Unternehmen ein umfassendes Pflichtenheft zur Konsolidierung des FMLASA-Systems nach dem neuesten Stand der Technik zu erarbeiten. Dabei wurde auf Anraten der ESF-Fondsverwaltung ein besonderer Schwerpunkt auf die Auswirkungen zusätzlicher Anforderungen aus den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Verordnungsentwürfen für die kommende Fondsperiode auf das IT-Design gelegt. Im Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung konnte Ende 2005 der Zuschlag für die grundlegende EDV Konsolidierung erteilt werden. Damit wird gewährleistet, dass mit dem Beginn der neuen Fondsperiode 2007 – 2013 ein zeitgemäßes IT-Instrument (FM-LASA wurde 1996 – 1998 entwickelt und in Betrieb genommen) alle Anforderungen sowohl der Verordnung der Union als auch

der Vorgaben der Landeshaushaltsordnung sowie einschlägiger Rechtsnormen entspricht und so flexibel sein wird, dass dann noch notwendige Anpassungen keine Beeinträchtigung des gesamten EDV-Systems verursachen.

Ein weiterer wichtiger Baustein des Begleit- und Bewertungssystems sind die Stammbblätter, als eine wichtige Quelle des Umsetzungsmonitorings. Dabei werden die beiden Stammbblätter Projekt- und Unternehmensstammbblatt als zuverlässig eingestuft. Das Teilnehmerstammbblatt wird für eine Auswertung als unbefriedigend bewertet, u. a. auch deshalb, weil die Datenerhebung aufgrund des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes freiwillig zu erfolgen hat und nur durch den Betroffenen, also die Teilnehmer/innen, direkt auszufüllen sind. Dadurch kann entweder der Rücklauf z. T. sehr gering ausfallen, aber sich auch eine relativ hohe Fehlerquote einschleichen. Insbesondere in den Fällen, in denen eine Erhebung nach Abschluss einer ESF-geförderten Maßnahme erfolgt, sinkt die Bereitschaft der Befragten rapide. Die Evaluatoren der Revision der Halbzeitbewertung empfehlen daher unter dem Gesichtspunkt des Verbleibs der Teilnehmer/innen nach Ende der Maßnahme von dem Anspruch der Gesamterhebung abzugehen und stattdessen regelmäßig Evaluationen oder mit Hilfe eines Langzeit-Panels für ausgewählte Teilnehmer/innen und einschlägige Fragestellungen diesen Umstand zu kompensieren. Zugleich wird empfohlen, ein operationalisierbares und aussagefähiges Set an Indikatoren beizubehalten, so wie es bereits im Zuge der Halbzeitbewertung erfolgt ist. Dieser Vorschlag sollte nach jetzigem Stand der Diskussion in der kommenden Förderperiode umgesetzt werden.

## **EAGFL-A**

Ab dem 01.01.2003 wurde das Vorgangsbearbeitungssystem für EAGFL-kofinanzierte Maßnahmen eingeführt. Bis auf die Maßnahme 5.2.5 sowie die Verfahrenskosten der Flurneuordnung und Technischen Hilfe werden alle Maßnahmen des OP mit diesem System bearbeitet.

Die ILB arbeitet mit einem eigenen elektronischen Programm die Maßnahme 5.1.1 und 5.1.4 ab. Die Daten der ILB wurden in das ARDIS-Programm übernommen

Das Monitoring für die o. g. Maßnahmen, die nicht im Rahmen des elektronischen Systems bearbeitet werden, erfolgt per Formblatt durch das LVLf, LUA bzw. MLUV.

Auch im Laufe des Jahres 2005 hat sich bei der Anwendung des Vorgangsbearbeitungssystems gezeigt, dass in geringem Umfang noch Funktionalitäten angepasst werden mussten. Weitere Anpassungen des Systems werden auch noch im Jahre 2006 notwendig sein.

## **Bereich Nachhaltigkeit/Umwelt**

Die ESF-Interventionen im Umweltbereich sind Bestandteile des Querschnittziels „Nachhaltige Entwicklung“, wie z. B. Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen im Umweltbereich. Darüber hinaus findet dieses Querschnittsziel auch in den anderen ESF-geförderten Aktionen, soweit zweckmäßig und sinnvoll seine Entsprechung.

Quantifizierbare Auswirkungen, die eine Förderung von Humanressourcen auf die Umwelt hat, sind jedoch nicht direkt messbar, sondern nur unmittelbar, qualitativ nachzuvollziehen. Eine Erhebung dieser indirekten bzw. induzierten Nachhaltigkeitsmerkmale im Bereich Umwelt sind gegenüber einem Ausgangszustand monokausal nicht abzuleiten. Die damit verbundenen methodischen Anforderungen wären unverhältnismäßig hoch, der Aussagenutzen hingegen muss als gering eingeschätzt werden und steht letztendlich in keinem Verhältnis zu dem Erhebungsaufwand.

### **c) Aktualisierung der Halbzeitevaluierung des Operationellen Programms Brandenburg für die Förderperiode 2000 – 2006 und weitere fondsspezifische Bewertungen**

In Anbetracht der bei der Halbzeitbewertung 2003 gewonnenen Erfahrungen waren im Rahmen der Aktualisierung im Wesentlichen, die bisherigen Leistungen und Ergebnisse zu prüfen und die voraussichtlichen weiteren Auswirkungen der Programme bis zum Ende der Förderperiode und darüber hinaus für die Planungen zur nächsten Förderperiode 2007- 2013 zu beurteilen.

Im Einzelnen konzentrierte sich die Aktualisierung der Halbzeitbewertung auf:

- Die Analyse der wichtigsten Rahmenbedingungen
- Die Analyse der bisherigen Leistungen und Ergebnisse im Hinblick auf die Programmziele
- Die Umsetzung der Empfehlungen der Halbzeitbewertung im Rahmen der Halbzeitrevision des OP Brandenburg 2000- 2006 und
- Die Bewertung der Ergebnisse der Schwerpunkte, woraus sich die Handlungsempfehlungen der Aktualisierung der HZB ergeben haben.

Die quantifizierten Ziele des OP wurden mit Ausnahme der Zahl der qualifizierten Teilnehmerinnen im Rahmen der Umsetzung der Programme erreicht.

Die Wirkungen der Förderung auf die globalen Ziele des OP lassen sich dabei folgendermaßen zusammenfassen:

1. Bezogen auf die Schaffung wettbewerbsfähiger und existenzsichernder Arbeitsplätze zur Herstellung eines hohen Beschäftigungs- und Ausbildungsniveaus sowie zum Abbau der Arbeitslosigkeit konnte eingeschätzt werden, dass ohne Strukturfondsförderung von deutlich schlechteren Werten bei den allgemein sozioökonomischen Indikatoren ( BIP, Beschäftigte, Arbeitslose ) auszugehen ist.
2. Erhalt und Ausbau der Beschäftigungsfähigkeit, durch Maßnahmen im ESF geleitetet werden, waren angesichts des gegebenen Arbeitsplatzangebotes nur in geringem Umfang auf die Integration in Arbeit sowie die Verhinderung von sozialer Ausgrenzung wirksam.
3. Trotz erheblicher Anstrengungen konnte eine messbare Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen im Erwerbsleben durch Förderung nicht erreicht werden.
4. Der Aufholprozess der Brandenburger Wirtschaft im Vergleich zu Westdeutschland wurde durch die Förderung nur begrenzt beschleunigt. Dies gilt auch für den Abbau der Arbeitslosigkeit.
5. Die Verbesserung der Umweltsituation konnte dabei durch die Förderung unterstützt werden. Die Weiterentwicklung der sozioökonomischen Funktion städtischer und ländlicher Gebiete ist bei Weitem nicht befriedigend.
6. Alle spezifischen Förderschwerpunkte haben zur Entwicklung des ländlichen Raumes beigetragen. Im Bezug auf die Problemlagen konnten jedoch nur begrenzte Effekte für die Verbesserung der Einkommens- und Beschäftigungssituation erreicht werden.

Im Ergebnis führen die sozioökonomische Situation im Land BB und die allgemeine wirtschaftliche Lage dazu, dass sich die Effekte teilweise nicht in merkbar positiven Wachstumsraten oder Veränderungen messen lassen, sondern eine Abmilderung bestehender Schrumpfungsprozesse und wirtschaftlicher Stagnation bedeuten.

Zur Umsetzung der Empfehlungen der Halbzeitbewertung im Rahmen der Halbzeitrevision des OP wurde festgestellt, dass

- die finanziellen Anpassungen innerhalb der Schwerpunkte und Fonds sowie die Aufstockung des Programms insgesamt durch die Mittel der leistungsgebundenen Reserve;
- die inhaltlich-strukturellen Anpassungen innerhalb der Förderschwerpunkte (z.B. Anpassung von Richtlinien und Fördertatbeständen);
- die Anpassung der quantifizierten Ziele infolge der Mittelverschiebungen sowie der methodischen Empfehlungen der Halbzeitbewertung sowie

- die Weiterentwicklung der Monitoringsysteme und die Bereinigung von Indikatoren erfolgten.

Programmübergreifend wurden

- Die Instrumente zur Integration genderspezifischer Aspekte durch die AG Gender Mainstreaming zügig weiter entwickelt. Sie werden derzeit exemplarisch in die Bewilligungs- und Förderabläufe integriert.
- Die Hinweise zu einer stärkeren Berücksichtigung des Querschnittsziels Nachhaltigkeit mit der Entwicklung eines Bewertungsverfahrens für den EFRE aufgenommen.
- Verbesserungen des Monitoring und der Informationsflüsse auf OP – Ebene durch entsprechend standardisierte Abläufe und Instrumente des Projektmanagements in Angriff genommen.

Abschließend wurde festgestellt, dass die Umsetzung der Empfehlungen der HZB in Verbindung mit weiteren Anpassungsbedarfen, die sich im Verlauf der Förderung ergeben, durch Fondsverwaltungen und Verwaltungsbehörde einem laufenden Monitoring unterzogen wurden. Die Förderung wird systematisch und nachvollziehbar weiterentwickelt.

Im Ergebnis der Aktualisierung der Halbzeitbewertung kam es des weiteren zu folgenden übergreifenden Empfehlungen:

1. Zusammenarbeit des EFRE und ESF bezogen auf folgende Themen:
  - Verlagerung von Qualifizierungsangeboten in Unternehmen
  - Unterstützung von Existenzgründungen u. a. durch: Gemeinsame Weiterentwicklung und Ergänzung der bestehenden Angebote im EFRE und ESF
  - Cluster- und Kompetenzfeldentwicklung: Vernetzung von Förderangeboten
  - Gleichstellung (Verbesserung der Erwerbssituationen von Frauen)
2. Abstimmung EFRE, ESF und ELER
  - Festlegung einheitlicher Qualitätsstandards und Mindestanforderungen für die Erarbeitung integrativer Konzepte
  - Frühzeitige und gemeinsame Entwicklung von Instrumenten und Verfahren zur Abstimmung des regionalen und thematisch ergänzenden Mitteleinsatzes
3. Gender Mainstreaming
  - Entwicklung und Anwendung eines einheitlichen Gender- Budgeting- Ansatzes im Planungs- und Umsetzungsverfahren für die neue Förderperiode
  - Anstoßen von vertiefenden Untersuchungen über die Veränderung der Rahmenbedingungen von Frauen und ihrer Erwerbstätigkeit im Land Brandenburg, die nicht nur auf die Strukturfonds sondern die Landespolitik insgesamt abzielen.

#### 4. Nachhaltigkeit

- Weiterentwicklung des bisherigen Instrumentariums zur Bewertung der Nachhaltigkeit im Rahmen der Förderung und Integration in die Förderabläufe.
- Entwicklung ausgewählter quantifizierter Ziele für die neue Förderperiode.

### Ergebnisse der Aktualisierung der Halbzeitevaluierung und Schlussfolgerungen für den EFRE

Im Evaluierungsdokument der Aktualisierung der Halbzeitbewertung (Stand Dezember 2005, Auftragnehmer Kienbaum Management Consultants) wird festgehalten, dass die finanzielle Umsetzung der geplanten Mittel als realistisch zu bewerten ist und kein weiterer Anpassungsbedarf besteht.<sup>4</sup> Zudem wurden ausgehend von der Evaluierung auch Handlungsempfehlungen gegeben, die sich sowohl auf die aktuelle Förderperiode, als auch bereits auf die Förderperiode 2007-2013 beziehen. Die finanzielle Unterstützung der fondsbegleitenden Evaluationen erfolgte aus Mitteln der Technischen Hilfe.

<b>Handlungsempfehlung ausgehend von der Akt.HZB</b>	<b>betrifft aktuelle FP 2000-2006</b>	<b>betrifft neue FP 2007-2013</b>
zeitnahes Monitoring großer Investitionsprojekte als Grundlage für die hohe Zielerreichung beim Mittelabfluss	wird bereits berücksichtigt	
kontinuierliche Fortsetzung der Datenerhebung/ pflege für Monitoringsystem, wobei keine Anpassung der quantifizierten Ziele notwendig ist	wird bereits berücksichtigt	
Konzentration der Quantifizierung der Ziele in der neuen FP auf wenige, aussagekräftige Indikatoren unter Beibehaltung der bereits etablierten Berechnungsverfahren (siehe Arbeitsplätze oder temporäre Beschäftigungseffekte)	methodisches Arbeitsdokument (n.Entwurf): "Indikatoren für die Begleitung und Bewertung" seitens der KOM liegt vor, und wird berücksichtigt	wird bei der Vorbereitung (u.a. OP-Erstellung*) zur neuen FP berücksichtigt
Fortschreibung des Monitoringsystems in der neuen FP, möglichst Verzicht auf zusätzliche Indikatoren	Monitoringansatz für das Querschnittsziel Nachhaltigkeit als Pilotprojekt, mit Zielsetzung der Implementierung in die neue FP für Nachhaltigkeitsbereiche	wird bei der Vorbereitung (u.a. OP-Erstellung*) zur neuen FP berücksichtigt, Verbesserung des System durch Einführung des EFreporter V 2.0

<sup>4</sup> Anmerkung MW: nach hiesiger Einschätzung werden aufgrund aktueller Entwicklungen geringfügige Anpassungen des Finanzplans bis zum Ende der Förderperiode noch erfolgen.

zügige Umsetzung des Instrumentariums zur Bewertung der Wirkungen der Förderung auf die Gleichstellung	wird vorrangig durch fondsübergreifende Arbeitsgruppe „Chancengleichheit“ des Landes Brandenburg umgesetzt, zudem Aktivitäten der AG „Chancengleichheit in den Ziel 1-Gebieten	
--	--	--

Besonders für die neue Förderperiode 2007 – 2013 werden einige Kernelemente durch die Aktualisierung der Halbzeitbewertung hervorgehoben. Vorrangig sind dies:

- Fokussierung der Förderung auf die Kernziele des EFRE
- Weiterentwicklung der Förderinstrumente speziell für KMU des Landes Brandenburg
- Umsetzung der sektoralen und räumlichen Strategie (Neuausrichtung der Wirtschaftsförderstrategie auf Branchenkompetenzfelder und regionale Wachstumskerne)
- Weiterentwicklung und Sicherung der bestehenden Netzwerke zur Clusterentwicklung und zum Technologietransfer
- Verbesserung der Förderstrukturen bei den integrierten Stadtentwicklungskonzepten
- Integration der Umweltförderprogramme in die Schwerpunkte 1 und 2, horizontale Ausrichtung des Umweltbereichs und Lösung eines einheitlichen Umweltschwerpunktbereiches
- Zielsetzungen der Förderschwerpunkte in den Bereichen Unternehmens- und Arbeitsplatzentwicklung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (Leitbild Lissabon-Strategie)

Im Rahmen der Erarbeitung des Operationellen Programms für den EFRE zur neuen FP wurden diese Handlungsempfehlungen dem externen und unabhängigen OP-Ersteller übergeben und werden somit innerhalb des Leitdokumentes für den EFRE-Fonds Berücksichtigung finden.

### **Ergebnisse der Aktualisierung der Halbzeitevaluierung und Schlussfolgerungen für den ESF**

Die Aktualisierung der Halbzeitevaluierung des Operationellen Programms Brandenburg für die Förderperiode 2000 – 2006 verfolgte das Ziel, eine Analyse und Beurteilung der Veränderung der wichtigsten Rahmenbedingungen auf der Ebene der maßgeblichen Kontextindikatoren zu erstellen, eine Auswertung der entsprechenden Begleitdaten zum Stand 31.12.2004 durchzuführen, eine Auswertung der vorliegenden Dokumente zur weiteren Programmentwicklung vorzunehmen und Fachgespräche mit den Programmverantwortlichen durchzuführen. Dabei lag der zentrale Blickwinkel auf zusätzliche Einsicht in den bisherigen Verlauf und die Wirkungen der Förderungen zu gewinnen und Empfehlungen für die

Restlaufzeit zu formulieren. Die Aktualisierung konnte für den Schwerpunkt 4 (ESF) feststellen, dass die Empfehlungen zur finanziellen Anpassung weitestgehend durch die Fondsverwaltung umgesetzt wurden. Nur für den Maßnahmebereich „Chancengleichheit für Frauen und Männer“ musste eine Umschichtung der Mittel erfolgen. Die Evaluatoren konnten aber feststellen, dass die Reduzierung der Mittel um 2 Prozentpunkte dadurch zustande kam, dass die mittelstarken Programme wie Arbeit statt Sozialhilfe und ABM-fachliche Anleitung für Frauen aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen im SGB II/SGB III beendet werden mussten. Die zugleich vorgenommenen Umschichtungen verstärkt auf innovative Ansätze (zwei neue INNOPUNKT-Kampagnen speziell für Frauen) bzw. die konsequente Umsetzung der Frauenförderung in allen sonstigen Förderbereichen, stellt eine akzeptable Kompensation dar. Im Ergebnis der Aktualisierung der Halbzeitevaluierung wurden folgende Empfehlungen ausgesprochen, die bereits in 2005 realisiert werden konnten:

- der Ausbildungsförderung sollte auch weiterhin eine hohe Priorität zukommen;
- Lebensbegleitendes Lernen, auch im Sinne lebenszyklusbasierten Lernens, sollte sowohl auf die besondere Problematik älterer Menschen sowie noch stärker auf den Aspekt der Anpassungsfähigkeit und Stärkung des Unternehmergeist ausgerichtet werden;
- ein eigener Maßnahmebereich zur Frauenförderung sollte auch weiterhin beibehalten werden, zugleich jedoch auch Frauenförderung als Querschnittsziel in allen anderen Maßnahmebereichen stärken;
- die Erarbeitung übertragbarer Ansätze im Bereich regionalisierter Arbeitsmarktpolitik sollte durch die Schaffung von Modellprojekten initiiert werden.

Weitere Aussagen und Schlussfolgerungen aus der Aktualisierung der Halbzeitbewertung zum Begleit- und Bewertungssystem siehe unter D1 b.

#### Forschungsvorhaben im Bereich des ESF

Im Jahr 2005 wurden folgende Studien abgeschlossen und veröffentlicht:

- Analyse zur sozioökonomischen im Land Brandenburg – Handlungsempfehlungen zum Einsatz der EU-Strukturfonds 2007-2013
- Studie zur Fachkräfteentwicklung in Brandenburg
- Betriebspanel Brandenburg 2005, 9. Welle

Beendet wurden 2005 außerdem die Vorhaben

- Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der modellhaften integrierten Ausbildung von Krankenschwestern u. Altenpflegern (1)

- Evaluation von Öffentlichkeitsinstrumenten brandenburgischer Arbeitsmarktpolitik im Rahmen der Förderung aus dem ESF
- Evaluation der gemeinsamen Existenzgründungsförderung durch MASGF und MW im Land Brandenburg
- Studie: Arbeitgeberzusammenschlüsse - ein Modell zur Unterstützung für KMU und Sicherung von Beschäftigung in Brandenburg (Teil I)

Im Berichtszeitraum wurden folgende Evaluationen begonnen:

- Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der modellhaften integrierten Ausbildung von Krankenschwestern und Altenpflegern (2)
- Evaluation von ESF geförderten Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung im Strafvollzug des Landes Brandenburg
- Evaluation des Ideenwettbewerbs Regionalentwicklung stärken Langzeitarbeitslose schneller integrieren
- Evaluation der Arbeitsförderung mit gesundheitsbezogener Ausrichtung (Amiga)
- Gutachten zur Erarbeitung von Strategien und Handlungsempfehlungen zur Finanzierung der Programme zur Berufsausbildung in Brandenburg 2007-2013 aus dem ESF
- Formative Evaluation "Lokale Initiativen für neue Beschäftigung"
- Evaluation von Projekten zur Vermeidung von Schulabbrüchen im Rahmen der Förderung aus dem ESF
- Durchführung der begleitenden Qualitätssicherung.

### **Ergebnisse der Aktualisierung der Halbzeitevaluierung und Schlussfolgerungen für den EAGFL**

Der Bericht zur Halbzeitbewertung enthält im Wesentlichen nachfolgende Schlussfolgerungen bzw. Empfehlungen:

#### 1. Reduzierung des Indikatorensets

Die Grundaussage der Halbzeitbewertung war, dass bezogen auf den Förderverlauf im Rahmen der Begleitung eine Vielzahl von Daten erfasst werden, die über die Ergebnisse und Outputs der Förderung Aufschluss geben, jedoch mit Ausnahme der Finanzindikatoren kaum Bedeutung haben für die Steuerung des Programms. Eine Reduzierung des Indikatorensets unter Berücksichtigung der prioritären Ziele wird deshalb künftig angestrebt und insbesondere in der neuen Förderperiode berücksichtigt.

#### 2. Vereinfachung des Verfahrens

Der Empfehlung zur Vereinfachung des Verfahrens wurde mit der Reduzierung der Bewilligungsstellen und der Konzentration auf die Investitionsbank des Landes und das Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung sowie mit einer Zusammenführung unterschiedlicher Richtlinien Rechnung getragen.

### 3. Umsetzungsstand

Gemäß Endbericht zur Aktualisierung der Halbzeitbewertung lassen Mittelbindungsstand und Zielerreichung für den Schwerpunkt 5 einen positiven Umsetzungsstand erkennen. Bezogen auf die Maßnahmebereiche wurde eine finanzielle Umschichtung zugunsten des Maßnahmebereiches 5.2 empfohlen, da aufgrund veränderter Rahmenbedingungen das Investitionsverhalten in landwirtschaftlichen Unternehmen und der Ernährungsindustrie hinter den Erwartungen zurückblieb.

Hierzu wurde eine Vorlage zur 15. Sitzung des Begleitausschusses am 04.11.2005 eingereicht, zur Bestätigung der Mittelumschichtung innerhalb des Maßnahmebereiches und vom Maßnahmebereich 5.1 in den Maßnahmebereich 5.2.. (siehe auch Ausführungen unter Pkt. D2)

#### **d) Angaben zu Maßnahmen der Finanzkontrolle**

Zu diesem Abschnitt wird allgemein auf die gesonderte Berichterstattung nach Artikel 13 der VO 438/2001 verwiesen. Eine ausführliche Darstellung der Prüfungstätigkeiten im Rahmen der Finanzkontrolle erfolgt fondsspezifisch mit der Berichterstattung zur VO (EG) Nr. 438/2001.

## **EFRE**

### **Prüfungstätigkeiten im Rahmen der Finanzkontrolle**

Im April fand eine Anschlussprüfung zu der Systemprüfung vom Dezember 2003 statt. Die Prüfer der Auditabteilung der GD Regio wählten eine Stichprobe von acht vor Ort zu kontrollierenden Projekten aus; dabei war es Ziel der Kontrollbeamten, Schlussfolgerungen bezüglich der Zuverlässigkeit der vorhandenen Verwaltungs- und Kontrollsysteme und zur Richtigkeit und Ordnungsmäßigkeit der für die geprüften Projekte gemeldeten Ausgaben ziehen. Der Prüfbericht mit den Ergebnissen lag im Oktober des Berichtsjahrs vor. Die Stellungnahme des Landes zu den Prüffeststellungen wurde der KOM im Dezember 2005 übermittelt; eine abschließende Feststellung von Seiten der KOM liegt hier noch nicht vor.

## Das Prüfungsgeschehen zum Einsatz von EFRE-Mitteln im Datenbanksystem

### „Check-Control-Monitor (2-C-M)“

Im Anschluss an die o.g. Systemprüfung wurde zunächst für die Artikel 4-Kontrollen ein plausibles Prüfverfahren zu entwickelt, welches sich in die bestehenden Prüfsysteme eingliedert. Um die Prüfverfahren sowie die Prüffeststellungen bei den Vor-Ort-Kontrollen in angemessener Weise zu dokumentieren, wurde die Prüfdatenbank „Check-Control-Monitor (2-C-M)“ zur Erfassung der Ergebnisse von Vor-Ort-Kontrollen entwickelt.

Im Zuge der intensiven Befassung mit diesem Thema wurde erkannt, dass es sinnvoll ist, diese Konzeption weiter auszubauen. Es sollte nicht nur die Primärebene des Prüfungsgeschehens in einer Datenbank abgebildet werden, sondern auch das gesamte Prüfwesen datenbanktechnisch zu dokumentiert werden. Auf diese Weise sollten dezentrale Datenerfassungen und –haltungen verschiedener Stellen wie der

- EFRE-Fondsverwaltung/Zahlstelle auf der Primärebene,
- Unabhängigen Stelle auf Ebene der Sekundärprüfungen,
- Prüfungen anderer Stellen wie z.B. des Landesrechnungshofs im Haushaltsbereich des Wirtschaftsministeriums

zu einem System auf einer gemeinsamen Datenbasis zusammengefasst werden.

Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich aus Mitarbeitern der EFRE-Fondsverwaltung, Zahlstelle und Unabhängiger Stelle zusammensetzte.

Dort wurden die Grundlagen einer übergreifenden Datenerfassung definiert, welche insbesondere die höheren Ansprüche der unabhängigen Stelle bei der Erfassung und Auswertung der Sekundärkontrollen berücksichtigten. Der gemeinsame Datenbestand soll so umfassend sein, dass es jeder beteiligten Stelle möglich sein sollte eigene Auswertungen und Berichtstrukturen auf den Datenbestand zu erheben.

Ein weiteres Ziel der beteiligten Stellen war es, zukünftig in einem schlanken Verfahren mit redundanzfreien Datenbeständen zu arbeiten. Periodische Berichtspflichten gegenüber Dritten (Statistiken / Nachweise über Prüffähigkeit / Rechnungslegung / Wiedervorlagen) sollten aus einer gemeinsamen Datenbasis ermittelt werden (s. folgende grafische Darstellung 1) Weiterhin sollte datentechnisch eine Verbindung zur Erstellung der Unregelmäßigkeitsmeldungen an OLAF geschaffen werden.

Technisch handelt es sich um eine integrierte Datenbankanwendung auf Basis von Microsoft Access , die sich in das bestehende System der Berichterstattung auf Basis des „efREporter“ einpasst und auf

dieser Grundlage den Datenbestand aufbaut. Die Datenbank ist MS-SQL-Server basiert. Dadurch wird eine sichere Nutzer- und Zugriffskontrolle auf die vorhandenen Daten gewährleistet. Die Administration und der Support liegen bei der EFRE-Fondsverwaltung.

Nachdem die theoretischen und konzeptionellen Grundlagen des neuen Datenbanksystems „2-C-M“ festgelegt worden waren, erfolgte eine Qualifizierung der Mitarbeiter in der Anwendung von Datenbanktechnik im Rahmen eines in-house Seminars, welches sich ausführlich mit allen Fragen rund um die Möglichkeiten von „Access“ im Zusammenhang mit der Fragestellung „Prüfwesen“ befasste. In einem zweiten Schritt werden die nachgeordneten Bewilligungsstellen und Ressorts, die EFRE-Mittel verwalten, in der Anwendung der Datenbank geschult, somit wurde die Leistungsfähigkeit des gesamten Berichtswesens zum Prüfgeschehen durch Bündelung wesentlich gesteigert. Die Eingabe der Kontrollen wird in das neue System ab 2006 erfolgen.

## **ESF**

Im Berichtsjahr fanden im Bereich des ESF auf das laufende OP bezogen keine Maßnahmen der Finanzkontrolle statt.

## **EAGFL**

Zu dem der KOM im Jahre 2001 vorgelegten Verwaltungs- und Kontrollsystem gab es im Jahre 2005 folgende Änderung:

Die Aufgabe der Zahlstelle für den EAGFL, Abteilung Ausrichtung wurde der Zahlstelle Garantie, dem Referat 03 des MLUV zugeordnet.

## **D 2 Darstellung etwaiger Probleme und Lösungen bei der Begleitung und Verwaltung der Intervention**

Im Berichtsjahr traten keine wesentlichen Probleme auf.

### **EFRE**

Im Bereich des EFRE wurden Problemstellungen, die sich aus der Programmumsetzung ergaben, jeweils auf den EFRE-Jour-Fixen thematisiert, ein begleitendes Controlling fand durch die regelmäßig durchgeführten Richtliniengespräche statt.

### **ESF**

Vom 23.- 25. Mai 2005 nahm die Europäische Kommission im Land Brandenburg eine Prüfung der Arbeitsdokumente und –verfahren, die von der für den ESF im Land Brandenburg zuständigen Unabhängigen Stelle für die Erstellung der Abschlussvermerke gemäß Art. 8 der Verordnung (EG) Nr. 2064/97 im Programmplanungszeitraum 1994-99 angewandt wurden, vor. Am Rande ihres Besuchs befassten sich die Prüfer auch mit den Stichprobenkontrollen nach Art. 10 VO (EG) Nr. 438/2001. Auf Anregung der Prüfer wurden bei dem Verwaltungs- und Kontrollsystem 2005 folgende Änderungen vorgenommen:

Organisation der unabhängigen Prüfeinheit bei der LASA Brandenburg GmbH:

Um jegliche Bedenken bezüglich der uneingeschränkten Unabhängigkeit der Prüfeinheit auszuräumen wurde die unabhängige Prüfeinheit der Geschäftsführung der LASA Brandenburg GmbH direkt unterstellt.

Zeitpunkt der Stichprobenkontrollen:

Seit dem Spätsommer 2005 erfolgen die Stichprobenkontrollen nach Art. 10 Verordnung (EG) 438/2001 auf der Grundlage geprüfter Verwendungsnachweise bzw. Zwischenverwendungsnachweise.

### **EAGFL**

Im Bereich des EAGFL wurden sich ergebende Probleme in Umsetzung der Interventionen in regelmäßigen Besprechungen mit den Bewilligungsbehörden geklärt. Die Kontrolle der Einhaltung erfolgte ebenfalls in diesem Rahmen.

### **D3 Kurze Schilderung der angetroffenen Unregelmäßigkeiten und Schritte, die unternommen wurden, diese zu beseitigen**

Zur Meldung von Unregelmäßigkeiten erfolgt gemäß den Vorschriften eine gesonderte Berichterstattung.

#### **EFRE**

Im Berichtszeitraum wurden 65 Unregelmäßigkeiten (z. T. Verdachtsfälle) gem. VO 1681/94 an die EU-KOM gemeldet. Davon handelt es sich in 34 Fällen um Insolvenzen, was einer Quote von 51,52% entspricht.

Der größte Anteil der Meldungen entfiel auf die Nichteinhaltung von Fristen (39 Nennungen). In neun Fällen begründeten fehlende oder unvollständige unterstützende Dokumente die Meldung. Sechs Meldungen wurden mit Verfahrensfehlern bei der Vergabe und drei Fälle mit einem vorfristigem Investitionsbeginn begründet. Darüber hinaus verteilen sich acht Nennungen auf weitere Arten von Unregelmäßigkeitsmeldungen, die jeweils ein- oder maximal zweimal angeführt wurden.

In den Fällen, bei denen noch nicht vollständig ausgezahlt war, wurde ein sofortiger Auszahlungsstopp verhängt (39 Fälle). In allen Fällen wurden Widerrufs- und Leistungsbescheide bzw. Rücknahme- und Leistungsbescheide erstellt.

Die Fälle traten in den Maßnahmen 1.1.1. (44 Fälle = 67,69%), 1.2.1. (10 Fälle = 15,38%), 1.2.3. (3 Fälle = 4,62%), 1.3.1. (1 Fall = 1,54%), 2.4.1 (2 Fälle = 3,08%), 3.2.1. (3 Fälle = 4,62%), 3.3.1. (1 Fall = 1,54%) sowie 3.4.1. (2 Fälle = 3,08%) auf. Von den in 2005 gemeldeten Unregelmäßigkeiten wurden 14 Fälle als abgeschlossen gemeldet. Zu drei Unregelmäßigkeiten erging eine Meldung nach Art. 5.2.

Eine detaillierte Auflistung und Beurteilung der festgestellten Unregelmäßigkeiten ist dem Jahreskontrollbericht 2005 nach Art. 13 der VO (EG) Nr. 438/2001 zu entnehmen.

#### **ESF**

Für das Jahr 2005 erfolgten im Rahmen der Ziel-1-Förderung für die laufende Förderperiode 3 Erstmeldungen. Mit diesen Dossiers wurden insgesamt beanstandete Ausgaben in Höhe von 52.255,77 Euro Gemeinschaftsanteil gemeldet. Die Unregelmäßigkeiten ergeben sich hauptsächlich aus „fehlenden

oder unvollständigen Dokumenten“, sowie ungerechtfertigten Ausgaben. Überwiegend wurden die Unregelmäßigkeiten im Rahmen von Verwendungsnachweisprüfungen oder bei VOR-Ort-Kontrollen in Unternehmen aufgedeckt.

Im Berichtsjahr konnten 4 Schlussmeldungen, die auf der vollständigen Wiedereinziehung der offenen Beträge beruhen, eingereicht werden.

In 18 Fällen erfolgten Besondere Mitteilungen, das heißt hier ist eine Wiedereinziehung unmöglich geworden.

Zur Vermeidung bzw. Beseitigung von Unregelmäßigkeiten wird in der bereits im Jahresbericht für 2001 dargestellten Weise verfahren.

## **EAGFL**

Für die laufende Programmplanungsperiode wurden fünf Unregelmäßigkeiten im Jahr 2005 gemeldet. Diese betreffen die Maßnahmen 5.1.1. und 5.2.3. Dazu wurde ein gesonderter Bericht vorgelegt.

## **D4 Programmanpassungen, insbesondere der EzP**

### **Änderungen des OP**

Im Berichtsjahr 2005 hat die Verwaltungsbehörde des Landes Brandenburg keine Anpassungen am Operationellen Programm (OP) Brandenburg 2000 – 2006 vorgenommen.

### **Änderungen der EzP**

Im Jahre 2005 hat die 13. bis 15. Sitzung des Begleitausschusses zum Operationellen Programm Brandenburg Förderperiode 2000 – 2006 stattgefunden. Insgesamt sind in den 3 Sitzungen 10 Anträge für Änderungen der EzP bestätigt worden, davon 4 im Bereich des EFRE, 5 im Bereich des ESF und 1 für den Bereich des EAGFL-A. Die nachfolgenden Ausführungen zeigen die in den 3 Sitzungen vorgenommenen Änderungen der EzP.

### **Änderungen außerhalb der einzelnen Maßnahmen/Aktionen**

- Mittelumschichtungen innerhalb der 3 EFRE Schwerpunkte (15. Sitzung)

### **Änderungen in den einzelnen Maßnahmen/Aktionen**

Im EFRE:

- Maßnahmen 1.3.1 Stärkung unternehmerischer Potentiale und 1.3.3 Risikokapitalfonds (13. Sitzung).
- Aktion 2.5.2.2 Maßnahmen zur Verbesserung der Schiffbarkeit auf den Gewässern im Land Brandenburg (14. Sitzung).
- Aktion 2.2.2.3 Aufbau eines digitalen Fachinformationssystems (FIS) Boden (15. Sitzung).

Im ESF:

- Aktionen 4.2.5.1 Arbeit statt Sozialhilfe/Arbeitslosengeld II, 4.2.5.3 Ergänzungsförderung des Landes für ABM (neu) zur Verbesserung der Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung von Zielgruppen und älteren Arbeitslosen, 4.3.6.12 Regionale Verzahnung von Qualifizierungs-

Wirtschafts- und Strukturförderung unter besonderer Berücksichtigung des Gender Mainstreamings, 4.5.9.5 Ergänzungsförderung des Landes für ABM (neu) für Frauen unter besonderer Berücksichtigung Älterer und Schwerbehinderter (13. Sitzung).

- Aktion 4.2.4.3 Qualifizierung Langzeitarbeitsloser – „Aktiv für Arbeit“ (13. Sitzung).
- Aktionen 4.2.4.11 und 4.2.5.4 Neue Ansätze zur Förderung von Langzeitarbeitslosen bei gleichzeitiger Stärkung der Regionalentwicklung“ (13. Sitzung).
- Aktion 4.1.1.5 Orientierung zu Berufen im Umwelt- und Naturschutz und in der Landwirtschaft sowie Optimierung der Berufswahlentscheidung durch Praxislernangebote/Schülerfirmen in der Schule um die Bereiche Jugend, Soziales und Gesundheit (Freiwilliges Soziales Jahr, FSJ) (14. Sitzung).
- Aktionen 4.2.4.5 Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe, 4.3.6.5 Innovative arbeitsmarktpolitische Schwerpunktförderung (INNOPUNKT), 4.3.6.6 Förderung der Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten der Jugendhilfe und der Erwachsenenbildung sowie der Lehrkräfte der allgemeinen und beruflichen Bildung, 4.4.7.3 Förderung der Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in Unternehmen im Land Brandenburg (15. Sitzung).

Im EAGFL-A:

- Mittelumrichtungen von den Maßnahmen 5.1.1, 5.1.2, 5.1.4 und 5.2.7 zu den Maßnahmen 5.1.3, 5.1.5, 5.2.1, 5.2.3, 5.2.4, 5.2.6 und 5.2.8 (15. Sitzung).

Die Änderungen wirkten sich folgendermaßen aus:

## **EFRE**

### **EzP Änderungen auf der 13. Sitzung des Begleitausschusses**

Änderungen des indikativen Finanzplanes erfolgten auf Basis des im Jahr 2004 genehmigten Operationellen Programms (Änderungsentscheidung vom 11. Oktober 2004).

Diese Änderung beinhaltete Umschichtungen zwischen den Maßnahmen 1.3.1 und 1.3.3. innerhalb des Schwerpunktes 1. Die Umschichtungen resultierten aus der Einrichtung eines Risikokapitalfonds, der im Rahmen der Änderung des Operationellen Programms als neue Maßnahme 1.3.3. aufgenommen wurde. Der Risikofonds soll mit öffentlichen Mitteln i.H. von 30 Mio € insgesamt ausgestattet werden. Nach

Klärung von Verfahrensfragen wurde die Maßnahme mit EFRE Mittel i.H. der 1. Tranche (2005), das entspricht 18 Mio. € ausgestattet. Die Maßnahme 1.3.1 wurde dementsprechend reduziert. von der Maßnahme 1.3.1. zur Maßnahme 1.3.3.

#### **EzP Änderung auf der 14. Sitzung des Begleitausschusses**

Auf der 14. Sitzung des BGA wurde der Aktionsbogen 2.5.2.2. „Maßnahmen zur Verbesserung der Schiffbarkeit auf den Gewässern im Land Brandenburg“ angepasst. Dabei ging es um eine inhaltliche Erweiterung der Fördertatbestände. Die Entwicklung der touristischen Potentiale eines zukünftigen Wassersportreviers im Norden Brandenburgs ist ein wichtiges Vorhaben zur Stärkung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor im Land Brandenburg. Demzufolge hat das Projekt „Wasserinitiative Nordbrandenburg“ bereits als besonderes Projekt Aufnahme in die Koalitionsvereinbarung gefunden. Mit Vorlage eines Maßnahmenkataloges und der Schaffung einer leistungsfähigen Organisation hat die kommunale Arbeitsgemeinschaft jetzt die Voraussetzungen für eine Realisierung geschaffen. Das Projekt gliedert sich in die Maßnahmebeschreibung 2.5.2. „Verkehrsinfrastruktur Schiene und Wasserwege“ ein, es ist jedoch eine Anpassung der Aktionsbeschreibung 2.5.2.2. „Verbesserung der Schiffbarkeit“ erforderlich. Insbesondere sollen neben den Investitionskosten auch die vorausgehenden Planungsleistungen zu den förderfähigen Kosten gehören.

#### **EzP Änderung auf der 15. Sitzung des Begleitausschusses**

Auf der 15. Sitzung wurde der indikative Finanzplan innerhalb der Schwerpunkte 1, 2 und 3 geändert. Mit der Umschichtung im Schwerpunkt 1 wurde die Maßnahme 1.3.3. „Risikokapitalfonds“ um die 2.Tranche, das entspricht 12 Mio € aufgestockt. Damit auf die insgesamt geplante Finanzausstattung i.H. von 30 Mio. € EFRE erreicht (vergleiche 13. Sitzung des BGA). Die Bereitstellung der erforderlichen EFRE-Mittel erfolgt aus der Umschichtung von Restmittel bei ausgelaufenen Richtlinien in der Maßnahme 1.1.2 (Konver);1.2.3. (IuK) 1.3.1 (z.B.Qualitätsmanagement, Coaching) 1.3.2. (sicherheitsgerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen) sowie über Mittelkürzungen in den Maßnahmen 1.1.1; 1.2.2 und 1.3.1. die dem noch bestehendem Bewilligungsbedarf in 2005/2006 angepasst werden.

Die Umschichtung im Schwerpunkt 2 „Infrastruktur“ umfasst alle Maßnahmen. Die Finanzausstattung wurde dem Bedarf auch im Hinblick auf das Auslaufen der Förderperiode angepasst. Die Maßnahmen 2.5.1 „Straßenbau“, 2.4.1 „städtische und lokale Infrastruktur“ und 2.2.1 „Infrastruktur Informationsgesellschaft“ sollen aufgestockt werden. Die zusätzliche Bereitstellung von EFRE-Mitteln für diese Maßnahmen ist begründet in der Umsetzung konkreter für die Entwicklung der Regionalwirtschaft wichtiger Projekte sowie durch die Aufnahme der neuen Aktion Fachinformationssysteme (FIS) Boden in die EF-

RE-Kofinanzierung. Die Maßnahme 2.5.2. „Verkehrsinfrastruktur Schiene und Wasserstraße“ wurde um 5,3 Mio € reduziert. Diese Reduzierung war erforderlich, da aufgrund des langen Planungsvorlaufes nicht gewährleistet werden kann, dass die Mittel noch fristgerecht in dieser Förderperiode zum Abfluss kommen. Bei der Reduzierung der Maßnahme 2.3.1 „Infrastruktur Bildung“ um 0,9 Mio € handelt es sich um Restmittel der bereits ausgelaufenen Aktion „Medien an Schulen“. Die im Verhältnis zur Gesamtausstattung geringfügigen Reduzierungen in den Maßnahmen 2.1.1 „wirtschaftsnahe Infrastruktur“, 2.1.2. „touristische Infrastruktur“ und 2.2.1. „Infrastruktur Wissenschaft u. Forschung“ und um 1,4 bis 2,4 Mio € ergeben sich aus der notwendigen Aussteuerung der einzelner Aktionen innerhalb der Maßnahmen, der Anpassung an den Bedarf sowie der notwendigen Deckung des Mehrbedarfs.

Die Umschichtung im Schwerpunkt 3 „Umwelt“ umfasst die Maßnahmen 3.2.1 (Immissionsschutz) und 3.3.1 (Abfall). Die Aktion REN (3.3.1.2.) wurde um 3,5 Mio € EFRE gekürzt. Der Interventionssatz für die in der Aktion verbleibenden Mittel wurde auf 75% angehoben. Die freiwerdenden Mittel – 3,5 Mio € wurden der Aktion Deponiensanierung (3.2.1.1.) zugeordnet.

Begründet ist die Umschichtung durch den dringenden zusätzlicher Mittelbedarf für die Sanierung der Deponie Hennickendorf einerseits und der geringen Inanspruchnahme der verfügbaren EFRE-Mittel in der 3.2.1 (Aktion 3.2.1.2.) andererseits.

Neben der Änderung des indikativen Finanzplanes wurde eine neue Aktion „2.2.2.3. Aufbau eines digitalen Fachinformationssystems (FIS) Boden“ in die Maßnahme 2.2.2 aufgenommen.

Die Digitalisierung von Karten ist ein zentraler Bestandteil der bisherigen Maßnahme 2.2.2. In Ergänzung zur Aktion 2.2.2.1 „Forcierung der Einrichtung der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK)“ sollen nunmehr Boden- und bodenkundlich relevante Informationen, die meist nur in Form von Manuskripten und gedruckten Karten vorliegen, bewertet, aufbereitet und verfügbar gemacht werden.

Die Einbettung in eine neue Aktion ist erforderlich, weil das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe die Umsetzung übernimmt. Es handelt sich nicht um eine neue Richtlinie, sondern um ein Einzelprojekt.

## **ESF**

Nachdem 2003 das erste und zweite Gesetz „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ in Kraft trat und zum 01.01.2004 mit dem Dritten Gesetz u. a. die Zusammenführung von ABM und SAM umgesetzt wurde, erfolgte zum 01.01.2005 die letzte Stufe der Umsetzung der „Hartz-Reformen“. Die zeitlich versetzten Stufen der „Hartz-Reformen“ sowie die Ergebnisse der Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Operationellen Programms des Landes Brandenburg 2000 - 2006 erforderten eine sukzessive Änderung/Anpassung des Landesprogramms. Dabei wurden die Aktionsnummern im Zuge der EzP-

Anpassung nicht überschrieben, sondern fortgeschrieben. Gestrichene Aktionen bleiben in der EzP als Nachweis einer früheren Belegung erhalten.

Die beiden im Folgenden aufgeführten Änderungen sind besonders hervorzuheben.

Nach in Kraft treten der Hartz IV Regelungen zum Beginn des Jahres, zeichnete sich rasch ab, dass insbesondere für Nichtleistungsbezieher/innen keine ausreichenden arbeitsmarktlichen Instrumente zur Verfügung stehen. Dies trifft Langzeitarbeitslose (Anfang 2005 waren im Land Brandenburg rd. 41% aller Arbeitslosen langzeitarbeitslos) deshalb besonders schwer, weil die Chancen der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt aus unterschiedlichen Gründen mit zunehmendem Zeitablauf immer geringer werden.

Mit der überarbeiteten Aktion „Aktiv für Arbeit“ (vormals „Kursystem contra Langzeitarbeitslosigkeit“) wird zum Erhalt und zur Erhöhung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit insbesondere von Nichtleistungsbeziehenden, aber auch von ALG II-Beziehenden beigetragen und deren Chancen auf Integration in reguläre Beschäftigung oder auf andere Auswege aus Erwerbslosigkeit verbessert.

Das Land Brandenburg orientiert auf eine stärkere Regionalisierung der arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten. Das bedeutet eine stärkere Einbeziehung der lokalen und regionalen Akteure bei der Konzeption und Umsetzung von Arbeitsmarktinstrumenten (Prinzip der erweiterten Partnerschaft) und schließt auch den Einsatz regionaler und lokaler Kontingente für die Förderung der verschiedensten Initiativen ein. Durch die neue Aktion 4.2.4.11 „Neue Ansätze zur Förderung von Langzeitarbeitslosen bei gleichzeitiger Stärkung der Regionalentwicklung“ soll die Verantwortung der regionalen Entscheidungsträger beim strukturwirksamen Einsatz von Arbeitsfördermitteln gestärkt und modellhaft neue Formen regionalisierter Arbeitsmarktpolitik erprobt werden. Zielgruppe der Förderung sind vorrangig Arbeitslosengeld-II-Beziehende mit besonderen Integrationsproblemen. Ausgewählte Landkreise bzw. kreisfreie Städte erhalten auf der Grundlage eines vorgeschalteten Ideenwettbewerbs ein Budget, das sie zur Verbesserung des regionalen Arbeitsmarktes einsetzen. Die Art der Förderung liegt auf der Grundlage eines ESF konformen Rahmen vordefiniert, in der Verantwortung des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt unter Berücksichtigung der in den Ideenwettbewerben jeweils genannten Ziele.

Zusammenfassend wurden folgende wesentlichen Änderungen in der Ergänzung der Programmplanung vorbereitet und umgesetzt:

- Anpassung der Prioritätensetzung aufgrund der veränderten arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere im Zuge der Umsetzung der Hartz-Reformen;
- Aktualisierung bzw. Anpassung der Maßnahmebögen in der Ergänzung zur Programmplanung;

- Stärkere Berücksichtigung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes;
- Weitere Anpassung der quantifizierten Ziele aufgrund der Empfehlungen der Halbzeitbewertung
- Konkretisierung der Kofinanzierungsquellen, insbesondere in Bezug auf private Mittel.

BGLA Sitzung	Datum	Sachverhalt (ESF)
13.	23.03.2005	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Überarbeitung der Aktion 4.2.4.3 „Aktiv für Arbeit“ (ehemals „Kurssystem contra Langzeitarbeitslose“)</li> <li>• Neue Aktion 4.2.4.11 „Neue Ansätze zur Förderung von Langzeitarbeitslosen bei gleichzeitiger Stärkung der Regionalentwicklung“ (s.a. 4.2.5.4)</li> <li>• Redaktionelle Überarbeitung der Aktionen 4.2.5.1, 4.2.5.3, 4.3.6.12, 4.5.9.5 bzgl. Kofinanzierung „private Mittel“</li> </ul>
14.	10.06.2005	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Überarbeitung und Ergänzung der Aktion 4.1.1.5 „Orientierung zu Berufen im Umwelt- und Naturschutz und in der Landwirtschaft sowie zur Optimierung der Berufswahlentscheidung durch Praxis Lernangebote/Schülerfirmen in der Schule“.</li> </ul>
15.	04.11.2005	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Redaktionelle Überarbeitung der Aktionen in der Rubrik „Kofinanzierung“ zur Anpassung an die aktuellen Änderungen des indikativen Finanzplans des Operationellen Programms</li> </ul>

## EAGFL

### EzP Änderungen auf der 15. Sitzung des Begleitausschusses

Die Änderung des Finanzplanes beinhaltet Umschichtungen von den Maßnahmen 5.1.1, 5.1.2, 5.1.4 und 5.2.7 zu den Maßnahmen 5.1.3, 5.1.5, 5.2.1, 5.2.3, 5.2.4, 5.2.6 und 5.2.8.

Insgesamt wurden öffentliche Ausgaben in Höhe von 96.055.402 €, darunter 72.041.552 € EAGFL, Abt. Ausrichtung, umgeschichtet.

Die Umverteilung wurde notwendig wegen des unzureichenden Mittelabflusses bei den Maßnahmen 5.1.1, 5.1.2, 5.1.4 und 5.2.7 und des hohen Bedarfs bei den Maßnahmen 5.1.3, 5.1.5, 5.2.3, 5.2.4, 5.2.6 und 5.2.8. Grundsätzlich ist es das Anliegen des MLUV, die zur Verfügung stehenden Mittel für die Förderperiode in vollem Umfang für die ländliche Entwicklung zum Einsatz zu bringen.

## D 5 Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Information und Publizität

### Fondsübergreifende Maßnahmen zu Information und Publizität

Arbeitskreis Publizität		
Sitzung Nr.	Thema	Ergebnis
12. Sitzung am 27.01.2005	Vorbereitung der Europa-Woche	Allgemeiner Rahmen
13. Sitzung am 10.03.2005	Vorbereitung der Europa-Woche	Konkretisierung Konzept
14. Sitzung am 24.03.2005	Vorbereitung der Europa-Woche	Endgültige Festlegungen
Veranstaltungen / Tagungen / Vorträge		
Zeitraum	Art der Veranstaltung	Thema
Europa-Woche 02.05.2005	Fondsübergreifende Informationsveranstaltung mit Vorträge, Diskussionen und Best-practice-Beispielen im Technologie- und Gründerzentrum der Stadt Brandenburg an der Havel	5. EU-Forum „Brandenburg – Vorsprung durch Technologie“
Brandenburg-Tag 03.10.2005	Aufgrund der parallelen Feierlichkeiten zum „Tag der Deutschen Einheit“ keine Aktivität in 2005.	
Publikationen (Broschüren / Flyer / Pressartikel etc., einzeln und periodisch)		
Titel	Erscheinungstermin	Sonstiges (z.B. Auflage)
Keine in 2005		
Internet Aktivitäten		
Anpassungen des Internetauftrittes		
Sonstige Aktivitäten		
Art	Thema	Zeitraum
Versand von Publikationen an die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg	Verstärkte Information potentieller Begünstigter zum letzten Jahr der Förderperiode 2000-2006	Dezember 2005
Publikation der Staatskanzlei des Landes Brandenburg	Überarbeitung der strukturfondsspezifischen Darstellungen des Brandenburgischen Europa-Breviers	Dezember 2005 und fortlaufend Anfang 2006

## Fondsspezifische Maßnahmen zu Information und Publizität

### EFRE

Veranstaltungen / Tagungen / Vorträge		
Zeitraum	Art der Veranstaltung	Thema
24.02.2005	Deutsch-österreichische Konferenz, zwei Fachbeiträge, die den EFRE betreffen (z.B. Erfahrungen einer Kommune mit dem Programm ZiS)	„URBAN+: Integrierte Stadtentwicklung innerhalb der künftigen EU-Kohäsionspolitik“
05.03.2005	5. Unternehmerinnen- und GründerinnenTag (MW)	Information zum EFRE innerhalb des Programms
14. April 2005	Infotag zu DIBOS im Geoforschungszentrum Potsdam für Teilnehmer aus der Landes- und den Kreisverwaltungen (MI)	Informationen zum EFRE-geförderten Projekt „Digitalisiertes Bodenbeschreibungssystem“ (DIBOS)
15.04.-17.04.2005	Deutsche Gründer- und Unternehmertage (deGUT) 2005 (MW)	Information innerhalb des Seminar- und Rahmenprogramms über Fördermöglichkeiten für Existenzgründung und Unternehmertum durch Mittel der EU-Strukturfonds, bes. EFRE-Mittel
23. Mai 2005	Tagung des MLUV in Lebus.	Mit dem Thema: „Der Umweltaspekt als integraler Bestandteil einer Nachhaltigkeitsbetrachtung. Erfahrungen und Ansätze aus den Schwerpunkten 1 - 3 des EFRE im Land Brandenburg“ wurde das Pilotprojekt vorgestellt
24.06./29.06./13.07.2005	Veranstaltungen der EFRE-FV mit den Handwerks- und Industrie- und Handelskammern Frankfurt (Oder), Cottbus und Potsdam (jeweils vor Ort)	Gegenwart und Zukunft der EU-Strukturfonds und des Beihilferechts
03.09.2005	Feierliche Übergabe der ALK-Daten (ALK=automatisierte Liegenschaftskarte) im Amt Gerswalde (MI)	Fertigstellung eines EFRE-geförderten Teilprojektes im Rahmen des Projektes FALKE
08.09.2005	Veranstaltung in Bad Saarow (Vortrag des EFRE-Fondsverwalters) mit Unternehmern, kommunalen Beteiligten und Abgeordneten	Gegenwart und Zukunft der EU-Strukturfonds und des Beihilferechts
16./17.11.2005	Tagung der Europäischen Sportakademie des Landes Brandenburg in Szczecin (MBS)	Information über Fördermöglichkeiten (EFRE/EAGFL) im Bereich Sportstättenbau, Tourismus, Mehrzweckeinrichtungen
14.12.2005	EFRE-Workshop 2005	Vorbereitung der Strukturfondperiode 2007-2013 im Land Brandenburg
<b>Publikationen (Broschüren / Flyer / Pressartikel etc., einzeln und periodisch)</b>		
Titel	Erscheinungstermin	Sonstiges (z.B. Auflage)
URBAN+ 2005: Integrierte Stadtentwicklung	2005	Dokumentation zur Konferenz am

innerhalb der künftigen EU-Kohäsionspolitik		24. Februar 2005
Gründer- und Unternehmertage 2005	Anfang 2005	Plakate/Flyer
Informationen zum EFRE-geförderten Projekt FALKE (Forciertes automatisiertes Liegenschaftskataster), Teilprojekt Landkreis Dahme-Spreewald	2005	Aushang von Übersichtskarten zum Bearbeitungsstand des EFRE-geförderten Projektes
Projekt Digitalisiertes Bodenbeschreibungssystem (DIBOS)	2005	Flyer
Geschäftsbericht der ILB 2004: Europa in Brandenburg. Brandenburg in Europa.	2005	als Broschüre und als Download
Wer? Was? Für wen? – Ein Leitfadens für Existenzgründer, Unternehmer und Investoren im Land Brandenburg.	2005	Aktualisierung
ZiS 2000 – Zukunft im Stadtteil. Brandenburg an der Havel.	2005	Broschüre
anlassbezogene Pressemitteilungen der verantwortlichen Ministerien und/oder der Endbegünstigten (z.B. öffentliche Einrichtungen)		
<b>Internet Aktivitäten</b>	<b>Link</b>	
Auftritt des Ministeriums für Wirtschaft – spezifische Informationen zum EFRE	<a href="http://www.wirtschaft.brandenburg.de/cms/detail.php?id=124317&amp;_siteid=62">www.wirtschaft.brandenburg.de/cms/detail.php?id=124317&amp;_siteid=62</a>	
Aktualisierung der Broschüre „Brandenburg inspiriert“ (ausschließlich digital)	<a href="http://www.eu-brandenburg.de">www.eu-brandenburg.de</a>	
WEB-Angebot der InvestitionsBank des Landes Brandenburg: Darstellung diverser Förderprogramme/Richtlinien mit entsprechenden Detailinformationen für die Antragstellung	<a href="http://www.ilb.de">www.ilb.de</a>	
Europa-Service der ZukunftsAgentur Brandenburg	<a href="http://www.zab-brandenburg.de/engl/downloads/europa-service/11362.htm">www.zab-brandenburg.de/engl/downloads/europa-service/11362.htm</a>	
Information über den 5. Unternehmerinnen- und GründerinnenTag	<a href="http://www.unternehmerinnentag-bb.de">www.unternehmerinnentag-bb.de</a>	
Parallel zur Broschüre „Brandenburg inspiriert“, Erstellung einer Internetpräsenz	<a href="http://www.eu-brandenburg.de">www.eu-brandenburg.de</a>	
Information über die Gründer- und Unternehmertage 2005 (deGUT 2005)	<a href="http://www.degut.de">www.degut.de</a>	
Informationen des Ministerium des Innern zum EFRE-geförderten Projekt FALKE (Forciertes automatisiertes Liegenschaftskataster) inkl. Übersicht über den Bearbeitungsstand per 31.12.2005	<a href="http://www.mi.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=5l1bm1.c.18057.de">www.mi.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=5l1bm1.c.18057.de</a>	
DIBOS (Teilprojekt von FALKE)	<a href="http://www.mi.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=5l1bm1.c.57177.de">www.mi.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=5l1bm1.c.57177.de</a>	
Information des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Bäderplanung (Übersicht über EFRE-Förderung)	<a href="http://www.mbj.s.brandenburg.de/sixcms/detail.php/5l1bm1.c.102150.de">www.mbj.s.brandenburg.de/sixcms/detail.php/5l1bm1.c.102150.de</a>	
Übersicht des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung über die dort umgesetzte EU-Förderung	<a href="http://www.mir.brandenburg.de/cms/detail.php?id=l1bm1.c.236625.de&amp;_siteid=100">www.mir.brandenburg.de/cms/detail.php?id=l1bm1.c.236625.de&amp;_siteid=100</a>	

--	--

## ESF

<b>Veranstaltungen, Tagungen, Vorträge</b>		
<b>Zeitraum</b>	<b>Art der Veranstaltung</b>	<b>Thema</b>
15.03.2005	Workshop	Modellprojekt „Regionalbudgets“
12. – 14.04.2005	Konferenz und Ausstellung	Teilnahme an der Employment Week in Brüssel
28.04.2005	Initiative im Rahmen der bundesweiten Berufsorientierungskampagne "girl's day"	Zukunftstag für Mädchen und Jungen
25.05.2005	Workshop	Chancengleichheit in der regionalen Beschäftigungs- und Strukturpolitik
15.09.2005	Workshop	Nachhaltigkeit von Lernkulturen in den Regionen
10.10.2005	Ausstellung	Teilnahme an den „Open Days“ in Brüssel
17.10.2005	Festveranstaltung	Brandenburgischer Ausbildungspreis
03.11.2005	Workshop	Wissenstransfer Unternehmen – Wissenschaft
24.11.2005	ESF-Jahrestagung	ESF 2007 – 2013
01.12.2005	Workshop	Familienfreundlichkeit in den Regionen
<b>Publikationen (Broschüren, Faltblätter, Presseartikel etc., einzeln und periodisch)</b>		
<b>Titel</b>	<b>Erscheinungstermin</b>	<b>Sonstiges (z.B. Auflage)</b>
BRANDaktuell	Printausgaben: zweimonatlich „Special“: jährlich digitale Newsletter zweiwöchentlich Sonderausgabe: März 2005	Printausgaben: jeweils 4.500 Stk. „Special“: 5.000 Stk. Newsletter: 24 Stk. Sonderausgabe: 1.000 Stk. (deutsch/englisch)
Zukunftstag für Mädchen und Jungen	Februar 2005	drei Faltblätter, insgesamt 18.000 Stk.
Lokale Initiativen für neue Beschäftigung	März 2005	Faltblatt, 5.000 Stk.
Spectrum of Work	April 2005	Broschüre, 1.000 Stk. (englisch)
Akademie 50 plus	Mai 2005	Faltblatt, 5.000 Stk.
ESF im Land Brandenburg	Mai 2005	Faltblatt, 2.000 Stk.
Brandenburger Fachkräftestudie	September 2005	Broschüre, 1.750 Stk.
Ergebnisse der neunten Welle des Betriebspanels Brandenburg	September 2005	Broschüre, 650 Stk.
Schütze Dein Gehör!	November 2005	CD-ROM, 4.300 Stk.
Arbeitsschutz bei Zusatzjobs	November 2005	Faltblatt, 15.000 Stk.
<b>Internet Aktivitäten</b>		
Website <a href="http://www.esf-brandenburg.de">www.esf-brandenburg.de</a>		
Website <a href="http://www.ausbildungskonsens-brandenburg.de">www.ausbildungskonsens-brandenburg.de</a>		

Website <a href="http://www.zukunftstag-brandenburg.de">www.zukunftstag-brandenburg.de</a>		
<b>Sonstige Aktivitäten</b>		
<b>Art</b>	<b>Thema</b>	<b>Zeitraum</b>
Marketing	ESF-Tragetaschen	Februar 2005
Marketing	ESF-Schlüsselbänder	Februar und Juni 2005
Marketing	ESF-Tischkalender	September 2005
Messesystem	Employment Week	12. – 14. April 2005

## EAGFL-A

Zur Information der breiten Öffentlichkeit über die Förderung im Rahmen des Europäischen Agrarfonds und die Halbzeitbewertung wurden nachfolgende Aktivitäten unternommen:

- regelmäßige Herausgabe des Agrar- und Umwelt-Journals,
- Konferenz zur Auswertung der Halbzeitbewertung und Zukunft der Strukturfonds in der Region Lausitz-Spreewald,
- Vorstellung von kofinanzierten Projekten auf Messen, wie z. B. Internationale Grüne Woche, BRALA,
- Veröffentlichung der kofinanzierten Richtlinien im Internet, deren Veränderungen und Verlängerungen,
- regelmäßige Beratungen mit fachlich zuständigen Behörden (Bewilligungs- und andere Behörden), thematische Zielgruppenberatungen in den Regionen des Landes

Veranstaltungen / Tagungen / Vorträge		
Zeitraum	Art der Veranstaltung	Thema
09.03.2005	4. Regionalkonferenz zur ländlichen Entwicklung in den Regionen Lausitz-Spreewald	Bilanz und Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren der Regionen zur weiteren Entwicklungspolitik der ländlichen Räume vor dem Hintergrund der Handlungsempfehlungen aus der Halbzeitbewertung des EAGFL
21.11.2005	Tagung LEADER + zur Stabilisierung des ländlichen Raumes	Das LEADER+ Kooperationsprojekt „Modellvorhaben zur Stabilisierung des ländlichen Raumes im demografischen Wandel“ geht aus der Zusammenarbeit der drei lokalen Aktionsgruppen: Ucker-Region e.V. (Landkreis Uckermark, Naturparkregion Uckermärkische Seen (Landkreis Uckermark und Oberhavel) sowie Fläming-Havel e.V. (Landkreis Potsdam-Mittelmark) hervor und besteht seit Januar 2005
21. – 30.01.2005	Internationale Grüne Woche	Beteiligung mit einem Länderstand Brandenburg an der Bundesländer-Gemeinschaftsschau „Ein Leben auf dem Lande“, an der Gemeinschaftsschau der deutschen Agrarwirtschaft und an der Leistungsschau der Internationalen Land- und Ernährungswirtschaft
05. – 08.05.2005	BRALA	Teilnahme des MLUV mit Präsentationen, Rede des Ministers auf der Landesbauernversammlung der BRALA veröffentlicht unter: <a href="http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.228939.de">http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.228939.de</a>
02. – 03.12.2005	Gender Mainstreaming Seminar für Richtlinienverantwortliche	Sensibilisierung für das Thema Gender Mainstreaming, Indikatorenbestimmung, praxisbezogene Anwendung des Genderrelevanzprüfbogens als Steuerungsinstrument
Publikationen (Broschüren / Flyer / Pressartikel etc., einzeln und periodisch)		
Titel	Erscheinungstermin	Sonstiges (z.B. Auflage)
Das Land hat Zukunft, LEADER+ in Brandenburg	17.06.2005	Broschüre
Lust auf Natur	30.11.2005	Broschüre
Pleasure of nature touring	30.11.2005	Broschüre
Internet Aktivitäten		
Zum Einsatz der EU-Strukturfonds in der Förderperiode 2000 - 2006 im Land Brandenburg, <a href="http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/139109">http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/139109</a>		
Fördermittel-Übersicht <a href="http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/98160">http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/98160</a>		
Entwicklungsplan für den ländlichen Raum, <a href="http://www.mluv.brandenburg.de/cms/media.php/2317/ewpl_lr.pdf">http://www.mluv.brandenburg.de/cms/media.php/2317/ewpl_lr.pdf</a>		
Sonstige Aktivitäten		
Art	Thema	Zeitraum
Keine		

## **E Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der anderen Gemeinschaftspolitiken; Angaben zum integrierten Einsatz der Fonds**

### **Allgemeine Angaben zu den Strukturfonds**

Die Einhaltung der Gemeinschaftspolitiken erfolgt entlang der Strukturen, Grundlagen und Abläufe, wie sie im Operationellen Programm, der Ergänzung zur Programmplanung und der Beschreibung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme ausführlich dargestellt sind. Die Projekte aller Fonds werden dementsprechend gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG) 1260/1999 in Übereinstimmung mit den Gemeinschaftspolitiken realisiert.

Da die Richtlinien, mit denen die Umsetzung ins nationale Verwaltungsrecht erfolgt, auf der Basis des OP sowie der einschlägigen Vorschriften des Gemeinschaftsrechtes beruhen und jeweils von der zuständigen Fondsverwaltung sowie im Rahmen des „Förderprogrammausschusses“ der Landesregierung auf Übereinstimmung mit diesen Grundlagen geprüft werden, sind klare Regelungen insbesondere auch zur Einhaltung des Beihilferechts, der Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe aber auch weitere gemeinschaftsrechtliche Bestimmungen sichergestellt. Die Einhaltung des Gemeinschaftsrechtes ist auch Gegenstand der Verwaltungsprüfungen.

Auf der Ebene der Projekte im EFRE übernimmt der EFRE-Ausschuss auch die Überprüfung der Einhaltung der Gemeinschaftspolitiken.

### **Querschnittsziel "Nachhaltige Entwicklung"**

#### Umsetzung Natura 2000 in Brandenburg

##### 1. Special Protection Area (SPA) - Vogelschutzgebiete

Die von der Landesregierung Brandenburg an die EU-Kommission gemeldeten 27 Europäischen Vogelschutzgebiete sind im Amtsblatt für Brandenburg (Nr. 34) am 31. August 2005 bekannt gegeben und zu besonderen Schutzgebieten (Special Protection Area - SPA) erklärt worden. Im Rahmen der Bekannt-

machtung wurden u. a. eine Liste der wertbestimmenden Vogelarten und die Erhaltungsziele zu den einzelnen Europäischen Vogelschutzgebieten veröffentlicht. Zweck dieser Schutzzerklärung ist es, die Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der in der Bekanntmachung genannten Vogelarten und ihrer Lebensräume in den aufgeführten Gebieten auf Dauer zu gewährleisten.

## 2. FFH-Gebiete

Die von der Landesregierung Brandenburg im Rahmen der Nachmeldung ausgewählten 143 FFH-Gebiete sind im Amtsblatt für Brandenburg (Nr. 41) am 19. Oktober 2005 bekannt gegeben worden. Insgesamt verfügt Brandenburg nunmehr über 620 FFH-Gebiete mit einer Fläche von rund 330.000 Hektar.

Mit der Bekanntmachung der SPA und der FFH-Gebiete im Amtsblatt für Brandenburg ist die Natura 2000-Gebietskulisse als abschließend zu betrachten. Nach der Meldung an die EU-Kommission zählt jetzt die Phase der Umsetzung von Natura 2000 zu den wichtigsten Aufgaben der Naturschutzbehörden. Dazu gehören die dauerhafte Sicherung der gemeldeten Gebiete sowie der Aufbau eines Monitoringsystems.

Die Umsetzung der dauerhaften Sicherung wird mehrere Jahre dauern, weil entsprechend den Gegebenheiten vor Ort entschieden werden muss, was über behördliche Maßnahmen und was vertraglich geregelt werden kann. Zusammengefasst soll die dauerhafte Sicherung über vertragliche Vereinbarungen, Bewirtschaftungserlasse, Managementplanung, Schutzgebietsausweisungen oder über andere rechtliche Regelungen erfolgen.

Die FFH-Richtlinie sieht eine Berichtspflicht über die Entwicklung der Lebensräume und Arten sowie der durchgeführten Maßnahmen in einem regelmäßigen Abstand von sechs Jahren vor. Zur Erfüllung dieser Berichtspflicht wird derzeit ein Monitoringprogramm aufgebaut. Im Rahmen des Monitorings ist für alle FFH-Gebiete zu prüfen, inwieweit die Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen ihr Ziel erreicht haben bzw. welche Änderungen zur Erhaltung der FFH-Gebiete vorgenommen werden müssen. Für den Berichtszeitraum 2001 - 2006 erwartet die EU-Kommission eine erste Erfassung (Inventur der FFH-Gebiete) und Bewertung des Erhaltungszustands auf der Grundlage der besten verfügbaren Daten.

Derzeit erfolgt mit Hochdruck die Ersterfassung der Lebensraumtypen nach Anhang I und Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie.

Die EG-Vogelschutzrichtlinie sieht eine Berichtspflicht über die Anwendung der auf Grund dieser Richtlinie erlassenen einzelstaatlichen Vorschriften in einem regelmäßigen Abstand von drei Jahren vor.

### 3. Übersicht der durch das MLUV im Jahr 2005 festgesetzten Schutzgebiete und der aufgestellten Bewirtschaftungserlasse

Im Jahr 2005 wurden in Brandenburg acht Naturschutzgebiete und ein Landschaftsschutzgebiet mit einer Gesamtfläche von 8.606 ha (etwa 0,3 % der Landesfläche) festgesetzt. Parallel dazu erfolgte die Sicherung von Natura 2000-Gebieten über die Aufstellung von sieben Bewirtschaftungserlassen mit einer Gesamtfläche von 1.045 ha. Die Erlasse erreichen mit Veröffentlichung im Amtsblatt für Brandenburg ihre Behördenverbindlichkeit. Die in den Erlassen festgelegten Ziele und Maßnahmen dienen der Sicherung bzw. Verbesserung des Erhaltungszustandes des jeweiligen Gebietes. Für die Umsetzung der Maßnahmen und die Einhaltung der Maßgaben sind - sofern Regelungen vorgesehen sind - der Vertragspartner und sonst grundsätzlich die jeweils zuständige Fachbehörde zuständig.

#### Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Brandenburg

Die von der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bis Ende 2004 von allen Mitgliedsstaaten geforderte erste Bestandsaufnahme der Gewässersituation ist in Deutschland inzwischen abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden in Berichten für jede Flussgebietseinheit (A-Berichte) sowie in detaillierteren Berichten für die untergeordneten Koordinierungsräume bzw. Bearbeitungsgebiete (B-Berichte) zusammengefasst und der EU-Kommission übergeben. Das Land Brandenburg war dabei an der Erarbeitung der A-Berichte für die Flussgebietseinheiten Elbe und Oder, an drei für das Elbgebiet erforderlichen B-Berichten für Havel, Mittlere Elbe/Elde und Mulde-Elbe-Schwarze Elster sowie an vier für das Odergebiet erstellten B-Berichten für Stettiner Haff, Untere Oder, Mittlere Oder und Lausitzer Neiße beteiligt.

Durch die WRRL wird ein völlig neues System der Gewässerbewertung eingeführt. Für eine Einschätzung, ob Wasserkörper die Richtlinienziele bis 2015 erreichen oder nicht, musste die Bestandsaufnahme deshalb dem WRRL-Bewertungssystem angepasst werden. Im Einzelnen liegen für Brandenburg folgende Ergebnisse vor:

#### Oberflächengewässer:

Von den landesweit rund 29.500 km Fließgewässer sind nur die mit Einzugsgebieten größer 10 km<sup>2</sup> für die Bestandsaufnahme gemäß WRRL relevant. Diese 10.143 km wurden in 1.372 so genannte Wasserkörper eingeteilt. Bei den knapp 3.000 Brandenburger Seen größer 1 ha sind nur solche mit einer Wasserfläche von mindestens 0,5 km<sup>2</sup>, also 222 berichtspflichtig.

#### Fließgewässer:

Derzeit sind 4.371 km (43,1 %) der 10.143 km Fließgewässer als künstlich einzustufen. Von den restlichen 5.772 km natürlichen Ursprungs mussten 707 km vorläufig als erheblich verändert bewertet werden.

Die Gefährdungsabschätzung für die 10.143 km Fließgewässer erfolgte in Auswertung sieben verschiedener, vor allem biologischer, chemischer und morphologischer Kriterien. Danach ist es nur für 988 km (9,7 %) „wahrscheinlich“, dass sie sich 2004 in einem guten ökologischen Zustand befinden. Bei 7.012 km (69,1 %) ist es nach derzeitigem Kenntnisstand „unwahrscheinlich“ und bei 2.143 km derzeit „unklar“. Hinsichtlich der punktuellen Schadstoffquellen fallen vor allem die landesweit 138 kommunalen Kläranlagen größer 2.000 Einwohnerwerte mit Gesamtjahresfrachten von 2.067 Tonnen Stickstoff und 168 Tonnen Phosphor ins Gewicht.

#### Seen:

Von den 222 berichtspflichtigen Seen wurden 186 als natürlich und 36 als künstlich bewertet, wobei zu letzteren 28 Bergbaurestseen (Kohle- u. Kiesgruben) zählen. Die Gefährdungsabschätzung für die Seen erfolgte über eine Bewertung der Abweichung zwischen gegenwärtigem und potenziell natürlichen Trophieindex. Dabei konnte nicht grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass in allen Seen ursprünglich, d.h. vor anthropogenen Einflüssen, ausschließlich oligo- oder mesotrophe Zustände vorherrschten. Paläolimnologische Untersuchungen belegen, dass z.B. der in der Nuthe-Nieplitz-Niederung gelegene Blankensee schon vor 9.000 Jahren eutroph war.

Nach vorläufiger Einschätzung wird jedes zweite Standgewässer (115 der 222 Seen bzw. 51,8 %) den guten ökologischen Zustand ohne weitergehende Maßnahmen wahrscheinlich nicht erreichen. Allerdings besitzen einige wenige aufgrund ihrer Unversehrtheit sogar schon jetzt europaweiten Referenzcharakter. Für 45 (20,3 %) der Seen ist derzeit „unklar“, ob der gute ökologische Zustand erreicht werden kann. Dazu gehören auch die Bergbaufolgeseen in der Lausitz, für die erst die Bewirtschaftungsziele zu bestimmen sind.

#### Grundwasser:

Brandenburg hat Anteil an 51 Grundwasserkörpern (GWK), deren Größe zwischen 26 und 3.358 km<sup>2</sup> variiert. Nur 17 GWK liegen vollständig in Brandenburg, alle anderen sind länderübergreifend. Im Ergebnis der Gefährdungsabschätzung erreichen aus derzeitiger Sicht 26 GWK auf 81 % der Landesfläche bis 2015 einen guten chemischen und mengenmäßigen Zustand. Für 19 GWK sind aufgrund ausgewiesener chemischer Defizite die Güteziele der WRRL möglicherweise nicht zu erreichen, bei 2 GWK ist ausschließlich der mengenmäßige Zustand kritisch und bei weiteren 4 GWK sprechen aus heutiger Sicht beide Kriterien, Chemie und Wassermenge, gegen ein Erreichen des guten Zustands.

Grundwasserabsenkungstrichter:

Ebenfalls zu bewertende grundwasserabhängige Landökosysteme, wie Moore, Feuchtwiesen und verschiedene Waldtypen, befinden sich vor allem in den zahlreichen Niederungsgebieten Brandenburgs. Herausragende Beispiele sind der europaweit einzigartige Spreewald sowie die Untere Havelniederung, die auf 1.500 km<sup>2</sup> das größte zusammenhängende Feuchtgebiet im Binnenland Mitteleuropas bildet. Eine erste grobe Abschätzung im Rahmen der Bestandsaufnahme ergab, dass diese Ökosysteme keinen signifikanten negativen mengenmäßigen Beeinflussungen durch Grundwasserentnahmen ausgesetzt sind.

#### Partnerschaftliche Maßnahmen

Die Umweltpartnerschaft bietet den brandenburgischen Wirtschaftsvertretern und der Umweltverwaltung weiterhin eine Plattform, um ökonomische und umweltbezogene Vorstellungen gemeinsam und frühzeitig zu diskutieren. Auf diesem Wege konnte im Jahr 2004 erfolgreich dazu beigetragen werden, die Fördermöglichkeiten für die Einführung von Umweltmanagementsystemen (z. B. EMAS) in kleine und mittelständische Unternehmen (KMU's) aus EFRE-Mitteln zu erhalten.

Daraufhin wurde im Rahmen einer ständigen Arbeitsgruppe der Umweltpartnerschaft Brandenburg eine Neufassung der Umweltpartnerschaftlichen Vereinbarung erarbeitet. Darin fanden neben den genannten landesspezifischen Aspekten auch die Erfahrungen mit ähnlichen Partnerschaften in anderen Bundesländern Berücksichtigung. Eine wesentliche Änderung ist die Öffnung der Zugangsvoraussetzungen. Teilnehmer der Umweltpartnerschaft können nunmehr alle Unternehmen mit freiwilligen, messbaren und über das gesetzliche Maß hinausgehenden Umweltleistungen sowie Unternehmen aus den Bereichen Umwelttechnologie und Erneuerbare Energien werden. Damit soll die Bedeutung dieser partnerschaftlichen Maßnahme für die brandenburgischen Wirtschaft erhöht werden. Gegenwärtig sind 42 Unternehmen Teilnehmer der Umweltpartnerschaft; seit Inkrafttreten der neuen Vereinbarungen konnten drei neue Teilnehmer gewonnen werden.

In einem Maßnahmenkatalog für die Legislaturperiode bis 2009 befindet sich eine Reihe von Anreizen, die das politische Gewicht der Umweltpartnerschaft erhöhen, andererseits die Bedeutung des europäischen Öko-Audits EMAS stärken sollen. Dazu gehören u.a. regelmäßige Jahrestreffen mit allen Teilnehmerbetrieben und Vor-Ort-Besuche der Hausleitungen von MLUV und MW und die Überarbeitung des Logos. Zur Stärkung von EMAS und zur Erleichterung des Einstiegs in Umweltmanagementsysteme wird das MLUV EMAS-zertifizierten Unternehmen eine Gebührenermäßigung i.H.v. 20% bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren gewähren. Die Förderung der Einführung von Umweltmanagementsystemen bei KMU aus EFRE-Mitteln wird fortgeführt. Noch 2005 hat das MLUV seinen Erlasses über Erleichterungen im Verwaltungsvollzug für EMAS-Unternehmen im Sinne der Erweiterung von Vollzugserleichterungen und einer höheren Verbindlichkeit für die Vollzugsbehörden grundlegend überarbeitet. Das MLUV wird 2006 mit der EMAS-Zertifizierung seiner drei Standorte in Potsdam beginnen. Eine wesentliche Aufgabe der Umweltpartnerschaft besteht weiterhin in der Kooperation von Landesregierung und Wirtschaft bei der Deregulierung des Umweltrechts. Damit will die Landesregierung optimale wirtschaftliche Standortbedingungen ermöglichen, ohne dass die qualitativen Umweltstandards abgesenkt werden.

#### Umweltrelevante Gesetzesänderungen, Verordnungen

Zur Auswahl umweltrelevanter Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Landes Brandenburg, die zu einer weiteren Übernahme des Gemeinschaftsrechts im Bereich Umwelt in nationales Recht führen und die in den Jahren 2002 und 2003 geändert bzw. in Kraft gesetzt wurden, siehe unter Quelle:

Das Agrar- und Umweltrecht des Landes Brandenburg ist unter:

<http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/98181> zu finden.

## **EFRE**

### **EU-Querschnittsziel Nachhaltigkeit**

#### 1.Nachhaltigkeitsbewertung

Die in 2004 begonnene Nachhaltigkeitsbewertung seitens der EFRE-FV für Förderprojekte ab 01.01.2004 orientierend am bestehenden Indikatorensystem kann als einleitende erste „Erprobungsphase“ betrachtet werden.

Die noch bis Anfang 2004 hinsichtlich des EFRE vorzufindende rein auf den ökologischen Aspekt ausgerichtete Nachhaltigkeitsbetrachtung sollte u.a. mittels dieses Projekts konkretisiert werden. Dabei wurde zunächst das bestehende Indikatorensystem genutzt und über die Vielzahl von Informationen, die in den Projektdaten enthalten sind eine Bewertung vorgenommen (siehe Jahresbericht 2004). Für die drei Dimensionen (Ökologie, Soziales, Ökonomie) wurden dann mittels der Bewertung einfache qualitative Aussagen getroffen. Die Kategorisierung erfolgte als sehr positiv, positiv, neutral oder ggf. auch als negativ in Bezug auf die drei Dimensionen. Diese Ergebnisse bildeten die Grundlage für die Tagung des MLUV im Mai 2005 in Lebus. Mit dem Thema: „Der Umweltaspekt als integraler Bestandteil einer Nachhaltigkeitsbetrachtung. Erfahrungen und Ansätze aus den Schwerpunkten 1 - 3 des EFRE im Land Brandenburg“ wurde das Pilotprojekt vorgestellt. Die ausschließlich für den Zeitraum 2004 (Förderprojekte) durchgeführte Nachhaltigkeitsauswertung bildete u.a. die Grundlage für das Nachhaltigkeitsprojekt mit der ILB und dem MW im Rahmen des EU-Querschnittsziels und wurde innerhalb des Projekts fortgeführt und verbessert.

## 2. Nachhaltigkeitsmonitoring

Zwischen dem Ministerium für Wirtschaft (MW) und der InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) wurde im Juni 2004 eine Vereinbarung zur Einführung einer Nachhaltigkeitsprüfung in der Infrastrukturförderung (Schwerpunkt 2 des Operationellen Programms) abgeschlossen. Das Projekt läuft bis zum 31.12.2006. Zielsetzung ist die Etablierung eines Prüfsystems zur Einbeziehung des Kriteriums Nachhaltigkeit in die Förderentscheidungen der nächsten Förderperiode ab 2007. Im Jahr 2005 stand vor allem die Sammlung empirischer Erfahrungen als wesentlicher Arbeitsschwerpunkt innerhalb des Projekts im Vordergrund. Sowohl bereits (2004) bewilligte als auch neu zu bewilligende Anträge (2005) wurden dem Monitoringverfahren unterzogen. In einem Abschlussbericht werden die gesamten Ergebnisse zur Entwicklung und Erprobung einer Methodik der Nachhaltigkeitsprüfung in der Infrastrukturförderung vorgestellt (voraussichtliche VÖ Februar 2006)

Anlass für den vorgenannten Auftrag waren die Ergebnisse und Empfehlungen aus der Halbzeitbewertung in der EFRE-Förderung.

In der hierfür entwickelten Bewertungsmethode wird nachhaltige Entwicklung im integrierten Zusammenhang ökonomischer, ökologischer und sozialer Belange im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung verstanden und mit Hilfe eines „Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreiecks“ operationalisiert.

Grundlegende Anforderungen an eine Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, politische Konzepte und Ziele von der globalen bis hin zur lokalen Ebene werden systematisch „herunter gebrochen“ und Kriterien für

nachhaltige Infrastrukturprojekte im regionalen Kontext formuliert. Dabei wird den Zielstellungen für eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen der EU-Nachhaltigkeitsstrategie, der EU-Strukturfonds und insbesondere des EFRE eine besondere Beachtung beigemessen. Es soll gewährleistet werden, dass mit der Förderung von Projekten Nachhaltigkeitsziele des Landes verfolgt und erreicht werden.

Entsprechend diesen Ansprüchen erfolgt die Bewertung auf zwei Bewertungspfaden. Einerseits wird eine Bewertung der (beabsichtigten) Projektwirkungen vorgenommen, die in der Region ausgelöst werden sollen. Andererseits wird die Projektgestaltung selbst in der Art und Weise ihrer baulichen, ausstattungstechnischen und nutzungsorganisatorischen Ausführung sowie ihrer unmittelbaren Umfeldwirkungen dahingehend bewertet, ob sie einen positiven oder negativen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leistet.

Die Bewertungsmethodik wurde durch entsprechende Auswahl von Handlungsfeldern für nachhaltige Entwicklung, Nachhaltigkeitskriterien und Indikatoren jeweils auf derzeitige Förderprogramme zur Infrastrukturförderung zugeschnitten. Die konkrete Bewertung von Projekten diente dabei in erster Linie der Erprobung und noch nicht einer verbindlichen Evaluierung des Querschnittszieles „Nachhaltigkeit“ in der Förderung. Dies ist bei der Interpretation der Bewertungsergebnisse zu berücksichtigen.

Untersucht wurden die Infrastrukturbereiche:

- Wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur
- Touristische Infrastruktur
- Infrastrukturen in Wissenschaft und Forschung
- Städtische und lokale Infrastrukturen
- Verkehrsinfrastrukturen.

Insgesamt wurden in der Erprobung 141 Einzelprojekte mit einem Fördervolumen aus dem EFRE in Höhe von 195,2 Mio. € und Gesamtinvestitionen in Höhe von 327,6 Mio. € einer Bewertung unterzogen. Eine umfassende Übersicht über die Nachhaltigkeitseinstufung und der EFRE-Volumina-Verteilung findet sich in Anlage (s. Anlage 14 „Nachhaltigkeit“ EFRE).

Die Bewertungsmethodik hat dabei ihre praktische Anwendbarkeit unter Beweis gestellt. Im Programm „Zukunft im Stadtteil 2000“ wurde die Bewertungsmethodik auch auf der Ebene der Integrierten Handlungskonzepte erprobt, indem die Kette Probleme – Konzepte - Projekte einer vergleichenden Analyse für fünf Referenzstädte unterzogen wurde. Auch hier hat die Methode ihre Anwendbarkeit gezeigt. Dies ist insbesondere in Hinblick auf die zukünftige stärkere Bedeutung integrierter Konzepte von Bedeutung. Zusammengefasst über alle Maßnahmebereiche der Infrastrukturförderung, welche dem Monitoringverfahren unterzogen wurden, ergibt sich aus der Nachhaltigkeitsbewertung folgendes Bild:

Die Projektgestaltung (baulich, ausstattungstechnisch, nutzungsorganisatorisch, umfeldbezogen) konnte für 136 Projekte als „stark nachhaltig“ (in allen drei Nachhaltigkeitsdimensionen positive Gestaltungsmerkmale) eingestuft werden. Lediglich bei 5 Projekten waren in einzelnen Dimensionen negative Bewertungen vorzunehmen (2 mal in der ökologischen, 3 mal in der ökonomischen Dimension). Diese Projekte wurden als „schwach nachhaltig“ bewertet. Die Projekte konzentrieren sich von der Anzahl als auch von den EFRE-Mitteln her auf die Felder „ökonomisch-sozial“, „ökonomisch-ökologisch“ und „vorwiegend ökonomisch“.

In der Bewertung der Projektwirkungen konnte eine gute Ausrichtung auf Handlungsfelder mit Zielen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung festgestellt werden. Während die hauptsächlichen (dominanten) Wirkungsrichtungen der einzelnen Projekte auf fast alle Felder des „Integrierenden Nachhaltigkeitsdreieckes“ verteilt sind (nur das Feld „stark ökologisch“ wurde nicht belegt), ist bei den zusammenfassenden Bewertungen eine Konzentration der EFRE-Mittel (40 %) auf „vorwiegend ökonomische“ Wirkungen zu verzeichnen. Von der Anzahl der Projekte her ist auch ein hoher Anteil (30 %) in seinen Gesamtwirkungen als „umfassend nachhaltig“ bewertet worden.

Neben der Nachhaltigkeitsbewertung mit Hilfe des „Integrierenden Nachhaltigkeitsdreieckes“ erfolgte gleichzeitig eine projektkonkrete Einstufung in die Kategorien der Umweltwirkungen nach VO(EG)438/2001. Von den 141 Projekten der Infrastrukturförderung waren 75 Projekte (53 %) als „umweltneutral“ und 66 Projekte (47 %) als „umweltfreundlich“ bewertet worden. Aus den Bewertungen lassen sich Tendenzen, Stärken und Schwächen hinsichtlich einer Nachhaltigkeitsorientierung in den einzelnen Infrastrukturbereichen erkennen.

Wesentliche Elemente sind dabei:

Stärken:

- Orientierung auf Sparsamkeit (Minimierung von Investitionskosten)
- Verantwortungsbewusster Umgang mit dem Gut „Fläche“
- erste positive Beispiele integrierter Ansätze und Bürgerbeteiligung (ZiS 2000)

Schwächen:

- Wirtschaftliche Tragfähigkeit (Folgekosten) wird nur selten betrachtet;
- Regionale bedarfsbezogene Analysen zur Begründung der Projektvorhaben sind wenig aussagefähig bzw. liegen nicht vor;
- Zeitnahe Verzahnung der Infrastrukturplanung mit anderen regionalen/lokalen Aktivitäten fehlt bzw. wird nicht untersucht;

- Orientierung auf ressourceneffiziente Lösungen steht nur selten im Blickfeld der Projektgestaltung;
- Einbeziehung sozialer Aspekte ist wenig ausgeprägt, insbesondere hinsichtlich aktiver Ansätze für demografische Probleme (z.B. Familienfreundlichkeit);
- Partizipation, gestaltende Beteiligung von regionalen Akteuren fehlt bzw. ist aus den Unterlagen nicht ersichtlich.

Die von den Projekten zu erwartenden Wirkungen unterstützen die aus Landeskonzepten und Richtlinien herausgearbeiteten landespolitische Handlungsfelder für eine nachhaltige Entwicklung. Für eine effizientere Nachhaltigkeitsbewertung von Projektwirkungen wäre eine noch deutlichere Definition von Zielen und Handlungsfeldern für eine nachhaltige Entwicklung in den Landeskonzepten bzw. Richtlinien des neuen OP wünschenswert. In Vorbereitung auf die neue Förderperiode 2007-2013 ist die Bewertungsmethodik entsprechend den politischen Vorgaben an die neuen Förderschwerpunkte und Richtlinien anzupassen (Definition von Handlungsfeldern und Indikatoren). Darüber hinaus ist ein weiterer Schritt die Implementierung der Nachhaltigkeitsbewertung in die Arbeitsabläufe des Bewilligungsverfahrens. Hierbei sind insbesondere auch die Schnittstellen zu anderen spezifischen Bewertungen wie bau- fachliche Prüfungen, Umweltprüfungen oder „Demographie-Check“ abzustimmen. Die Arbeitsabläufe in der Förderung, von der Vorberatung für Förderanträge über die Antragsbearbeitung, Förderentscheidung bis hin zur Verwendungsnachweisprüfung wären in ihrer Struktur einschließlich der Dokumente (Antragsformulare bis hin zu Verwendungsnachweisen) auf den Nachhaltigkeitsaspekt auszurichten. Da nachhaltige Entwicklung als ein Such-, Lern- und Gestaltungsprozess zu verstehen ist, wird es auch eine ständige Vervollkommnung in der Nachhaltigkeitsbewertung geben müssen. Das erfordert, in der Implementierung diesen Aspekt mit zu berücksichtigen (wissenschaftlich-methodische Betreuung, Schulungen, Anpassungen, Erfahrungsaustausche usw.).

### 3. Modellprojekt „Nachhaltigkeit“

Bei Abschluss der Vereinbarung zum Projekt „Nachhaltigkeitsmonitoring“ bestanden noch keine konkreten Vorstellungen darüber, wie das Thema Nachhaltigkeit über ein „Modellprojekt“ in die Technologieförderung integriert werden kann. Im Ergebnis mehrerer Beratungen unter Beteiligung MW, MWFK, ZAB und ILB wurde sich in 2004 darauf geeinigt, eine Untersuchung, in welcher Weise mit Hilfe der Strukturfonds Unternehmen in ihren Bemühungen um Nachhaltigkeit unterstützt werden können, insbesondere durch begünstigende Rahmenbedingungen für Netzwerke durchzuführen. Geplant war diesbezüglich eine Ausschreibung für eine Studie einschließlich der Realisierung erster Umsetzungsschritte. Es wurden jedoch in 2005 keine weiteren Aktivitäten durchgeführt. Das Thema „Modellprojekt“ wird nicht mehr bearbeitet. Als „Ersatz“ für dieses Teilprojekt wird eine Verschiebung der Nachhaltigkeitsbewertung auch für ausgewählte Projekte in der gewerblichen Förderung (Schwerpunkt 1 ) durchgeführt. Diese

Einbeziehung von weiteren Förderprojekten in das Monitoringverfahren wird voraussichtlich 2006 durchgeführt werden und somit kann auch in nächster Zeit über weitere Ergebnisse der Nachhaltigkeitsbewertungen seitens des EFRE-Fonds berichtet werden.

## **ESF**

Die ESF-Interventionen im Umweltbereich sind Bestandteile des Querschnittziels „Nachhaltige Entwicklung“, wie z.B. Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen im Umweltbereich oder die Aktion Orientierung zu Berufen im Umwelt- und Naturschutz und in der Landwirtschaft sowie zur Optimierung der Berufswahlentscheidung durch Praxis Lernangebote/Schülerfirmen in der Schule. Darüber hinaus findet dieses Querschnittsziel auch in den anderen ESF-geförderten Aktionen, soweit zweckmäßig und sinnvoll seine Entsprechung. Quantifizierbare Auswirkungen, die eine Förderung von Humanressourcen auf die Umwelt hat, sind jedoch nicht direkt messbar, sondern nur unmittelbar, qualitativ nachzuvollziehen. Eine Erhebung dieser indirekten bzw. induzierten Nachhaltigkeitsmerkmale im Bereich Umwelt sind gegenüber einem Ausgangszustand monokausal nicht abzuleiten. Die damit verbundenen methodischen Anforderungen wären unverhältnismäßig hoch, der Aussagenutzen hingegen muss als gering eingeschätzt werden und steht letztendlich in keinem Verhältnis zu dem Erhebungsaufwand.

## **EAGFL**

Alle im Rahmen des Schwerpunktes 5 geförderten Maßnahmen, soweit zutreffend, haben die Mindeststandards für Tierschutz, Hygiene und Umwelt eingehalten bzw. durch die Investitionen verbessert.

Darüber hinaus wurden nachfolgende umweltrelevante Kapazitäten geschaffen:

7.819	umweltschonende und tiergerechte Stallplätze
44.690 m <sup>3</sup>	Gülle- und
24.229 m <sup>3</sup>	Jauchelagerraum geschaffen,
17.035 Stück	Bäume und Sträucher gepflanzt.

## Querschnittsziel Chancengleichheit

Die Arbeitsgruppe „Chancengleichheit in den Strukturfonds“, in der die Fondsverwaltungen, die Verwaltungsbehörde und weitere Ressorts zusammenarbeiten, hat unter Leitung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, Abteilung Arbeit und Gleichstellung, ihre Arbeit zur systematischen Implementierung von Gender Mainstreaming in den Strukturfonds und zur Verbesserung der Chancengleichheit fortgesetzt. Sie hat sich im Berichtszeitraum darauf konzentriert, Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit frühzeitig in die Planungs- und Abstimmungsprozesse für die neue Förderperiode 2007-2013 zu integrieren und mit verantwortlichen Akteuren der Planungs- und Umsetzungsebenen zu kommunizieren. Ziel war es, zunächst für den Fondseinsatz relevante, aktuelle Brandenburg spezifische Analysen und Untersuchungen unter dem Aspekt der Chancengleichheit auszuwerten und eine Verständigung über Handlungserfordernisse und Ziele herbeizuführen.

In diesem Zusammenhang hat sich die AG Chancengleichheit in den Strukturfonds mit der Frage befasst, wie die Programmebene den Gender-Aspekt besser in das Prüfverfahren integrieren kann. Nach wie vor erscheint es insbesondere bei Förderungen, die nicht unmittelbar die Förderung von Personen zum Ziel haben schwierig zu sein, eine Genderprüfung vorzunehmen. In der Regel werden solche Interventionen als genderneutral eingestuft. Dabei besteht die Gefahr, dass mögliche Negativwirkungen in Bezug auf Fragen der Chancengleichheit nicht reflektiert werden. Zur Professionalisierung in der Anwendung und Umsetzung von Gender Mainstreaming hat die AG mit der Erarbeitung eines Verfahrens zur Gender-Relevanzprüfung von Förderprogrammen begonnen. Ziel ist es, ein zwischen den Fonds abgestimmtes Verfahren mit handhabbaren Arbeitshilfen und Checklisten für die kommende Förderperiode zu etablieren.

In Fortsetzung der Aktivitäten zur Implementierung von Gender Mainstreaming in die Umsetzungsprozesse bei den Bewilligungsbehörden und Projektträgern wurde die Anwendung des „Leitfadens zur Überprüfung der Chancengleichheitsorientierten Wirkung und geschlechtssensiblen Gestaltung von Projekten“ in die Wege geleitet. Dazu wurde in einem ersten Schritt ein mit den Bewilligungsbehörden abgestimmter Gender-Fragebogen eingeführt und zunächst an ausgewählten Richtlinien des ESF und des EFRE erprobt. Unter Berücksichtigung der Brandenburger Unternehmensstruktur wurden solche Richtlinien ausgewählt, die auf die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen zielen. Der Gender-Fragebogen soll dazu dienen, praxisorientierte genderrelevante Aspekte der Wirtschafts- und Humanressourcenförderung zu identifizieren und geeignete Indikatoren für die künftige Förderperiode zu ermitteln. Nach einem Jahr Erprobungszeit sollen eine Zwischenbilanz gezogen und ggf. Anpassungen vorgenommen werden.

Zur Verständigung über eine gemeinsame Politik zur Gleichstellung von Frauen und Männern mit Hilfe der EU-Strukturfonds hat auf Initiative Brandenburgs die Arbeitsgruppe „Chancengleichheit in den Strukturfonds Ziel 1 und Berlin Ost“ Eckpunkte zum horizontalen Ziel der Chancengleichheit für den Nationalen Strategischen Rahmenplan Deutschland für die künftige Förderperiode erarbeitet und in die Abstimmung zwischen dem Bund und den Ländern eingebracht. Danach soll auch zukünftig beim Einsatz der Fonds in Entsprechung zur EU-Doppelstrategie die systematische Berücksichtigung des Zieles der Chancengleichheit von Frauen und Männern, angefangen bei der Planung über die Umsetzung bis hin zu Controlling und Evaluation gewährleistet und der Ausgleich bestehender struktureller geschlechtsspezifischer Benachteiligungen vorgenommen werden.

## **EFRE**

### **EFRE Gender Mainstreaming**

Im Jahr 2005 sind weitere Tätigkeiten bezüglich des EU-Querschnittsziels Gender Mainstreaming im Bereich der Strukturfonds durchgeführt worden. Auch 2005 war die fondsübergreifende Arbeitsgemeinschaft Chancengleichheit in den Strukturfonds (AG Chancengleichheit) tätig. Hierbei sind ständige Vertreter der einzelnen Fonds EFRE, ESF und EAGFL sowie der fachrelevanten Landesressorts beteiligt und aktiv im Arbeitsprozess der AG integriert. Somit können die folgend beschriebenen Maßnahmen auch als Tätigkeitsfelder der anderen Fondsverwaltungen bzw. Fachressorts betrachtet werden (siehe ESF / EAGFL).

Bei der Umsetzung dieser Thematik übernimmt die fondsübergreifende Arbeitsgemeinschaft Chancengleichheit in den Strukturfonds (AG Chancengleichheit) eine Vorreiterrolle im Land Brandenburg. Die Aufgaben der AG bestanden im Berichtsjahr im wesentlichen darin, durch geeignete Maßnahmen die nächste Förderperiode so vorzubereiten, dass weitere Fortschritte bei der Umsetzung des Gender Mainstreaming in den Fonds erreicht werden können. Im Rahmen der AG wurden folgende Maßnahmen bzw. Aufgaben für EFRE-Bereich eingeleitet bzw. durchgeführt.

#### 1. Auf Bundesebene – Einbeziehung in den Nationalen Strategischen Rahmenplan (NSRP)

Zur Verständigung über eine gemeinsame Politik zur Gleichstellung von Frauen und Männern mit Hilfe der EU-Strukturfonds hat auf Initiative Brandenburgs die Arbeitsgruppe „Chancengleichheit in den Strukturfonds Ziel 1 und Berlin Ost“ Eckpunkte zum horizontalen Ziel der Chancengleichheit für den NSRP zur neuen Förderperiode erarbeitet und in die Abstimmung zwischen dem Bund und den Ländern eingebracht.

Danach soll auch zukünftig beim Einsatz der Fonds in Entsprechung zur EU-Doppelstrategie die systematische Berücksichtigung des Zieles der Chancengleichheit von Frauen und Männern, angefangen bei der Planung über die Umsetzung bis hin zu Controlling und Evaluation gewährleistet und der Ausgleich bestehender struktureller geschlechtsspezifischer Benachteiligungen vorgenommen werden.

## 2. Fondsspezifische Maßnahmen mit modellhaftem Charakter

### *2.1. Gender-Mainstreaming-Prüfverfahren für die Programmebene*

Innerhalb der AG wurde 2005 ein Steuerungsinstrument erarbeitet, welches zur Beachtung von Gender Mainstreaming bei der Erarbeitung von Richtlinien zum Einsatz kommen soll. Es dient der Prüfung auf Programm- und Projektebene. Mittels dieses formalisierten Genderrelevanz - Prüfverfahrens, welches sich an der VO (EG) Nr. 438/01 orientiert, ist eine Kategorisierung in die Bereiche

a) gleichstellungsneutral; b) gleichstellungsförderlich; c) gleichstellungspositiv möglich. Mit den Vertretern der einzelnen Fonds und AG- Teilnehmern wurde über die Struktur dieser Gender-relevanzprüfung in mehreren Arbeitsschritten abgestimmt und die praxisbezogene Erprobung im Jahr 2005 eingeleitet ( z.B. Gender Schulung LaköV Dezember 2005).

### *2.2. Einsatz des genderspezifischen Fragebogens und des Leitfadens für Bewilligungsbehörden*

Die Zielstellung des erarbeiteten Fragebogens/Leitfadens war für das Jahr 2005 der pilotartige Einsatz in einer Richtlinie. Unter Berücksichtigung der Brandenburger Unternehmensstruktur wurden solche Richtlinien ausgewählt, die auf die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen zielen. Ab März 2005 erfolgte für den EFRE-Bereich in der Technologieförderung für KMU (Aktion 1.2.1.3.) der Einsatz des Fragebogens. Hierbei geschah die Koordination mit Hilfe der ZAB einerseits bei der Integration innerhalb der Antragsstellung, sowie bei persönlichen Gesprächen mit dem individuellen Antragssteller. Die Ergebnisse werden auch dazu genutzt, Bedarfe der KMU zur Entwicklung von Gender-Kompetenz innerhalb des Unternehmens aufzunehmen. Der Fragebogen enthält u.a. ein Angebot an die KMU für ein Gender-Seminar geplant für April 2006. Themenbereiche bei der Erfassung waren u.a. Informationen zu quantitativen geschlechtsspezifischen Zielsetzungen und Qualifikationsanforderungen seitens der Unternehmen, Unterstützung der Chancengleichheit bei weiteren unternehmerischen Aktivitäten (z.B. moderne Arbeitszeitmodelle, Unterstützung bei Kinderbetreuung, gezielte Ansprache von Absolventen zur Mitarbeit im FuE-Bereich). Nach einem Jahr Erprobungszeit wird eine Zwischenbilanz gezogen und ggf. Anpassungen vorgenommen werden.

### *2.3. Veranstaltungen/Workshops/Schulungen*

Im Dezember 2004 wurde auf Initiative des MASGF ein spezifischer Workshop zur Vertiefung der Genderkompetenz durchgeführt. Hierzu fand im März 2005 ein Reflexions-Workshop mit dem Teilnehmerfeld der Bewilligungsbehörden und sonstige Dienstleister im Bereich der Strukturfondsverwaltung im Auftrag des Genderinstitut Sachsen-Anhalt (GISA) Das TeilnehmerInnenfeld setzte sich zusammen aus fünf VertreterInnen der Bewilligungsbehörde (ILB), einem Teilnehmer der ZAB (Bereich Technologieförderung) sowie VertreterInnen des MW (Fondsverwaltung und Fachreferate Technologie und Existenzgründungen) und des MIR (Fachreferat Städtebau/Soziale Stadt). Seitens der EFRE-FV wurde weiterhin eine Präsentation zur Beachtung von GM bei der Erarbeitung von Richtlinien erarbeitet („Strukturfonds EFRE- Ein Feld zum Gendern?“) und im Rahmen von verschiedenen Veranstaltungen vorgestellt. Ein weiterer genderrelevanter Workshop mit dem Thema „Chancengleichheit in der regionalen Struktur- und Beschäftigungspolitik“, wurde durch das MASGF unter Beteiligung der EFRE-Fondsverwaltung am 25. Mai 2005 durchgeführt. Hierbei wurde auf Arbeitsebene mit kommunalen Verantwortungsträgern festgelegt auch im weiteren Integrationsprozess des Querschnittziels abgestimmte und praktikable Verfahren zu installieren. Im Dezember wurde durch das GISA-Institut ein weiteres Gender-Mainstreaming Seminar insbesondere für Förderprogrammverantwortliche in der LaköV durchgeführt. Hauptschwerpunkte stellten die GM-Sensibilisierung für Richtlinienverantwortliche, die Indikatorenbestimmung sowie die praxisbezogene Anwendung des Steuerungsinstruments „Genderrelevanzprüfbogen“ dar. Das Teilnehmerfeld des 2-tägigen Seminars umfasste Mitarbeiter des MASGF (ESF), MW (EFRE), MLUV (zukünftig ELER), LASA, MIR und MdF. Im April 2006 wird im Rahmen dessen ein Reflexionsworkshop seitens des GISA-Instituts durchgeführt.

#### *2.4. Erweiterte AG- Sitzungen*

Die AG Chancengleichheit hatte in 2005 zudem vereinbart, sich im Rahmen des Arbeitsprozess mit aktuellen relevanten Studien, Untersuchungen und Berichten zu befassen, um damit der Fokussierung und Formulierung von Gender-Zielen im allgemeinen und für das Land Brandenburg verstärkt, beizutragen. Diesbezüglich erfolgte eine Einbeziehung eines erweiterten Akteurskreises mit Verantwortlichen aus den Fachressorts und aus der Umsetzungsebene innerhalb sog. erweiterter AG-Sitzungen. Bei der Vorstellung von relevanten Studien- und Analyseergebnisse, sowie der Festlegung auf Handlungsempfehlungen unter dem Focus der Betroffenheit von Frauen und Männern wurden zudem externe Sachverständige hinzugezogen.

Folgende Studien sind präsentiert worden und nach relevanten Aussagen und Kontexten ausgewertet:

- Demografischer Wandel in Brandenburg – Erneuerung aus eigener Kraft (Staatskanzlei)
- Ergebnisse der Fachkräftestudie für Brandenburg unter der Geschlechterperspektive, Dr. Michael Behr (IPRAS e. V. Jena)

- 9. Betriebspanel (Veröffentlichung Dezember 2005)  
Befassung mit den Ergebnissen der Betriebsbefragung für Brandenburg unter dem Focus des Querschnittziels der Chancengleichheit von Frauen und Männern, Dr. Dahms/ SÖSTRA Berlin

## **ESF**

Die Aktivitäten und Initiativen zur Gleichstellung von Männern und Frauen im Sinne der gemeinsamen Politik der Chancengleichheit wurden im Jahr 2005 einerseits darauf gerichtet, die entwickelten Instrumente zur systematischen Implementierung des Gender Mainstreaming Prinzips auf Programmebene in der laufenden Förderperiode konsequent anzuwenden. Andererseits wurden Maßnahmen eingeleitet, die darauf hinwirken, das Querschnittsziel Chancengleichheit von Anfang an in die Vorbereitung der neuen Förderperiode 2007-2013 zu integrieren, damit weitere Fortschritte zur Verbesserung der Gleichstellung erreicht werden können.

In Veranstaltungen mit externen Experten wurden aktuelle Berichte und Studien unter dem Focus der Chancengleichheit betrachtet und diskutiert. Gegenstand waren der Bericht der Landesregierung „Demografischer Wandel in Brandenburg – Erneuerung aus eigener Kraft“, die Studie „Entwicklung der Fachkräftesituation in Brandenburg“ und das aktuelle Betriebspanel für das Land Brandenburg. Die Beratungen erbrachten wichtige Erkenntnisse für den Programmplanungsprozess. Künftige Struktur- und Projektförderung muss die geschlechtsspezifischen Aspekte jeweils in den Schwerpunkten, Programmen und Maßnahmen berücksichtigen und formulieren, um die Verschärfung von Risiken zu vermeiden, um Chancen zu nutzen und Potentiale zu erschließen. Handlungsbedarfe und Ziele sollen in enger Abstimmung mit den regionalen Partnern erörtert und abgestimmt werden.

Zu den Aktivitäten des ESF in 2005 siehe unter C: Berücksichtigung der horizontalen Prioritäten: Gender Mainstreaming.

## **EAGFL**

Im Rahmen der ländlichen Berufsbildung wurden 19 % Frauen gefördert (= 458 Frauen).

Insbesondere im Rahmen der AFP Landesrichtlinie wurden 480 Arbeitsplätze für Frauen erhalten bzw. neu geschaffen.

Die Aktivitäten im Bereich des Gender Mainstreaming wurden auch im Jahr 2005 verstärkt. Durch die fondsübergreifende Arbeitsgruppe zur Chancengleichheit waren in 2004 Seminare mit Bewilligungsstellen vorgesehen, um diese zu befähigen, die Anträge in Bezug auf Chancengleichheit sachbezogener bewerten zu können. Diese Aktivitäten wurden auch in 2005 durchgeführt und sind noch nicht abgeschlossen. Weiterhin wurden im wesentlichen die Umsetzung des Gender Mainstreaming in der laufenden Förderperiode betrachtet und Schlussfolgerungen für die Vorbereitung der neuen Förderperiode gezogen.

Im Dezember 2005 wurde vom Gender-Institut Sachsen Anhalt GbR eine Gender Mainstreaming - Bildungsveranstaltung durchgeführt. Diese zielte insbesondere darauf ab, geschlechterspezifische Fragestellungen und Ungleichheiten wahrzunehmen und zu analysieren, konkrete und überprüfbare Gleichstellungsziele zu formulieren, geschlechterspezifische Wirkungen zu bewerten und Indikatoren und Daten geschlechtsspezifisch auszuweisen. (siehe auch Ausführungen des EFRE)

## **Angaben zum Thema "Wettbewerb"**

### **EFRE**

Eine Übersicht zum beihilferechtlichen Status der EFRE-kofinanzierten Richtlinien findet sich in der Anlage 10a

### **ESF**

Eine Übersicht für den ESF über die beihilferelevanten Richtlinien findet sich in Anlage 10b. Notifizierungen hat es für den ESF im Berichtsjahr nicht gegeben.

### **EAGFL-A**

Durch den EAGFL wird sichergestellt, dass nur von der KOM im OP für den Schwerpunkt 5 genehmigte Fördergegenstände unterstützt und Beihilfeintensitäten berücksichtigt werden. Rechtsgrundlage für die Förderung bilden die vom Minister erlassenen Förderrichtlinien.

## **Öffentliches Auftragswesen**

### **EFRE**

Mit EFRE-Mitteln kofinanzierte Maßnahmen sind auf der Grundlage der Gemeinschaftspolitiken und der nationalen Regelungen für die öffentliche Auftragsvergabe sowie des Landeshaushaltsrechtes durchgeführt worden. Die Bewilligungsstellen überprüfen, ob die Regeln für die Auftragsvergabe und auch für Europaweite öffentliche Ausschreibungen eingehalten werden.

### **ESF**

Maßnahmen, die mit ESF-Mitteln kofinanziert wurden, sind auf der Grundlage der Gemeinschaftspolitiken und der nationalen Regelungen für die öffentliche Auftragsvergabe sowie des Landeshaushaltsrechtes durchgeführt worden.

### **EAGFL**

Die 2005 durch den EAGFL Abt. Ausrichtung kofinanzierten Maßnahmen wurden auf der Grundlage der Gemeinschaftspolitiken und nationaler Festlegungen nach dem Landeshaushaltsrecht durchgeführt.

Die EAGFL-geförderten Maßnahmen flankieren die Marktordnung und Maßnahmen des EPLR und ergänzen diese. Da es sich bei den Strukturmaßnahmen um investive Maßnahmen handelt, kann es zu keiner Überschneidung bzw. Doppelförderung kommen.

Die Festlegungen im Schwerpunkt 5 des operationellen Programms werden konsequent eingehalten, die Förderausschlüsse des Art. 37 (3) der VO (EG) Nr. 1257/1999 finden Beachtung.

## Fondskoordination

Ein abgestimmter und auf strategische Schwerpunkte ausgerichteter koordinierter Einsatz der EU-Strukturfondsmittel schafft Synergien zwischen den EU-Strukturfonds. Inhaltlich sind hierfür beispielsweise die folgenden Bereiche als geeignet anzusehen, um durch einen koordinierten Fondseinsatz im Land Brandenburg zusätzliche Effekte zu erzielen:

- Förderung der Existenzgründung,
- Stabilisierung von KMU,
- Ansiedlung von Unternehmen,
- integrierte Entwicklungskonzepte zur Förderung von regionalen/sectoralen Initiativen.

Verfahrenstechnisch wird dies im Bereich des ESF besonders unterstützt durch:

- INNOPUNKT (innovative arbeitsmarktpolitische Schwerpunktförderung),
- Förderung von Existenzgründungen,
- die Förderung regionaler Kapazitäten zur integrierten Projektentwicklung und zur Anwendung des Gender-Mainstreaming-Prinzips,
- die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit der Ressorts der Landesregierung mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit.

Zur Koordinierung der Förderinstrumente zur ländlichen Entwicklung und anderer Strukturfonds arbeiten im Land fünf Koordinierungsgruppen in den Regionen Havelland-Fläming, Uckermark-Barnim, Oderland-Spree, Prignitz-Oberhavel, Lausitz-Spreewald.

Die Federführung für deren Arbeit hat das LVL (regionale Standorte für Flurneuordnung und ländliche Entwicklung).

Die Aufgabe der Koordinierungsgruppen besteht u. a. darin, Prioritäten für die Förderung in Regionen zu setzen, Fördermaßnahmen aufeinander abzustimmen und deren Ergebnisse bei der Umsetzung in dem jeweiligen Jahr abzurechnen.

Insbesondere wurden Maßnahmen nach Art. 33 der EAGFL-Verordnung mit den durch den EFRE vorgesehenen Projekten abgestimmt und verzahnt mit Arbeitsmarktinstrumenten.

In darüber hinaus etablierten 3 AG's des Landes wurden die zu fördernden Maßnahmen zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes intensiv abgestimmt und koordiniert umgesetzt.

**F Stand der Durchführung und der finanziellen Abwicklung von Großprojekten, soweit relevant**

**EFRE**

Im Berichtsjahr (August 2005) wurde gem. Art. 26 der VO (EU) Nr. 1260/99 ein Großprojektantrag an die GD Regio zur Förderung der Vattenfall Waste to Energy GmbH gestellt, der geplante Einsatz von EFRE-Mitteln beläuft sich auf ca. 5 Mio. EUR.. Eine Genehmigung der EU-Kommission liegt zur Zeit (Stand: April 2006) noch nicht vor. Für den Jahresbericht 2004 aufgeführten Großprojektantrag RapidEye AG liegt die Genehmigung der GD Regio nunmehr vor.

**ESF und EAGFL**

Nicht relevant

# Anlagen 1 – 14 zum Jahresbericht 2005 des Operationellen Programms Brandenburg 2000 – 2006

## **Anlage 1:** **Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht, aufgeschlüsselt nach Schwerpunkten und Maßnahmen**

**Titel:** **Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006**

**Referenznr. der Kom.:** **1999 DE 16 1 PO 005**

**Entscheidung - Nr.:** **C (2000) 43 000**

**vom:**  
**29.12.2000**

**zuletzt geändert durch:** **K (2004) 3693 endg.**

**vom:**  
**11.10.2004**

**Jahr:** **2005**

Priorität / Maßnahme	Insgesamt 2000-2006	Insg. getätigte zuschuss- fähige und bescheinigte Ausgaben 2005*	% der zuschuss- fähigen Kosten	Sonstige	Intervention s- bereich
	1	2	3=2/1		
<b>Schwerpunkt 1</b>	<b>1.067.479.514</b>	<b>76.903.313,68</b>	<b>7,2%</b>		
Maßnahme 1.1.1.	877.557.308	64.670.524,16	7,4%		151 161
Maßnahme 1.1.2.	301.640	15.480,00	5,1%		161
Maßnahme 1.2.1.	81.840.120	8.584.319,63	10,5%		182
Maßnahme 1.2.2.	12.702.667	614.558,12	4,8%		182
Maßnahme 1.2.3.	19.499.538	829.161,46	4,3%		322 324
Maßnahme 1.2.4.	12.000.000	491.799,96	4,1%		
Maßnahme 1.3.1.	32.783.745	1.697.470,35	5,2%		161 163 164
Maßnahme 1.3.2.	794.496	0,00	0,0%		166
Maßnahme 1.3.3.	30.000.000	0,00	0,0%		
<b>Schwerpunkt 2</b>	<b>1.412.515.834</b>	<b>90.911.220,85</b>	<b>6,4%</b>		
Maßnahme 2.1.1.	214.773.005	7.955.843,17	3,7%		164 351
Maßnahme 2.1.2.	177.811.302	14.363.550,25	8,1%		171
Maßnahme 2.2.1.	330.501.582	26.582.112,24	8,0%		181 183 1307
Maßnahme 2.2.2.	65.844.734	3.697.775,29	5,6%		32 183
Maßnahme 2.3.1.	104.115.341	4.888.369,44	4,7%		23 322
Maßnahme 2.4.1.	159.245.145	14.078.445,95	8,8%		352
Maßnahme 2.5.1.	312.526.206	14.584.585,96	4,7%		314 3123 3122
Maßnahme 2.5.2.	47.698.519	4.760.538,55	10,0%		311 316
<b>Schwerpunkt 3</b>	<b>413.430.701</b>	<b>17.142.347,47</b>	<b>4,1%</b>		
Maßnahme 3.1.1.	229.403.305	8.729.446,36	3,8%		345
Maßnahme 3.2.1.	19.069.617	242.753,13	1,3%		341
Maßnahme 3.3.1.	92.569.245	1.776.372,28	1,9%		343
Maßnahme 3.4.1.	72.388.534	6.393.775,70	8,8%		351

<b>Schwerpunkt 4</b>	<b>1.045.602.040</b>	<b>113.751.652,01</b>	<b>10,9%</b>	
Maßnahme 4.1.1.	248.763.425	34.451.739,72	13,8%	21
Maßnahme 4.1.2.	22.537.744	1.044.506,72	4,6%	21
Maßnahme 4.1.3.	130.430.299	778.476,43	0,6%	22
Maßnahme 4.2.4.	73.155.458	10.289.787,08	14,1%	<b>22</b>
Maßnahme 4.2.5.	113.856.331	8.566.793,67	7,5%	22
Maßnahme 4.3.6.	87.881.045	15.423.419,07	17,6%	23
Maßnahme 4.4.7.	249.459.603	37.609.933,80	15,1%	24
Maßnahme 4.4.8.	35.161.514	3.216.901,02	9,1%	24
Maßnahme 4.5.9.	78.169.989	750.471,80	1,0%	25
Maßnahme 4.6.10.	6.186.632	1.619.622,70	26,2%	22
<b>Schwerpunkt 5</b>	<b>1.032.808.196</b>	<b>151.635.376,19</b>	<b>14,7%</b>	
Maßnahme 5.1.1. (a)	104.400.000	14.406.418,60	13,8%	111
Maßnahme 5.1.2. (b)	336.464	0,00	0,0%	112
Maßnahme 5.1.3. (c)	7.367.000	1.002.331,67	13,6%	113
Maßnahme 5.1.4. (g)	48.000.000	8.087.168,96	16,8%	114
Maßnahme 5.1.5. (i)	23.173.834	8.734.070,91	37,7%	<b>121 (27%)</b> <b>122 (6%)</b> <b>125 (67%)</b>
Maßnahme 5.2.1. (k)	108.958.196	18.479.108,90	17,0%	1302
Maßnahme 5.2.2. (m)	3.140.500	137.177,21	4,4%	1304
Maßnahme 5.2.3. (o)	358.424.877	63.747.297,70	17,8%	1306
Maßnahme 5.2.4. (p)	685.208	0,00	0,0%	1307
Maßnahme 5.2.5. (q)	236.054.590	10.452.309,56	4,4%	1308
Maßnahme 5.2.6. (r)	61.647.128	8.744.967,35	14,2%	1309
Maßnahme 5.2.7. (s)	4.626.700	1.693.554,00	36,6%	1310
Maßnahme 5.2.8. (t)	75.993.699	16.150.971,33	21,3%	1312
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>65.173.068</b>	<b>4.542.386,62</b>	<b>7,0%</b>	
Maßnahme 6.1.1.	13.123.467	1.070.922	8,2%	41
Maßnahme 6.1.2.	8.733.333	213.446	2,4%	41
Maßnahme 6.1.3.	14.126.783	999.298,79	7,1%	41
Maßnahme 6.1.4.	19.508.415	1.352.199,36	6,9%	41
Maßnahme 6.1.5.	5.813.000	634.561,63	10,9%	41
Maßnahme 6.1.6.	3.868.070	271.958,11	7,0%	41
<b>Insgesamt</b>	<b>5.037.009.353</b>	<b>454.886.296,82</b>	<b>9,0%</b>	
insgesamt EFRE	2.915.282.849	186.241.250,73	6,4%	
insgesamt ESF	1.079.237.238	116.103.150,16	10,8%	
insgesamt EAGFL-A	1.042.489.266	152.541.895,93	14,6%	
* Bei den "bescheinigten Ausgaben" wurden für den EFRE Mittel bis zur Ausgabenerklärung zum 11. Zahlungsantrag per 31.08.2005 einbezogen.				

**Anlage 2:** Kumulierte Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht, aufgeschlüsselt nach Schwerpunkten und Maßnahmen

**Titel:** Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006

**Referenznr. der Kom.:** 1999 DE 16 1 PO 005

**Entscheidung - Nr.:** C (2000) 43 000

**vom:**  
29.12.2000

**zuletzt geändert durch:** K (2004) 3693 endg.

**vom:**  
11.10.2004

**Jahr:** 2000 - 2005

Priorität / Maßnahme	Insgesamt 2000-2006	Insg. getätigte zuschuss- fähige und bescheinigte Ausgaben 2000-2005*	% der zuschuss- fähigen Kosten	Sonstige	Interventions- bereich
	1	2	3=2/1		
<b>Schwerpunkt 1</b>	<b>1.067.479.514</b>	<b>614.690.605,36</b>	<b>57,6%</b>		
Maßnahme 1.1.1.	877.557.308	521.386.995,45	59,4%		151 161
Maßnahme 1.1.2.	301.640	272.920,00	90,5%		161
Maßnahme 1.2.1.	81.840.120	46.090.679,61	56,3%		182
Maßnahme 1.2.2.	12.702.667	8.573.995,15	67,5%		182
Maßnahme 1.2.3.	19.499.538	19.296.656,39	99,0%		322 324
Maßnahme 1.2.4.	12.000.000	1.311.799,94	10,9%		
Maßnahme 1.3.1.	32.783.745	16.963.063,84	51,7%		161 163 164
Maßnahme 1.3.2.	794.496	794.494,98	100,0%		166
Maßnahme 1.3.3.	30.000.000	0,00	0,0%		
<b>Schwerpunkt 2</b>	<b>1.412.515.834</b>	<b>861.497.095,71</b>	<b>61,0%</b>		
Maßnahme 2.1.1.	214.773.005	121.105.650,01	56,4%		164 351
Maßnahme 2.1.2.	177.811.302	107.561.681,33	60,5%		171
Maßnahme 2.2.1.	330.501.582	191.322.458,72	57,9%		181 183 1307
Maßnahme 2.2.2.	65.844.734	43.632.813,78	66,3%		32 183
Maßnahme 2.3.1.	104.115.341	75.899.443,89	72,9%		23 322
Maßnahme 2.4.1.	159.245.145	77.610.833,38	48,7%		352
Maßnahme 2.5.1.	312.526.206	222.035.762,34	71,0%		314 3123 3122
Maßnahme 2.5.2.	47.698.519	22.328.452,26	46,8%		311 316
<b>Schwerpunkt 3</b>	<b>413.430.701</b>	<b>325.386.359,62</b>	<b>78,7%</b>		
Maßnahme 3.1.1.	229.403.305	221.989.063,39	96,8%		345
Maßnahme 3.2.1.	19.069.617	8.836.507,53	46,3%		341
Maßnahme 3.3.1.	92.569.245	50.467.009,75	54,5%		343
Maßnahme 3.4.1.	72.388.534	44.093.778,95	60,9%		351

<b>Schwerpunkt 4</b>	<b>1.045.602.040</b>	<b>769.063.571,33</b>	<b>73,6%</b>		
Maßnahme 4.1.1.	248.763.425	156.822.127,03	63,0%		21
Maßnahme 4.1.2.	22.537.744	20.533.653,94	91,1%		21
Maßnahme 4.1.3.	130.430.299	106.608.405,39	81,7%		22
Maßnahme 4.2.4.	73.155.458	53.995.999,93	73,8%		<b>22</b>
Maßnahme 4.2.5.	113.856.331	104.097.679,45	91,4%		22
Maßnahme 4.3.6.	87.881.045	56.506.804,22	64,3%		23
Maßnahme 4.4.7.	249.459.603	162.755.341,06	65,2%		24
Maßnahme 4.4.8.	35.161.514	15.934.020,13	45,3%		24
Maßnahme 4.5.9.	78.169.989	87.301.046,35	111,7%		25
Maßnahme 4.6.10.	6.186.632	4.508.493,83	72,9%		22
<b>Schwerpunkt 5</b>	<b>1.032.808.196</b>	<b>791.329.951,97</b>	<b>76,6%</b>		
Maßnahme 5.1.1. (a)	104.400.000	88.822.248,63	85,1%		111
Maßnahme 5.1.2. (b)	336.464	336.430,06	100,0%		112
Maßnahme 5.1.3. (c)	7.367.000	4.830.026,97	65,6%		113
Maßnahme 5.1.4. (g)	48.000.000	27.062.116,85	56,4%		114
Maßnahme 5.1.5. (i)	23.173.834	10.930.384,68	47,2%		<b>121 (27%)</b> <b>122 (6%)</b> <b>125 (67%)</b>
Maßnahme 5.2.1. (k)	108.958.196	89.540.621,38	82,2%		1302
Maßnahme 5.2.2. (m)	3.140.500	767.297,69	24,4%		1304
Maßnahme 5.2.3. (o)	358.424.877	290.592.979,32	81,1%		1306
Maßnahme 5.2.4. (p)	685.208	685.200,72	100,0%		1307
Maßnahme 5.2.5. (q)	236.054.590	177.467.856,51	75,2%		1308
Maßnahme 5.2.6. (r)	61.647.128	55.407.423,47	89,9%		1309
Maßnahme 5.2.7. (s)	4.626.700	3.065.556,52	66,3%		1310
Maßnahme 5.2.8. (t)	75.993.699	41.821.809,17	55,0%		1312
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>65.173.068</b>	<b>26.791.481,26</b>	<b>41,1%</b>		
Maßnahme 6.1.1.	13.123.467	5.418.020,68	41,3%		41
Maßnahme 6.1.2.	8.733.333	2.407.938,59	27,6%		41
Maßnahme 6.1.3.	14.126.783	7.106.289,63	50,3%		41
Maßnahme 6.1.4.	19.508.415	8.761.708,08	44,9%		41
Maßnahme 6.1.5.	5.813.000	1.116.998,40	19,2%		41
Maßnahme 6.1.6.	3.868.070	1.980.525,88	51,2%		41
<b>Insgesamt</b>	<b>5.037.009.353</b>	<b>3.388.759.065,25</b>	<b>67,3%</b>		
insgesamt EFRE	2.915.282.849	1.809.400.019,96	62,1%		
insgesamt ESF	1.079.237.238	784.931.569,04	72,7%		
insgesamt EAGFL-A	1.042.489.266	794.427.476,25	76,2%		
* Bei den "bescheinigten Ausgaben" wurden für den EFRE Mittel bis zur Ausgabenerklärung zum 11. Zahlungsantrag per 31.08.2005 einbezogen.					

**Anlage 3:****Auszahlungsstand EFRE, ESF und EAGFL-A**

Titel:

Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006

Referenznr. der Kom.:

1999 DE 16 1 PO 005

Entscheidung - Nr.:

C (2000) 43 000

vom: 29.12.2000

zuletzt geändert durch:

K (2004) 3693 endg.

vom: 11.10.2004

Jahr:

2005

**EFRE**

		in Euro	
Vorschuss erhalten am	26. Februar 2001*		114.748.200,00
1. Zwischenzahlung	18. Januar 2002*		137.405.317,14
2. Zwischenzahlung	04. September 2002		110.475.456,16
3. Zwischenzahlung	28. November 2002		43.375.572,07
4. Zwischenzahlung	30. Januar 2003		43.542.352,86
5. Zwischenzahlung	01. September 2003		129.641.733,51
6. Zwischenzahlung	20. Februar 2004**		58.162.036,12
7. Zwischenzahlung	05. Oktober 2004**		109.690.747,60
8. Zwischenzahlung	15. Februar 2005 **		85.541.937,43
9. Zwischenzahlung	01. November 2005 **		143.937.513,76
10. Zwischenzahlung	25. Oktober 2005 **		54.923.305,14
11. Zwischenzahlung	28. Dezember 2005 **		49.540.040,41

Maßnahme	die von der Zahlstelle tatsächlich getätigten Ausgaben insgesamt in Euro	davon Gemeinschaftsbeteiligung EU-Strukturfonds - EFRE	die von der Kommission empfangenen Zahlungen
<b>Schwerpunkt 1</b>	<b>150.261.418,38</b>	<b>87.809.244,25</b>	<b>39.175.349,52</b>
Maßnahme 1.1.1.	115.662.601,70	62.826.327,23	33.438.391,06
Maßnahme 1.1.2.	44.200,00	22.100,00	7.740,00
Maßnahme 1.2.1.	13.465.456,68	9.528.121,61	3.602.120,21
Maßnahme 1.2.2.	1.647.466,13	1.075.862,75	378.949,73
Maßnahme 1.2.3.	1.033.251,50	772.636,50	621.870,97
Maßnahme 1.2.4.	2.128.699,90	1.596.524,95	0,00
Maßnahme 1.3.1.	4.279.742,47	2.987.671,21	1.126.277,55
Maßnahme 1.3.2.	0,00	0,00	0,00
Maßnahme 1.3.3.	12.000.000,00	9.000.000,00	0,00
<b>Schwerpunkt 2</b>	<b>213.404.288,03</b>	<b>118.188.570,20</b>	<b>43.330.244,72</b>
Maßnahme 2.1.1.	22.670.576,34	13.007.217,70	4.474.683,07
Maßnahme 2.1.2.	25.461.397,28	12.327.787,83	6.537.737,44
Maßnahme 2.2.1.	49.121.873,79	26.528.441,98	15.369.148,34
Maßnahme 2.2.2.	10.799.350,04	7.278.818,95	8.744,26
Maßnahme 2.3.1.	17.319.054,92	8.504.560,33	2.564.313,89
Maßnahme 2.4.1.	44.774.864,13	32.610.805,31	10.527.834,36
Maßnahme 2.5.1.	30.468.361,28	9.527.326,88	950.761,20
Maßnahme 2.5.2.	12.788.810,25	8.403.611,22	2.897.022,16
<b>Schwerpunkt 3</b>	<b>45.849.197,49</b>	<b>26.257.275,98</b>	<b>10.614.423,70</b>
Maßnahme 3.1.1.	19.587.664,41	11.363.448,58	5.102.078,01
Maßnahme 3.2.1.	2.059.852,81	1.248.082,86	148.253,59
Maßnahme 3.3.1.	10.777.548,67	4.319.865,85	1.002.049,68
Maßnahme 3.4.1.	13.424.131,60	9.325.878,69	4.362.042,42

<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>1.666.531,62</b>	<b>1.248.828,71</b>	<b>962.486,89</b>
Maßnahme 6.1.1.	1.283.365,28	962.500,57	803.167,80
Maßnahme 6.1.2	383.166,34	286.328,14	159.319,09

\* Schreiben vom BAFA

\*\* Ist - Buchung

## ESF

Vorschuss erhalten am	27. April 2001	in Euro	51.146.200,00
1./2. Zwischenzahlung	30. Januar 2002		84.531.283,39
3. Zwischenzahlung	27. Juni 2002		26.330.923,24
4. Zwischenzahlung	20. Dezember 2002		36.804.821,53
5. Zwischenzahlung	28. März 2003		10.744.320,75
6. Zwischenzahlung	21. Mai 2003		39.845.302,57
7. Zwischenzahlung	11. September 2003		56.434.575,86
8. Zwischenzahlung	2. Dezember 2003		7.390.590,91
9. Zwischenzahlung	15. Juni 2004		53.083.590,36
10. Zwischenzahlung	28. Juli 2004		49.460.172,91
11. Zwischenzahlung	21. Dezember 2004		19.226.831,17
12. Zwischenzahlung	13. Juni 2005		52.968.680,85
13. Zwischenzahlung	19. September 2005		20.269.673,27
14. Zwischenzahlung	7. Dezember 2005		23.935.993,88

Maßnahme	die von der Zahlstelle tatsächlich getätigten Ausgaben insgesamt in Euro	davon Gemeinschaftsbeteiligung EU-Strukturfonds - ESF	die von der Kommission empfangenen Zahlungen *)
<b>Schwerpunkt 4</b>	<b>113.751.652,01</b>	<b>77.634.654,18</b>	<b>95.572.470,45</b>
Maßnahme 4.1.1.	34.451.739,72	25.264.314,67	23.632.588,31
Maßnahme 4.1.2.	1.044.506,72	1.044.506,72	0
Maßnahme 4.1.3.	778.476,43	485.739,65	7.024.836,13
Maßnahme 4.2.4.	10.289.787,08	6.027.805,91	6.098.395,94
Maßnahme 4.2.5.	8.566.793,67	3.163.541,21	6.079.026,52
Maßnahme 4.3.6.	15.423.419,07	10.942.953,95	12.407.204,96
Maßnahme 4.4.7.	37.609.933,80	26.799.031,21	28.316.792,31
Maßnahme 4.4.8.	3.216.901,02	2.250.194,47	3.593.413,45
Maßnahme 4.5.9.	750.471,80	36.943,69	7.254.656,14
Maßnahme 4.6.10.	1.619.622,70	1.619.622,70	1.165.556,69
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>2.351.498,15</b>	<b>1.764.546,17</b>	<b>1.601.877,55</b>
Maßnahme 6.1.3.	999.298,79	747.401,78	702.633,46
Maßnahme 6.1.4.	1.352.199,36	1.017.144,39	899.244,09

## EAGFL-A

Vorschuss erhalten am	27. April 2001	in Euro	50.421.140,00
1. Zwischenzahlung	27. November 2001		50.491.190,00
2. Zwischenzahlung	31. Dezember 2001		25.962.172,00
3. Zwischenzahlung	18. Juli 2002		46.724.714,00
4. Zwischenzahlung	17. Dezember 2002		30.716.254,00
5. Zwischenzahlung	6. Juni 2003		75.796.603,00
6. Zwischenzahlung	4. Dezember 2003		36.658.704,00
7. Zwischenzahlung	24. August 2004		57.590.051,00
8. Zwischenzahlung	3. Dezember 2004		32.172.800,00
9. Zwischenzahlung	27. Juni 2005		58.364.461,00
10. Zwischenzahlung	12. Dezember 2005		21.960.204,00

Maßnahme	die von der Zahlstelle tatsächlich getätigten Ausgaben insgesamt in Euro	davon Gemeinschaftsbeteiligung EU-Strukturfonds - EAGFL	die von der Kommission empfangenen Zahlungen
<b>Schwerpunkt 5</b>	<b>151.635.376,19</b>	<b>110.805.709,81</b>	<b>79.829.819,09</b>
5.1.1	14.406.418,60	10.804.461,37	9.897.183,50
5.1.2	0,00	0,00	66.305,55
5.1.3	1.002.331,67	751.748,76	787.787,63
5.1.4	8.087.168,96	6.065.376,66	4.580.264,99
5.1.5	8.734.070,91	6.550.553,20	1.016.675,13
5.2.1	18.479.108,90	13.859.184,69	11.063.854,00
5.2.2	137.177,21	102.882,90	173.731,36
5.2.3	63.747.297,70	47.706.099,63	36.167.079,80
5.2.4	0,00	0,00	0,00
5.2.5	10.452.309,56	5.226.154,78	11.376.563,47
5.2.6	8.744.967,35	6.558.405,15	26.933,00
5.2.7	1.693.554,00	1.270.165,50	148.704,00
5.2.8	16.150.971,33	11.910.677,17	4.524.736,66
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>906.519,74</b>	<b>679.859,08</b>	<b>494.866,27</b>
6.1.5	634.561,63	475.921,16	152.894,55
6.1.6	271.958,11	203.937,92	341.971,72

**Anlage 4:****Kumulierter Auszahlungsstand EFRE, ESF und EAGFL-A**

Titel:

**Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006**

Referenznr. der Kom.:

**1999 DE 16 1 PO 005**

Entscheidung - Nr.:

**C (2000) 43 000****vom: 29.12.2000**

zuletzt geändert durch:

**K (2004) 3693 endg.****vom: 11.10.2004**

Jahr:

**2000 - 2005****EFRE**

		in Euro	
Vorschuss erhalten am	26. Februar 2001*		114.748.200,00
1. Zwischenzahlung	18. Januar 2002*		137.405.317,14
2. Zwischenzahlung	4. September 2002		110.475.456,16
3. Zwischenzahlung	28. November 2002		43.375.572,07
4. Zwischenzahlung	30. Januar 2003		43.542.352,86
5. Zwischenzahlung	1. September 2003		129.641.733,51
6. Zwischenzahlung	20. Februar 2004**		58.162.036,12
7. Zwischenzahlung	05. Oktober 2004**		109.690.747,60
8. Zwischenzahlung	15. Februar 2005 **		85.541.937,43
9. Zwischenzahlung	01. November 2005 **		143.937.513,76
10. Zwischenzahlung	25. Oktober 2005 **		54.923.305,14
11. Zwischenzahlung	28. Dezember 2005 **		49.540.040,41

Maßnahme	die von der Zahlstelle tatsächlich getätigten Ausgaben insgesamt in Euro	davon Gemeinschaftsbeteiligung EU-Strukturfonds - EFRE	die von der Kommission empfangenen Zahlungen
<b>Schwerpunkt 1</b>	<b>688.048.710,08</b>	<b>355.994.007,78</b>	<b>306.745.113,07</b>
Maßnahme 1.1.1.	572.379.072,99	283.691.019,70	254.303.083,53
Maßnahme 1.1.2.	301.640,00	150.820,00	136.460,00
Maßnahme 1.2.1.	50.971.816,66	28.971.341,20	23.045.339,81
Maßnahme 1.2.2.	9.606.903,16	6.137.592,69	5.440.679,67
Maßnahme 1.2.3.	19.500.746,43	14.021.330,87	13.870.565,34
Maßnahme 1.2.4.	2.948.699,88	2.211.524,94	0,00
Maßnahme 1.3.1.	19.545.335,96	11.413.130,88	9.551.737,22
Maßnahme 1.3.2.	794.495,00	397.247,50	397.247,50
Maßnahme 1.3.3.	12.000.000,00	9.000.000,00	0,00
<b>Schwerpunkt 2</b>	<b>983.990.162,89</b>	<b>549.353.509,00</b>	<b>474.495.183,52</b>
Maßnahme 2.1.1.	135.820.383,18	76.995.822,83	68.463.288,20
Maßnahme 2.1.2.	118.659.528,36	57.284.020,12	51.493.969,73
Maßnahme 2.2.1.	213.862.220,27	115.727.817,92	104.568.524,28
Maßnahme 2.2.2.	50.734.388,53	34.657.879,52	27.387.804,83
Maßnahme 2.3.1.	88.330.129,37	44.850.600,32	38.910.353,88
Maßnahme 2.4.1.	108.307.251,56	80.017.586,40	57.934.615,45
Maßnahme 2.5.1.	237.919.537,66	119.594.067,25	111.017.501,57
Maßnahme 2.5.2.	30.356.723,96	20.225.714,64	14.719.125,58
<b>Schwerpunkt 3</b>	<b>354.093.209,64</b>	<b>194.769.098,76</b>	<b>179.126.246,48</b>
Maßnahme 3.1.1.	232.847.281,44	124.802.418,84	118.541.048,27
Maßnahme 3.2.1.	10.653.607,21	5.788.435,72	4.688.606,45
Maßnahme 3.3.1.	59.468.186,14	27.932.196,58	24.614.380,41
Maßnahme 3.4.1.	51.124.134,85	36.246.047,62	31.282.211,35

<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>8.208.122,16</b>	<b>6.155.810,97</b>	<b>5.869.469,35</b>
Maßnahme 6.1.1.	5.630.463,62	4.222.848,18	4.063.515,41
Maßnahme 6.1.2	2.577.658,54	1.932.962,79	1.805.953,94

\* Schreiben vom BAFA

\*\* Ist - Buchung

## ESF

Vorschuss erhalten am	27. April 2001	in Euro	51.146.200,00
1./2. Zwischenzahlung	30. Januar 2002		84.531.283,39
3. Zwischenzahlung	27. Juni 2002		26.330.923,24
4. Zwischenzahlung	20. Dezember 2002		36.804.821,53
5. Zwischenzahlung	28. März 2003		10.744.320,75
6. Zwischenzahlung	21. Mai 2003		39.845.302,57
7. Zwischenzahlung	11. September 2003		56.434.575,86
8. Zwischenzahlung	2. Dezember 2003		7.390.590,91
9. Zwischenzahlung	15. Juni 2004		53.083.590,36
10. Zwischenzahlung	28. Juli 2004		49.460.172,91
11. Zwischenzahlung	21. Dezember 2004		19.226.831,17
12. Zwischenzahlung	13. Juni 2005		52.968.680,85
13. Zwischenzahlung	19. September 2005		20.269.673,27
14. Zwischenzahlung	7. Dezember 2005		23.935.993,88

Maßnahme	die von der Zahlstelle tatsächlich getätigten Ausgaben insgesamt in Euro	davon Gemeinschaftsbeteiligung EU-Strukturfonds - ESF	die von der Kommission empfangenen Zahlungen
<b>Schwerpunkt 4</b>	<b>769.063.571,33</b>	<b>504.433.901,91</b>	<b>470.004.107,00</b>
Maßnahme 4.1.1.	156.822.127,03	110.231.182,70	99.102.764,82
Maßnahme 4.1.2.	20.533.653,94	14.221.377,29	13.537.736,65
Maßnahme 4.1.3.	106.608.405,39	74.127.410,32	75.837.995,00
Maßnahme 4.2.4.	53.995.999,93	35.924.606,99	32.441.740,16
Maßnahme 4.2.5.	104.097.679,45	53.654.677,25	52.586.938,25
Maßnahme 4.3.6.	56.506.804,22	39.650.665,60	34.766.169,69
Maßnahme 4.4.7.	162.755.341,06	113.593.142,88	100.762.867,37
Maßnahme 4.4.8.	15.934.020,13	11.179.370,54	10.121.609,96
Maßnahme 4.5.9.	87.301.046,35	47.342.974,51	47.306.030,82
Maßnahme 4.6.10.	4.508.493,83	4.508.493,83	3.540.254,28
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>15.867.997,71</b>	<b>11.764.399,20</b>	<b>11.022.653,69</b>
Maßnahme 6.1.3.	7.106.289,63	5.254.305,63	5.037.475,31
Maßnahme 6.1.4.	8.761.708,08	6.510.093,57	5.985.178,38

## EAGFL-A

Vorschuss erhalten am	27. April 2001	in Euro	50.421.140,00
1. Zwischenzahlung	27. November 2001		50.491.190,00
2. Zwischenzahlung	31. Dezember 2001		25.962.172,00
3. Zwischenzahlung	18. Juli 2002		46.724.714,00
4. Zwischenzahlung	17. Dezember 2002		30.716.254,00
5. Zwischenzahlung	6. Juni 2003		75.796.603,00
6. Zwischenzahlung	4. Dezember 2003		36.658.704,00
7. Zwischenzahlung	24. August 2004		57.590.051,00
8. Zwischenzahlung	3. Dezember 2004		32.172.800,00
9. Zwischenzahlung	27. Juni 2005		58.364.461,00
10. Zwischenzahlung	12. Dezember 2005		21.960.204,00

Maßnahme	die von der Zahlstelle tatsächlich getätigten Ausgaben insgesamt in Euro	davon Gemeinschaftsbeteiligung EU-Strukturfonds - EAGFL	die von der Kommission empfangenen Zahlungen
<b>Schwerpunkt 5</b>	<b>800.074.919,34</b>	<b>530.714.771,02</b>	<b>434.793.900,83</b>
5.1.1	88.822.248,63	66.616.445,69	60.869.956,50
5.1.2	336.430,06	252.322,87	252.312,55
5.1.3	4.830.026,98	3.622.493,39	3.228.768,63
5.1.4	27.062.116,85	20.268.980,25	15.690.520,89
5.1.5	10.930.384,68	8.197.788,58	1.891.812,13
5.2.1	89.540.621,38	64.360.113,93	53.950.000,00
5.2.2	767.297,69	575.473,26	472.590,36
5.2.3	290.592.979,33	201.390.865,44	158.809.700,10
5.2.4	685.200,72	513.900,54	513.900,54
5.2.5	177.467.856,52	86.656.556,06	86.191.078,47
5.2.6	64.152.390,81	44.801.725,80	32.805.000,00
5.2.7	3.065.556,52	2.299.167,38	870.000,00
5.2.8	41.821.809,17	31.158.937,83	19.248.260,66
<b>Schwerpunkt 6</b>	<b>3.097.524,28</b>	<b>2.323.112,43</b>	<b>1.643.252,27</b>
6.1.5	1.116.998,40	837.748,71	361.827,55
6.1.6	1.980.525,88	1.485.363,72	1.281.424,72

**Anlage 5**

**Übersicht zur Auswertung der Monitoring-Daten  
n+2**

<b>EFRE</b>					
<b>Jahr</b>	<b>Soll lt. OP in Euro</b>	<b>Nach 'n+2' durch Ausgaben zu belegen*</b>	<b>IST- von der Zahlstelle bescheinigte Ausgaben</b>	<b>Kumulierte IST</b>	<b>Soll -Ist- Vergleich (Spalte 5/Spalte 3) in %</b>
2000	249.520.000,00	-	0,00	0,00	-
2001	239.440.000,00	-	143.167.126,39	143.167.126,39	-
2002	233.030.000,00	249.520.000,00	202.882.051,87	346.049.178,26	139%
2003	237.870.000,00	488.960.000,00	186.829.865,08	532.879.043,34	109%
2004	251.733.333,00	721.990.000,00	194.177.247,51	727.056.290,85	101%
2005	256.393.333,00	959.860.000,00	248.582.490,16	975.638.781,01	102%

<b>ESF</b>					
<b>Jahr</b>	<b>Soll lt. OP in Euro</b>	<b>Nach 'n+2' durch Ausgaben zu belegen*</b>	<b>IST- von der Zahlstelle- getätigte und bescheinigte Ausgaben</b>	<b>Kumulierte IST</b>	<b>Soll -Ist- Vergleich (Spalte 5/Spalte 3) in %</b>
2000	88.820.000,00	-	45.020.470,78	45.020.470,78	-
2001	103.520.000,00	-	65.908.440,86	110.928.911,64	-
2002	113.780.000,00	88.820.000,00	87.521.178,18	198.450.089,82	223%
2003	112.790.000,00	192.340.000,00	117.090.654,05	315.540.743,87	164%
2004	109.150.000,00	306.120.000,00	121.258.356,89	436.799.100,76	143%
2005	114.400.000,00	418.910.000,00	79.399.200,35	516.198.301,11	123%

<b>EAGFL-A</b>					
<b>Jahr</b>	<b>Soll lt. OP in Euro</b>	<b>Nach 'n+2' durch Ausgaben zu belegen*</b>	<b>IST- von der Zahlstelle- getätigte und bescheinigte Ausgaben</b>	<b>Kumulierte IST</b>	<b>Soll -Ist- Vergleich (Spalte 5/Spalte 3) in %</b>
2000	102.756.000,00	-	54.818.954,60	54.818.954,60	-
2001	104.130.000,00	-	70.049.657,25	124.868.611,85	-
2002	105.260.000,00	102.756.000,00	106.031.603,92	230.900.215,77	225%
2003	106.555.000,00	206.886.000,00	96.211.090,33	327.111.306,10	158%
2004	102.328.667,00	312.146.000,00	94.579.195,45	421.690.501,55	135%
2005	104.477.667,00	418.701.000,00	111.485.568,89	533.176.070,44	127%

\* ohne Berücksichtigung des von der Europäischen Kommission erhaltenen Vorschusses in Höhe von 7 %

## Anlage 6: Jahresbericht EFRE 2005 - Übersicht über die quantifizierten Ziele des EFRE-OP 2000-2006

Abgleich der Zielvorgaben der quantifizierten Ziele des EFRE-OP nach Schwerpunkten und Maßnahmenbereichen mit dem Ist-Stand 31.12.2005

Schwerpunktspezifische Ziele für die Förderperiode 2000-2006							
Schwerpunkt	Maßnahme	Bezeichnung	Indikator lt. OP	Maßstab	Zielwert	Stand 31.12.05	Zielerreichungsgrad
I.	1.1.1.	Produktive Investitionen GA	Investitionsvolumen	Mio. €	2.000	3.452	172,6
			Beschäftigungseffekt (brutto)	Apl.	58.000	57.924	99,9
I.	1.1.2.	Prod. Inv. außerhalb GA	Beschäftigungseffekt/Apl.	Anzahl	19	19	100,0
I.	1.2.1.	Technologie- u. Innovationsförderung	Anzahl der geförderten Vorhaben	Anzahl	1.160	818	70,5
			Beschäftigungseffekt (brutto)	Apl.	5.840	4.390	75,2
			Investvolumen	Mio. €	130	133	102,3
I.	1.2.2.	Förderung des Technologietransfers	Anzahl der Vorhaben (35 p.a. entspr. 245 Insg.)	Anzahl	245	318	129,8
			Zahl der technologieorientierten Existenzgründungen (10 p.a. = 70 Insg.)	Anzahl	70	69	98,6
			Investvolumen	Mio. €	45	16	35,6
I.	1.2.3.	Förderung der Informationsgesellschaft	Beschäftigungseffekt/geschaffene Apl. (brutto)	Anzahl	120	311	259,2
			Anzahl der Vorhaben IuK	Anzahl	120	116	96,7
			Geförderte Unternehmen e-business	Anzahl	110	130	118,2
			Investitionsvolumen IuK	Mio. €	42	35	84,3
I.	1.3.1.	Stärkung unternehmerischer Potentiale in KMU	Beschäftigungseffekt/geschaffene + gesicherte Apl. (brutto)	Anzahl	9.100	10.384	114,1
			Umfang geförderte Existenzgründungen	Anzahl	2.800	694	24,8
			Beratungen / Schulungen für KMU	Anzahl	8.080	2.716	33,6
I.	1.3.2.	Sicherheitsgerechte Gestaltung von AP u. Technologien	Vorhaben insgesamt	Anzahl	8	8	100,0
			Apl. Mit verbesserten Arbeitsbedingungen	Anzahl	-	0	
			Reduzierung der Ausfallzeiten in Prozent	Prozent	-	0	
			Senkung der Unfallrate	Prozent	-	0	
			Entwicklung von Umsatz und Beschäftigtenzahl	-	-	0	

II.	2.1.1.	Wirtschaftsnahe Infrastruktur	Investitionsvolumen	Mio. €	195	242	124,1
			Temporäre Besch.effekte *	PJ	2.700	3.100	114,8
II.	2.1.2.	Touristische Infrastruktur	Investitionsvolumen	Mio. €	176	194	110,5
			Temporäre Besch.effekte	PJ	2.600	2.500	96,2
			Qualitative Verbesserung und neue Tourismusstandorte:			0	
			Bädervorhaben	Anzahl	9	7	77,8
			Kulturvorhaben	Anzahl	13	15	120,0
			Vorhaben der tour. Basisinfrastruktur	Anzahl	14	16	114,3
II.	2.2.1.	Infrastruktur im Bereich Wissenschaft, Forschung, Entwicklung	Investitionsvolumen	Mio. €	271	318	117,3
			Temporäre Besch.effekte	PJ	3.500	4.075	116,4
			Vorhaben an Hochschulen	Vorhaben	12	35	291,7
			Projekte "Wissenstransfer" (15 pro Jahr)	Anzahl	105	61	58,1
			Entwicklung von Produktions- u. Einkommensalternativen				
			Dauerarbeitsplätze	Anzahl	500	573	114,7
II.	2.2.2.	Infrastruktur im Bereich der Informationsgesellschaft	Investitionsvolumen Multimedia	Mio. €	35	18	51,4
			Gesamtgröße der Fläche für die eine ALK eingerichtet werden soll	km²	15.000	9.690	64,6
			Investitionsvolumen ALK	Mio.€	50	41	82,0
II.	2.3.1.	Infrastruktur im Bereich der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie IuK	Investitionsvolumen	Mio. €	114	126	110,2
			Temp. Besch.effekte	PJ	500	1.385	277,0
			Anzahl der Voll- und Teilzeit-Schülerplätze	Stück	6.500	12.626	194,2
II.	2.4.1.	Städtische und lokale Infrastruktur	Investitionsvolumen	Mio. €	150	161	107,6
			Temp. Besch.effekte	PJ	1.950	1.725	88,5
			Anzahl der Standorte	Stadtteile	15	16	106,7
			Fläche für Nachnutzung (= Größe sanierte Fläche in Aktion 2.4.1.1.)	ha	1.400	k.A.	0,0
II.	2.5.1.	Verkehrsinfrastruktur: Straßen und Flugplätze	Investitionsvolumen	Mio. €	277	297	107,1
			Temp. Besch.effekte	PJ	5.100	3.800	74,5
			Umfang/Verbesserung der Infrastruktur			0	

			Straßen insg.	km	475	450	94,7
			Radwege	km	60	72	120,0
II.	2.5.2.	Verkehrsinfrastruktur: Schiene und Wasserstraßen	Investitionsvolumen	Mio. €	55	47	86,0
			Temp. Besch.effekte	PJ	650	550	84,6
			Umfang/Verbesserung der Infrastruktur				
			Neubau/Erweiterung von Bahnhofsvorplätzen / Attraktivitätssteigerung	Anzahl	10	10	100,0
			Schleusen/Wehre	Anzahl	16	12	75,0
III.	3.1.1.	Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	Investitionsvolumen	Mio. €	280	356	127,1
			Temp. Besch.effekte (nur Projekte "Neubau")	PJ	2.200	3.540	160,9
			Anschlussgrade	Prozent	85	80	94,1
			angeschlossene Einwohner an Ver-/Entsorgungsanlagen (nur Neubau und Erweiterungen)	Einwohner	720.000	265.000	36,8
III.	3.2.1.	Luftreinhaltung und Emissionsminderung	Investitionsvolumen	Mio. €	98	39	39,8
			Temp. Besch.effekte	PJ	1.000	240	24,0
			Anzahl der Vorhaben (nur 3.2.1.1.)	Anzahl	105	63	60,0
			Schaffung von Apl.	Anzahl	500	100	20,0
			Steigerung d. Anteils erneuerbarer Energien bis 2010	Prozent	5	k.A.	0,0
III.	3.3.1.	Abfallvermeidung, Abfallverwertung, Abfallbeseitigung/Recycling	Investitionsvolumen	Mio. €	78	206	263,7
			Temporäre Besch.effekte	PJ	700	910	130,0
III.	3.4.1.	Altlasten- und Konversionsmaßnahmen	Beräumung von Flächen	ha	60	207	344,0
			revitalisierte Fläche	ha	1.260	0	0,0
			Temporäre Besch.effekte	PJ	600	750	125,0

\* Berechnung auf Grundlage der Halbzeitevaluierung: Berechnung auf Basis baulich relevanter Investitionen, näherungsweise wird der Umsatz je Beschäftigten und Jahr im Baugewerbe mit 78.000 € angesetzt. In Einzelfällen (z.B. Maßnahme 2.3.1.) können die baulich relevanten Investitionen nicht isoliert betrachtet werden, wodurch es zu überhöhten Werten kommt.

## Anlage 7: Quantifizierte Indikatoren ESF (geförderte Teilnehmerinnen und Teilnehmer) 2000 bis 2005

Maßnahme	gesamt	männlich	weiblich	weiblich in %	unter 25J.	unter 25J. in %	LZA	LZA in %	Abbrecher	Abbrecher in %	Praktikum, Zertifikat oder Prüfung	in %
<b>4.1.</b>	<b>96.532</b>	<b>53.976</b>	<b>42.556</b>	<b>44,08</b>	<b>46.847</b>	<b>48,53</b>	<b>25.805</b>	<b>26,73</b>	<b>3.636</b>	<b>3,77</b>	<b>73.550</b>	<b>76,19</b>
4.1.1.	44.348	24.005	20.343	45,87	44.243	99,76	65	0,15	2.874	6,48	26.216	59,11
4.1.2.	25.356	13.477	11.879	46,85	1.414	5,58	17.495	69,00	453	1,79	24.164	95,30
4.1.3.	26.828	16.494	10.334	38,52	1.190	4,44	8.245	30,73	309	1,15	23.170	86,36
<b>4.2.</b>	<b>64.339</b>	<b>33.614</b>	<b>30.725</b>	<b>47,75</b>	<b>16.853</b>	<b>26,19</b>	<b>32.620</b>	<b>50,70</b>	<b>2.793</b>	<b>4,34</b>	<b>47.071</b>	<b>73,16</b>
4.2.4.	49.556	24.755	24.801	50,05	13.831	27,91	23.405	47,23	1.718	3,47	36.789	74,24
4.2.5.	14.783	8.859	5.924	40,07	3.022	20,44	9.215	62,34	1.075	7,27	10.282	69,55
<b>4.3.</b>	<b>152.777</b>	<b>129.756</b>	<b>23.021</b>	<b>15,07</b>	<b>147.908</b>	<b>96,81</b>	<b>272</b>	<b>0,18</b>	<b>261</b>	<b>0,17</b>	<b>138.112</b>	<b>90,40</b>
4.3.6.	152.777	129.756	23.021	15,07	147.908	96,81	272	0,18	261	0,17	138.112	90,40
<b>4.4.</b>	<b>56.564</b>	<b>33.887</b>	<b>22.677</b>	<b>40,09</b>	<b>32.458</b>	<b>57,38</b>	<b>1.670</b>	<b>2,95</b>	<b>2.590</b>	<b>4,58</b>	<b>34.178</b>	<b>60,42</b>
4.4.7.	50.624	30.427	20.197	39,90	31.736	62,69	354	0,70	2.365	4,67	30.578	60,40
4.4.8.	5.940	3.460	2.480	41,75	722	12,15	1.316	22,15	225	3,79	3.600	60,61
<b>4.5.</b>	<b>19.362</b>	<b>6.967</b>	<b>12.395</b>	<b>64,02</b>	<b>2.983</b>	<b>15,41</b>	<b>11.628</b>	<b>60,06</b>	<b>762</b>	<b>3,94</b>	<b>17.932</b>	<b>92,61</b>
4.5.9.	19.362	6.967	12.395	64,02	2.983	15,41	11.628	60,06	762	3,94	17.932	92,61
<b>4.6.</b>	<b>625</b>	<b>327</b>	<b>298</b>	<b>47,68</b>	<b>65</b>	<b>10,40</b>	<b>199</b>	<b>31,84</b>	<b>1</b>	<b>0,16</b>	<b>440</b>	<b>70,40</b>
4.6.10.	625	327	298	47,68	65	10,40	199	31,84	1	0,16	440	70,40
<b>INSG</b>	<b>390.199</b>	<b>258.527</b>	<b>131.672</b>	<b>33,74</b>	<b>247.114</b>	<b>63,33</b>	<b>72.194</b>	<b>18,50</b>	<b>10.043</b>	<b>2,57</b>	<b>311.283</b>	<b>79,78</b>
<b>INSG ohne 4.3.6</b>	<b>237.422</b>	<b>128.771</b>	<b>108.651</b>	<b>45,76</b>	<b>99.206</b>	<b>41,78</b>	<b>71.922</b>	<b>30,29</b>	<b>9.782</b>	<b>4,12</b>	<b>173.171</b>	<b>72,94</b>

## Anlage 8: Quantifizierte Indikatoren ESF (geförderte Teilnehmerinnen und Teilnehmer) 2005

Maßnahme	gesamt	männlich	weiblich	weiblich in %	unter 25J.	unter 25J. in %	LZA	LZA in %	Abbrecher	Abbrecher in %	Praktikum, Zertifikat oder Prüfung	in %
<b>4.1.</b>	<b>6.901</b>	<b>4.303</b>	<b>2.598</b>	<b>37,65</b>	<b>5.493</b>	<b>79,60</b>	<b>89</b>	<b>1,29</b>	<b>280</b>	<b>4,06</b>	<b>56</b>	<b>0,81</b>
4.1.1.	5.383	3.045	2.338	43,43	5.380	99,94	2	0,04	244	4,53	15	0,28
4.1.2.	17	0	17	100,00	0	0,00	1	5,88	4	23,53	10	58,82
4.1.3.	1.501	1.258	243	16,19	113	7,53	86	5,73	32	2,13	31	2,07
<b>4.2.</b>	<b>6.165</b>	<b>3.525</b>	<b>2.640</b>	<b>42,82</b>	<b>1.764</b>	<b>28,61</b>	<b>2.050</b>	<b>33,25</b>	<b>292</b>	<b>4,74</b>	<b>1.197</b>	<b>19,42</b>
4.2.4.	5.997	3.456	2.541	42,37	1.763	29,40	1.996	33,28	288	4,80	1.184	19,74
4.2.5.	168	69	99	58,93	1	0,60	54	32,14	4	2,38	13	7,74
<b>4.3.</b>	<b>28.773</b>	<b>23.199</b>	<b>5.574</b>	<b>19,37</b>	<b>27.332</b>	<b>94,99</b>	<b>223</b>	<b>0,78</b>	<b>109</b>	<b>0,38</b>	<b>22.332</b>	<b>77,61</b>
4.3.6.	28.773	23.199	5.574	19,37	27.332	94,99	223	0,78	109	0,38	22.332	77,61
<b>4.4.</b>	<b>9.540</b>	<b>6.020</b>	<b>3.520</b>	<b>36,90</b>	<b>3.311</b>	<b>34,71</b>	<b>427</b>	<b>4,48</b>	<b>362</b>	<b>3,79</b>	<b>430</b>	<b>4,51</b>
4.4.7.	8.313	5.367	2.946	35,44	3.025	36,39	127	1,53	265	3,19	430	5,17
4.4.8.	1.227	653	574	46,78	286	23,31	300	24,45	97	7,91	0	0,00
<b>4.5.</b>	<b>280</b>	<b>62</b>	<b>218</b>	<b>77,86</b>	<b>208</b>	<b>74,29</b>	<b>4</b>	<b>1,43</b>	<b>18</b>	<b>6,43</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
4.5.9.	280	62	218	77,86	208	74,29	4	1,43	18	6,43	0	0,00
<b>4.6.</b>	<b>83</b>	<b>83</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>2</b>	<b>2,41</b>	<b>70</b>	<b>84,34</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
4.6.10.	83	83	0	0,00	2	2,41	70	84,34	0	0,00	0	0,00
<b>INSG</b>	<b>51.742</b>	<b>37.192</b>	<b>14.550</b>	<b>28,12</b>	<b>38.110</b>	<b>73,65</b>	<b>2.863</b>	<b>5,53</b>	<b>1.061</b>	<b>2,05</b>	<b>24.015</b>	<b>46,41</b>
<b>INSG ohne 4.3.6</b>	<b>22.969</b>	<b>13.993</b>	<b>8.976</b>	<b>39,08</b>	<b>10.778</b>	<b>46,92</b>	<b>2.640</b>	<b>11,49</b>	<b>952</b>	<b>4,14</b>	<b>1.683</b>	<b>7,33</b>

**Anlage 9a**

Titel:

Referenznummer der Europäischen Kommission:

Entscheidungsnummer:

Zeitraum:

**Vorhaben der Technischen Hilfe gemäß Regel 11.2 und 11.3**

Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006

CCI: 1999 DE 16 1 PO 005

C (2000) 4300 vom 29.12.2000

2005

Beteiligter Fonds

EFRE

Lfd. Nr.	Kurzbeschreibung	Gesamt-	Nat. öff.	Fondsmittel		Interven-	private	Bemerkungen
				kosten	Mittel			
	<b>Gesamt</b>	1.666.531,62	417.702,92	1.248.828,70	75	75	0,00	
	<b>Regel 11.2</b>	1.283.365,28	320.864,72	962.500,56	75	75	0,00	
1	Kosten für zusätzliche Begleit- und Kontrollpflichten gem. VO 438/2001 für das Jahr 2003	766.937,82	191.734,46	575.203,36	75	75	0,00	
2	Personalkosten der Unabhängigen Stelle	164.774,12	41.193,51	123.580,61	75	75	0,00	
3	Personalkosten der Personalverstärkung der EFRE-Fondsverwaltung	251.912,75	62.978,18	188.934,57	75	75	0,00	
4	Personalkosten der Verwaltungsbehörde	50.736,27	12.684,08	38.052,19	75	75	0,00	
5	Anteilige Finanzierung der Analyse der sozio-ökonomischen Lage im Land Brandenburg – Handlungsempfehlungen zum Einsatz der EU-Strukturfonds 2007-2013	48.228,00	12.056,75	36.171,25	75	75	0,00	
6	Anteilige Finanzierung eines Fortbildungsseminars der Unabhängigen Stelle zum Vergaberecht (22./23.11.2005 in Potsdam)	687,00	171,75	515,25	75	75	0,00	
7	Anteilige Finanzierung der Ausgaben für die Sitzungen des Begleitausschusses Brandenburg (13. BGLA-Sitzung)	89,32	45,99	43,33	48	48	0,00	Interventionssatz gleicht Über-Belastung des EFRE im Vorjahr aus

Lfd. Nr.	Kurzbeschreibung	Gesamt-	Nat. öff.	Fondsmittel		Interven- tionssatz	private Ausgaben	Bemerkungen
		kosten	Mittel	absolut	in %			
	<b>Regel 11.3</b>	<b>383.166,34</b>	<b>96.838,20</b>	<b>286.328,14</b>	<b>75</b>	<b>75</b>	<b>0,00</b>	
8	Anteilige Finanzierung der Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Gemeinschaftlichen Förderkonzepts 2000-2006	12.559,17	4.186,39	8.372,78	66,67	66,67	0,00	Bund stellte nationale Kofinanzierungsmittelfür gesamtes Vorhaben in 2005 zur Verfügung, was den Interventionsatz bei Projektkosten 2005 reduziert
9	Häufige Finanzierung des Brandenburger Anteils an den Kosten des Seminar- und Rahmenprogramms der Deutschen Gründer- und Unternehmertage (deGUT)	37.482,54	9.370,64	28.111,90	75	75	0,00	
10	Anteilige Finanzierung der Aktualisierung der Halbzeit-Bewertung des OP Brandenburg 2000-2006	91.768,04	22.942,01	68.826,03	75	75	0,00	
11	Finanzierung der jährlichen Überarbeitung der Informationsbroschüre mit wirtschaftsrelevanten Förderprogrammen für Existenzgründer, Investoren und Unternehmer im Land Brandenburg und Anpassung des Internet-Auftritts der Existenzgründer-Initiative AGIL	10.260,20	2.565,05	7.695,15	75	75	0,00	
12	Durchführung einer umfassenden Informationskampagne für Multiplikatoren zur Darstellung der "Europäischen Zukunftsregion Brandenburg" unter Berücksichtigung insbesondere der Fördermöglichkeiten des EFRE und unter Einbeziehung von best practice Beispielen	14.114,99	3.528,75	10.586,24	75	75	0,00	
13	Häufige Finanzierung der Vorbereitung und Durchführung des 5. Unternehmerinnen- und Gründerinnentages des Landes Brandenburg 2005	19.800,00	4.950,00	14.850,00	75	75	0,00	
14	Anteilige Finanzierung eines Gender-Trainings	8.768,34	2.192,09	6.576,25	75	75	0,00	
15	Anteilige Finanzierung der Evaluierung der gemeinsamen Existenz-Gründungs-Förderung von MASGF und MW im Land Brandenburg	50.000,00	12.500,00	37.500,00	75	75	0,00	
16	Anteilige Finanzierung der Vorbereitung und Durchführung des 2. EFRE-Workshops am 24.11.2004 in Potsdam	2.348,94	587,24	1.761,70	75	75	0,00	
17	Durchführung eines Projektes zur Einführung einer Nachhaltigkeitsprüfung in der EFRE-Förderung 2000-2006	83.603,52	20.900,88	62.702,64	75	75	0,00	

Lfd. Nr.	Kurzbeschreibung	Gesamt- kosten	Nat. öff. Mittel	Fondsmittel		Interven- tionssatz	private Ausgaben	Bemerkungen
				absolut	in %			
18	Finanzierung der Migration von efREporter 1 auf efREporter 2 und der laufenden technischen Betreuung	39.098,86	9.774,72	29.324,14	75	75	0,00	
19	Anteilige Finanzierung einer Veranstaltung zur Europawoche am 02.05.2005	453,81	113,45	340,36	75	75	0,00	
20	Anteilige Finanzierung der Erarbeitung der Tabelle „Kontext-Indikatoren“ für die Jahresberichte	83,93	20,98	62,95	75	75	0,00	
21	Erarbeitung von Expertisen zur Unterstützung des MW bei der Entwicklung einer Innovationsstrategie	12.824,00	3.206,00	9.618,00	75	75	0,00	

**Anlage 9b**

Titel:

Referenznummer der Europäischen Kommission:

Entscheidungsnummer:

**Zeitraum:****Vorhaben der Technischen Hilfe gemäß Regel 11.2 und 11.3**

Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006

CCI: 1999 DE 16 1 PO 005

C (2000) 4300 vom 29.12.2000

**2005****Beteiligter Fonds****ESF**

Lfd. Nr.	Kurzbeschreibung	Gesamt- kosten	Nat. öff. Mittel	Fondsmittel		Interven- tionssatz	private Ausgaben	Bemerkungen
				absolut	in %			
<b>6.1.3</b>	<b>Projekte des ESF nach Regel 11.2 der VO 1685/00</b>	<b>1.006.830,01</b>	<b>253.779,82</b>	<b>753.050,19</b>				
1	Dienstleistungsvertrag zur Durchführung der TH 2000-2006/Teil 1	443.576,60	110.894,15	332.682,45	75%	75%	0	
2	Ausgaben für Gehälter, einschl. Sozialversicherungsbeiträge für sonstiges Personal, das zwecks Ausführung der unter Ziffer 2.1 genannten Aufgaben beschäftigt wird	449.163,68	114.363,24	334.800,44	75%	75%	0	
3	Qualitätssicherungsmanagement INNOPUNKT	114.089,73	28.522,43	85.567,30	75%	75%	0	
							0	
<b>6.1.4</b>	<b>Projekte des ESF nach Regel 11.3 der VO 1685/00</b>	<b>1.183.992,88</b>	<b>345.198,82</b>	<b>1.047.575,95</b>				
1	Dienstleistungsvertrag zur Durchführung der TH 2000-2006/Teil 2	260.513,24	65.128,31	195.384,93	75%	75%	0	
2	Evaluierung "Altenpflege"	65.310,36	16.327,59	48.982,77	75%	75%	0	
3	Studie zur Fachkräfteentwicklung	23.272,50	5.818,12	17.454,38	75%	75%	0	
4	Befragung zur Evaluation	10.208,00	2.552,00	7.656,00	75%	75%	0	
5	Workshop Unternehmerinnen&GründerInnentag (Veranstaltung)	19.800,00	4.950,00	14.850,00	75%	75%	0	
6	Betriebspanel Brandenburg 2005 9./10. Welle	96.976,00	24.244,00	72.732,00	75%	75%	0	
7	Evaluation ÖA	54.261,90	13.565,47	40.696,43	75%	75%	0	
8	Qualitätssicherungsmanagement INNOPUNKT	4.753,73	1.188,43	3.565,30	75%	75%	1	
9	Evaluierung ESF	26.800,00	6.700,00	20.100,00	75%	75%	0	
10	"brandaktuell"	201.024,75	50.256,19	150.768,56	75%	75%	0	
11	Verwaltungsbehörde	50.183,72	11.633,62	38.550,10	77%	77%	0	

12	Evaluation Existenzgründer	59.402,33	14.850,58	44.551,75	75%	75%	0
13	Evaluation Regionalentwicklung	24.404,60	6.101,15	18.303,45	75%	75%	0
14	Erarbeitung von Strategien	50.000,00	12.500,00	37.500,00	75%	75%	0
15	Formative Evaluation	42.883,00	10.720,75	32.162,25	75%	75%	0
16	Veröffentlichungen im Rahmen des OP	116.945,40	27.154,29	89.791,11	77%	77%	0
	Sächl. VK	10.454,11	2.613,53	7.840,58	75%	75%	0
17	Verbesserung Übergang Schule Hochschule	29.916,49	7.479,12	22.437,37	75%	75%	
18	Evaluation lokale Initiativen f. neue Beschäftigung (VNW)	8.044,16	2.011,04	6.033,12	75%	75%	0
19	Studie AmigA	28.838,59	7.209,65	21.628,94	75%	75%	0
20	Sozioökonomische Analyse	21.020,00	5.255,00	15.765,00	75%	75%	0
21	Studie Vermeidung Schulabbrecher	14.650,00	3.662,50	10.987,50	75%	75%	
22	Weiterbildungsdatenbank	81.660,00	20.415,00	61.245,00	75%	75%	
23	LASA Workshopreihe	13.182,32	3.295,58	9.886,74	75%	75%	
24	Bast e.V Fachtagung (VNW)	732,22	182,56	549,66	75%	75%	
25	Ausbildungsmessen	19.405,04	4.851,26	14.553,78	75%	75%	
26	Transferverhalten	4.244,51	1.061,13	3.183,38	75%	75%	
27	Machbarkeitsstudie	53.887,80	13.471,95	40.415,85	75%	75%	

**Anlage 9c**

Titel:

Referenznummer der Europäischen Kommission:

Entscheidungsnummer:

Zeitraum:

**Vorhaben der Technischen Hilfe gemäß Regel 11.2 und 11.3**

Operationelles Programm Brandenburg Förderperiode 2000 - 2006

CCI: 1999 DE 16 1 PO

005

C (2000) 4300 vom 29.12.2000

2005

**Beteiligter Fonds****EAGFL-A**

Lfd. Nr.	Kurzbeschreibung	Gesamt- kosten	Nat. öff. Mittel	Fondsmittel		Bemerkungen
				absolut	in %	
	<b>Regel 11.2</b>	<b>634.561,63</b>	<b>158.640,47</b>	<b>475.921,16</b>	<b>0,75</b>	
1.	anteilig Verwaltungsbehörde, Begleitausschuss	91,04	22,76	68,28	0,75	FP 2000 - 2006
2.	anteilig Verwaltungsbehörde,	21.501,66	5.375,44	16.126,22	0,75	FP 2000 - 2006
3.	Ausgaben f. effekt. Projektmanagement u. Einführung eines einheitl., elektron. Vorgangsbearbeitungssystems	119.527,86	29.881,97	89.645,89	0,75	FP 2000 - 2006
4.	Vor- Ort- Kontrollen in Umsetzung der VO (EG) 438/2001 ab 01.01.2003 bis 31.12.2003	36.243,88	9.060,97	27.182,91	0,75	FP 2000 - 2006
5.	Koordinierung und Steuerung der Umsetzung investiver Maßnahmen Stiftung BHLG in Neustadt/Dosse	126.554,37	31.638,60	94.915,77	0,75	FP 2000 - 2006
6.	Besucherzentren	330.642,82	82.660,73	247.982,09	0,75	bis 31.12.2008
	<b>Regel 11.3</b>	<b>271.958,11</b>	<b>68.020,19</b>	<b>203.937,92</b>	<b>0,75</b>	
1.	Erstellung EDV- Systems "ARDIS"	51.277,10	12.849,90	38.427,20	0,75	FP 2000 - 2006
2.	anteilige Halbzeitbewertung Ziel 1-OP 2000- 2006 Brandenburg (Aktualisierung)	38.870,90	9.717,73	29.153,17	0,75	abgeschlossen 2005
3.	tamen GmbH Projekt"Betriebliche Kooperation in der Landwirtschaft zur Sicherung des Fachkräftebedarfs"	12.482,75	3120,69	9.362,06	0,75	abgeschlossen
4.	anteilig Verwaltungsbehörde- Publizität (Europatag 2005)	192,33	48,09	144,24	0,76	abgeschlossen 2005
5.	Aktion "Chancengleichheit, Potentiale zur Chancengleichheit in den ländlichen Räumen" Landplan GmbH	5426,42	1356,62	4069,8	0,75	abgeschlossen 2005
6.	Bewertung der Maßnahmen der ländlichen Entwicklung - Vorbereitung auf die neue Förderperiode	102.068,40	25.517,10	76.551,30	0,75	abgeschlossen 2005

7.	Anteilig Aktualisierung der HZB der GFK	4.728,70	1.182,18	3.546,52	0,75	abgeschlossen 2005
8.	Broschüre "Lust auf NaTour"	32.756,91	8189,23	24.567,68	0,75	abgeschlossen 2005
9.	partnerschaftl. Beteiligungsprozess Neuseddin	3.725,60	931,4	2.794,20	0,75	FP 2000 - 2006
10.	Anteilig Sozioökonomische Analyse	20.429,00	5.107,25	15.321,75	0,75	abgeschlossen 2005
	<b>Gesamt: Regel 11.2 und 11.3</b>	<b>906.519,74</b>	<b>226.660,66</b>	<b>679.859,08</b>	<b>0,75</b>	

## Anlage 10a: Übersicht beihilferelevante Richtlinien EFRE

Stand der Notifizierung für die Maßnahmen/Förderrichtlinien zum Einsatz des EFRE 2000-2006 in den Förderschwerpunkten 1 bis 3					
Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
<b>Schwerpunkt 1</b>					
<b>Maßnahmenbereich 1.1</b>					
1.1.1.	Produktive Investitionen GA	Regionales Förderprogramm Brandenburg für den 31. Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ Richtlinie des Min. f. Wirtschaft zur Förderung der gewerbl. Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ GA-G	N 642/02  Die neue Richtlinie wird noch im Amtsblatt veröffentlicht und gilt rückwirkend vom 1.1.2006 – 31.12.2013.	C (2003) 3368 fin	31.12.06
1.1.2.	Produktive Investitionen außerhalb der GA	Richtlinie des MW zur Förderung der Konversion im Land Brandenburg	(Die Förderrichtlinie wird unter Beachtung der Voraussetzungen der VO (EG) Nr. 69/2001 Abl.(EG) Nr. L 10 vom 13.01.2001, S. 30 angewendet.)		31.12.2006
<b>Maßnahmenbereich 1.2</b>					
1.2.1.	Technologie- und Innovationsförderung	Regionales Förderprogramm Brandenburg für den 31. Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ Richtlinie des MW zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Land Brandenburg für KMU	N 642/02  XS42/04	C (2003) 3368 fin  D/ 53598 vom 19.05.2004	31.12.06  31.12.2005 (verlängert bis 31.12.2006)
		Richtlinie des MW über die Gewährung von Zuschüssen an KMU zur Beschäftigung von Innovationsassistenten/Hochschulabsolventen	Die Förderrichtlinie wird unter Beachtung der Voraussetzungen der VO (EG) Nr. 69/2001 Abl. (EG) Nr. L 10 vom 13.01.2001, S. 30 angewendet		31.12.2005
1.2.2.	Förderung des Technologietransfers	Richtlinie des MW zur Förderung des wirtschaftsbezogenen Technologietransfers und technologieorientierter Existenzgründungen	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
1.2.3.	Förderung der Informationsgesellschaft	Richtlinie des MW zum Förderprogramm "Zuschüsse zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnik"  Maßnahme soll ab 2004 in die Maßnahmen 1.2.1. integriert werden Zuschüsse der Landesregierung an KMU zur Förderung der Platzierung auf elektronischen Marktplätzen  Die Förderrichtlinie ist im Jahr 2002 ausgelaufen	Beihilfen im Sinne der Regelung über „de minimis“-Beihilfen zugunsten der Unternehmen (VO (EG) Nr. 69/2001 (de-minimisVO) Abl (EG).Nr. L 10 vom 13.01.2001 ,S.30		
1.2.4. Neu	Technologie- und Innovationsförderung für gewerbliche Unternehmen – Allgemein	Richtlinie des MW zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Land Brandenburg – Allgemein	N 19/04	C (2004) 3657	31.12.2005 (verlängert bis 31.12.2006)

Maßnahmebereich 1.3					
1.3.1.	Stärkung unternehmerischer Potentiale in KMU	Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft über die Förderung der Markterschließung Brandenburger KMU im In- und Ausland (Markterschließungsrichtlinie-Teil A)	Die Förderung erfolgt nach der VO (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleinen und mittleren Unternehmen XS38/04	D/53280	31.12.2005 (Richtlinie soll verlängert werden)
		Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft zur Förderung von Gemeinschaftsprojekten wirtschaftsnaher Institutionen zur Markterschließung im Gesamtinteresse des Landes Brandenburg (Markterschließungsrichtlinie Teil B)	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs.1 EG gewährt.		
		Regionales Förderprogramm Brandenburg für den 31. Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	N 642/02	C (2003) 3368 fin	31.12.06
		Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft zur Förderung der Unternehmensaktivitäten von KMU im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (Beratungsrichtlinie)	XS36/04	D/53635	31.12.2005 (Richtlinie soll verlängert werden)
		Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen zur Stärkung unternehmerischer Potentiale (Öko-Audit) Richtlinie ist ausgelaufen; die Fördertatbestände gehen in die neu aufgelegten Richtlinien ein	VO (EG) Nr. 69/2001 (de-minimis VO) Abl (EG) Nr. L 10 vom 13.01.2001, S. 30		
		Das Aktionsprogramm ist 2002 ausgelaufen. Impulsprogramm zur Stärkung von Branchenkompetenz in den Regionen Brandenburgs	N 535/02	K (2003) 156	31.12.06
		Richtlinie des MW zur Förderung von begleitender Beratung (Coaching) kleiner und mittlerer Unternehmen in der Nachgründungsphase (CoNaG)	Beihilfen im Sinne der Regelung über „de minimis“-Beihilfen zugunsten der Unternehmen (Abl. (EG) Nr. L 10 vom 13.01.2001, S. 30)		
1.3.2.	Sicherheitsgerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen und Technologien	Richtlinie des MASGF über die Gewährung von Zuwendungen für die Erarbeitung und Umsetzung innovativer und modellhafter Lösungen zur sicherheitsgerechter Gestaltung von Arbeitsplätzen und Technologien  Die Maßnahme wird ab 2004 nicht mehr fortgeführt.	Die Förderung erfolgte nach der VO (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen		
1.3.3. Neu	Eigenkapitalstärkung von KMU	EFRE-Risikokapitalfonds			

<b>Schwerpunkt 2</b>					
<b>Maßnahmenbereich 2.1</b>					
2.1.1.	Wirtschaftsnahe Infrastruktur (ohne touristische Infrastruktur)	Regionales Förderprogramm Brandenburg für den 31. Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	N 642/02 N 644/A/B/02 N 644 C/02 N 644 D/02 N 644 E/02	C (2003) 3368 fin C (2003) 1998 fin C (2003) 1755 fin C (2003) 1756 fin C (2003) 1999 fin	31.12.06
		Zuweisungen an Gemeinden für die Infrastruktur außerhalb der GA	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
		Richtlinie des MW zur Förderung der Konversion im Land Brandenburg	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
2.1.2.	Touristische Infrastruktur	Regionales Förderprogramm Brandenburg für den 31. Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ Richtlinie des MW zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Rahmen der GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" GA-I	N 642/02	C (2003) 3368 fin	31.12.06
		Kommunales Kulturinvestitionsprogramm des MWFK	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
		Richtlinie des MBS über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Instandsetzung, Modernisierung und des Neubaus von Freizeitbädern mit künstlichem Becken (Bäderrichtlinie)	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt		
<b>Maßnahmenbereich 2.2 (m.E. ist der gesamte Maßnahmenbereich im MWFK+MI angesiedelt)</b>					
2.2.1.	Infrastruktur im Bereich Wissenschaft, Entwicklung	Förderung von einzelnen Hochschulbaumaßnahmen	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
		Investitionen an außeruniversitären wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt		
		Wissenstransfer als Wachstumsmotor	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
		Förderung von Forschungs-, Lehr- und Versuchsanstalten im Agrarbereich	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
		Modellvorhaben zu Produktions- und Einkommensalternativen in den ländlichen Räumen des Landes Brandenburg	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
2.2.2.	Infrastruktur im Bereich Informationsgesellschaft	Richtlinie des MI zur Forcierung der Einrichtung der Automatisierten Liegenschaftskarte	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
		Zuweisungen an öffentlich rechtliche Gebietskörperschaften	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt		
		Multimedia im Hochschulbereich	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		

<b>Maßnahmenbereich 2.3 (MBS)</b>					
2.3.1.	Infrastruktur im Bereich der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Informations- und Kommunikationstechnik	Regionales Förderprogramm Brandenburg für den 31. Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	N 644 f/02	C (2003) 2000 fin	31.12.06
		Medienausstattung an allgemeinbildenden Schulen	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
<b>Maßnahmenbereich 2.4 (MIR)</b>					
2.4.1.	Städtische und lokale Infrastruktur	Richtlinie des MSWV zur Entwicklung städtebaulich relevanter Brachflächen und Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Abs. 4 Grundgesetz zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV Städtebauförderung)	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
		Richtlinie des MSWV zur Erneuerung und Entwicklung städtischer Problemgebiete	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
<b>Maßnahmenbereich 2.5 (MIR)</b>					
2.5.1.	Verkehrsinfrastruktur: Straßenbau und Flugplätze	Straßenneubau, -ausbau und -sanierung; Infrastrukturelle Erschließung von Flugplätzen für den allgemeinen Verkehr einschließlich innerer Nebenanlagen und technischer Ausrüstungen	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt, mit Ausnahme einzelner KMU-Förderungen, die nach der De-minimis" VO (VO 69/2001 Abl. Nr. L 10 vom 13.01.2001, S.30) erfolgen		
2.5.2.	Verkehrsinfrastruktur: Schiene und Wasserstraßen	Entwicklung der regionalen Schieneninfrastruktur und wichtiger Verknüpfungspunkte im ÖPNV	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
		Schaffung und Instandsetzung von Anlagen zur Verbesserung der Schifffbarkeit auf Landesgewässern	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
<b>Schwerpunkt 3 (MLUV)</b>					
<b>Maßnahmenbereich 3.1</b>					
3.1.1.	Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	Richtlinie des MLUR zur Förderung nachhaltiger Investitionen für Abwasserableitungs- und -behandlungsanlagen	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
<b>Maßnahmenbereich 3.2 (MLUV)</b>					
3.2.1.	Luftreinhaltung und Emissionsminderung	Richtlinie des MLUR über die Gewährung von Finanzhilfen für Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen	Ab 2002 Beihilfen im Sinne der Regelung über „de minimis“-Beihilfen zugunsten der Unternehmen (Abl. (EG )Nr.. L 10 vom 13.01.2001, S. 30)		
		Programm des MW „Rationelle Energieanwendung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen“	XS88/04	D/57094	31.12.2006
<b>Maßnahmenbereich 3.3</b>					
3.3.1.	Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallbeseitigung/Recycling	Regionales Förderprogramm Brandenburg für den 28. Rahmenplan der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ Ab 2004 wird diese Aktion innerhalb des Schwerpunktes 1 umgesetzt			
	Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallbeseitigung/Recycling	Richtlinie des MLUR über die Gewährung von Finanzhilfen zur Förderung von öffentlichen Maßnahmen der Abfallwirtschaft, der Altlastensanierung und des Bodenschutzes	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		

<b>Maßnahmenbereich 3.4</b>						
	Altlasten Konversionsmaßnahmen	und	Richtlinie des MW zur Förderung der Konversion	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG gewährt.		
			Zuschüsse des MLUR für Maßnahmen der Braunkohlensanierung	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87. Abs. 1 EG gewährt.		

## Anlage 10b: Übersicht beihilferelevante Richtlinien ESF

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegelung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
<b>Maßnahmenbereich A (4.3.3)</b>					
1	Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit (LZA) bei Jugendlichen	Förderung betriebsnaher Ausbildungsplätze im Rahmen des Ausbildungsplatzprogramms Ost	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Orientierung zu Berufen im Umwelt- und Naturschutz und in der Landwirtschaft sowie Optimierung der Berufswahlentscheidung durch Praxislernangebote / Schülerfirmen in der Schule	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Berufsausbildungsvorbereitung marktbenachteiligter Jugendlicher	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Förderung junger Leute nach der Ausbildung beim Berufseinstieg (2. Schwelle)	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
3	Einstellungsbeihilfen für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen	Förderung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der Umweltsanierung	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
<b>Maßnahmenbereich B (4.3.4)</b>					
4	Förderung von Zielgruppen mit besonderen Integrationsproblemen	Gewährleistung und Verbesserung von Angeboten für Arbeitslose zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegulung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
		Aktionen Jugend und Arbeit (Jugend 2005) – Jugend-Qualifizierung statt Sozialhilfe	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Qualifizierung Arbeitsloser-Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Förderung von Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung Straffälliger im Justizvollzug des Landes Brandenburg	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe	In dieser Maßnahme werden keine staatl. Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Neue Akzente für Ältere: „Akademie 50 plus“	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Projekt für intensives Fördern und Fordern – PfiFF“	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
5	Beschäftigungshilfen für SozialhilfeempfängerInnen und andere von Ausgrenzung bedrohte Gruppen	Arbeit statt Sozialhilfe/ Arbeitslosengeld II	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
<b>Maßnahmenbereich B (4.3.4)</b>					
5	Beschäftigungshilfen für SozialhilfeempfängerInnen und andere von Ausgrenzung bedrohte Gruppen	Ergänzungsförderung des Landes für ABM (neu) zur Verbesserung der Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung von Zielgruppen und älteren Arbeitslosen	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
<b>Maßnahmenbereich C (4.3.5)</b>					

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegulung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
6	Verbesserung der Systeme der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Förderung des lebenslangen Lernens	Ausbildungsverbände	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Innovative arbeitsmarktpolitische Schwerpunktförderung (INNOPUNKT)	Nach Überarbeitung der Aktion handelt es sich um Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Deminimis-Beihilfen oder um Förderungen, die im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen erfolgen.		
		Förderung der Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten der Jugendhilfe und der Erwachsenenbildung sowie der Lehrkräfte der allgemeinen und beruflichen Bildung	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Förderung von Maßnahmen zur Vermeidung von Schulabbrüchen	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegulung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
		Regionale Verzahnung von Qualifizierungs-, Arbeits-, Wirtschafts- und Strukturförderung unter besonderer Berücksichtigung des Gender-Mainstreaming	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Weiterentwicklung der wirtschaftsnahen Qualifizierung durch Modellprojekte zur beruflichen Aus- und Weiterbildung, Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitsumverteilung	Beihilfen im Sinne der Regelung über "De minimis"-Beihilfen zugunsten der Unternehmen (VO (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen) bzw. Verordnung (EG) Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen		
		Förderung der Weiterentwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) zu Kompetenzzentren (KOMZET)	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
<b>Maßnahmenbereich D (4.3.6)</b>					
7	Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und Beschäftigten	Förderung der fachpraktischen Ausbildung im Kooperativen Modell im Rahmen des Ausbildungsplatzprogramms Ost (APRO)	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegulung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
		Förderung der Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in Unternehmen im Land Brandenburg	Bis zum 31.12.2002 wurde die Förderung als Deminimis-Beihilfe im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Deminimis-Beihilfen gewährt. Ab 01.01.2003 erfolgt die Förderung im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen.		
8	Förderung des Unternehmergeistes	Förderung der Qualifizierung und Beratung von Existenzgründungswilligen in Vorbereitung ihrer Gründung und danach	Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Deminimis-Beihilfen		
		Förderung Brandenburger Unternehmerinnen und Unternehmer bei der rechtzeitigen Sicherung der Betriebsnachfolge durch prozessorientierte Qualifizierung/Weiterbildung, Beratung und Coaching  • Betriebsnachfolge jetzt anpacken – Arbeitsplätze in Brandenburg sichern (8. INNOPUNKT Kampagne)	Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Deminimis-Beihilfen		

Nr.	Maßnahme	Bezeichnung der Beihilferegulung	Beihilfe-Nr.	Genehmigungsschreiben	Befristung der Genehmigung
<b>Maßnahmenbereich E (4.3.7)</b>					
9	Spezifische Vorhaben zur Verbesserung der beruflichen Chancengleichheit von Frauen	Förderung von Initiativen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit	Maßnahmen und Projekte gelten als Beihilfen im Sinne der Regelung über „Deminimis“-Beihilfen (VO (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „Deminimis“-Beihilfen) zugunsten von KMU		
	Spezifische Vorhaben zur Verbesserung der beruflichen Chancengleichheit von Frauen	Ergänzungsförderung des Landes für ABM (neu) für Frauen unter besonderer Berücksichtigung Älterer und Schwerbehinderter	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Projektförderung arbeitsmarktpolitischer Schwerpunkte und Modelle für Frauen • Frauen IT-Kompetenz für Brandenburg (2. INNOPUNKT Kampagne)	In dieser Aktion werden staatliche Beihilfen auf der Grundlage der Deminimis-Regelung bzw. der Ausbildungsfreistellungsverordnung bewilligt.		
		Verbesserung der Ausbildung im Rahmen der Gesundheitsfachberufe	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
		Förderung von Initiativen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen in Führungspositionen und der beruflichen Chancen von Frauen im Land Brandenburg	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		
<b>Maßnahmenbereich F (4.3.8)</b>					
10	Kleinprojekte zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der lokalen-sozialen Entwicklung	Kleinprojekte zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der lokalen-sozialen Entwicklung	In dieser Maßnahme werden keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Art. 87.1 des Vertrages gewährt		

**Anlage 11: Der Beitrag der Landesarbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg zur Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) im Jahr 2005 sowie Tabelle**

**a) Zuordnung EBS/ LAPRO**

**b) Quantifizierung des Beitrages des ESF in Brandenburg zur Umsetzung der EBS im Jahr 2005**

Mit der Überprüfung der Lissabon – Strategie wurde die EBS überarbeitet und in den integrierten Leitlinien für Wachstum und Arbeitsplätze neu positioniert. Die im Juli 2005 beschlossenen Leitlinien für die beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Mitgliedsstaaten<sup>1</sup> orientieren das nationale Reformprogramm und werden in der Arbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg mit eigenen Förderansätzen verfolgt. Zu einem Großteil geschieht dies in der laufenden Strukturfondsperiode mit Hilfe der Ziel-1-Förderung des ESF. Nahezu sämtliche Richtlinien (Einzelprogramme) und sonstigen Förderungen des „Landesprogramms Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ (LAPRO) werden aus ESF-Mitteln kofinanziert.

Nachfolgend werden sowohl die aktuelle sozioökonomische Lage und Entwicklung Brandenburgs als auch die Landesarbeitsmarktpolitik in Bezug auf die EBS dargestellt. Die einzelnen Förderansätze der Landesarbeitsmarktpolitik werden dabei systematisch den beschäftigungspolitischen Leitlinien zugeordnet.

Der Gesamtrahmen wird durch die Leitlinie 17 bestimmt, in der die grundlegenden politischen Ziele gesetzt werden. Mit einer Beschäftigungsquote von 70% bis 2010 in der EU wird eine quantitative Vorgabe gemacht, an der Erfolg zu messen ist. Im Übrigen behalten einzelne frühere Zielvorgaben Gültigkeit.

Die folgenden Angaben veranschaulichen die Veränderungen im Jahr 2005:

**Ziel 1: Vollbeschäftigung**

- Das Bruttoinlandsprodukt (nominal) veränderte sich 2005 gegenüber dem Vorjahr um -1%.
- Die Zahl der Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen ist im Jahresdurchschnitt 2005 um ca. 9.100 Personen auf 1.005.900 Personen zurückgegangen und sank somit um 0,9% unter das Vorjahresniveau.
- Die Zahl der Arbeitslosen im Dezember sank von 249.660 im Jahr 2004 auf 223.736 in 2005 und somit um 10,4%. Bezogen auf den Jahresdurchschnitt sank die Zahl um ca. 2,4 %.
- Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen lag im Dezember 2005 mit 47,1% leicht über dem Wert des Vorjahres (46,5%). Die Arbeitslosenquote der Frauen betrug im Jahresdurchschnitt 18,9% und lag unter der Männerarbeitslosenquote von 21%.
- Die Anzahl der Gewerbeanmeldungen ohne Ummeldungen ging im Jahr 2005 um 4.109 gegenüber dem Vorjahr auf 22.074 zurück. Die Gewerbeabmeldungen stiegen von 18.245 in 2004 um 2.510 auf 20.755 im Jahr 2005.

---

<sup>1</sup> Integrierte Leitlinien 17 bis 24  
Anlagen zum Jahresbericht 2005  
Operationelles Programm Brandenburg 2000 - 2006

## Ziel 2: Steigerung der Arbeitsplatzqualität und der Arbeitsproduktivität

- Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität lag mit rd. 47.722 € je Erwerbstätiger zwar nach wie vor mit an der Spitze unter den neuen Ländern und erreichte bereits 83% des gesamtdeutschen Durchschnitts, war jedoch gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig.
- Im Bereich der Unternehmensinsolvenzen wurden 1.242 Fälle registriert und damit ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozent.

## Ziel 3: Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts

- Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich zwar mit 111.898<sup>2</sup> betroffenen Personen nicht erhöht, liegt aber weiter auf einem hohen Niveau. Allerdings ist ihr Anteil an den Arbeitslosen von 44,6% im Vorjahr auf 45,7% im Berichtsjahr gestiegen. Damit hat sich der Abstand zum ostdeutschen Durchschnitt von 42,9% weiter vergrößert und liegt erheblich über dem westdeutschen Durchschnittswert von 34,3%. In beiden Fällen ist der Abstand gewachsen.
- Der Anteil der Frauen an den Langzeitarbeitslosen ist von 54,3% auf 52% (58.178 Personen) gesunken. Damit hat sich ihr Anteil an den Langzeitarbeitslosen um 2,3 Prozentpunkte verringert. Frauen bleiben jedoch immer noch überproportional von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.
- Die Zahl der registrierten arbeitslosen Jugendlichen bewegt sich seit 2000 auf hohem Niveau. Der höchste Wert im Jahresdurchschnitt wird 2005 in Brandenburg erreicht. Insgesamt waren 31.685 arbeitslose Brandenburgerinnen und Brandenburger jünger als 25 Jahre. 2004 waren es punktuell mit 29.997 rund 5,3% weniger. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen steigt von 17,4% im Vorjahr auf 18,8% im Berichtsjahr. Dabei ist die Arbeitslosenquote der unter 20-jährigen mit 8,9 % (2004: 6,8%) schneller gestiegen als die der 20-25-jährigen, die von 22,8 auf 23,9 wuchs. In der Tendenz bleibt das Problem der sog. „Zweiten Schwelle“ bestehen und wird verschärft durch die in Ausbildung bzw. Arbeit drängenden unter 20-jährigen der letzten geburtenstarken Jahrgänge. Ein großer Teil der jungen Erwachsenen wird nach Abschluss der Ausbildung nicht vom Ausbildungsbetrieb übernommen bzw. findet nach Abschluss einer außerbetrieblichen Ausbildung keinen Arbeitsplatz.
- Die Zahl der Arbeitslosen zwischen 50 und 55 Jahren stieg von 37.865 im Jahr 2004 um 0,9% auf insgesamt 38.140 Personen an. Die Zahl der arbeitslosen älteren Personen ab 55 Jahren hat sich von 23.420 Personen auf 26.682 im Jahr 2005 um 13,9% erhöht.
- Die Arbeitsmarktentwicklung im Land Brandenburg ist weiterhin durch deutliche regionale Disparitäten zwischen den berlinnahen und den berlinfernen Regionen gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquoten streuten zum Jahresende 2004 auf der Ebene der Geschäftsstellen der Arbeitsagenturen zwischen 12,6% in Frankfurt/Oder und 18,7 % in Eberswalde.

---

<sup>2</sup> Die Daten sind nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit wegen der besonderen Erhebungssituation in 2005 vorläufig  
Anlagen zum Jahresbericht 2005  
Operationelles Programm Brandenburg 2000 - 2006

## Der Beitrag des Landesprogramms „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ (LAPRO) zur Umsetzung der EBS

In der folgenden Tabelle werden die einzelnen Förderprogramme des „Landesprogramms Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ (LAPRO) systematisch den Leitlinien der EBS zugeordnet, wobei sich einzelne Förderungen aufgrund ihrer Ausrichtung mehrfach wieder finden. Da nicht sämtliche Handlungsfelder der EBS auf Ebene der Bundesländer umgesetzt werden (z.B. fallen die Steuerpolitik oder die gesetzlichen Regelungen zur Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen in die Zuständigkeit des Bundes), können teilweise keine Ansätze der Landesarbeitsmarktpolitik zugeordnet werden. Auch bildet die Tabelle zwar den Großteil, der Übersichtlichkeit wegen jedoch nicht sämtliche Handlungsansätze der Landesarbeitsmarktpolitik ab.

Das LAPRO ist nach vier Schwerpunktbereichen gegliedert:

- Für das Erwerbsleben qualifizieren – Programme zur beruflichen Ausbildung (BAB),
- Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – Programme zur Integration (INT),
- Bestehende Arbeitsplätze stabilisieren – Programme zur Prävention (PRÄV),
- Neue Methoden und Instrumente – Programme für Innovation (INO).

Tabelle a) Zuordnung EBS / LAPRO

SP	EBS – (integrierte) Leitlinie			LAPRO		
	17. Die Beschäftigungspolitik ausrichten auf	Ziel 1 Vollbeschäftigung	Ziel 2 Steigerung der Arbeitsplatzqualität und der Arbeitsproduktivität	Ziel 3 Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts		
		Chancengleichheit und Diskriminierungsbekämpfung Nachhaltigkeit				
		Good Governance				
Mehr Menschen in Arbeit bringen und halten, das Arbeitskräfteangebot vergrößern und die sozialen Sicherungssysteme modernisieren	18. Einen lebenszyklusbasierten Ansatz in der Beschäftigungspolitik fördern	Jugendarbeitslosigkeit abbauen und Wege in Beschäftigung öffnen		<p>Aktionen für Jugend und Arbeit</p> <p>Förderung der Einstiegsteilzeit</p> <p>Förderung anerkannter Träger des Freiwilligen ökologischen Jahres</p> <p>Berufsausbildungsvorbereitung marktbenachteiligter Jugendlicher</p> <p>Zusätzlich dazu Maßnahmen unter Leitlinie 23</p> <p>Implementierung von Steuerungsinstrumenten zur Verwirklichung der Chancengleichheit im Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“<sup>3</sup></p> <p>Berücksichtigung des Frauenanteils in allen Förderprogrammen in Bezug auf den jew. Frauenanteil der Zielgruppe</p>	<p>INO 2.2</p> <p>PRÄV 3</p> <p>BAB 12</p> <p>BAB 13</p>	
		Erwerbsbeteiligung Frauen erhöhen und Reduzierung				

<sup>3</sup> kursiv: vorrangig Bundeszuständigkeit  
 Anlagen zum Jahresbericht 2005  
 Operationelles Programm Brandenburg 2000 - 2006

	<p>geschlechtsspezifischer Unterschiede bei Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Entgelt</p> <p>Arbeit und Privatleben besser vereinbaren Aktives Altern unterstützen</p> <p><i>Anpassung der Sozialsysteme<sup>3</sup></i></p>	<p>Gezielte Förderung von Frauen in einzelnen LAPRO-Richtlinien:</p> <p>Förderung der Verzahnung und Chancengleichheit</p> <p>„Frauen in Führungsverantwortung – mit Mentoring zu mehr Chancengleichheit im Beruf“</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne „Perspektiven für qualifizierte junge Frauen im Land Brandenburg“</p> <p>„Chancen für Familie und Erwerbstätigkeit“</p> <p>Förderung der „Akademie 50 plus“</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne "Mehr Chancen für ältere Fachkräfte"</p>	<p>INO 5</p> <p>INO 8</p> <p>INO 4.13</p> <p>INO 6</p> <p>INO 3.1</p> <p>INO 4.10</p>
<p>19. Integrative Arbeitsmärkte schaffen, Arbeit attraktiver und für Arbeit Suchende – auch für Benachteiligte Menschen - und Nichterwerbstätige lohnend machen</p>	<p>Aktive und präventive Arbeitsmarktmaßnahmen zur Unterstützung der Integration von Personen, die auf dem Arbeitsmarkt am schwersten zu vermitteln sind, Förderung der Armutsbeseitigung</p>	<p>Aktiv für Arbeit</p> <p>Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit</p> <p>Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen im Justizvollzug</p> <p>„Haftvermeidung durch soziale Integration“</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne „Integrative regionale Modelle zur Verbesserung der Ausbildungschancen und –fähigkeit von Jugendlichen mit schlechten Startchancen – vor und während der Ausbildung“ 2</p> <p>Gemeinsame Richtlinie mehrerer Landesministerien über die</p>	<p>INT 14</p> <p>INT 5</p> <p>BAB 5</p> <p>HSI</p> <p>INO 4.11</p> <p>INT 7</p>

		<p><i>Überprüfung der in den Steuer- und Sozialleistungssystem enthaltenen Anreize</i></p> <p>Erschließung neuer Beschäftigungspotenziale bei personen- und unternehmensbezogenen Dienstleistungen, insbesondere auf lokaler Ebene</p>	<p>Gewährung von Zuwendungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) nach §§ 260 ff. SGB III vom 31. März 2004</p> <p>Förderung von Initiativbüros zur Unterstützung lokaler Initiativen für neue Beschäftigung</p> <p>Regionalbudgets</p> <p>Förderung der Verzahnung und Chancengleichheit</p>	<p>INO 7</p> <p>INT 13</p> <p>INO 5</p>
	20. Den Arbeitsmarkterfordernissen besser gerecht werden	<p>Arbeitsmarkteinrichtungen modernisieren (einschl. Arbeitsverwaltungen)</p> <p><i>Transparenz der Beschäftigungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten auf nationaler und europäischer Ebene</i></p> <p>Abbau von Hindernissen für europaweite Mobilität Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt besser antizipieren</p> <p><i>Wirtschaftsmigration besser managen</i></p>	<p>Qualifizierung von Fallmanagern bei den Trägern der Grundsicherung in Landkreisen und kreisfreien Städten</p>	
Die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und der Unternehmen verbessern	21. Unter gebührender Berücksichtigung der Rolle der Sozialpartner Flexibilität und Beschäftigungssicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis bringen	<p>Arbeitsrechtliche Vorschriften anpassen (inkl. Arbeitszeitregelungen)</p> <p><i>Gegen Schwarzarbeit vorgehen</i></p> <p>Antizipation und Bewältigung des Wandels verbessern Innovative und anpassungsfähige Formen der Arbeitsorganisation fördern</p> <p>Übergang in die Erwerbstätigkeit erleichtern (u. a.</p>	<p>Beratung und Coaching von Existenzgründerinnen und –gründern in der Vorgründungsphase durch „Lotsendienste“</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne "Betriebsnachfolge jetzt anpacken"</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne "Kompetenzgewinn durch Lernzeitorganisation"</p>	<p>INT 1</p> <p>INO 4.8</p> <p>INO 4.9</p>

	und die Segmentierung der Arbeitsmärkte verhindern	Weiterbildung, selbständige Tätigkeit, geografische Mobilität)	<p>INNOPUNKT-Kampagne "Zukunftschancen durch clusterorientierte regionale Verzahnungsprozesse"</p> <p>Junge Leute machen sich selbständig - Unterstützung von Jugendlichen bis 27 Jahren bei der Vorbereitung der Existenzgründung</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne „Allianzen zwischen Kultur und Wissenschaft fördern – Wachstum und Beschäftigung in Brandenburg“</p> <p>Förderung von Initiativbüros zur Unterstützung lokaler Initiativen für neue Beschäftigung</p> <p>Förderung der Kompetenzentwicklung in KMU</p>	<p>INO 4.12</p> <p>INO 2.3</p> <p>INO 4.14</p> <p>INO 7</p> <p>PRÄV 1</p>
	22. Die Entwicklung der Arbeitskosten und die Tarifverhandlungssysteme beschäftigungsfreundlicher gestalten	<p><i>Sozialpartner anregen Lohntarifsysteme gemäß Produktivität und Herausforderung des Arbeitsmarktes zu gestalten geschlechtsspezifische Lohngefälle vermeiden</i></p> <p><i>Auswirkungen der Lohnnebenkosten steuern und gestalten</i></p>		
Die Investitionen in Humankapital steigern durch Verbesserung von Bildung und Qualifizierung	23. Die Investitionen in Humankapital steigern und optimieren	Integrative Maßnahmen und Aktionen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, um den Zugang zur Bildung erheblich zu verbessern, einschließlich der Lehrlingsausbildung und Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen	<p>Förderung von Ausbildungsverbänden</p> <p>Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk</p> <p>Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Rahmen des Ausbildungsprogramms Ost</p>	<p>BAB 2</p> <p>BAB 3</p> <p>BAB 4</p>

		<p>Die Anzahl der frühzeitigen Schulabgänger erheblich reduzieren</p> <p>Wirksame Strategien für lebenslanges Lernen schaffen</p>	<p>Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen Ausbildung in Agrarberufen</p> <p>Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe</p> <p>Förderung von Modellprojekten zur Vermeidung von Schulabbrüchen</p> <p>Förderung der Berufsvorbereitung durch Schülerfirmen und Praxislernen</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne "Beschäftigung durch interkulturelle Kompetenz in KMU"</p> <p>INNOPUNKT-Kampagne „Mehr Ausbildungsplätze durch mehr Ausbildungsbetriebe“</p> <p>Förderung der Kompetenzentwicklung in KMU</p>	<p>BAB 6</p> <p>BAB 7</p> <p>BAB 10</p> <p>BAB 14</p> <p>INO 4.7</p> <p>INO 4.15</p> <p>PRÄV 1</p>
24. Die Aus- und Weiterbildungssysteme auf neue Qualifikationsanforderungen ausrichten	<p>Attraktivität, die Offenheit und hohe Qualitätsstandards, breitere Angebote, flexible Bildungswege, Mobilität fördern</p> <p>Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung durch Dienstleistungen erleichtern (Beratung, Unterstützung von Familie, neue Finanzierungsformen)</p> <p>Größere Transparenz von Qualifikationen und Befähigungsnachweisen sowie deren Anerkennung</p>	<p>Informations- und Beratungsstellen der LASA Brandenburg</p> <p>Weiterbildungsdatenbank Brandenburg (<a href="http://www.wdb-brandenburg.de">www.wdb-brandenburg.de</a>)</p> <p>Berufsausbildungsvorbereitung marktbenachteiligter Jugendlicher</p>	<p>BAB 13</p>	

Die folgenden Ausführungen beschreiben die Schwerpunkte der Landesförderung nach der EBS-Systematik anhand der wichtigsten Programme. Angaben zur Anzahl der geförderten Personen werden hier nur für die umfangreichsten Programme gemacht.

### Schwerpunkt 1 – Mehr Menschen in Arbeit bringen und halten, das Arbeitskräfteangebot vergrößern und die sozialen Sicherungssysteme modernisieren

#### Leitlinie 17 Die Beschäftigungspolitik auf Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität und Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalt ausrichten

Alle Maßnahmen des LAPRO dienen dazu, die Ziele der Leitlinie 17 zu erreichen. Die quantitativen Schwerpunkte des ESF-Einsatzes im Land Brandenburg lagen bei der EBS-Leitlinie 23, gefolgt von den Leitlinien 19 und 21 sowie 18.

Ein Großteil der im Jahr 2005 insgesamt 51.742 aus dem ESF geförderten Personen entfällt auf die Zielgruppe Jugendlicher und junger Erwachsener, die den EBS-Leitlinien 23 und 18 zuzuordnen sind. Alleine durch die Richtlinien zur überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung und dem Ausbildungsplatzprogramm Ost (BAB 3 und BAB 4) wurden 24.307 Personen gefördert, was einem Anteil von 47 % aller Geförderten entspricht.

Die zweitgrößte Zielgruppe waren überwiegend langzeitarbeitslose Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die v.a. in den folgenden Aktionen unterstützt werden:

- in „Aktiv für Arbeit“ mit 2.276 Personen,
- in „Qualifizierung und Beratung von Existenzgründern und Existenzgründungswilligen“ mit 1050 geförderten Personen,
- in der „Akademie 50+“ mit 497 Personen,
- in „Jugend und Arbeit“ mit 676 Personen,
- in dem im Berichtsjahr ausgelaufenen „Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit“ mit 298 geförderten Personen.

#### Leitlinie 18 Einen lebenszyklusbasierten Ansatz in der Beschäftigungspolitik fördern

Das Land Brandenburg öffnet nach Alter, Geschlecht, sozialer Teilhabe sehr unterschiedlichen Menschen Möglichkeiten, Beschäftigung zu finden und mit ihren Lebensbedingungen zu vereinbaren. Die Aktivitäten richten sich besonders auf Jugendliche, Frauen und Ältere.

Um der Jugendarbeitslosigkeit präventiv entgegenzuwirken, hat sich das Land Brandenburg das Ziel gesetzt, jedem ausbildungsfähigen und –willigen Jugendlichen, der dies wünscht, eine Ausbildung zu ermöglichen, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Diese unter Leitlinie 23 als Investition in das Humankapital dargestellten Maßnahmen werden durch differenzierte Angebote ergänzt, die individuelle Besonderheiten aber auch regionale Problemlagen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes berücksichtigen. Zunehmend geht es um die Unterstützung des Übergangs von der Ausbildung in den Beruf.

Das Beratungsangebot für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche „Aktionen für Jugend und Arbeit“ (INO 2.2) wurde im Berichtsjahr von 673 Personen (394 Männer und 279 Frauen)

genutzt. Durch individuelle Hilfe und längerfristige gezielte Begleitung werden vorrangig Jugendliche an der „2. Schwelle“ bei der nachhaltigen Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt.

Das Programm *„Einstiegsteilzeit“* (PRÄV 3) richtet sich an arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche bis zum Alter von 25 Jahren, denen nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung der Berufseinstieg in den Betrieb über eine Teilzeitbeschäftigung ermöglicht werden soll. Das Teilzeitarbeitsverhältnis kann bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt in ein Vollzeitarbeitsverhältnis übergehen. Dabei werden freie Zeitpotentiale der teilzeitbeschäftigten Jugendlichen für zukunftsorientierte Qualifizierungen genutzt. Einstiegsteilzeit richtet sich aber auch an Unternehmen, die zusätzliche Beschäftigung schaffen wollen, für die aber aufgrund der betrieblichen Situation der Abschluss einer Vollzeitstelle derzeit nicht in Frage kommt. Dabei ermöglicht Einstiegsteilzeit die Erprobung junger Mitarbeiter/-innen auch in Hinblick auf den zukünftigen innerbetrieblichen Fachkräftebedarf. Im Jahr 2005 wurden in diesem Programm 366 Personen (239 Frauen und 127 Männer) gefördert.

Die Erwerbschancen von Frauen zu erhöhen, setzt das Land Brandenburg auf ein Konzept, das auf mehreren Ebenen greift:

Grundsätzlich wird in allen Förderprogrammen des Landes der Anteil der Frauen in Bezug auf den jeweiligen Förderkontext berücksichtigt. Gefördert werden die Frauen entsprechend ihres diesbezüglichen Anteils. Darüber hinaus behält sich das Land Brandenburg bei einigen Förderrichtlinien vor, nachträglich im Verlauf der Umsetzung Regelungen zur Steigerung des Frauenanteils an den Förderfällen zu erlassen.

Für die Weiterentwicklung des LAPRO wurde ein einheitliches Verfahren der systematischen Berücksichtigung von Fragen der Chancengleichheit von Frauen und Männern festgelegt. Es wurde ein verbindlicher Fragenkatalog in Kraft gesetzt, mit dem für jede neue oder zu modifizierende Richtlinie und Förderung das Gleichstellungsziel gem. dem OP sowie der mögliche Gleichstellungsbeitrag festzulegen ist und Indikatoren zur Erfolgs- und Wirkungsmessung zu bestimmen sind.

Darüber hinaus werden innovative Aktionen zum Abbau der geschlechterspezifischen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt durchgeführt:

Ein Modellprojekt, das speziell auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtet ist, wird im Rahmen des Ansatzes der INNOPUNKT-Kampagnen verfolgt: *„Perspektiven für qualifizierte junge Frauen im Land Brandenburg“* (INO 4.13). Die prognostizierte demografische Entwicklung und die hohe berufliche und räumliche Mobilität insbesondere junger, gut ausgebildeter Frauen stellen für die Zukunftsfähigkeit des Landes Brandenburg große gesellschaftliche Herausforderungen dar. Für die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft in Brandenburg sind gut qualifizierte junge Frauen unverzichtbar. Deshalb besteht ein wesentliches Ziel dieser Kampagne darin, für gut qualifizierte Frauen attraktive berufliche Perspektiven im Sinne von zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen im Land zu entwickeln und umzusetzen. Hierzu ist es jedoch notwendig, dass die Brandenburger Betriebe ein stärkeres Interesse an der Beschäftigung junger Frauen zeigen, geschlechtsspezifische Einstellungsmuster überdenken und sich um junge Frauen bemühen. Das MASGF möchte mit dieser Kampagne deshalb auch eine gezielte Auseinandersetzung mit der beruflichen Situation junger qualifizierter weiblicher Fachkräfte anstoßen und bestehenden Disparitäten am Arbeitsmarkt entgegenwirken. Im Jahr 2005 wurden 420 Personen gefördert (340 Frauen und 80 Männer).

Im Rahmen der Ideenwettbewerbe *„Verzahnung und Chancengleichheit“* (INO 5) und *„Frauen in Führungsverantwortung – mit Mentoring zu mehr Chancengerechtigkeit im Beruf“* (106 geförderte Personen, davon 90 Frauen) wurden im Jahr 2005 weitere Projekte durchgeführt.

Die Initiative zur Etablierung von Mentoring für Frauen „Gemeinsam Zukunft gestalten“ (INO 8) als praxistaugliches Instrument der Personalakquisition und Personalentwicklung in der Brandenburger Wirtschaft entwickelt sich mehr und mehr zu einem „Leuchtturm“ im Bereich der spezifischen Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Chancengleichheit von Frauen und Männern. Das Interesse der Studentinnen an diesem Programm ist sehr groß. Sie erlangen nicht nur Know-how für den auf die Übernahme von Führungsverantwortung orientierten Berufseinstieg, sondern erhalten durch die Beziehung zu ihren Mentorinnen und Mentoren Einblicke in Arbeitsbereiche im Land Brandenburg. Dadurch können mögliche „Klebeeffekte“ entstehen. Dies ist angesichts der überproportionalen Abwanderung der jungen gut ausgebildeten Frauen und eines wachsenden Fachkräftebedarfs für das Land von erheblicher Bedeutung. Auf der anderen Seite entwickeln die Brandenburger Hochschulen in dem gemeinsamen Mentoring-Projekt einen nachhaltigen Ansatz für ein frauenspezifisches Mentoring bei den Career Centern. Interessenvertretungen der Wirtschaft wie der Unternehmerverband Berlin-Brandenburg sind zu wichtigen Kooperationspartnern geworden. Im Rahmen des Projekts wird eine Informationsbroschüre zum Mentoring für Frauen erarbeitet werden, die sich insbesondere an Unternehmen richtet. Die Publikation soll flankierend auch dazu genutzt werden, das Netzwerk der Kooperationspartner zu erweitern. Es sollen schrittweise mehr Unternehmen gewonnen werden, um die Potentiale der gut ausgebildeten jungen Frauen für das Land zu nutzen.

Mit zwei Programmen sollen direkt die Chancen Älterer erweitert und ihre Potenziale erschlossen werden:

Die „AKADEMIE 50 plus“ (INO 3.1) zielt als Förderinstrument darauf ab, mit einem spezifischen Programm der Beratung, Orientierung und Qualifizierung ältere Arbeitslose, die das 50 Lebensjahr vollendet haben, bei ihrem Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die AKADEMIE 50 plus geht davon aus, dass nur mit einer koordinierten und integrierten Herangehensweise dem Problem der Arbeitslosigkeit begegnet werden kann. Im Jahr 2005 wurden 497 Personen (337 Frauen und 160 Männer) durch dieses Programm gefördert.

Im Berichtszeitraum wurde zudem die *INNOPUNKT-Kampagne "Mehr Chancen für ältere Fachkräfte"* (INO 4.10) gefördert. Die Initiative unterstützt Unternehmen, die Erfahrungen von älteren Beschäftigten besser einzubeziehen und die Chancen älterer arbeitsloser Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Von den 57 geförderten Personen sind 55 Frauen.

#### Leitlinie 19     Integrative Arbeitsmärkte schaffen, Arbeit attraktiver und für Arbeit Suchende – auch für Benachteiligte Menschen und Nichterwerbstätige lohnend machen

Indem Arbeit Suchenden und Benachteiligten der Zugang zu Beschäftigung erleichtert wird, kann Armut und drohender sozialer Ausgrenzung entgegengewirkt werden. Regionale Potenziale werden für Beschäftigung erschlossen und unterstützen die Befriedigung kollektiver Bedürfnisse.

Für Nichtleistungsbeziehende, darunter insbesondere Frauen, aber auch ALG II Empfangende wurde Mitte 2005 das Programm „Aktiv für Arbeit“ (INT 14) neu eingerichtet. Ziel der Förderung ist der Erhalt bzw. die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der genannten Zielgruppen und damit die Erhöhung der Chancen auf Integration in reguläre Beschäftigung oder andere Auswege aus der Arbeitslosigkeit. In den Projekten von „Aktiv für Arbeit“ werden z.B. angeboten: Bewerbungs- und Kommunikationstraining, Schulungen in Software-Programmen, Betriebspraktika und Trainingseinheiten zur Verbesserung der psychischen und physischen Konstitution. Die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen wird durch vielfältige Maßnahmen der Motivierung, Aktivierung sowie Verbesserung ihrer psychischen und physischen Verfassung hergestellt bzw. erhöht. Darüber hinaus geht es um die Vermittlung von TeilnehmerInnen in Arbeit, auch unterstützt durch passgenaue Qualifizierung. Das Angebot ist

landesweit verfügbar. Vom Programmstart bis zum 31.12.2005 wurden insgesamt 2.276 Teilnehmer/-innen, darunter 1.398 Frauen (61,4%) erreicht. Von den geförderten Personen waren 43,6% langzeitarbeitslos.

Das „*Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit*“ (INT 5) wurde im Zuge der Arbeitsmarktreformen im Jahr 2005 geordnet zum Abschluss gebracht. Es nahmen noch 298 Personen (146 Frauen und 152 Männer) teil.

Mit den Projekten zur *Qualifizierung* (BAB 5) sowie zur *Integration* (HSI) von *Straffälligen* wurden weitere Personengruppen gefördert, die auf dem Arbeitsmarkt mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Im Jahr 2005 waren in den beiden letztgenannten Projekten 1.439 Straffällige in die Förderung einbezogen.

Benachteiligt Jugendliche wurden in der *INNOPUNKT-Kampagne "Integrative regionale Modelle zur Verbesserung der Ausbildungschancen und –fähigkeit von Jugendlichen mit schlechten Startchancen – vor und während der Ausbildung"* (INO 4.11) gefördert. Die Nutzung einer integrativen örtlichen oder regionalen Infrastruktur ermöglicht ein bedarfsorientiertes und zielgerichtetes, aufeinander abgestimmtes System der Berufsausbildung und optimale Kooperation. Best Practise sollen zeigen, wie Jugendliche mit schlechten Startchancen einen verbesserten Zugang zu betrieblicher Ausbildung in Brandenburg finden. 753 Personen gefördert ( 560 Männer und 193 Frauen) wurden erreicht.

Um die Beschäftigung vor Ort und den sozialen Zusammenhalt zu fördern, verfolgt das Land Brandenburg das Ziel, die Förderung entsprechend den regionalen Bedarfen und Problemlagen einzusetzen. Hierzu wurden in einzelnen Förderprogrammen regionale Förderkontingente eingerichtet. Mit dem Auslaufen von Arbeit statt Sozialhilfe“ (INT 6) und Änderungen bei der Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (INT 7) konnte diese Handlungslinie im Jahr 2005 nicht mehr in dem beabsichtigten Umfang direkt verfolgt werden.

Die gemeinsamen Richtlinie (INT 7) mehrerer Ressorts der Landesregierung Brandenburg über die *Gewährung von Zuwendungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) nach §§ 260 ff. SGB III* werden die Ziele verfolgt, den Arbeitsmarkt zu entlasten und die Vermittlungschancen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verbessern, indem zeitlich befristet Arbeitsplätze für die Zielgruppen des Arbeitsmarktes geschaffen werden. Zugleich trägt die Förderung dazu bei, insbesondere die sozio-kulturelle Infrastruktur zu verbessern.

Im Jahr 2005 wurden in den Bereichen der Jugendhilfe, der sozialen Dienste, der freien Kulturarbeit, der Umwelt, der Stadtentwicklung und des Breitensports 1.692 Personen (1.327 Männer und 365 Frauen) nach den o. g. neuen und ausgelaufenen Richtlinien gefördert.

Die Entscheidung über die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Rahmen der Handlungsinitiative "Zukunft im Stadtteil - ZIS 2000" erfolgte im Rahmen von integrierten Handlungskonzepten durch die einzelnen Städte.

Daneben wurden die folgenden strategischen Handlungsansätze auf regionaler und lokaler Ebene fortgeführt (siehe hierzu auch ausführlicher unter Gliederungspunkt C des Jahresberichtes: Berücksichtigung der horizontalen Prioritäten des ESF – Regionalisierung):

*"Förderung der Verzahnung und Chancengleichheit"* (INO 5)

*„Initiativbüros zur Unterstützung lokaler Initiativen für neue Beschäftigung“* (INO 7).

Im ganzen Land werden 8 Initiativbüros zur Unterstützung lokaler Initiativen für neue Beschäftigung gefördert. Sie entwickeln und unterstützen beschäftigungserzeugende oder –fördernde Vorhaben sowie die Gründung und Professionalisierung von beschäftigungsorientierten Vereinen, Verbänden,

Netzwerken oder anderen kooperativen Zusammenschlüssen. Außerdem sind sie auf Mikroprojekte, die die Existenzgründungsfähigkeiten als Vorstufe oder Teststufe späterer Existenzgründungen erlangen helfen sowie die Entwicklung von Nebenerwerbsmöglichkeiten ausgerichtet. Im Zentrum der lokalen Initiativen stehen regelmäßig Ansätze des gemeinschaftlichen Wirtschaftens bzw. des gemeinschaftlichen Handelns.

Eine innovative Aktion zur Überwindung regionaler Disparitäten bei der Beschäftigung wird mit dem Ideenwettbewerb „*Regionalentwicklung stärken – Langzeitarbeitslose schneller integrieren*“ (INT 13) durchgeführt. Es werden neue und innovative Instrumente entwickelt und eingesetzt, die die Arbeitsmarktintegration oder die Beschäftigungsfähigkeit von ALG II Bezieher/-innen deutlich erhöhen. Außerdem wird in diesem Kontext der Einsatz weitgehend flexibler Regionalbudgets erprobt. Mit dem neuen Steuerungsmodell, Zielvereinbarungen zwischen Land und Kommunen abzuschließen, wird ein Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung und good governance geleistet.

#### Leitlinie 20 Den Arbeitsmarkterfordernissen besser gerecht werden

Mehr Menschen sollen in die Lage versetzt werden, einen Arbeitsplatz zu finden. Das Angebot zur Qualifizierung von Fallmanagern bei den Trägern der Grundsicherung in den Landkreisen und kreisfreien Städten sollte deren Kompetenzen zur Beratung von Langzeitarbeitslosen mit mehreren die Vermittlung hemmenden Merkmalen den Erfordernissen anpassen. Die Fallmanager entscheiden im Rahmen der mit den Hilfebedürftigen abzuschließenden Eingliederungsvereinbarungen über den Einsatz von Arbeitsgelegenheiten und weitere geeignete Maßnahmen, um Integration in Beschäftigung zu erreichen.

#### Schwerpunkt 2 – Die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und der Unternehmen verbessern

##### Leitlinie 21 Unter gebührender Berücksichtigung der Rolle der Sozialpartner Flexibilität und Beschäftigungssicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis bringen und die Segmentierung der Arbeitsmärkte verhindern

Der wirtschaftliche und soziale Wandel muss besser antizipiert werden und erfordert Anpassungsleistungen sowohl von den Unternehmen als auch von den Arbeitskräften. Dem entspricht das Land Brandenburg mit verschiedenen Maßnahmen, wobei insbesondere die INNOPUNKT-Kampagnen solche innovativen Lösungen unterstützen, die das Potenzial zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen haben.

Mit der Förderung der „*Lotsendienste für Existenzgründerinnen und Existenzgründer*“ (INT 1) existiert in jedem der 18 Landkreise und kreisfreien Städte Brandenburgs eine kompetente „Lotsin“ oder ein kompetenter „Lotse“ für potenzielle Gründerinnen und Gründer mit einem umfassenden Leistungsangebot wie Erstberatung, Assessments oder Vermittlung externer Qualifizierungs- und Beratungsleistungen. Mit dieser Förderung wird positiv auf das Gründungsklima in den Regionen und die Erfolgs- und Überlebenschancen dieser Neugründungen am Markt Einfluss genommen. Zusätzlich werden Lotsendienste für Frauen, für Jugendliche und junge Erwachsene, für Migrant/-innen, für Studierende und wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen an Hochschulen gefördert, um auf die spezifischen Gründungsvoraussetzungen und –bedarfe der jeweiligen Gruppen gezielt eingehen zu können. Im Jahr 2005 wurden 509 Frauen und 541 Männer in der Vorgründungsphase durch die Lotsendienste betreut.

Im Jahr 2005 wurde eine Evaluierung (Untersuchungszeitraum 2001-2004) sowohl der Förderung zur qualifizierenden Beratung von Existenzgründerinnen und –gründern in der Vorgründungsphase (Lotsendienste) nach der Richtlinie des MASGF als auch der in 2005 eingestellten Förderung von

beratender Begleitung (Coaching) von KMU in der Nachgründungsphase nach der Richtlinie des MW durchgeführt. Sie führte zu einer Bestätigung des Ansatzes der Lotsendienste. Die Existenzgründungsförderung des Landes Brandenburg leistet einen wesentlichen, im Ergebnis notwendigen Beitrag zur qualitativen und quantitativen Verbesserung des Existenzgründungsgeschehens. Die Evaluatoren empfehlen vorbehaltlos die Weiterführung der Förderung in der Vorgründungsphase (Lotsendienste) und die Wiederaufnahme der Förderung von Betreuung und Coaching in der Nachgründungsphase.

Im Berichtszeitraum wurde die *INNOPUNKT-Kampagne zur Betriebsnachfolge*“ fortgesetzt (INO 4.8) Das Ziel der Kampagne besteht darin, durch ein umfassendes Angebot von Qualifizierung, Beratung und Coaching während des gesamten Prozesses möglichst viele Arbeitsplätze in den von der Betriebsnachfolge betroffenen Unternehmen zu erhalten.

Die 9. *INNOPUNKT-Kampagne "Kompetenzgewinn durch Lernzeitorganisation"*, die durch die Nutzung unterschiedlicher Zeitressourcen für Qualifizierung auf eine Erschließung zusätzlicher Beschäftigung in KMU abzielt, förderte 2005 insgesamt 251 Personen (155 Männer und 96 Frauen). Die ausgewählten Projekte haben im Jahr 2004 begonnen.

Ebenso die der *INNOPUNKT-Kampagne „Zukunftschancen durch clusterorientierte regionale Verzahnungsprozesse“* (INO 4.12). Sie verbindet eigendynamisches unternehmerisches Handeln mit Regionalentwicklung und dem Einsatz von Instrumenten der Strukturpolitik. Mit dieser Kampagne sollen Projektträger angesprochen werden, um regionale Verzahnungsprozesse entlang von Clusteransätzen zu befördern. Mit den arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten werden vorhandene regionale Kompetenzfelder unterstützt und so zur regionalen und überregionalen Weiterentwicklung sowohl von bestehenden Clustern als auch zum Ausbau von Unternehmenskooperationen und Netzwerken zu Clustern beigetragen.

Mit dem Programm *„Junge Leute machen sich selbständig“* (INO 2.3) werden gründungswillige Jugendliche auf dem Weg in die Selbständigkeit durch prozessbegleitende Beratung, Qualifizierungen sowie die Möglichkeit einer kostenlosen Nutzung der Infrastruktur in den Gründerwerkstätten unterstützt. Damit soll das Gründungsklima und der Unternehmergeist in den Regionen positiv befördert werden. Die Maßnahmen sind eingebettet in die Landesinitiative *„Aufbruch: Gründen im Land“* (AGiL). Von den Neugründungen sollen positive Beschäftigungseffekte ausgehen, indem die Gründer sich und teilweise anderen Arbeitsplätze schaffen und zur Stabilisierung von Arbeitsplätzen in anderen Unternehmen beitragen. Es wurden 177 Personen gefördert (112 Männer und 65 Frauen).

Im September 2005 startete die *INNOPUNKT-Kampagne 14 „Allianzen zwischen Kultur und Wirtschaft fördern. Wachstum und Beschäftigung in Brandenburg“* richtet sich an diejenigen, die mittels der besseren Erschließung wirtschaftlicher Potentiale von Kultur und Kunst in der Lage sind, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Stabilisierung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen zu leisten. Es werden die Kompetenzentwicklung und Netzwerkaktivitäten der in Kultur und Kunst und anderen Branchen der Wirtschaft Tätigen gefördert.

Darüber hinaus fördert das Land Brandenburg die *„Kompetenzentwicklung von Beschäftigten in KMU“* (PRÄV 1). Gefördert werden durch das Programm Qualifizierungsmaßnahmen, prozessbegleitende Beratung des Managements zu Qualifizierungsbedarfen sowie die Unterstützung des Netzwerkmanagements bei Unternehmenskooperationen im Weiterbildungsverbund. Im Jahr 2005 wurden im Rahmen dieser Richtlinie 5.074 Personen, davon 3.575 Männer und 1.499 Frauen gefördert.

## Leitlinie 22 Entwicklung der Arbeitskosten und die Tarifverhandlungssysteme beschäftigungsfreundlicher gestalten

Umsetzung dieser Leitlinie liegt nicht in der Zuständigkeit des Landes.

## Schwerpunkt 3 – Die Investitionen in Humankapital steigern durch Verbesserung von Bildung und Qualifizierung

### Leitlinie 23 Die Investitionen in Humankapital steigern und optimieren

Will die EU im internationalen Wettbewerb bestehen, muss mehr in Humankapital investiert werden. Produktivität und Arbeitsplatzqualität anzuheben, erfordert auch in Brandenburg eine zukunftsorientierte berufliche Erstausbildung für die Jugendlichen. Dem dienen einerseits Förderprogramme zur Verbreiterung der beruflichen Ausbildungsbasis sowie andererseits Programme zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Im Einzelnen erfolgte dies durch:

Die Förderung der betrieblichen Ausbildung in *Ausbildungsverbänden* (BAB 2): Da insbesondere die betriebliche Ausbildung oft nicht von einem Unternehmen allein realisiert werden kann, unterstützt das Land Brandenburg aus ESF- und Landesmitteln die Bildung von Kooperationspartnerschaften, die sowohl Teile der Ausbildung, der Prüfungsvorbereitung als auch die Vermittlung von Zusatzqualifikationen übernehmen. Insgesamt 2.985 Personen (2.529 Männer und 456 Frauen) wurden nach dieser Richtlinie gefördert.

Die Förderung der *überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk* (BAB 3) schafft ein ergänzendes Angebot zur betrieblichen Erstausbildung: Sie trägt dazu bei, das Potenzial an Ausbildungsplätzen v. a. in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die aus eigenen Kräften keine vollständige berufliche Erstausbildung realisieren können, zu aktivieren, indem die praktische Ausbildung entsprechend qualitativ und quantitativ ergänzt wird. Im Jahr 2005 wurden insgesamt 21.826 Jugendliche und junge Erwachsene gefördert (18.197 Männer und 3.629 Frauen).

Die Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Rahmen des „*Ausbildungsplatzprogramms Ost*“ (BAB 4) erfolgt durch eine duale Ausbildung in betriebsnaher Form oder durch eine Berufsausbildung in schulischer Form in Kooperation zwischen den Oberstufenzentren und Kammern. Die Förderung greift bei Jugendlichen, die unmittelbar vor Ausbildungsbeginn bei den Agenturen für Arbeit als noch nicht vermittelte Ausbildungsplatzbewerberin bzw. -bewerber gemeldet sind. In 2005 wurden insgesamt für 4.843 Jugendliche und junge Erwachsene zusätzliche Ausbildungsplätze neu gefördert, davon für 1.385 Männer und 1.013 Frauen im Rahmen des sog. „Kooperativen Modells“ sowie 1.315 Männer und 1.130 Frauen im Rahmen einer betriebsnahen Ausbildung. Begonnene Ausbildungen aus den Vorjahren wurden fortgeführt und finanziert.

Die Förderung der *Berufsorientierung und Berufsvorbereitung* (BAB 14) unterstützt Jugendliche mit Benachteiligungen in der Übergangsphase Schule – Beruf durch Öffnung des Lernortes Schule. Schule, Wirtschaft und Dienstleister arbeiten zusammen und realisieren innovative Unterrichtsangebote. Die Chancen auf Ausbildung bzw. Arbeit werden verbessert. Im Jahr 2005 wurden 2.006 Personen gefördert, davon 1.214 Männer und 792 Frauen.

Im Jahr 2005 startete die *INNOPUNKT-Kampagne „Mehr Ausbildungsplätze durch mehr Ausbildungsbetriebe“* (INO 4.15). Es werden neue Modelle der Kombination von beruflicher Qualifizierung und betrieblicher Praxis über die bestehenden Verbundlösungen hinaus entwickelt. Damit soll mittelfristig das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen erhöht werden. Langfristig werden

bisher nicht ausbildende Unternehmen angesichts des sich abzeichnenden gravierenden Rückgangs an Schulabgängern darauf vorbereitet, ihren Fachkräftebedarf durch Ausbildung bzw. Weiterqualifizierung selbst abzudecken.

Die gezielte Förderung der beruflichen Erstausbildung als Grundlage für die Qualifizierung für das Erwerbsleben wird ergänzt durch die Kompetenzentwicklung von Beschäftigten in KMU (PRÄV 1), bereits unter Leitlinie 21 dargestellt.

#### Leitlinie 24 Die Aus- und Weiterbildungssysteme auf neue Qualifikationsanforderungen ausrichten

Das Land Brandenburg verfolgte auch 2005 im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten das Ziel, den Zugang vor allem zur beruflichen Bildung zu erweitern und Angebote bedarfsgerecht für die Schüler und Jugendlichen zu qualifizieren. Neue Kooperationen zwischen Schule- Berufsschule - Unternehmen werden durchgeführt.

Außerdem erprobt das Land im Rahmen verschiedener *INNOPUNKT-Kampagnen* neue Modelle und Wege der Qualifizierung, so z. B. mit den Kampagnen "*Beschäftigung durch interkulturelle Kompetenz in KMU*" und "*Kompetenzgewinn durch Lernzeitorganisation*". Die Ergebnisse der Modellprojektförderung z. B. in der Nachfolge von "Neues Lernen made in Brandenburg" fließen in die Weiterentwicklung der bestehenden Förderinstrumente des Landesprogramms ein (siehe hierzu auch ausführlicher unter Gliederungspunkt C des Jahresberichtes: Berücksichtigung der horizontalen Prioritäten des ESF – Informationsgesellschaft)

Weitere Bausteine in diesem System des lebensbegleitenden Lernens im Land Brandenburg sind:

Die *Informations- und Beratungsstellen* bei der LASA Brandenburg GmbH: In den landesweit acht Beratungsstellen werden Beratungen für Arbeitslose, Beschäftigte und Selbständige angeboten. Verstärkt werden die Beratungsangebote auf die Bedarfe der KMU zugeschnitten und mit anderen regionalen Akteuren im Bereich der Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik vernetzt. Ende 2005 wurde die Förderung der Informations- und Beratungsstellen eingestellt, da es verbunden mit den Arbeitsmarktreformen neue Beratungsangebote gibt. Das Land wird mit einem neuen Angebot stärker auf die Entwicklung von Strategien zur Bewältigung des Fachkräftemangels auf regionaler Ebene und deren Umsetzung zielen. Das Beratungsangebot richtet sich in erster Linie an kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Regionalbüros informieren Betriebe und Beschäftigte und beraten KMU bei der Entwicklung von Handlungsstrategien und bei der Umsetzung von innerbetrieblichen Maßnahmen. Zu den Aufgaben der Regionalbüros gehört auch die Organisation partnerschaftlicher Zusammenarbeit, unter anderem mit der Wirtschaftsförderung, den Wirtschaftsverbänden, Arbeitsagenturen, Sozialpartnern, Forschungseinrichtungen und Hochschulen.

Die *Weiterbildungsdatenbanken Brandenburg/Berlin*: Mit mehr als 24.000 Bildungsangeboten sind etwa 800 Bildungseinrichtungen mit ihren Angeboten in dem gemeinsamen Suchportal der Weiterbildungsdatenbanken von Brandenburg und Berlin ([www.wdb-brandenburg.de](http://www.wdb-brandenburg.de)) vertreten. Sie informieren über:

- berufsbegleitende Weiterbildungen,
- betriebliche Qualifizierungsmöglichkeiten,
- Aufstiegsfortbildungen,
- Studiengänge,
- Existenzgründerseminare,
- regionale arbeitsagenturgeförderte berufliche Weiterbildungen.

Durch kontinuierliche Recherchen auf dem Bildungsmarkt ist die Aktualität der Weiterbildungsdatenbank gewährleistet. Neben der Möglichkeit der direkten und kostenfreien Suche über das Internet bietet ein schriftlicher Auskunftsservice allen Interessierten die Möglichkeit, sich zu bestimmten Themenschwerpunkten Angebote aus der Weiterbildungsdatenbank Brandenburg zusammenstellen und als Computerausdruck zusenden zu lassen.

Tabelle b) Quantifizierung des Beitrags des ESF in Brandenburg zur Umsetzung der EBS im Jahr 2005

	Bestand		Teilnehmerinnen und Teilnehmer ESF-gefördert	Abdeckungsquote	Teilnehmerinnen und Teilnehmer BA-Förderung	Abdeckungsquote
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Arbeitslose *	244.660		13.429	5,5	14.866	6,1
Darunter: Frauen	113.782	46,5	5.456	4,8	k.A.	k.A.
<b>Langzeitarbeitslose</b>	111.898		2.863	2,6	k.A.	k.A.
Darunter: Frauen	58.178	52	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
<b>Lebenslanges Lernen</b> (Erwerbstätige im JD 2005) **	1.005.900		43.461	4,3	5.848	0,6
Darunter: Frauen	k.A.	k.A.	9.832	k.A.	k.A.	k.A.
<b>Existenzgründer / Unternehmensneugründungen 2005</b> ***	18.283		1.227	6,7	k.A.	k.A.
Darunter: Frauen	k.A.	k.A.	574	k.A.	k.A.	k.A.
<b>Chancengleichheit</b> **** Erwerbstätige und Arbeitslose	1.249.060		51.742	4,1	46.792	3,8
Davon Männer	k.A.	k.A.	37.192	k.A.	k.A.	k.A.
Davon Frauen	k.A.	k.A.	14.550	k.A.	k.A.	k.A.

\* Die Anzahl der Arbeitslosen in Brandenburg bezieht sich auf alle abhängigen Erwerbspersonen. Es handelt sich um vorläufige Zahlen der BA. Da die ESF-geförderten Personen nicht gesondert nach dem Kriterium arbeitslos erfasst werden, wurden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Maßnahmebereiche 4.1, 4.2, 4.5 und 4.6 hierunter erfasst.

\*\* Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ESF-geförderten Maßnahmen wurden die Maßnahmen 4.3.6 und 4.4.7. herangezogen. Allerdings sind hier in der Maßnahme 4.3.6 Mehrfachzählungen erfasst. Für die BA-Zahlen wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung herangezogen.

- \*\*\* Die Anzahl der Unternehmensgründungen 2005 wurde berechnet aus der Anzahl der Gewerbeanmeldungen abzüglich der Gewerbeummeldungen in 2005.
- \*\*\*\* Zur Beurteilung der Chancengleichheit wurden die erwerbstätigen und arbeitslosen Personen zusammengefasst und alle ESF-geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Geschlecht aufgeführt. Entsprechend ist auch hier der systematische Fehler der Mehrfachzählungen in der Maßnahme 4.3.6 enthalten.

## Anlage 12

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung (Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)									
Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Bemerkung
1. Bevölkerung	1.1 Bevölkerung insgesamt (in 1.000)	3.1.	2 602,0	2 593,0	2 582,4	2 574,5	2 567,7	2 559,3	jeweils 31.12., 2005: per 31.10.
	1.2 Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter insgesamt (hier 15 bis unter 65 Jahre)	3.2.	1 847,5	1 838,5	1 829,0	1 817,9	1 801,5	Juni / Juli	Bevölkerungsfortschreibung
	Männer	3.3.	950,9	946,9	942,2	937,2	929,3	Juni / Juli	
	Frauen	3.4.	896,6	891,6	886,9	880,7	872,2	Juni / Juli	
	1.3 Bevölkerung außerhalb von Ober- und Mittelzentren, insgesamt	4.1.	1 421,7	1 427,2	1 430,0	1 432,3	1 434,6	1 431,8	jeweils 31.12., 2005: per 31.10.
	Männer	4.2.	707,2	710,7	712,5	714,0	715,5	714,8	
	Frauen	4.3.	714,5	716,5	717,6	718,2	719,1	717,0	
	1.4 Wanderungssaldo	5.	8 375,0	- 673,0	- 1 871,0	1 034,0	808,0	Juni / Juli	
2. Gesamtwirtschaftliche Lage und Wettbewerbsfähigkeit	2.1 Bruttoinlandsprodukt insgesamt in jeweiligen Preisen (in Mio. EUR)	1.1.	44.985	46.026	46.560	47.266	48.526	48.052	LDS: VGR -
	2.2 nominale Veränderung zum Vorjahr (in %)		3,1	2,3	1,2	1,5	2,7	-1,0	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
2.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit zum Vorjahr (in %)		-0,3	-1,7	-1,9	-1,3	0,3	-0,9		
2.4 Bruttowertschöpfung in jeweilige Preisen je Erwerbstätiger (in EUR)			38.053	39.665	40.957	42.072	43.224	43.134	
	2.5 Insolvenzen (Unternehmen und Freie Berufe)		1.511	1.522	1.592	1.195	1.259	1.242	LDS: Insolvenzstatistik

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Bemerkung
3. Unternehmensbestand	3.1 Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen		77.379	77.459	77.430	77.705	78.836	April 2007	LDS: Umsatzsteuerstatistik, Gewerbeanzeigenstatistik
	3.2 Gewerbeanmeldungen	20.5.	22.407	21.394	20.275	24.012	30.163	26.310	
	dar. Neuerrichtungen	20.7.	18.964	18.126	16.953	20.790	26.183	22.074	
	3.3 Gewerbeabmeldungen	20.6.	19.882	19.793	18.194	17.058	18.245	20.755	
	dar. vollständige Aufgabe	20.8.	16.126	15.869	14.448	13.517	14.038	16.212	
4. Sektorstruktur	4.1 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen (in 1.000 Personen) insgesamt	6.	1.063,9	1.045,8	1.025,5	1.012,1	1015,0	1.005,9	LDS: Erwerbstätigenrechnung
	Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	6.1.	148,5	146,6	143,4	139,9	136,7	134,9	
	dar. Verarbeitendes Gewerbe	6.2.	130,9	129,8	127,2	122,9	120,4	119,1	
	Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichten	6.3.	260,4	258,9	254,3	251,7	255,3	252,9	
	Finanz., Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	6.4.	116,5	118,8	122,0	126,7	133,8	135,6	
	Öffentliche und private Dienstleistungen	6.5.	355,7	357,5	356,3	353,7	355,1	356,4	
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6.6.	42,7	40,7	40,5	40,5	39,9	37,3	
	Baugewerbe	6.7.	140,1	123,2	109,1	100,0	94,3	88,8	
	4.2 Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen (in Mio. Euro)	1.2.	40.485	41.481	42.002	42.582	43.873	43.387	LDS: VGR
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.2.1.	986	1.228	1.010	850	1.071	846	
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	1.2.2.	7.515	7.339	7.255	7.588	8.217	8.523		
	darunter Verarbeitendes Gewerbe	1.2.3.	5.742	5.583	5.512	5.744	6.278	6.517	

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Bemerkung
	Handel, Gastgewerbe ,Verkehr, Nachrichten	1.2.4.	7.664	7.835	8.211	8.228	8.370	8.406	
	Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstleistungen	1.2.5.	8.576	9.677	10.239	10.751	11.093	11.164	
	Öffentliche und private Dienstleistungen	1.2.6.	12.033	12.236	12.432	12.431	12.511	12.182	
	Baugewerbe	1.2.7.	3.711	3.166	2.855	2.736	2.612	2.266	
5. Verarbeitendes Gewerbe	5.1 Beschäftigte insgesamt	22.3.	84.662	84.322	83.931	82.098	80.519	79.373	LDS: Verarb. Gewerbe, Monatsstatistik
	Industriebeschäftigte je 1.000 Einwohner								<i>eigene Berechn.</i>
	5.2 Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen je Erwerbstätiger (in EUR)		43.883	43.026	43.340	46.721	52.138	54.709	LDS: VGR
	5.3 Neue Anlagen in jeweiligen Preisen (in Mio. Euro)	22.4.	1.334	1.316	989	736	August 2007	August 2008	LDS: VGR
	5.4 Umsatz insgesamt (in Mrd. Euro)		15.250	15.881	16.038	16.290	17.281	18.096	LDS: Verarb. Gewerbe, Monatsstatistik
	Inland	22.1.	12.987	13.393	.	12.961	.	.	
	Ausland	22.2.	2.844	3.039	.	3.329	.	.	
	5.5 Betriebe im September nach Beschäftigtengrößenklassen		1.175	1.176	1.166	1.089	1.071	1.046	
	1 – 49 Beschäftigte	21.1.	751	756	760	703	689	655	
	50 – 99 Beschäftigte	21.2.	251	243	228	212	208	216	
100 – 249 Beschäftigte	21.3.	105	109	107	124	122	126		
250 – 499 Beschäftigte	21.4.	47	49	49	30	31	30		
500 – 999 Beschäftigte	21.5.	13	11	13	14	14	12		
1.000 Beschäftigte und mehr	21.6.	8	8	9	6	7	7		

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Bemerkung
6. Dienstleistungen	6.1 Erwerbstätige im Dienstleistungsbereich (in 1.000)		732,6	735,3	732,6	732,1	744,1	744,8	LDS: Erwerbstätigenrechnung
	6.2 Bruttowerstschöpfung im Dienstleistungsbereich in jeweiligen Preisen (in Mrd. EUR)		28,3	29,7	30,9	31,4	32,0	31,8	LDS: VGR
	6.3 Betten gesamt in gewerblichen Beherbergungseinrichtungen	25.1.	75.911	79.358	81.067	80.858	79.926	79.444	LDS: Beherbergungsstatistik
	6.4 Übernachtungen in Beherbergungsstätten, ohne Campingplätze (in Mio.)	25.2.	8.387	8.829	8.501	8.452	8.501	8.617	(Beherbergungsstätten ab
	6.5 Auslastung der angebotenen Bettenkapazität (in %)	25.3.	33,5	34,5	32,0	32,2	32,1	32,7	neun Gästebetten)
7. Arbeitsmarkt, Bildung und Ausbildung	7.1 Erwerbstätige (in 1.000) gesamt	8.	1.144,60	1.143,00	1.129,80	1.117,10	1.102,00		LDS: Mikrozensus
	Erwerbstätige Frauen	11.	516,1	522,3	520,5	525,6	516,5		
	Selbständige (ohne mithelfende Familienangehörige) gesamt	20.	105,3	111,3	107,2	108,3	109,9		
	Land- und Forstwirtschaft, Fisch.	8.1.	49,4	47,2	44,7	44,0	39,9		
	dar. Selbständige	20.1.	5,2	5,4	4,3	5,7	4,2		
	Produzierendes Gewerbe	8.2.	337,5	321,8	310,3	288,3	282,6		
	dar. Selbständige	20.2.	24,7	27,4	25,7	24,4	24,2		
	Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichten	8.3.	277,3	279,2	279	277,2	268,9		
	dar. Selbständige	20.3.	36,2	35,6	36,1	34,0	33,6		
	Sonstige Dienstleistungen	8.4.	480,4	494,8	495,7	507,6	510,5		
	dar. Selbständige	20.4.	39,3	42,9	41,0	44,3	47,9		
7.2 Erwerbsquote in %	17.	61,7	62,2	62,1	61,9	61,3			
7.3 Anzahl der Arbeitslosen insg. (jeweils Dezember)	17.1.	223.666	231.600	242.563	244.309	249.660	223.736	LDS: Arbeitsmarktstatistik	

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Bemerkung
	Frauen	17.2.	113.968	114.666	116.226	116.760	116.455	105.297	der Bundesagentur für Arbeit
	Jugendliche bis 25 Jahre	17.3.	23.495	26.231	28.704	24.901	30.269	25.027	
	Langzeitarbeitslose	17.4.	83.953	86.344	93.325	109.126	109.568		
	Ältere (ab 55 Jahre)	17.5.	38.511	33.246	27.937	22.509	24.213	25.797	
	Ausländer	17.6.	3.207	3.574	4.297	4.572	5.053	5.214	
	Schwerbehinderte	18.	5.789	5.902	5.379	6.132	6.713		
	7.4 Unterbeschäftigungsquote (in %, jew. Dezember)								Bundesagentur für Arbeit
	7.5 Anteil betriebl. an allen Ausbildungsplätzen								
	7.6 Teilnehmer an arbeitsmarktpol. Maßnahmen (Förderfälle der Landesförderung)	10.							
	7.7 Sozialhilfeempfänger laufender Hilfe im erwerbsfähigen Alter (hier 18–65)	19.1.	34.400	39.623	43.454	47.699	49.866	vorauss. September	LDS: Sozialhilfestatistik
	Männer (lfd. Hilfe)	19.2.	14.874	17.193	19.004	21.039	22.163		
	Frauen (lfd. Hilfe)	19.3.	19.526	22.430	24.450	26.661	27.703		
	7.8 Teilzeitquote insgesamt (sv-pfl. Beschäftigte am 30.06.)	12.1.	11,7	12,5	13,1	13,7	14,5	14,7	
	Teilzeitquote Männer	12.2.	3,3	3,7	4,0	4,2	4,6	4,4	
	Teilzeitquote Frauen	12.3.	21,1	22,2	23,1	23,8	24,8	25,4	
	7.9 sv-pflichtig Beschäftigte (per 30.6.)	<b>13.</b>	811.037	778.772	759.775	732.935	715.500	698.915	
8. Forschung und Entwicklung	8.1 FuE-Beschäftigte in Unternehmen	23.1.							SV Wissen-
	8.2 FuE-Ausgaben in Unternehmen	23.2.							schaftsstat.

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Bemerkung
	8.3 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner	24	15	15					
9. Verkehr und Verkehrsnetze	9.1. überörtliche Verkehrsstraßen (in km)	26.1.	9.355	9.386	9.374	9.404	9.407	9.286	MIR
	9.2. dar. Autobahnen	26.2.	766	788	791	790	790	790	MIR
	9.3. dar. Eisenbahnstreckenlänge (in km)	27.	2.804	2.743	2.743	2.825	2.815	2.864	MIR
								mit S-Bahn	MIR
								2.786	MIR
	o. S-Bahn	MIR							
	9.4. Gewerblich schiffbare Wasserstraßen (in km)		1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	MIR
	9.5. Flugpassagiere (in Mio., einschl. Berlin)		13,30	12,60		13,30	14,90	17,15	MIR
9.6. Verkehrsleistung ÖPNV (in Personen-km in Mrd.)	28.	1,39	1,42	1,40	1,31	1,35	1,38	LDS: Statistik der Personenbeförderung <sup>6)</sup>	
9.7. Güterverkehr nach Verkehrsträgern (in t)	Binnenschifffahrt	29.1.	5,0 Mio.	4,9 Mio.	4,4 Mio.	3,9 Mio.			
	Eisenbahn	29.2.	26,64 Mio.	25,16 Mio.	24,82 Mio.	23,69 Mio.			Statistisches Bundesamt
	Lastkraftfahrzeuge	29.3.	3.005	2.884	2.720	2.744	2.767		Bundesamt für Güterverkehr
10. Umwelt Boden	Siedlungs- und Verkehrsfläche [ha / % von Gesamtfläche]		241.634 / 8,20	245.027 / 8,31	247.964 / 8,41	251.006 / 8,52	253.564 / 8,60	253.569 / 8,60	LDS: jährliche Erhebung S- und V- Fläche
	Waldfläche in Hektar [ha / % von Gesamtfläche]		1.029.914 / 34,94	1.029.749 / 34,94	1.029.539 / 34,93	1.029.543 / 34,93	1.035.851 / 35,14	1.037.160 / 35,18	LDS: Hauptübersicht der Liegenschaften
	Ackerland [ha / % von Gesamtfläche]		1.044.144 / 35,42	1.041.017 / 35,32	1.037.249 / 35,19	1.030.371 / 34,95	1.041.684 / 35,34	1.038.479 / 35,23	LDS: Bodennutzungshaupterhebung, Agrar-

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Bemerkung
Wasser	Grünland [ha / % von Gesamtfläche]		296.967 / 10,07	296.578 / 10,06	296.516 / 10,06	293.087 / 9,94	292.112 / 9,91	292.650 / 9,93	struktur- erhebung
	Biologische Gewässergüte <sup>4)</sup> [Fliesstrecke in %]								
	Güteklasse I			0					
	Güteklasse I-II			3,1					
	Güteklasse II			36,2					
	Güteklasse II-III			44,7					
	Güteklasse III			15,5					
	Güteklasse III-IV			0,4					
	Güteklasse IV			0,1					
	Anschlussgrade								LDS 3-jährlich
	- an Wasserversorgung (% der Gesamtbevölkerung)				98,7				LUA LDS 3-jährlich
	- an Kanalisation (% der Gesamtbevölkerung)				76,7		79,7		LUA LDS 3-jährlich
	- an zentrale Abwasserbehandlungsanlagen (% der Gesamtbevölkerung)				93,8		96,1		
	Grundwasserqualität								
Nitrat < 25 mg/l – Anzahl / %			47 / 92,1	51 / 85	52 / 88,1	53 / 88,3	53 / 88,3	52 / 86,7	
Nitrat 25-50 mg/l – Anzahl / %			1 / 2,0	4 / 6,7	2 / 3,4	1 / 1,7	2 / 3,3	3 / 5,0	
Nitrat 50-90 mg/l – Anzahl / %			2 / 3,9	3 / 5,0	3 / 5,1	4 / 6,7	3 / 5,0	2 / 3,3	
Nitrat > 90 mg/l – Anzahl / %			1 / 2,0	2 / 3,3	2 / 3,4	2 / 3,3	2 / 3,3	3 / 5,0	

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Bemerkung
	PSM < 0,1 µg/l – Anzahl / %		1611/99,9	979 / 99,8	917 / 99,8	785 / 99,6	873 / 99,6	1007 / 99,4	
	PSM 0,1-1,0 µg/l – Anzahl / %		0 / 0	2 / 0,2	1 / 0,1	2 / 0,3	3 / 0,3	4 / 0,4	
	PSM > 1,0 µg/l – Anzahl / %		1 / 0,1	0 / 0	1 / 0,1	1 / 0,1	1 / 0,1	2 / 0,2	
	PH-Wert < 5,5 – Anzahl / %		2 / 3,8	3 / 5,0	2 / 3,4	2 / 3,3	3 / 5,0	1 / 1,7	
	PH-Wert 5,5-6,0 – Anzahl / %		0 / 0	2 / 3,3	3 / 5,1	3 / 5,0	2 / 3,3	5 / 8,3	
	PH-Wert 6,0-6,5 – Anzahl / %		1 / 2,0	1 / 1,7	1 / 1,7	4 / 6,7	2 / 3,3	2 / 3,3	
	PH-Wert > 6,5 – Anzahl / %		49 / 94,2	54 / 90	53 / 89,8	51 / 85,0	53 / 88,3	52 / 86,7	
	Anzahl der kommunalen <sup>5)</sup> Kläranlagen nach Reinigungsstufe (≥ 100 EW )								LDS 3-jährlich
	0 – mechanisch			7		4			- " -
	I - mechanisch + biologisch			90		77			- " -
	II - mechan.+biologisch+N-Eliminierung			74		67			- " -
	III - mechan.+biologisch+P-Eliminierung			2		2			- " -
	IV - mechan.+biologisch+N+P-Eliminierung			115		117			- " -
Luft	Gesamtemissionen CO <sub>2</sub> [t]		63.154.000	63.887.000	64.231.000	61.352.000			
	Gesamtemissionen SO <sub>2</sub> [t]		64.300	60.000	57.000	50.000	41.800		
	Gesamtemissionen NO <sub>x</sub> [t]		75.600	75.000	75.000	70.000	66.800		
	Ozon 8-h Wert, Anzahl der Tage <sup>1)</sup> , (Anteil der Messstellen <sup>2)</sup> )		23 (38%)	16 (5%)	29 (64%)	54 (100%)	17 (5%)	30 (74%)	
Natur	Unter Naturschutz gestellte Fläche [ha / % von Gesamtfläche]		147.882 / 5,02	150.623 / 5,10	162.649 / 5,5	176.519 / 6,0	195.192 / 6,6	202.303 / 6,9	

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK-Nr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Bemerkung
	Natura 2000-Gebiete [ha / % von Gesamtfläche]		443.022 / 15,0	443.022 / 15,0	443.022 / 15,0	465.679 / 15,8	777.493 / 26,0	777.493 / 26,0	
Wald	Waldanteil [% von Gesamtfläche]								
	Waldschadensentwicklung [% der Waldfläche]								
	- Schadensklasse 0		52,8	53,2	49,2	48,5	44,7	41,2	
	- Schadensklasse 1		38,7	39,2	40,8	40,2	42,6	44,8	
	- Schadensklasse 2		7,6	6,8	8,5	9,4	11,1	12,8	
	- Schadensklasse 3		0,6	0,5	1,3	1,6	1,1	0,8	
Klima	Primärenergieverbrauch gesamt [Terajoule (TJ)]		617.903	633.231	643.364	625.854	Aug 06	August 2007 *)	Energiebilanz LDS im Auftrag des MW
	dav. Erneuerbare Energieträger [TJ]		10.941	10.124	18.867	32.455			
	dav. nicht erneuerbare Energieträger [TJ]		606.962	623.107	624.497	593.399			
	Endenergieverbrauch gesamt [TJ]		286.877	294.831	307.632	307.016	Aug 06	August 2007 *)	Energiebilanz LDS im Auftrag des MW
	dav. verarbeitendes Gewerbe [TJ]		89.737	85.791	91.463	95.523			
	dav. Verkehr [TJ]		85.082	84.048	82.452	79.931			
dav. Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, übrige Verbraucher [TJ] <sup>3)</sup>		112.058	124.991	133.716	131.563				
Abfall	Abfallaufkommen gesamt [t]		1.985.000	1.915.000	1.935.000	1.813.000	1.981.000		LUA
	Siedlungsabfallaufkommen [kg/E*a]		306	289	278	255	252		

Indikatoren zur Beschreibung der sozioökonomischen Lage und Entwicklung  
(Bezugs-, Lage- bzw. Kontextindikatoren)

Bezug	Kennziffer	GFK- Nr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Bemerkung
	Industrieabfallaufkommen [t]								
	Sonderabfallaufkommen [t]		554.000	575.000	768.000	1.104.100	1.257.000		

- 1) mittlere Anzahl der Tage mit gleitenden 8-Stundenmittelwerten > 120 µg/m<sup>3</sup> pro Messstelle
- 2) Anteil der Messstellen mit > 25 Tagen mit gleitenden 8-Stundenmittelwerten > 120 µg/m<sup>3</sup>
- 3) In der Energiebilanz bilden die privaten Haushalte mit den Kleinverbrauchern gemäß Länderarbeitskreis Energiebilanzen einen gemeinsamen Verbrauchssektor.
- 4) 6-jähriges Erhebungsintervall, letzte Angaben davor aus 1996
- 5) einschließlich industrieller Kläranlagen, die einen erheblichen Anteil kommunalen Abwassers mit reinigen
- 6) ab 2004 neue gesetzliche Grundlage (keine uneingeschränkte Vergleichbarkeit mit den Vorjahren möglich)

## **Anlage 13: Maßnahmen im Schwerpunkt 4 – Förderung des Arbeitskräftepotenzials und der Chancengleichheit**

### Maßnahmebereich 4.1. Aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik

Maßnahme 4.1.1. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit (LZA) bei Jugendlichen

Aktion 4.1.1.1. Förderung betriebsnaher Ausbildungsplätze im Rahmen des Ausbildungsplatzprogramms Ost

Aktion 4.1.1.2. Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze im Land Brandenburg – beendet

Aktion 4.1.1.3. nicht belegt

Aktion 4.1.1.4. Förderung des Übergangs von jungen Erwachsenen an der 2. Schwelle – beendet

Aktion 4.1.1.5. Orientierung zu Berufen im Umwelt- und Naturschutz sowie der Landwirtschaft sowie Optimierung der Berufswahlentscheidung durch Praxislernangebote / Schülerfirmen in der Schule – überarbeitet und ergänzt

Aktion 4.1.1.6. Berufsausbildungsvorbereitung marktbenachteiligter Jugendlicher

Aktion 4.1.1.7. Förderung junger Leute nach der Ausbildung beim Berufseinstieg (2.Schwelle)

Maßnahme 4.1.2. Vorhaben zur Verhinderung von LZA von Erwachsenen: Qualifizierung, Information und Beratung

Aktion 4.1.2.1. Qualifizierung für von Arbeitslosigkeit bedrohte Wissenschaftler/-innen und wissenschaftlich-technische Mitarbeiter/-innen – beendet

Aktion 4.1.2.2. Förderung des Landes zur Schaffung von Voraussetzungen zur Beschäftigung nach § 260 ff i.V. mit § 416 SGB III (ABM) durch begleitende fachliche Anleitung - entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.2.4.9

Aktion 4.1.2.3. Beiträge zur Strukturentwicklung durch Instrumente der Arbeitsförderung im Zusammenwirken mit den anderen Strukturfonds und unter Nutzung der Kofinanzierungsmöglichkeiten des SGB III - entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.12

Maßnahme 4.1.3. Einstellungsbeihilfen für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen

Aktion 4.1.3.1. Ergänzungsförderung des Landes für SAM nach § 272 ff. i.V. mit § 415 SGB III im Bereich sozialer Dienste, der Jugendhilfe, des Breitensports, der freien Kulturarbeit, zur Erhaltung und Verbesserung der Umwelt, der städtischen Erneuerung und des städtebaulichen Denkmalschutzes, der Verbesserung des Wohnumfeldes sowie der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur – beendet, neuer Ansatz bei Aktion 4.2.5.3

Aktion 4.1.3.2. Förderung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich Umweltsanierung

Aktion 4.1.3.3. nicht belegt

## Maßnahmebereich 4.2. Gesellschaft ohne Ausgrenzung

Maßnahme 4.2.4. Förderung von Zielgruppen mit besonderen Integrationsproblemen

Aktion 4.2.4.1. Arbeitslosenserviceeinrichtungen (ASE) beendet, weiter : Fallmanager

Aktion 4.2.4.2. Aktionen Jugend und Arbeit (Jugend 2005)

Aktion 4.2.4.3. Qualifizierung Arbeitsloser - Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit – beendet ,  
neu: Aktiv für Arbeit

Aktion 4.2.4.4. Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen, Aus- und Weiterbildung Straffälliger im  
Justizvollzug des Landes Brandenburg

Aktion 4.2.4.5. Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe

Aktion 4.2.4.6. Förderung Benachteiligter im Bereich der Stadterneuerung – Zukunft im Stadtteil – ZIS  
2000 - entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.2.5.3

Aktion 4.2.4.7. Anpassungsqualifizierung für bleibeberechtigte Zuwanderer/ Ärzte/Ärztinnen im  
Praktikum – nicht belegt

Aktion 4.2.4.8. Neue Akzente für Ältere, u.a. „Akademie 50 plus“

Aktion 4.2.4.9. Förderung des Landes zur Schaffung von Voraussetzungen zur Beschäftigung nach §  
260 ff i.V. mit § 416 SGB III (ABM) durch begleitende fachliche Anleitung - beendet

Aktion 4.2.4.10. Projekt für intensives Fördern und Fordern – „PfiFF“, beendet

Aktion 4.2.4.11 Neue Ansätze zur Förderung von Langzeitarbeitslosen bei gleichzeitiger Stärkung der  
Regionalentwicklung „Regionalbudget“ (Qualifizierung) - neu, s. a. 4.2.5.4  
Frage an Herrn Suchan: Bereits in EzP?

Maßnahme 4.2.5. Beschäftigungshilfen für Sozialhilfeempfänger/-innen und andere von  
Ausgrenzung bedrohte Gruppen

Aktion 4.2.5.1. Arbeit statt Sozialhilfe beendet/ Arbeitslosengeld II

Aktion 4.2.5.2. Neue Akzente für Ältere: Aktion „Arbeit für Ältere“ - beendet

Aktion 4.2.5.3. Förderung von Beschäftigungshilfen für arbeitslose Arbeitnehmer/innen ab 50 Jahre –  
überarbeiten, neu: Ergänzungsförderung des Landes für ABM (neu) zur Verbesserung der Infrastruktur  
unter besonderer Berücksichtigung von Zielgruppen und älteren Arbeitslosen

Aktion 4.2.5.4 Neue Ansätze zur Förderung von Langzeitarbeitslosen bei gleichzeitiger Stärkung der  
Regionalentwicklung „Regionalbudget“ (Beschäftigung) – neu, s. a. 4.2.4.11

## Maßnahmebereich 4.3. Berufliche und allgemeine Bildung, lebensbegleitendes Lernen

Maßnahme 4.3.6. Verbesserung der Systeme der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Förderung des lebenslangen Lernens

Aktion 4.3.6.1. Ausbildungsverbünde im Rahmen der Erstausbildung

Aktion 4.3.6.2. Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung – im Rahmen der Erstausbildung

Aktion 4.3.6.3. Überbetriebliche Lehrunterweisung – Landwirtschaft – im Rahmen der Erstausbildung – entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.2

Aktion 4.3.6.4. Ausbildungsverbünde zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze – entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.1

Aktion 4.3.6.5. Innovative arbeitsmarktpolitische Schwerpunktförderung (INNOPUNKT)

Aktion 4.3.6.6. Tätigkeits- und berufsbegleitende Qualifizierung von Beschäftigten in der Jugendhilfe – neu: Förderung der Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten der Jugendhilfe und der Erwachsenenbildung sowie der Lehrkräfte der allgemeinen und beruflichen Bildung

Aktion 4.3.6.7. Berufsgruppenübergreifende Qualifizierung für Lehrkräfte und Beschäftigte der Jugendhilfe – entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.6

Aktion 4.3.6.8. Projektförderung im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrkräfte in der Beruflichen Bildung – entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.6

Aktion 4.3.6.9. Projektförderung im Rahmen der Weiterbildung – entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.6

Aktion 4.3.6.10. Förderung von Maßnahmen zur Vermeidung von Schulabbrüchen

Aktion 4.3.6.11. Praxisorientiertes Lernen für Schülerinnen und Schüler im 9. und 10. Schulbesuchsjahr zur Vermeidung von Schulabbrüchen" – entfällt hier, neue Zuordnung bei Aktion 4.3.6.10

Aktion 4.3.6.12. Regionale Verzahnung von Qualifizierungs-, Arbeits-, Wirtschafts- und Strukturförderung unter besonderer Berücksichtigung des Gender-Mainstreaming

Aktion 4.3.6.13. Weiterentwicklung der wirtschaftsnahen Qualifizierung durch Modellprojekte zur beruflichen Aus- und Weiterbildung, Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitsumverteilung

Aktion 4.3.6.14. Förderung der Weiterentwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) zu Kompetenzzentren (KOMZET)

Aktion 4.3.6.15 Regionalbüros für Fachkräftesicherung  
Frage an Herrn Suchan: bereits in EzP?

#### Maßnahmebereich 4.4. Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist

Maßnahme 4.4.7. Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und Beschäftigten

Aktion 4.4.7.1. Förderung der fachpraktischen Ausbildung im Kooperativen Modell im Rahmen des Ausbildungsplatzprogramms Ost

Aktion 4.4.7.2. Modellprojektförderung zur Arbeitsumverteilung - siehe Aktion 4.3.6.5 (Innopunkt)

Aktion 4.4.7.3. Förderung der Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in Unternehmen im Land Brandenburg

Aktion 4.4.7.4. Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit - beendet

Maßnahme 4.4.8. Förderung des Unternehmergeistes

Aktion 4.4.8.1. Förderung der Qualifizierung und Beratung von Existenzgründungswilligen in Vorbereitung ihrer Gründung und danach

Aktion 4.4.8.2. Förderung junger Existenzgründer/innen aus der Arbeitslosigkeit – entfällt hier, neue Zuordnung bei 4.4.8.1

Aktion 4.4.8.3. Förderung Brandenburger Unternehmerinnen und Unternehmer bei der rechtzeitigen Sicherung der Betriebsnachfolge durch prozessorientierte Qualifizierung/Weiterbildung, Beratung und Coaching - siehe Aktion 4.3.6.5 (Innopunkt)

#### Maßnahmebereich 4.5. Chancengleichheit von Frauen und Männern

Maßnahme 4.5.9. Spezifische Vorhaben zur Verbesserung der beruflichen Chancengleichheit von Frauen

Aktion 4.5.9.1. Regionalstellen Frauen und Arbeitsmarkt – beendet

Aktion 4.5.9.2. Arbeit statt Sozialhilfe für spezielle Maßnahmen für Frauen - beendet

Aktion 4.5.9.3. Förderung von Initiativen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit

Aktion 4.5.9.4. Ausbildung von Rettungsassistentinnen – beendet

Aktion 4.5.9.5. Förderung des Landes zur Schaffung von Voraussetzungen zur Beschäftigung nach § 260 ff. i.V. mit § 416 SGB III (ABM) durch begleitende fachliche Anleitung für Frauen – neu: Ergänzungsförderung des Landes für ABM (neu) für Frauen unter besonderer Berücksichtigung Älterer und Schwerbehinderter

Aktion 4.5.9.6. Projektförderung arbeitsmarktpolitischer Schwerpunkte und Modelle für Frauen - siehe Aktion 4.3.6.5 (Innopunkt)

Aktion 4.5.9.7. Förderung der Arbeitsaufnahme von Alleinerziehenden und schwervermittelbaren Frauen in unbefristete Arbeitsverhältnisse – beendet

Aktion 4.5.9.8. Verbesserung der Ausbildung im Rahmen der Gesundheitsfachberufe

Aktion 4.5.9.9. Förderung von innovativen Modellprojekten zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen in Arbeit und Wirtschaft und von Initiativen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen in Führungspositionen

## Maßnahmebereich 4.6. Lokales Kapital für soziale Zwecke

Maßnahme 4.6.10. Kleinprojekte zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der lokalen-sozialen Entwicklung

## Anlage 14: „Nachhaltigkeit“ EFRE

	Feld im IND	Gesamt		
		EFRE	Gesamtkosten	Anzahl Projekte
<b>dominante Projektwirkung</b>	stark sozial	3.516.524	5.111.214	5
	vorwiegend sozial	29.926.926	55.317.554	26
	ökologisch-sozial	14.881.948	29.348.478	25
	ökonomisch-sozial	28.709.483	50.764.779	11
	vorwiegend ökologisch	2.814.580	6.409.309	2
	stark ökologisch			
	ökonomisch-ökologisch	20.092.196	34.703.204	18
	vorwiegend ökonomisch	40.035.548	59.007.277	22
	stark ökonomisch	34.502.431	53.742.612	14
	umfassend nachhaltig	20.721.870	33.201.776	18
<b>resultierende Projektwirkung</b>	<b>Feld im IND</b>	<b>EFRE</b>	<b>Gesamtkosten</b>	<b>Anzahl Projekte</b>
	stark sozial			
	vorwiegend sozial	21.534.098	43.934.980	24
	ökologisch-sozial	8.538.476	12.147.400	14
	ökonomisch-sozial	3.999.740	7.312.049	3
	vorwiegend ökologisch			
	stark ökologisch			
	ökonomisch-ökologisch	38.587.137	56.518.675	9
	vorwiegend ökonomisch	78.667.574	132.257.435	48
	stark ökonomisch			
umfassend nachhaltig	43.874.482	75.435.665	43	
<b>resultierende Projektgestaltung</b>	<b>Feld im IND</b>	<b>EFRE</b>	<b>Gesamtkosten</b>	<b>Anzahl Projekte</b>
	stark sozial	814.780	1.148.030	1
	vorwiegend sozial	4.935.662	7.270.644	4
	ökologisch-sozial	7.666.880	14.304.439	8
	ökonomisch-sozial	54.975.458	109.333.680	60
	vorwiegend ökologisch	3.262.426	5.124.400	5
	stark ökologisch			
	ökonomisch-ökologisch	49.495.940	74.255.866	20
	vorwiegend ökonomisch	43.719.012	61.813.918	17
	stark ökonomisch	5.134.029	13.513.077	9
	umfassend nachhaltig	16.366.669	27.361.015	12
	schwach nachhaltig	8.830.651	13.481.135	5
<b>Umweltwirkung</b>	<b>Kategorie nach VO(EG)438/2001</b>	<b>EFRE</b>	<b>Gesamtkosten</b>	<b>Anzahl Projekte</b>
	umweltneutral	104.201.412	183.504.465	75
	umweltfreundlich	91.000.095	144.101.739	66
	hauptsächlich umweltorientiert			
<b>gesamt</b>		<b>195.201.507</b>	<b>327.606.204</b>	<b>141</b>